

Sitzungsbericht

25. Sitzung der Tagung 1999/2000 der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 16. März 2000

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 452).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 452).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 453).
4. Ltg. 424/A-8/14: Antrag der Abg. Dirnberger u.a. gemäß § 35a LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Technologieoffensive – Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze“.
Redner: Abg. Dirnberger (Seite 457), Abg. Mag. Motz (Seite 459), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 461), Abg. Marchat (Seite 463), LR Gabmann (Seite 465), Abg. Feurer (Seite 467), Abg. Hrubesch (Seite 469), Abg. Sacher (Seite 471), Abg. Friewald (Seite 473).
Berichterstatter: Abg. Hinterholzer (Seite 491).
Redner: Abg. Erber (Seite 491), Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag (Seite 494), Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 497), Abg. Weninger mit Resolutionsantrag (Seite 500), Abg. Mag. Heuras (Seite 502), Abg. Mag. Fasan mit 7 Resolutionsanträgen (Seite 505), Abg. Mayerhofer (Seite 513), Abg. Cerwenka (Seite 514), Abg. Weninger mit Resolutionsantrag (Seite 517), LHStv. Dr. Bauer (Seite 518), LHStv. Prokop (Seite 519), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 521), Abg. Mag. Heuras (Seite 522).
Abstimmung (Seite 522).
5. Ltg. 425/A-8/15: Antrag der Abgeordneten Marchat u.a. gemäß § 35a LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Abgaben- und Gebührenproblematik in NÖ Gemeinden“.
Redner: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 475), Abg. Breiningner (Seite 476), Abg. Rupp (Seite 478), Abg. Mag. Wilfing (Seite 480), Abg. Leichtfried (Seite 481), Abg. Mag. Fasan (Seite 483), Abg. Schimanek (Seite 485), Abg. Kautz (Seite 487), Abg. Marchat (Seite 489), Abg. Hofmacher (Seite 489).
7. Ltg. 430/H-11/10: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend a.ö. Krankenhaus Wiener Neustadt, Erweiterung der Kinderabteilung mit baubegleitenden Maßnahmen, Baulos 17, Freigabe der Gesamtkosten.
Berichterstatter: Abg. Kautz (Seite 523).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 524), Abg. Haberler (Seite 524), Abg. Pietsch (Seite 524), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 525).
Abstimmung (Seite 525).
- 8.1. Ltg. 431/H-11/11: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Gemeindeverband a.ö. Krankenhaus Mistelbach, Neubau – Bauteil E mit baubegleitenden Maßnahmen, Freigabe der Gesamtkosten.
Berichterstatter: Abg. Kautz (Seite 525).
- 8.2. Ltg. 432/A-11/12: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Neubau Medizinisches Zentrum Gänserndorf, Frei-

gabe der Gesamtherstellungskosten.
Berichterstatter: Abg. Kautz (Seite 526).

Redner zu 8.1. – 8.2.: LHStv. Dr. Bauer (Seite 527), Abg. Hiller (Seite 528), Abg. Mag. Fasan (Seite 530), Abg. Rosenkranz (Seite 530), Abg. Krammer (Seite 531), Abg. Nowohradsky (Seite 532).
Abstimmung (Seite 533).

9.1. Ltg. 422/V-17/1: Antrag des Verfassungsausschusses über die Vorlage der Landes-

regierung betreffend Änderung des NÖ Vergabegesetzes.

Berichterstatter: Abg. Erber (Seite 533).

9.2. Ltg. 429/A-1/23: Antrag des Verfassungsausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher u.a. betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997.

Berichterstatter: Abg. Friewald (Seite 533).
Abstimmung (Seite 534).

* * *

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER (*um 13.00 Uhr*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist ordnungsgemäß aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landesrat Mag. Sobotka – er ist bei Finanzverhandlungen im Bundesministerium für Finanzen – und der Herr Abgeordnete Waldhäusl.

Der Herr Abgeordnete Mag. Karl Wilfing teilt mit Schreiben vom 24. Februar 2000 betreffend § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz schriftlich mit, dass er als Mitglied des Stiftungsrates der Sparkasse Poysdorf eine leitende Stellung im Sinne dieser Gesetzesbestimmung ausübt. Es war daher die Notwendigkeit gegeben, den zuständigen Ausschuss zu befragen. Der Verfassungsausschuss hat in seiner Sitzung am 9. März 2000 unter Beachtung auf die Gewährleistung der objektiven und unbeeinflussten Amtsführung die angezeigten Tätigkeiten genehmigt. Ich darf das Hohe Haus um Kenntnisnahme ersuchen.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 442/A-2/13 - Antrag der Abgeordneten Sacher, Moser u.a. betreffend Erhaltung der Finanzkraft der Gemeinden – dieses Geschäftstück weise ich dem Kommunal-Ausschuss zu.

Ltg. 433/B-5/1 - Bericht des Rechnungshofes über den Bau und die Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt St.Pölten – dieses Stück weise ich dem Rechnungshof-Ausschuss zu.

Ltg. 427/V-20 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Vater-Karenzurlaubsgesetz 2000 (NÖ VKUG 2000) -

Ltg. 428/K-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Karenzurlaubsgeldgesetzes 1975 - und

Ltg. 434/M-4 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Mutterschutz-Landesgesetzes - diese drei Geschäftstücke weise ich dem Sozial-Ausschuss zu.

Ltg. 435/H-16 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Höhlenschutzgesetzes – dieses Stück weise ich dem Umwelt-Ausschuss zu.

Ltg. 429/A-1/23 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher u.a. betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997 – habe ich bereits am 2. März 2000 dem Verfassungsausschuss zugewiesen. Dieses Stück steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 430/H-11/10 - Vorlage der Landesregierung betreffend a.ö. Krankenhaus Wiener Neustadt, Erweiterung der Kinderabteilung mit baubegleitenden Maßnahmen, Baulos 17, Freigabe der Gesamtkosten - sowie

Ltg. 431/H-11/11 - Vorlage der Landesregierung betreffend Gemeindeverband a.ö. Krankenhaus Mistelbach, Neubau - Bauteil E mit baubegleitenden Maßnahmen, Freigabe der Gesamtkosten - und

Ltg. 432/H-11/12 - Vorlage der Landesregierung betreffend Neubau Medizinisches Zentrum Gänserndorf, Freigabe der Gesamtherstellungskosten – diese drei Geschäftsstücke habe ich bereits am 7. März 2000 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und sie stehen nach Erledigung im Ausschuss bereits auf der heutigen Tagesordnung.

Eingelangt sind die Anfragen:

An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

Ltg. 436/A-4/75 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra“ in der Shedhalle durch Verfügungsmittel bzw. Ressortbudgetmittel des Landeshauptmannes.

An Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop:

Ltg. 437/A-4/76 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra“ in der Shedhalle aus dem Kulturbudget bzw. aus Budgetmitteln Ihres Zuständigkeitsbereiches.

An Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer:

Ltg. 438/A-4/77 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra“ in der Shedhalle aus dem Naturschutzbudget bzw. aus Mitteln des Gesundheitsressorts.

An Herrn Landesrat Blochberger:

Ltg. 439/A-5/101 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro &

contra“ in der Shedhalle aus Mitteln des Landwirtschaftsressorts.

An Herrn Landesrat Gabmann:

Ltg. 426/A-5/100 - Anfrage der Abgeordneten Schimanek und Waldhäusl betreffend Wirtschaftsförderung an Firma Ergee mit Firmensitz in Schrems - und

Ltg. 440/A-5/102 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra“ in der Shedhalle aus Budgetmitteln des Wirtschaftsressorts.

An Herrn Landesrat Mag. Sobotka:

Ltg. 441/A-5/103 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra“ in der Shedhalle aus dem Umweltbudget.

Alle eingelangten Anfragen wurden an die zuständigen Regierungsmitglieder zur Beantwortung weitergeleitet. Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 393/A-4/62, Ltg. 394/A-4/63, Ltg. 395/A-4/64, Ltg. 406/A-4/68, von Herrn LHStv. Dr. Bauer zu Ltg. 417/A-4/73, von Herrn Landesrat Blochberger zu Ltg. 401/A-5/91, von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 402/A-5/92. Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Schimanek und Waldhäusl an LH Dr. Pröll betreffend Errichtung der neuen Kriechspur auf dem sogenannten Maissauer Berg im Zuge der Bundesstraße 4, Ltg. 393/A-4/62:

„Die Vergabe der Planungstätigkeiten für die Errichtung einer Kriechspur auf dem Maissauer Berg erfolgte gemäß ÖNORM A 2050. Für die Vermessung wurde Ing.Kons. Dipl.Ing. Dr. Herbert Döller, für die Projektierungstätigkeiten wurde Ziv.Ing. Dipl.Ing. Thomas Freund beauftragt.

Die Vergabe der Bauarbeiten erfolgte ebenfalls gemäß ÖNORM A 2050 mit folgenden Details:

- Kofferungsarbeiten: Für die Kofferungsarbeiten wurde eine Preisholung durchgeführt, wobei die Firma Pfaller als Best- und Billigstbieter beauftragt wurde.

- Frostschuttlieferungen: Die Vergabe der Arbeiten erfolgte aufgrund eines nicht offenen Verfahrens. Die Firma Hengl wurde als Best- und Billigstbieter mit den Arbeiten beauftragt.
- Bituminöse Mischgutarbeiten: Die bituminösen Mischgutarbeiten wurden im offenen Verfahren ausgeschrieben. Die Firma Ilbau ging als Best- und Billigstbieter hervor.

Aufgrund der beobachteten Unfälle im Bereich des Maissauer Berges wurde im August 1997 eine Besprechung der Gemeinde und der Dienststellen des NÖ Straßendienstes zur Definition der weiteren Vorgangsweise abgehalten. Die Vergabe der Projektierungsarbeiten (Vermessung und Projektierung) erfolgt Anfang Februar 1998. Nach Abwicklung des Planungsprozesses unter Einbeziehung der Gemeinde, Dienststellen sowie der Grundeigentümer erfolgte die Fertigstellung bzw. Projektaussendung Mitte August 1998. Ebenso erfolgte zu diesem Zeitpunkt die Beantragung der wasserrechtlichen Bewilligung.

Hinsichtlich der Straßenbauarbeiten wird mitgeteilt, dass zur Minimierung der Baukosten die Arbeiten in Eigenleistung der Straßenmeisterei Ravelsbach unter Beiziehung von Bau- und Lieferfirmen durchgeführt wurden. Mit den Bauarbeiten selbst wurde am 17. November 1998 begonnen. Der Hauptteil der Kriechspur wurde bis Anfang September 1999 (letzte Ferienwoche) fertiggestellt und für den Verkehr freigegeben. Durch erforderliche Kanalbauarbeiten der Stadtgemeinde Maissau konnte die endgültige Fertigstellung bzw. die Fertigstellung der Nebenanlagen erst im November 1999 abgeschlossen werden.

Zu den Kosten ist zu sagen, dass für die Vermessung von rund S 91.000,- und für die Projektierung rund S 244.000,- aufgewendet wurden. Aufgrund der Endabrechnung ergeben sich Straßenbaukosten in der Höhe von S 4,4 Mio., die veranschlagten Baukosten lagen bei S 4,8 Mio.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mayerhofer an LH Dr. Pröll betreffend B 302 Ortsumfahrung Gerasdorf-Seyring, Ltg. 394/A-4/63:

„Grundsätzlich wird festgestellt, dass gemäß der Novelle zum Bundesstraßengesetz 1971 vom August 1999 die nunmehr gültige Straßenbezeichnung im Bereich Gerasdorf B 305, Wiener Nordostrand Straße, ist und diese in der Folge angewendet wird. Für den Bereich Umfahrung Gerasdorf-Seyring befindet sich derzeit das Vorprojekt in Bearbeitung, welches Grundlage für die Trassenentscheidung ist.

Nach Erstellung eines Vorprojektes für eine 2spurige Straße mit einer Trassenführung entlang der Landesgrenze Wien/NÖ und der Gemeindegrenze Gerasdorf/Deutsch Wagram wurde dieses dem Wirtschaftsministerium bzw. nun Infrastrukturministerium (im weiteren kurz BM genannt) vorgelegt. Aufgrund einer Forderung einer Bürgerinitiative aus Kapellerfeld wurde vom BM die Prüfung einer zusätzlichen Trassenführung (zwischen Bad Deutsch Wagram und Gerasdorf) aufgetragen. Diese Trassenführung führt durch eine wasserbauliche Anlage des Marchfeldkanales (Versickerungsanlage), zur Absicherung der Möglichkeit musste eine wasserrechtliche Vorprüfung in Form eines § 104-Verfahrens gemäß Wasserrechtsgesetz 1959 durchgeführt werden. Dieses Vorverfahren brachte das Ergebnis der grundsätzlichen technischen Machbarkeit dieser Variante, wobei jedoch außerordentlich aufwendige und kostenintensive Rahmenbedingungen vorgegeben wurden. Nach Vorliegen des Ergebnisses der GSD-Studie (Gestaltung des Straßennetzes im donaueuropäischen Raum unter Beachtung des Wirtschaftsstandortes Österreich) wurde der Straßenzug B 301 – 6. Donaubrücke – Lobau – Gerasdorf/Deutsch Wagram – A 5 (Eibesbrunn) als höchstrangig definiert. Die Studie selbst sieht auch eine Trassenführung im Bereich nahe von Deutsch Wagram (westlich) vor.

Die Planungstätigkeiten beinhalten daher derzeit die Erstellung der Unterlagen für die Variantenentscheidung (straßenbauliche Planung, Umweltuntersuchung, Nutzen-Kosten-Untersuchung etc.) für die angeführten 3 Varianten, wobei ein Regelquerschnitt mit zwei Fahrstreifen und Pannestreifen je Richtungsfahrbahn vorgesehen ist.

Da derzeit die Planungstätigkeiten im Gange sind, kann eine inhaltlich und formal abgesicherte Variante nicht definiert werden. Tatsache ist, dass gegen die Variante entlang der Gemeindegrenze Gerasdorf/Deutsch Wagram eine Bürgerinitiative massiv aufgetreten ist und die im Zusammenhang mit der Versickerungsanlage des Marchfeldkanals notwendigen Maßnahmen für diese entsprechende Variante äußerst kostenintensiv (wasserdichte Wanne etc.) sind. Für die Variante im näheren Bereich von Deutsch Wagram (westlich) werden derzeit die Rahmenbedingungen erhoben.

Von der Trassenführung der Umfahrung Gerasdorf sind die Gemeinden Gerasdorf (mit den KG Seyring und Kapellerfeld), Groß Ebersdorf, die Stadtgemeinde Wolkersdorf sowie die Stadtgemeinde Deutsch Wagram betroffen. Mit diesen Gemeinden haben während des Planungsprozesses laufend Projektbesprechungen stattgefunden,

ebenso wurden Bürgerversammlungen in der Gemeinde Gerasdorf in den einzelnen Katastralgemeinden abgehalten. Dabei werden Anregungen und Vorschläge zur Prüfung aufgenommen.

Es ist vorgesehen, dass die Planungsarbeiten für das Vorprojekt mit den erforderlichen Umweltuntersuchungen und der Kosten-Nutzen-Untersuchung als Grundlage für die Dokumentation für die Variantenentscheidung bis Herbst 2000 abgeschlossen sind. Nach Zustimmung durch das BM ist als nächster Planungsschritt die Erstellung des Einreichentwurfes mit den notwendigen Fachexpertisen für die Umweltverträglichkeitserklärung als Grundlage für die Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Verfahrens gemäß § 4 BStG 1971 notwendig. Diese Planungsarbeiten mit der Erstellung des technischen Projektes und der Zustimmung durch das BM ist bis Ende 2001 geplant. Der weitere Zeitablauf ist sicherlich von dem Ablauf des Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahrens geprägt.

Erst nach positiv abgewickelter Umweltverträglichkeitsprüfung und Verordnung gemäß § 4 BStG 1971 sind die bauvorbereitenden Tätigkeiten wie Ausschreibung, Vergabe und Grundeinlöse möglich. Der Beginn der straßenbaulichen Arbeiten (Erdbau etc.) wird von der Dauer der Grundeinlösung abhängig sein. Als Baudauer kann für die Realisierung der B 305 im Bereich der B 8 bis zum Knoten A 5/B 7 drei Jahre angesetzt werden.

Die im derzeitigen NÖ Landesverkehrskonzept enthaltenen Kosten beinhalten noch (entsprechend den seinerzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen) eine Trassenführung mit einem 2streifigen Querschnitt und niveaugleichen Verknüpfungen mit dem untergeordneten Netz und sind daher den nunmehrigen Planungsrahmenbedingungen wie 4streifiger Querschnitt mit Pannestreifen und niveaufreien Anbindungen des untergeordneten Netzes an die B 305 anzupassen. Nach den derzeit vorliegenden Schätzungen – natürlich in Anhängigkeit der Variante – ist mit Kosten von rd. S 750 Mio. zu rechnen.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Schimanek an LH Dr. Pröll betreffend Aktion „NÖ Weihnachtsbaum für Berlin“, Ltg. 395/A-4/64:

„Auf Anregung des regierenden Bürgermeisters von Berlin Eberhard Diepgen wurde das Bundesland Niederösterreich eingeladen, die diesjährigen offiziellen Weihnachtsbäume für die Deutsche Hauptstadt bereitzustellen. Diese Chance, das Bundesland Niederösterreich auf internationalem Boden zu präsentieren und entsprechende Kontakte und Verbindungen zu knüpfen, wurde wahr-

genommen. Niederösterreich stand 2 Tage lang in der Auslage der Medienberichte Berlins. Am Rande wurden Wirtschaftsgespräche geführt und Kontakte zu Auslandsniederösterreichern hergestellt. Die Gesamtkosten für das Bundesland Niederösterreich einschließlich der Kosten für die Teilnehmer betragen Schilling 876.393,83. Die Bedeckung erfolgte aus den Voranschlagstellen der Gruppen Landesamtsdirektion, Land- und Forstwirtschaft sowie Wirtschaft, Sport und Tourismus. Bei Sondertransporten wie jenem eines Christbaumes ist es durchwegs erforderlich, eine Fachbegleitung zu stellen. Somit wurde ein Fahrzeug der Fahrbereitschaft der Abteilung WST 8 gestellt, und ein Mitarbeiter der Gruppe Land- und Forstwirtschaft beauftragt, den Transport zu begleiten, um die Gesamtdurchführung, Mithilfe bei Zoll- und verkehrspolizeilichen Abwicklungen sowie forstbehördlichen Regelungen (phytosanitäres Zeugnis) etc. sicherzustellen. Ebenso war dieser Mitarbeiter für die Aufstellung der Bäume vor Ort inklusive diverser Veranlassungen zur Unterstützung der Durchführung der Aktion beauftragt. Für meine Fahrten in Berlin wurde kein Dienstwagen des Bundeslandes Niederösterreich benützt.

Teilnehmer der Niederösterreichischen Delegation waren neben meiner Person der damalige Klubobmann Dr. Ernst Strasser, Hofrat Dr. Schebesta, Hofrat Dr. Waldhauser, Dr. Kirchweger, Mag. Oberparleiter sowie Raimund Boltz, wobei sich der Delegation auch Medienvertreter angeschlossen haben.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Marchat und Mayerhofer an LH Dr. Pröll betreffend Verlängerung der Wiener U-Bahn in das Wiener Umland, Ltg. 406/A-4/68:

„In Beantwortung der Anfrage vom 7. Februar 2000 mit der Zahl Ltg. 406/A-4/68 erlaube ich mir folgendes mitzuteilen:

Folgende Maßnahmen wurden seit dem zitierten Beschluss vom 20.5.1999 gesetzt:

- Abschluss eines Ausbauvertrages für die Schnellbahnlinie S 2 Wien-Mistelbach-Laa
- Verhandlungen über den Betrieb auf der Flughafen-Schnellbahn S 7
- Erarbeitung eines Schnellbahnkonzeptes im Rahmen der PGO
- PGO-Studie zur Einführung des Buskorridors Rodaun (in Umsetzung)
- Park-and-Ride Ausbauverträge, z.B. Neulengbach, Tulln, Böheimkirchen, etc.
- Fahrplanabstimmungen ÖBB im Rahmen der Hauptbahn- und Regionalbahnverkehrsverträge

Im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) wurde durch die politischen Vertreter in der PGO vereinbart, die Frage der Verlängerung der Wiener U-Bahnen auf niederösterreichisches Gebiet im Rahmen einer Studie im Auftrag des Magistrates der Stadt Wien und des Amtes der NÖ Landesregierung näher zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Studie liegen nunmehr vor und wurden im Rahmen eines PGO-Workshops am 29. Februar 2000 mit politischen Mandataren, Interessensvertretern, Verkehrsunternehmen und Verkehrsplanern diskutiert.

Mit der Erarbeitung einer derartigen Machbarkeitsstudie wurde die Firma RC Regional Consulting Vienna beauftragt. Die Ergebnisse wurden im Rahmen des PGO-Workshops am 29. Februar 2000 vorgestellt. In der Studie wurde die Verlängerung von sieben Wiener U-Bahnlinien in das Umland untersucht. Dabei ergab sich jeweils ein Investitionsbedarf je Linienverlängerung von mindestens öS 8 Mrd. (ausgenommen U 6 – Süd) und jährliche Betriebskosten von mehr als öS 90 Mio. Diesen Betriebskosten würde, laut Studie, eine Auslastung von nur 4-15 % in der Spitzenstunde gegenüberstehen. Einzig für die Verlängerung der U-Bahnlinie U 6 Richtung Süden zur SCS wurde eine verkehrswirtschaftlich bessere Wirkung festgestellt. Im Hinblick auf die jährlichen Betriebskosten wird jedoch vom Gutachter auch für den Bereich einer möglichen U 6 - Süd Verlängerung eine Attraktivierung der Badner Bahn und die Einrichtung des Cable-Liners mit höherer Priorität beurteilt. Diese Variante befindet sich bereits in Umsetzung.

Die finanzierenden Gebietskörperschaften in der Verkehrsverbund Ostregion GmbH (VOR) und in den Regionalen Verkehrsverbänden Niederösterreich/Burgenland (VVNB), das sind der Bund, Wien, Burgenland und Niederösterreich, haben im Sommer 1999 eine Interessentensuche für die Durchführung einer Tarifmodellrechnung als Vorbereitung für die Änderung der bestehenden Tarifsystematik in den Verkehrsverbänden in der Ostregion durchgeführt. Im Herbst wurden die Gutachter Dr. Sepp Snizek und Dr. Gerhard Platzer mit der Durchführung einer Tarifmodellrechnung beauftragt. Diese Arbeiten sind derzeit im Laufen und werden von Vertretern der finanzierenden Gebietskörperschaften sowie den Verkehrsunternehmen und den Verbundmanagements eng begleitet. Erste Ergebnisse sollen bis Sommer 2000 vorliegen.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan an LHStv. Dr. Bauer betreffend Auswirkungen der internationalen Isolation Österreichs auf Niederösterreich

und seine Interessen im Bereich Naturschutz, Ltg. 417/A-4/73:

„Gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 2 B-VG sind äußere Angelegenheiten mit Einschluss der politischen und wirtschaftlichen Vertretung gegenüber dem Ausland Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung. Internationale Kontakte fallen daher auch im Naturschutzbereich in die Kompetenz des Bundes.“

Für Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union haben die Länder Mitwirkungsrechte gemäß Art. 23 B-VG. Demnach können die Länder beispielsweise eine einheitliche Stellungnahme abgeben oder einen gemeinsamen Ländervertreter namhaft machen. Diese innerstaatlichen Rechte werden selbstverständlich wahrgenommen.

Ich kann derzeit nicht abschätzen, ob bzw. welche Auswirkungen das Einfrieren der bilateralen politischen Beziehungen auf den Naturschutz in Niederösterreich haben kann, zumal derartige Beziehungen von Landesseite nicht gepflegt wurden und dies nach der Kompetenzverteilung in der Bundesverfassung auch nicht möglich war.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan an LR Blochberger betreffend das Projekt „Zentrum für Chinesische Medizin“ Gars im Hochwasserabflussgebiet, Ltg. 401/A-5/91:

„Zu 1.

Der Abteilung Hydrologie ist bekannt, dass es am Kamp bei Hochwasserereignissen zu Überflutungen kommen kann. Es liegen Informationen über Hochwässer vor, aus denen Rückschlüsse über das Ausmaß der zu erwartenden Überflutung bei einem 100jährigen Hochwasser gezogen werden können.

Zu 5.

Der Projektant hat mit Datum 16. Februar 2000 eine schriftliche Anfrage an die Abteilung Hydrologie über die Hochwasserkennwerte des Kamp gerichtet.

Zu 2., 3., 4., 6. und 7.

Diese Fragen fallen nicht in den mir nach der Verordnung über die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung zugewiesenen Aufgabenbereich.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan an LR Mag. Sobotka betreffend Projekt „Zentrum für Chinesische Medizin“ Gars im Hochwasserabflussgebiet, Ltg. 402/A-5/92:

„1)

Der Abteilung meines Ressorts ist durch die Abteilung Hydrologie bekannt, dass am Kamp bei Hochwasserereignissen mit Überflutungen zu rechnen ist. Die Fläche wird bei 100-jährlichen Hochwässern überflutet.

2)

Für das Gelände um das Alte Badhaus ist bekannt, dass es bei 100-jährlichen Hochwässern überflutet wird. Mit großer Wahrscheinlichkeit lässt sich auch sagen, dass das Gelände bei 30-jährlichen Hochwässern überflutet wird.

3)

Vorfrage wurde bejaht.

4)

Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Kompetenz des für Baurechtsfragen zuständigen Regierungsmitgliedes, Mag. Ewald Stadler.

5)

Es gab ausführliche Kontakte zur Klärung der Hochwassersituation anlässlich der Umwidmung des Geländes des Alten Badhauses von ehemals Grünland-Park in Bauland-Sondergebiet im Jahr 1989. Diese Kontakte erfolgten allerdings zwischen der Gemeinde, der Abteilung meines Ressorts und der Abteilung Hydrologie. Das Projekt des Zentrums für Chinesische Medizin gab es noch nicht.

6)

siehe Frage 4)

7)

Allfällige Auflagen bei Neubauten fallen in die Kompetenz der Baubehörde bzw. wären in einem wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren zu klären.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Nun kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Eingelangt sind zwei Anträge auf Abhaltung je einer Aktuellen Stunde. Ich komme nunmehr wie in der Tagesordnung der heutigen Sitzung angekündigt zum ersten Antrag. Über den zweiten wird dann später berichtet und abgestimmt.

Die Abgeordneten Dirnberger, Mag. Schneeberger, Breininger, Ing. Hofbauer und Dipl.Ing. Toms haben gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Technologieoffensive - Antwort auf die Herausforderung des 21. Jahrhunderts zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze“ eingebracht. Gemäß § 35a Abs.4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung

durchzuführen. Ich bringe nun diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Keine Gegenstimme. Einstimmig angenommen!

Wir kommen daher zur ersten Aktuellen Stunde gemäß § 35a LGO 1979. Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäß § 35a Abs.6 der Geschäftsordnung die Redezeit des ersten Antragstellers und der Mitglieder der Landesregierung auf 15 Minuten, und die der übrigen Redner auf je 10 Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, dass eine Minute vor Ende der Redezeit das Licht am Rednerpult zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit leuchtet das Licht ohne zu blinken. Dann ist die Redezeit wirklich um. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dirnberger als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Klub der ÖVP-Abgeordneten hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema „Technologieoffensive – Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze“.

Ich denke, Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum sind entscheidende Begründungen für diese Aktuelle Stunde. Meine Damen und Herren! Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat die Orientierung des Landes klar positioniert. Mit all den damit verbundenen Anstrengungen für uns, mit den Chancen für Niederösterreich, die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, mit den Hoffnungen und bei manchen auch den Ängsten. Drei Lebensbereiche sind Mittelpunkt dieser von unserem Landeshauptmann dargestellten Positionierungen. Der erste Bereich: Wissen und Bildung wird Zentrum unserer Wertschöpfung in Zukunft in Niederösterreich wie weltweit sein. Zweitens: Die Globalisierung und die Frage der Heimat, als Spannungsfeld zwischen Offenheit und Geborgenheit. Drittens: Die Frage der Europäischen Erweiterung mit all den Zukunftsaufgaben und Problemfeldern für uns Niederösterreicher an der Grenze der Erweiterungslinie, die Europa nach wie vor durchzieht.

Die Zukunftsperspektiven für die NÖ Landespolitik lassen sich in einige Bereiche zusammen fassen. Ich würde sagen, Punkt 1 Innovations- und Technologiepolitik. Der zweite Bereich Forschungs- und Bildungspolitik. Und der dritte, nicht minder bedeutende Bereich, eine wertorientierte Sozial- und Humanpolitik. Greifen wir, meine Damen und Herren, zunächst die Fragen der Bildungspolitik

heraus. Hier nenne ich das Stichwort Fachhochschule. Gerade die Fachhochschule ist ein Musterbeispiel dafür, dass wir in Niederösterreich nicht bloß theoretische Ansätze postulieren, sondern in der Tat die Ersten sind. In der Tat die Ersten sind! Wir waren das in Wr. Neustadt. Hier wurde die erste österreichische Fachhochschule gegründet. Die zweite folgte dann in Vorarlberg.

Der Geschäftsführer und Initiator dieser Fachhochschule Prof. Jungwirt konnte im Vorjahr – und daran darf ich wirklich erinnern – stolz vermelden, dass alle 110 Abgänger des ersten Jahrganges sofort einen Job bekommen haben. Aber nicht nur das! Darüber hinaus: Prof. Jungwirt, der auch Klubobmann der ÖVP im Gemeinderat in Wr. Neustadt ist, berichtet, dass viele Fachhochschulabgänger bis zu fünf Angebote erhalten haben. Ich denke, unser Klubobmann Mag. Klaus Schneeberger hat allen Grund zur Freude über ein derart prominentes, profiliertes Mitglied im Gemeinderat in seinem Team in der Stadt in Wr. Neustadt. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Denn die Auswirkungen, meine Damen und Herren, da können Sie ruhig einige Zwischenbemerkungen machen, die Auswirkungen für die Jugend seiner Heimatstadt, ja der gesamten Region, sind ganz, ganz große und bedeutende, auch für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region in der Zukunft.

Ein zweiter Bereich, den ich ansprechen möchte, ist das RIZ – das Regionale Innovationszentrum. Es ist heute in den 15 Minuten, die zur Verfügung stehen, nicht möglich, all die Initiativen, die unser Wirtschaftslandesrat Ernest Gabmann in den letzten Jahren hier gesetzt hat, anzuführen. Ich glaube, es wird reichen, wenn ich nur die nächsten bevorstehenden großen Ereignisse für Niederösterreich darstellen darf. Nämlich den Spatenstich für das RIZ-Gründerzentrum im Triestingtal, der am 23. März stattfinden wird, und das RIZ-Gründerzentrum in Hollabrunn. Unter dem Motto „Unternehmer ohne Grenzen“ lautet hier der Slogan, wird der Wirtschaftslandesrat am 25. März 2000 dieses nächste RIZ eröffnen. Und ich glaube, das zeigt, in welchem Tempo die NÖ Landespolitik hier Wirtschaftspolitik eben für unser Land gestaltet.

Damit komme ich zu dem Beispiel Technologiepolitik. Und da möchte ich ein Projekt herausgreifen, weil es auch zu umfangreich in der gebotenen Kürze wäre, alle Projekte darzustellen. Ich nenne beispielhaft für viele Projekte das Projekt E-CHEM. Mit mehreren universitären und außeruniversitären Gruppen, Forscher wie Prof. Nauer von der Uni Wien zum Beispiel, Prof. Kronberger von der TU Wien, Prof. Besenhard von der Grazer TU

oder Dr. Kny, Dr. Haubold vom Arsenal versammeln wesentliche österreichische Kompetenzen zum Thema Elektrochemie. In diesem K plus-Zentrum werden Themenkreise behandelt wie elektrochemische Oberflächenbehandlung zum Beispiel für Beschichtungsfragen, Korrosionsschutz, Energiespeicherung und -umwandlung. Beispiel im Bereich der Anwendung. Neue Batterien. Elektrochemische Umweltsanierung: Ein wichtiges Stichwort für unsere Umwelt sind die Fragen der Bodenentgiftung, die angegangen werden. In diesem Bereich allein werden 37 Unternehmen aller Größenklassen an diesem Zentrum beteiligt, versammelt. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher, entscheidender Schritt, der in viele Bereiche, wie ich sie angezogen habe, hineinführt, nicht zuletzt auch in den Bereich der Umwelt.

Das ist Arbeitspolitik, Arbeitsplatzpolitik der Zukunft, meine Damen und Herren! Die NÖ Arbeitsplatzpolitik mit Zukunft. Wir werden auch vom WIFO in dieser Frage sehr deutlich immer wieder bestätigt. Erst jüngst hat der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes bei einer Enquete dargelegt: Wohlstand besteht aus dem Wissen, wie man etwas macht. Und das möglichst exklusiv. Dieses möglichst exklusive Wissen, das werden wir hier erwerben mit diesen Beispielen, die ich zuvor genannt habe. Und das führt, meine Damen und Herren, über die alte Diskussion, ob wir mehr oder weniger lang arbeiten sollen, bedeutend hinaus. Wenn etwa die sozialdemokratischen Gewerkschafter im letzten Herbst beim ÖGB-Bundeskongress wiederholt, wie schon Jahrzehnte und länger das Lied von der 35-Stunden-Woche als großen Lösungsansatz für die Arbeitsmarktprobleme angenommen haben, so dürfen wir, meine Damen und Herren, als Resümee nur eines vermerken: Die Linke gibt nicht bloß die alten Antworten, sie stellt vorweg schon die alten Fragen an die Herausforderungen der Zukunft. Denn das ist keine Frage einer 35-Stunden-Woche, ob wir exklusiv Arbeitsmethoden erfinden. Ob wir exklusiv Produkte entwickeln. Wie wir am Weltmarkt reüssieren können, wenn wir hier das alte Lied, die alte Leier der 35-Stunden-Woche anstimmen. Das hat natürlich zur Grundstimmung dieses von den Sozialdemokraten dominierten Gewerkschaftskongresses gepasst. Ich habe heute mitgenommen die Texte auf dieser CD (*zeigt CD-Hülle*). Jedem Delegierten bei diesem Bundeskongress wurde genau zu dieser Leitlinie, die Verzetnitsch da herausgegeben hat, auch eine CD geschenkt. Was kann man denn auf dieser CD nachschauen? Nicht etwa neue Bildungseinrichtungen oder Informationen aus diesem Bereich. Hier gibt es Lieder wie - 3,30 Minuten dauert das, erschreckend lang - die „Internationale“ oder das „Lied von den roten Herzen“ mit 2,55 Minuten. Oder

das Lied von den „Internationalen Brigaden“. Meine Damen und Herren! Jüngste Demonstrationen erinnern uns an die Geistigkeit dieser Fragen. Und ich denke, diesem Geist aus der Vergangenheit, dem gilt es zu begegnen, wenn wir Zukunftschancen in der Tat wahren wollen. Wenn wir dem folgen, was uns der Landeshauptmann als Leitlinie für die Technologiepolitik, für die Forschungspolitik, für die Bildungspolitik in unserem Lande vorgegeben hat! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir Niederösterreicher lassen uns aber von diesen Schritten in die Vergangenheit nicht beirren. Der Herr Landeshauptmann hat erst vor kurzem mit Franz Viehböck einen Technologiebeauftragten ernannt. Franz Viehböck ist nicht nur prominent durch Weltraumfahrt, sondern er vereint, glaube ich, wie kein Zweiter Kompetenz und persönliche Zuneigung für unser Land trotz seines jahrelangen Auslandsaufenthaltes. Und ich glaube, das ist auch etwas ganz Wesentliches, denn der Herr Landeshauptmann hat auch damit postuliert diese Frage nach Heimat und Weltoffenheit. Und dass wir das in uns auch vereinigen können. Das ist ein springender Punkt für die Zukunft, wenn wir wollen, dass die Menschen mit uns diese modernen Schritte in die Zukunft auch mitgehen. Wir stehen da mit diesem Impuls und sehen den Impulsen dieses neuen Chefs, des Technologiebeauftragten hier mit Spannung entgegen, der sicherlich ganz große Erfahrungen bei BOEING Europa gesammelt hat, die er für uns Niederösterreicher entsprechend auswerten kann.

Meine Damen und Herren! Als Resümee des Ganzen können wir eines ganz klar sagen: Wir haben nicht nur Neues erfunden in Niederösterreich, sind nicht nur bestrebt, Neues zu entwickeln, sondern haben natürlich auf den bestehenden Stärken unseres Landes, die wir uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten erarbeitet haben, aufgebaut. Und dazu gehört, dass wir in jene Bereiche und Strukturen hinein gegangen sind, bewusst primär hinein gegangen sind, wo wir wirtschaftliche Stärken und wo wir die Standorte hatten. Wir haben anspruchsvoller Technologie damit die Chance gegeben zur Entwicklung in Anknüpfung an bestehende Trends in der Wirtschaft. Die Verfügbarkeit von Leitpersonen ist natürlich eine ganz wesentliche Frage dabei, wie Beispiele für Unternehmen, die daraus Nutzen ziehen können. Nutzen ziehen können nicht nur für den Betrieb sondern natürlich für alle Beschäftigten und für die gesamte Region. Und ich denke, man sollte abschließend eines ganz klar sagen: Wir haben auch vom WIFO eine ganz klare Bestätigung für unsere Arbeit an Hand von Fakten. Denn Niederösterreich hat in den gesamten neunziger Jahren die höchste Wachstumsrate im

Reigen der Bundesländer aufweisen können. Das ist eine Bestätigung für die Politik des Landeshauptmannes in den neunziger Jahren. Und ist die Hoffnung, dass wir im neuen Jahrhundert auf Grund der neuen Entwicklungen, die dieses Land Niederösterreich, die Landesregierung setzt, wieder diesen einen Schritt voraus sind im Reigen der Bundesländer. Vielen Dank! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzler.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Motz.

Abg. Mag. MOTZ (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Im Unterschied zu meinem Vorredner möchte ich vielleicht doch das Thema von einem ein bisschen anderen Gesichtspunkt betrachten und zunächst einmal bemerken, dass die Technologiepolitik in den letzten Jahren international ins Zentrum gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Aktivitäten gerückt ist. Und ich bin sehr froh über die Gelegenheit, heute in dieser Aktuellen Stunde unsere Position zu diesem Thema formulieren zu können. Dies bietet mir heute Gelegenheit, einmal auf das hinzuweisen, was Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP und FPÖ einerseits auf Bundesregierungsebene tun und was Sie andererseits hier gerne reden.

Sie haben sich auf Bundesebene bekannt dazu, die österreichischen Industrieinteressen einem Ausverkauf preis zu geben. Damit gefährdet diese Bundesregierung ganz eindeutig massiv und in einer Art und Weise die Weiterentwicklung Österreichs. Die angekündigten Privatisierungen bedeuten auch eine massive Gefahr für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich. Sie haben sich bekannt dazu, mit großem politischem Druck, mit großer Intensität, innerhalb kürzester Zeit 100 Prozent von manchen Betrieben, von manchen Unternehmen zu privatisieren. *(Abg. Dipl.Ing. Toms: Ihr hättet gleich privatisieren sollen damals!)*

Und diese Absichtserklärung hat ja schon innerhalb kurzer Zeit auch zu massiven Kursverlusten bei den betroffenen Unternehmen geführt. Bis zu 6½ Prozent haben wir feststellen müssen. Das beweist auch ein gewisses mangelndes Fingerspitzengefühl. Denn ein Finanzminister muss sich im Vorhinein dessen bewusst sein, wie sensibel Anleger auf solche Gerüchte und auf solche unkonkreten Äußerungen reagieren. Und auch diese im Raum stehenden Syndikatsüberlegungen bieten jedenfalls nicht die gleiche Stabilität und Garantie wie eben der Erhalt der aktienrechtlichen Sperrminorität. Das muss man einmal hier ganz deutlich sagen.

Wenn Österreich also diese Kernaktionärsfunktion aufgeben soll, dann droht ein Ausverkauf.

Ein Ausverkauf von österreichischen Schlüsselunternehmen ins Ausland. Und damit ist konkret angesprochen natürlich die Gefahr auch verbunden, dass die Unternehmen geneigt sind, die Schlüsselressorts, und dazu zählt eben der Bereich der Technologie, der Forschung, der Entwicklung, aufzugeben. Und wenn wir uns die Beispiele der letzten Zeit anschauen, dann stellen wir in der Praxis ja auch fest, dass gerade diese Ressorts es sind, die dann in die Hände der ausländischen Konzernmutter abwandern. Und ein Ausverkauf der österreichischen Forschung ist gegeben.

Wenn Sie also hier in Niederösterreich etwas Gutes tun wollen, meine Damen und Herren von der ÖVP und FPÖ, dann verwenden Sie sich bitte bei Ihren Parteifreunden dahingehend, dass in Österreich die Gelegenheit für unsere Unternehmen gegeben ist in jenen Bereichen, in denen der Staat die Möglichkeit hat, tatsächlich noch die Unternehmensstrategie mitzugestalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir reden hier von 120.000 Beschäftigten österreichweit und von rund 330 Milliarden Umsatz jährlich. Wenn Sie schon die ÖIAG neu organisieren wollen, dann bitte so, dass das strategische Eigentum gesichert ist. Und dem ist auch die oberste Priorität einzuräumen. Und diese strategische Eigentümerfunktion ist eben nur dann gesichert, wenn sie 25 Prozent plus die eine Aktie festschreiben. Herr Landeshauptmann! Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, an Sie zu appellieren: Nützen Sie wieder Ihren bundespolitischen Einfluss in der ÖVP und helfen Sie mit, diesen schweren wirtschaftspolitischen Fehler zu beenden.

Meine Damen und Herren! Unbestritten liegt auch die Zukunftschance der NÖ Industrie darin, dass durch eine effiziente Forschungs- und Technologiepolitik die Innovationskraft der Unternehmen gestärkt wird. Und die Forschungs- und Technologiequoten geben ja Auskunft darüber und gelten als Orientierungshilfe, als Kennzahlen für die Innovationsfähigkeit des Landes. Ich präsentiere Ihnen ein paar Vergleichszahlen. Der EU-Durchschnitt hält bei einer Forschungsquote von ungefähr 1,9 Prozent. Der OECD-Durchschnitt hält bei 2,2 Prozent. Und wir in Österreich halten bei bescheidenen 1,5 Prozent. Nur unsere südeuropäischen Nachbarländer geben weniger für die Forschung aus. Anders Schweden mit einer Forschungsquote von 3,8 Prozent. Was sagt das blau-schwarze Regierungsprogramm dazu? (*Abg. Mag. Schneeberger: Einem lässt grüßen!*)

Die Forschungsquote soll bis 2005 auf 2½ Prozent angehoben werden, wobei wir bis 2002 2 Prozent Forschungsquote erreichen wollen. Das ist ambitioniert. Diese Zielsetzungen sind zu begrüßen.

Aber man muss natürlich kritisch anmerken, dass das auch viele andere Länder bereits versucht haben und es ihnen nicht gelungen ist, ihre Forschungsquote in so kurzem Zeitraum um mehr als 47 Prozent im konkreten Fall anzuheben. Und das Regierungsprogramm verschweigt uns auch, wie das realisiert und finanziert werden soll. Es wird vage angedeutet die Möglichkeit einer Sonderdotierung über den Jubiläumsfonds der Nationalbank. Es wird in den Raum gestellt eine Zweckwidmung nicht benötigter Währungsreserven zum gegebenen Zeitpunkt. Also alles in allem höchst zweifelhaft, ob dieses Zwischenziel, die 2 Prozent Forschungsquote, was insgesamt einen Mehrbedarf von rund 5,6 Milliarden Schilling ausmachen würde, finanziert wird.

Als Folge dieser anhaltend niedrigen Forschungsquote haben wir natürlich in der Wirtschaftsstatistik einige signifikante Indikatoren. Österreich erzeugt hier wesentlich mehr arbeitsintensive, traditionelle Güter als es dem Einkommensniveau unseres Landes entsprechen würde. Die technologische Zahlungsbilanz, also die Relation zwischen Hochtechnologieexporten und –importen zeigt, dass Österreich wertmäßig dreimal so viel Hochtechnologieprodukte importiert als es exportiert. Die Patentbilanz ist massiv negativ. Die Unit values zeigen, dass wir wertvollere Produkte importieren als wir exportieren. Es stellt sich daher die Frage, wo setzen wir den Hebel an.

Ich glaube, im Bereich der Beziehung zwischen den Unternehmen und den Forschungseinrichtungen ist auf eine strukturelle Verbesserung der Kooperation zu achten. Es bestehen unzweifelhaft Defizite im Technologietransfer zwischen klein- und mittelständisch orientierten Unternehmen und externen Forschungsträgern. Es ist die Bildung von Netzwerken im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe eine Maßnahme, die den wirtschaftlichen Erfolg garantiert. Wir können durch den forcierten Ausbau – und es gibt ja hier bereits Ansätze dazu – von speziellen Standorten mit bestmöglicher Infrastruktur auch Incentives für technologieorientierte Cluster schaffen. Und bei den Clusterbildungen muss man halt auf eines achten: Dass es zu echten Vernetzungen kommt. Vernetzungen, die sternförmig orientiert sind und nicht bloß lineare Zuliefermodelle, wo möglicherweise dann im schlimmsten Fall der Leitbetrieb im Ausland sitzt. Wir wollen sternförmige Vernetzungssysteme dieser Cluster haben, wo im Mittelpunkt eine österreichische Forschungseinrichtung steht, wo im Mittelpunkt österreichische Leitbetriebe sind.

Zügige Fortschritte im Bereich der Deregulierung, der Entbürokratisierung und einer europa-

weiten Harmonisierung der Umweltgesetzgebung sind natürlich alle Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die österreichische Industrie, die Forschung erfolgreich bleibt im internationalen Konzert. Und ich nenne als Beispiel nur die Zersplitterung zwischen bundes- und landesgesetzlichen Normen bei den Melde- und Aufzeichnungsverpflichtungen im Abfallrecht in etwa. Bei den Vorschriften von Maßnahmen „nach dem Stand der Technik“, was ja ein beliebter Ausdruck ist, muss man ja vermehrt auf die wirtschaftliche Zumutbarkeit, auf die Verhältnismäßigkeit achten. Und jedes Ansetzen von Daumenschrauben in diesem Zusammenhang ist halt in höchstem Maße technologiefeindlich und daher zu unterlassen.

Ein Letztes noch, das Technologiemarketing. Auch ein sehr sensibler Punkt. Ich möchte dazu bemerken, dass im Ausland natürlich jene Produkte erfolgreich sind, die einen unverwechselbaren Charakter, eine besondere Identität haben, die den Bedürfnissen angepasst sind, ein gutes Design, eine entsprechende Marke haben.

Die österreichische Technologiepolitik, glaube ich, braucht also in Summe neue Ansätze. Es ist einmal erstens festzustellen, dass durch eine Verringerung der Anzahl nationaler Forschungseinrichtungen, durch Firmenkäufe multinationaler Gesellschaften ein Verlust der nationalen Forschungsidentität eingetreten ist. Und es sind zweitens auch Firmenstrategien festzustellen, die dahin gehen, dass man sich konzentriert auf die Hauptgeschäftsfelder. Dass man sich an kurzfristigen Zielen nur orientiert und letztendlich auch dadurch es zu einer Reduzierung des Forschungsaufwandes kommt.

Das Ziel muss also sein, ein umfassendes nationales aber auch landesweites Innovationssystem herzustellen. Wir Sozialdemokraten werden es jedenfalls nicht zulassen, dass es zu einem Ausverkauf der inländischen Forschungskapazität durch die blau-schwarze Bundesregierung kommt. Wir sagen daher ganz deutlich nein danke zu Ihrem umfassenden Entstaatlichungsprogramm. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Weininger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich habe mich eigentlich gefreut über das Thema der heutigen Aktuellen Stunde über die Technologieoffensive. Weil ich glaube, es ist

höchste Zeit, darüber in Niederösterreich sich Gedanken zu machen. Ich würde allerdings im Unterschied zu meinen Vorrednern andere Schwerpunkte setzen. Ich glaube nicht, dass Technologiepolitik übersetzt werden kann als CD-Rom eines Gewerkschaftskongresses als Horizont. Und ich möchte an meinen Vorredner noch anschließen und in einem Punkt Recht geben: Dass zwar das Regierungsprogramm in punkto Technologie vieles verschweigt, allerdings er mir auch verschwiegen hat, was aus den berühmten Technologiemilliarden der letzten Jahre geworden ist. Fußnote: Eigentlich kann man verschweigen nur das, was man weiß. In beiden Fällen, sowohl Bundesregierung als auch meine Vorredner, weiß ich nicht, ob es da wirklich etwas zu verschweigen gibt.

Zur Technologieoffensive für Niederösterreich würde ich mir eine klare Strategie und ein konsistentes Programm erwarten. Klare Schwerpunkte. Bis jetzt habe ich davon ehrlich gestanden nichts gehört. Es gibt die eine oder andere lobenswerte Initiative, manche erfolgreicher als andere. Aber es gibt kein konsistentes Programm soweit ich das bislang erkennen kann. Und ich glaube, dass die Offensive, die ja im Titel steht, ja nicht darin bestehen kann, dass man sagt, das, was wir haben, ist eh schon super. Und das war es dann. Ich glaube auch nicht, dass es ausreicht, einen publicity-trächtigen Menschen als Technologiebeauftragten zu benennen. Ich meine, das bewegt sich ehrlich gestanden ungefähr auf demselben fachlichen Niveau wie die damals andiskutierte Bestellung von Josef Broukal als Jahr-2000-Beauftragten. Also die Bekanntheit in einem im weitesten Sinn technologischen Bereich gibt ja noch nicht automatisch die Qualifikation.

Ich frage mich jetzt, soll ich aus der Bestellung des Astronauten Viehböck, des BOEING-Mitarbeiters Viehböck ableiten, dass Niederösterreich plant, einen Schwerpunkt Luftfahrt oder Raumfahrt sich vorzunehmen. Das glaube ich denn doch nicht. Ich würde es hoffen, dass man das doch nicht macht. *(LH Dr. Pröll: Hoffentlich! Da würden Sie uns enttäuschen, wenn Sie das wirklich glauben würden!)* Ich frage mich nur, was sonst die Überlegungen waren, Herr Landeshauptmann, warum man ausgerechnet den Herrn Beauftragten Viehböck einsetzt. *(LH Dr. Pröll: Ich erkläre es Ihnen einmal!)* Ich bin aber einmal gespannt, welches Konzept er vorlegt in seiner Beauftragung falls ihm überhaupt dieser Auftrag erteilt wurde, auch ein Konzept zu präsentieren.

Eine kleine Anregung wie man zumindest seine hohe Bekanntheit, seine Sympathieträgerfunktion, seine Verbundenheit mit Niederösterreich

nutzen kann. Vielleicht kann er ja zumindest gleich einmal eine Einwendung gegen das Atomkraftwerk Temelin jetzt in der laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung einbringen und so Niederösterreich vor einer gefährlicheren Technologieanwendung schützen.

Zu unseren Vorschlägen. Zwei Vorschläge von den Grünen. Vielleicht kann man sie in die Technologieoffensive einbauen, soweit das nicht geschehen ist. Wir teilen die Auffassung, die, vermute ich doch, einige von Ihnen auch haben werden, Niederösterreich soll dort in die Offensive gehen, wo es gute Voraussetzungen hat und gute Chancen und entsprechendes Know how mitbringt. Wir halten hier zwei Bereiche für zentral für die zukünftige Entwicklung von Niederösterreich. Das eine ist der Nona-Bereich Informationstechnologie. Das wird hoffentlich breite Zustimmung haben, dass das eine Zukunftstechnologie, eigentlich in Wirklichkeit eine Gegenwartstechnologie ist, der gesamte Telekommunikationsbereich. Und dass hier in Gesamt-Österreich die Ausbildung in den letzten Jahren derartig hinterher hinkt, dass die einschlägige Industrie beklagt, dass sie in Wirklichkeit mindestens 30.000 offene Arbeitsplätze haben und nicht besetzen können, weil es an qualifizierten Menschen fehlt. Also hier sind wir „dringlichst“ aufgefordert, im Land und im Bund für eine entsprechende Ausbildung, für Qualifikation zu sorgen und für eine verbreiterte Basis, von der wir uns in diesem wichtigen Technologiebereich behaupten können.

Der zweite Bereich, wo ich glaube, dass Niederösterreich schon wichtige Vorleistungen erbracht hat, wichtiges Potential hat, und den man ausbauen könnte, ist der gesamte Bereich der Umwelttechnologien. Insbesondere im Energie-sektor, wo Niederösterreich einiges vorzuweisen hat. Aber auch darüber hinaus. Auch hier liegen mindestens 15.000 Jobs in Niederösterreich allein auf der Straße, wenn man hier entsprechende Anreize setzt, und zum Teil auch mit entsprechenden Auftragsvolumina, etwa in der Altlastensanierung hier auch tatsächlich die Arbeitsplätze mobilisieren könnte.

Ein Bereich, den wir dezidiert nicht als Umwelttechnologie vermerken und der offensichtlich, ist meine Befürchtung, fröhliche Urständ' feiern könnte, ist die Sackgasse Gentechnologie. Sackgasse sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich gesehen. Und dazu nur zwei Anmerkungen. Für die NÖ Landwirtschaft ist, glaube ich, allen Beteiligten klar, dass wir mit Billig- und Massenproduktion etwa Hollands oder Deutschlands schwer mithalten können und daher auf bestimmte Segmente im Qualitätsbereich setzen müssen. Wir wissen aus vielen

Umfragen aus ganz Europa, dass Konsumentinnen und Konsumenten einen starken Trend haben hin zu zumindest einigermaßen gesunden Lebensmitteln. Und dass Gentechnik in Lebensmitteln zu 70 bis 80 Prozent abgelehnt wird.

Also für die Landwirtschaft präsentiert sich hier sicher keine Option auf Sicherung des Standortes, auf Arbeitsplatzchancen. In den USA ist man inzwischen so weit, dass der dortige bundesweite, also alle 50 Bundesstaaten umfassende, Interessensverband der Bauern und Bäuerinnen der Landwirtschaft den eigenen Mitgliedern empfiehlt, dringend 'rauszugehen aus der Gentechnologie. Weil man es mit gutem Gewissen den Mitgliedern nicht mehr empfehlen kann. Weil der Markt nicht existiert. Weil der Markt wegbricht. Und weil man einer Illusion aufgesessen ist und den Bauern wirtschaftliche Schäden drohen wenn sie weiter eine Ernte, vor allem im Bereich Gen-Soja anbauen.

Eine ähnliche Warnung gibt es in Niederösterreich überhaupt nicht – ganz im Gegenteil! Wir haben hier vor kurzem eine Ausstellungseröffnung, die Ausstellung „Gentechnik pro & contra“ in der Shedhalle gehabt. Eine Ausstellung, die Kritiker als zumindest in manchen Bereichen deutlich verharmlosend bis tendenziös bezeichnen. Die man hinterfragen muss. Und ich lade Sie alle ein, sich das wirklich anzuschauen, die Ausstellung, in welcher Art und Weise Information dargeboten werden kann. Und wo es im Umfeld dieser Ausstellungseröffnung sowohl bei der Pressekonferenz als auch bei der Eröffnung selbst sehr eindeutige, unverblümete Ansagen gab. Ich zitiere zum Beispiel aus der NÖ Landeskorespondenz. Zitatbeginn: „Gefahren für die Konsumenten gen-behandelter Lebensmittel sehen die Wissenschaftler der Universitäten, des Forschungszentrums Seibersdorf und andere Institutionen nicht.“ Weiteres Zitat: „Bisher gab es in Österreich noch keine Gelegenheit, praktische Versuche durchzuführen.“ Zitatende. Es wurde sogar bei der Pressekonferenz eindeutig aufgefordert, Niederösterreich möge doch endlich Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen oder Pflanzen möglich machen und zulassen. Und dazu auch ein drittes Zitat, ebenfalls aus der Landeskorespondenz vom 9. März: „Große Hoffnung wird in die Politiker des Landes gesetzt, die mit einer objektiven Haltung zur Gentechnik zu einer Entschärfung der Lage beitragen könnten.“ So ganz genau weiß ich nicht, welche Entschärfung da gefordert ist. Aber eines weiß ich: Eine objektive Haltung zur Gentechnik muss sich auch mit den Fehlschlägen, die inzwischen in den letzten zwei, drei Jahren noch bekannt geworden sind, und den Risiken sehr deutlich auseinandersetzen, zuzüglich auch zu den wirtschaftlichen Fra-

gen, die sich für die Landwirtschaft stellen. Und kann wohl nicht dazu führen, dass man dann sagt, hurra, wir brauchen unbedingt die Gentechnik in der Landwirtschaft oder im Lebensmittelbereich in Niederösterreich. Ich nehme ganz eindeutig Gentechnik im medizinischen Bereich aus, um hier keine Missverständnisse entstehen zu lassen.

Diese unverblühten Aussagen zum Teil auch von Vertretern des Landesschulrates, der sich hier die Gentechnik als die Technik des neuen Jahrhunderts wünscht und fordert und alle Schulklassen sich in der Ausstellung wünscht, diese unverblühten Aussagen sind unerwidert geblieben. Ich frage mich daher, und ich frage Sie auch hier und heute: Bedeutet das, dass es einen Schwenk in Niederösterreich gibt? Die Bedenken und die Kritik gegenüber der Gentechnik in der Landwirtschaft und im Lebensmittelbereich fallen gelassen werden? Und man hier versucht, sich als Standort für Freisetzungsexperimente anzubieten? Diese Frage bleibt offen. Die Befürchtung ist jedenfalls hier. Insbesondere auch, weil wir gleichzeitig auf Bundesebene die völlige Untätigkeit der Ministerin Sickl zu beobachten haben. Ich gestehe, bei der Frau Ministerin Sickl weiß ich ja nie, ob es Absicht ist oder Versehen. Aber jedenfalls drohen Gen-Mais-Freisetzen, wenn wir nicht – wie auch in der Vergangenheit – ein Importverbot nach Artikel 16 erlassen. Die Ministerin ist mehrfach darauf hingewiesen worden, sollte sich, so hoffe ich, der Problematik bewusst sein, in der Sie sich hier bewegt. Falls nicht, hoffe ich, dass der Landwirtschaftsminister Molterer ein bisschen Nachhilfe geben kann.

Und in jedem Fall brauchen wir hier dringend ein Handeln innerhalb der nächsten Woche, weil wir sonst mit Gen-Mais in Niederösterreich konfrontiert sein können. Und das halte ich doch auch für eine wichtige Technologie und vor allem eine wichtige Entscheidung über einen Wirtschaftsstandort und die Landwirtschaftspolitik. Im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zur Technologieoffensive komme, gestatten Sie mir ein paar Worte zu zwei Vorrednern. Herr Abgeordneter Motz! Du solltest dich nicht hier herstellen und mit falschen Zahlen operieren. Diese 120.000 Arbeitsplätze bei den nur über-

legten Privatisierungen durch eure Propagandamaschinerie, möchte ich schon sagen, die jetzt inseriert werden, genannt werden, sind eindeutig falsch. Und bitte nicht unserem Finanzminister... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Nein, es sind zirka 48.000. Aber ihr kennt das wahrscheinlich eh selber. Aber man nimmt es in der jetzigen Zeit nicht so genau mit der Wahrheit. *(Abg. Jahrmann: Ihr nehmt es selber mit der Wahrheit nicht so genau!)*

Jetzt komme ich zum Finanzminister. Ich will euch das nicht noch einmal vorexerzieren, was euer Finanzminister beim Verlassen dieses Ministeriums hinterlassen hat, abgesehen vom Schuldenberg und vom Chaos, das dort vorgeherrscht hat. *(LHStv. Dr. Bauer: Geh bitte! Ein wenig seriöser sollte man schon agieren!)*

Nein, Herr Landeshauptmann, du warst vorher nicht da. Und ich muss auf das kontern, was der Abgeordnete Mag. Motz gesagt hat. Ich kann das so nicht im Raum stehen lassen.

Von einem Ausverkauf zu sprechen, wenn man darüber nachdenkt, wie man mit Privatisierungserlösen, nämlich mit einer gewissen Vorsicht und genau zum richtigen Zeitpunkt, dieses Budget sanieren könnte, wobei ihr am Zustand, am jetzigen sicher nicht unschuldig seid, das muss erlaubt sein. Und das muss einem Finanzminister erlaubt sein. Und wenn ich den Satz höre, die Bundesregierung soll eine Unternehmensstrategie mitgestalten: Der Staat als Unternehmer hat, historisch gesehen, versagt. Ihr habt eine Bilanz hinterlassen in der Verstaatlichten. *(Abg. Keusch: Das ist so eine unsinnige Feststellung!)*

Es ist, glaube ich, besser - ich komm dann schon dazu - die Bundesregierung sollte die Rahmenbedingungen schaffen, dass wir in Österreich eine funktionierende Wirtschaft haben. Der Staat als Unternehmer sollte sich so weit wie möglich zurückziehen. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Keusch: Die Manager haben möglicherweise versagt! Die Eigentumsverhältnisse wirken sich ja nicht auf das Management aus!)* Ja bitte! Unter eurer Aufsicht! Die Zahlen der Verstaatlichten seit den siebziger Jahren sprechen eine eigene Sprache. Und das noch zu verteidigen ist ja, gelinde gesagt, schon sehr mutig. *(Neuerlich Unruhe bei Abg. Keusch.)*

Ich würde mich das als SPÖ-Mandatar nicht trauen. Herr Abgeordneter Keusch, es sei dir erlaubt.

Frau Kollegin Mag. Weininger! Die Frau Bundesministerin Sickl - wie haben Sie gesagt, man weiß ja nie genau, ob sie das mit Absicht macht oder nicht. Geben Sie dieser Ministerin Zeit und ich kann Ihnen versichern, dass sie im Kampf... *(Abg. Mag. Weininger: In der Gentechnik gibt es nicht mehr*

viel Zeit!)

Ja, man tut sich halt schwer, wenn das Ministerium, bevor man hineingeht, schon besetzt ist von irgendwelchen linken Aktivisten. Da tut man sich schon schwer als Ministerin. Das sind ja eure Sympathisanten, die am Dach gesessen sind und die man nicht heruntergebracht hat. Das muss man halt auch einmal sagen. Und man tut sich schwer, wenn man ein Sozialministerium übernimmt mit ähnlichen Voraussetzungen wie im Finanzministerium. Das muss man auch einmal sagen. Und wenn Sie den Werdegang der Frau Minister Sickl kennen – und Sie kommen ja aus der Umweltbewegung – dann werden Sie wissen, dass auch sie aus der Umweltbewegung kommt. Aber sie kommt halt eher von den Vereinten Grünen.

(Abg. Mag. Weininger: Der sogenannten!)

Nein! Nur weil ein Grüner kein Linker ist, deswegen kann er trotzdem grün denken, oder?

Und Sie werden sehen, dass die Frau Minister Sickl hier das Richtige machen wird. Und das auch in unserem Interesse machen wird. Nämlich diese Gentechnik, diese „Anbausachen“ zu verhindern.

Aber jetzt zur Technologieoffensive: Ich bin eigentlich froh, dass dieses Thema heute Thema einer Aktuellen Stunde ist. Wenn man sich die Budgetrede für das Budget 2000 - meine Budgetrede - durchliest, habe ich damals kritisiert, dass in Niederösterreich die Budgetansätze speziell im Technologie- und Zukunftsbereich zu gering sind. Wenn man die letzte Aktuelle Stunde hernimmt, wo es gegangen ist um die Infrastruktur - Aktuelle Stunde der SPÖ - habe ich gesagt, wir brauchen diese Technologiemilliarde. Das Bundesland Wien hat eine Technologiemilliarde, wo versucht wird, Betrieben, die auf diese Technologie setzen, Betrieben, die junge Menschen in dieser Technologie ausbilden, dass man denen verstärkt hilft und die verstärkt fördert. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Und ich habe mir das vom Budget jetzt angeschaut. Es gibt dort den Antrag unseres Abgeordneten Haberler, jedes Jahr, dass man diese 4,2 Millionen Förderung für die Arbeiterkammer endlich umschichtet. Und das zweckbindet für Zukunftstechnologien. Aber da stimmt ihr immer dagegen. Ich weiß schon, 4,2 Millionen ist nicht die große Welt. Aber es wäre ein Ansatz. Ich kann doch nicht einer Kammer Geld geben, die Rücklagen bildet! *(Abg. Sacher: Und was ist mit dem Geld für die Landwirtschaftskammer?)*

Das stimmt auch. Aber da sind keine Rücklagen da, bitte. In der Arbeiterkammer sind Rücklagen da. Man fördert trotzdem! Man kann das Geld der Arbeiterkammer geben, aber unter einer Zweckbindung für Arbeitsplätze im Zukunfts- und Technologiebereich. Das ist bis heute nicht passiert! Und wir werden das auch bei der nächsten Budgetdebatte

wieder machen. *(Abg. Keusch: Das werden wir den Arbeitern und Angestellten sagen!)*

Es soll ja für die Arbeiter und Angestellten sein! Aber ich kann doch nicht eine veraltete Politik machen, wo ich sage, okay, wir setzen auf gewisse veraltete Technologien. Und für die Zukunftstechnologie habe ich kein Geld. Das ist, glaube ich, der falsche Weg. Und das sollte auch bei dieser Aktuellen Stunde auch... *(Abg. Keusch: Wenn sie draufkommen, was die Vignette kostet, was die Versicherung kostet!)*

Bitte nicht von den Belastungen reden! Nein! Wir haben euren Pakt mit der ÖVP. Die Anhebung der Mineralölsteuer hätte alleine dazu geführt, den Spritpreis um 3,- Schilling zu erhöhen. Das müsst ihr einmal euren Arbeitern sagen. Das waren eure Einsparungswünsche. Und wenn wir versuchen, hier wirklich auf der Ausgabenseite zu sparen, eben auch mit Privatisierungen, dann findet das nur Kritik. Ihr hättet mehr auf der Einnahmenseite gespart und hättet damit die Bürger belastet.

Aber ich komme wieder zum Thema. Diese Republik Österreich war früher ein Pool von Spitzenkräften, von führenden Forschern, die international anerkannt waren. Heute, wenn man sich das anschaut, sind wir eines der Schlusslichter in diesem Bereich für Zukunftstechnologien. Das ist auch, und es hat ja vorher einen Zwischenruf gegeben, wo einer gesagt hat, „Einem schau oba“, bei deiner Rede, das ist wirklich ein Versäumnis. Ihr stellt 30 Jahre den Wissenschaftsminister. Und es sind auch hier die Prioritäten falsch gesetzt worden. Und Herr Abgeordneter Motz! Ich bin dir sogar dankbar, dass du aus dem Koalitionsabkommen vorgelesen hast, dass in Zukunft trotz der Knappheit der Budgetmittel viel mehr für Wissenschaft und Forschung da sein soll. Ich glaube, das ist ein richtiger Ansatz, wodurch diese Bundesregierung auch gezeigt hat, dass man trotz Sparkurs sehr wohl mit Umschichtungen hier helfen kann.

Ein aktuelles Beispiel: Dass es in der Bundesrepublik auch nicht rosig aussieht, zeigt uns ja jetzt das Fehlen von Computerfachleuten. Für die Bundesrepublik rechnet man mit 55.000, in Österreich mit zirka 5.000. Es fehlen zirka 5.000 Computerfachleute. Jetzt kann man sagen wie die Regierung Schröder, man holt sich Computerfachleute rein. Oder man kann sagen, und da bin ich wieder bei den Arbeitnehmern, man setzt in Zukunft bei der Ausbildung genau auf diese Sparten. Und ich glaube, das muss der Weg sein! Das muss der Weg sein und dafür sollten wir auch einen breiten Konsens in diesem Haus finden.

Ich gebe ein Beispiel: Bei mir war ein junger Bursch, der jetzt mit dem Polytechnikum fertig wird.

Er möchte die Lehre des neuen Lehrberufes Computertechniker-Computerfachmann machen. Geht zum AMS. Es gibt in ganz Niederösterreich vier Lehrstellen. Das ist eine Katastrophe! Warum? Weil wir den Betrieben hier wirklich nicht die Möglichkeit geben, dass man in dieser Technologie ausbildet. Die Spannen in diesem Bereich sind unheimlich gering. Und von der öffentlichen Hand kommt kein Anreiz. Und der Rat, und ich will jetzt gar nicht schimpfen über den Menschen, der dort beim AMS sitzt und sagt, er soll doch Schlosser oder irgendetwas lernen. Das kann es nicht sein! Wenn junge Menschen in die Technologie gehen wollen und das auch lernen würden als Lehrberuf – und ich glaube, dieser Beruf wäre eine Riesenchance – dann sollten wir hier auch nachhelfen.

Und ein Beispiel ist auch das Bundesland Kärnten – jetzt werdet ihr wieder alle schreien – wo natürlich bei einem freiheitlichen Landeshauptmann der Versuch stattfindet, ein Klein-Silicon-Valley in der Nähe von Klagenfurt zu errichten. Wo man wirklich einen Industriepark machen will, der ausschließlich für Betriebe da ist, die in diese Informatik-Technologie und so weiter investieren. Ich glaube, das sind Ansätze. Und diese Ansätze sollten wir gemeinsam machen. Und darum ist diese Aktuelle Stunde, glaube ich, auch wichtig. *(LHStv. Dr. Bauer: Villach ist entstanden, weil die eine Beteiligung mit Siemens gehabt haben! Und Siemens hatte wieder eine Beteiligung mit der ÖIAG. Sonst wäre Villach nie entstanden! Die wären überhaupt nie hingekommen! Das weiß ich, weil ich dort die Verhandlungen geführt habe!)*

Herr Landeshauptmannstellvertreter! Es ehrt dich, dass du auch die Verhandlungen für Kärnten geführt hast. *(LHStv. Dr. Bauer: Nein, für Siemens! Für Siemens habe ich die Verhandlungen geführt!)* Es wäre, glaube ich, wichtiger, dass wir in Niederösterreich hier – die Zahlen sprechen eine andere Sprache –, dass wir da etwas weiter bringen.

Und abschließend noch zur Standortpolitik. Die Standortpolitik. Ich bringe wieder ein Beispiel. Das ist das Beispiel St. Pölten. Hier wäre, glaube ich, der ideale Raum. Da schafft man künstlich eine Landeshauptstadt und der Standort St. Pölten ist eindeutig schlecht. Das haben die letzten Zahlen bewiesen. Hier wurde total in die falsche Technologie investiert. Auch jahrzehntelang absolute SPÖ-Mehrheit. Hier sieht man, was man anrichten kann. Zukunftsorientierte Betriebe wie die Firma Würth und so weiter fragen hier an, gehen aber nicht her, weil der Standort so schlecht ist. Weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Und ich glaube, das muss es sein: Dass wir in Niederösterreich die Rahmenbedingungen schaffen, dass solche Betriebe auch zu uns kommen. Wir müssen hier in-

vestieren, viel investieren. Und ich glaube, bei der Budgetdebatte haben wir dann die Möglichkeit, das Budget auch so zu gestalten, dass wir dort hingehen. Wenn wir in die Zukunft investieren, wird dieses Bundesland auch eine gute Zukunft haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Gabmann.

LR GABMANN (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Diese heutige Aktuelle Stunde soll dem NÖ Landtag auf der einen Seite und den Betrieben der niederösterreichischen Bevölkerung einen möglichst kompakten Einblick, einen möglichst kompakten Überblick bieten, welche Inhalte, welche Strategien, welche Ziele und welche Visionen die NÖ Wirtschaftspolitik verfolgt. Einerseits am Sektor der Innovations- und Technologieoffensive. Und auf der anderen Seite, wo unserer Auffassung nach die besten Chancen für eine profilierte, akzentuierte Technologiepolitik liegen. Und drittens, wie wir das Ziel eines wirtschaftlichen Erfolgsprozesses unter Einbindung unserer NÖ Betriebe, unserer NÖ Industrie gemeinsam umsetzen können.

Nun, wie stellt sich das aktuelle Szenario für Niederösterreich dar? Zunächst ist ein Faktum, dass sich die Welt um uns in den letzten Jahren wesentlich geändert hat. Faktum ist, dass wir heute in einer unheimlich modernen, schnelllebigen Zeit leben. In einer Zeit, die unheimlich faszinierend und dramatisch ist durch die Veränderungen in Europa. Durch die Globalisierung, durch den verstärkten Wettbewerb. Und Faktum ist, dass wir in der Wirtschaft ganz einfach heute andere Wege gehen müssen als in den letzten 10 oder 15 Jahren. Nämlich hin zu Technologien, hin zu neuen Innovationen, zur Ausbildung, zur Weiterbildung. Das heißt, wir müssen die Zukunft gestalten. Denn man wird uns sicherlich in einigen Jahren fragen, ob wir als verantwortungsvolle Politiker in diesem Land bereit waren, in diesem neuen Jahrtausend entsprechende Maßnahmen zu setzen für neue Technologien.

Wir haben in Niederösterreich diese neue Situation erkannt. Wir haben gesagt, wir werden diese neue Herausforderung annehmen. Das ist für uns eine neue Aufgabe. Das ist in Wahrheit aber auch eine neue Chance für uns. Und neue Aufgaben und neue Herausforderungen löst man nicht halbherzig. Sondern da versucht man, mit Engagement und Einsatz und mit neuen Initiativen auch gerade im Bereich der Technologie zu punkten. Neue Aufgaben und neue Herausforderungen löst man nicht,

indem man sich zurücklehnt und immer nur kritisiert. Sondern neue Aufgaben löst man, indem man zusammen arbeitet. Nämlich Wirtschaft, Wissenschaft und die öffentliche Hand. Und gerade hier haben wir versucht, mit der Wirtschaftspolitik auch entsprechende Veränderungen vorzunehmen. Weil es ganz einfach notwendig ist, dass wir uns ständig neu positionieren, ständig neu anpassen an die neue Situation. Wir brauchen eben auch diesen Mut zur Veränderung, damit die Menschen, die Betriebe auch Freude an Leistung haben. Damit wir mit Mut und mit Kraft und mit Zuversicht in dieses neue Jahrtausend gehen können.

Nun, meine Damen und Herren, wir können aber nicht nur auf der einen Seite immer nur von unseren Betrieben verlangen, dass sie sich modernisieren, dass sie sich strukturell verändern, dass sie sich erneuern. Auch wir als Land müssen versuchen, uns neu zu positionieren. Und daher diese Technologieoffensive! Wie wir in der Wirtschaft in der heutigen Zeit versuchen müssen, immer schneller zu werden. Wenn wir heute in der Früh ein E-mail bekommen müssen wir es in einigen Minuten oder in einigen Stunden beantworten, sonst machen andere das Geschäft. Wenn wir heute in der Betriebsansiedlung nicht rascher sind, beim Anlagenrecht etwa, dann machen andere das Geschäft. Das heißt, für uns ist nicht nur High Speed wichtig, sondern durch diese Technologieoffensive ist auch High-Tech unheimlich wichtig geworden.

Meine Damen und Herren! Wir haben natürlich auch hier Signale gesetzt in diese Richtung Technologie und Innovation. Wir haben seit einigen Jahren gerade im Bereich der Innovationsförderung unheimlich viel umgesetzt. Denken Sie an die Zinzenschussaktion, die wir im Bereich der Innovation umgesetzt haben. An die Prämienaktion, an die Innovationsförderung, an die Innovationspreise, wo in den letzten fünf Jahren zwei niederösterreichische Betriebe den Staatspreis für Innovation bekommen haben. Und wir haben ein Netzwerk aufgebaut im Bereich der Impulszentren. Unsere regionalen Innovations- und Gründerzentren wurden heute schon genannt, die nicht nur eine Infrastruktur bieten, die nicht nur optimale Rahmenbedingungen für Betriebsgründer bieten, sondern die ganz einfach auch eine Verbindung, eine Kooperation zur lokalen Bildungseinrichtung bieten. So zum Beispiel zu den Fachhochschulen. Und wir werden in den nächsten Jahren in diese neuen sieben Innovationszentren allein zirka 200 Millionen Schilling investieren.

Wir haben also gesagt in diesem Land Niederösterreich, wir werden nicht unsere neuen Betriebe,

die technologisch orientiert sind, behindern und verhindern, sondern wir wollen ganz einfach versuchen, durch eine Offensive entsprechende Unterstützung zu geben. Wir wollen versuchen, entsprechende Maßnahmen zu setzen, damit sie in Vernetzung mit anderen am Markt besser dastehen. Und wir werden natürlich auch gerade den Bereich der Industrie unterstützen durch Engagement im industriellen Bereich. Weil gerade im Export, gerade auch für den klein- und mittelständischen Bereich es unheimlich wichtig ist, dass hier Innovation einfließt. Und dann, wenn wir im Export sind, dann regelt sich, meine Damen und Herren, der Arbeitsmarkt von selbst.

Durch diese offensive, optimale Wirtschaftspolitik des Landes haben wir diesen Strukturwandel der letzten Jahre im Land und in den Betrieben optimal bewältigt. Wir sind moderner geworden. Wir sind internationaler geworden. Und dieser Modernisierungsschub und dieser Internationalisierungsschub hat sich natürlich auch bemerkbar gemacht. Und das sagt jetzt nicht nur der Herr Abgeordnete Dirnberger oder der Wirtschaftsreferent des Landes. Das sagt das WIFO! Professor Kramer sagt: Diese Strategie des Landes Niederösterreich in Richtung Wirtschaftspolitik ist die richtige! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und es kommt nicht von ungefähr, meine Damen und Herren, dass heute die Wirtschaftsdaten gerade in diesem Bundesland Niederösterreich besser sind als in allen anderen Bundesländern. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Beschäftigtenstand in Niederösterreich noch nie so hoch war nach dem Krieg wie jetzt in Niederösterreich. Es kommt nicht von ungefähr, dass auch die meisten Betriebsneugründungen in Niederösterreich stattgefunden haben: Allein im letzten Jahr 5.000. Meine Damen und Herren! Das ist ein Signal, dass die Wirtschaft funktioniert! Dass die private Wirtschaft, die klein- und mittelständische Wirtschaft exzellente Arbeit geleistet hat. Und dass die Wirtschaftspolitik in diesem Land auch funktioniert. Dass die Rahmenbedingungen funktionieren. Dass man in diesem Land gerne investiert. Dass man sich wohl fühlt.

Und wenn wir in die Zukunft blicken, meine Damen und Herren, so haben wir uns auch noch für die Zukunft sehr viel vorgenommen. Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt, gerade im Bereich der Technologie. Wir haben gesagt, wir müssen Kompetenzzentren installieren. Wir werden einen Technologieschub mit einem Technologiekonzept ausarbeiten, mit unseren Forschungseinrichtungen und mit unseren niederösterreichischen Betrieben. Und es ist uns gelungen, gerade in den letzten Wochen, einen wesentlichen Teil der Kompetenzzentren, die

vom Bund vergeben wurden, mit dem Bundesland Niederösterreich und den niederösterreichischen Betrieben zu verknüpfen. Und es ist uns gelungen, wirklich namhafte Projekte im K plus-Bereich und K Ind-Bereich für die niederösterreichische Wirtschaft zu erreichen. Denken Sie an ECHEM, denken Sie an Materials Center, an WOOD, an das Kompetenznetzwerk Energie und Biomasse. Und allein in diesem Bereich haben wir zugesagt, dass wir in den nächsten Jahren zirka 250 Millionen Schilling als Kofinanzierung zur Errichtung dieser Kompetenznetzwerke und Kompetenzzentren zur Verfügung stellen werden. Und wir haben auch eine Rangordnung festgelegt. Wo werden wir Schwerpunkte setzen im Bereich der Technologie? Und diese Rangordnung ist in diesem neuen Technologiekonzept des Landes ganz genau festgehalten. Und gerade diese neuen Technologiefelder, die wir jetzt ansprechen, wollen wir eben vernetzen mit der Wirtschaft und der Wissenschaft. Und damit wieder einen neuen Vorsprung gegenüber den anderen erreichen durch neue Positionierungen.

Wir haben eine neue Technologie-Geschäftsstelle installiert und eingerichtet. Wir haben einen neuen Technologiebeauftragten, den Herrn Viehböck, Frau Kollegin, der nicht nur national, sondern international heute sehr bekannt ist. Und der als Niederösterreicher uns zugesagt hat, dass er sich sehr für uns einsetzen wird. Und dass er von Silicon Valley bis Seattle mit uns gemeinsam Wege suchen wird. Damit wir noch mehr technologisch orientierte Betriebe direkt und indirekt zu uns nach Niederösterreich bekommen. Das ist eine tolle Sache. Und das sollte man in den Vordergrund stellen. Das sollte man begrüßen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und durch diese Aktivitäten, meine Damen und Herren, in Richtung Technologie wird natürlich auch die wirtschaftliche Bedeutung unseres Bundeslandes, wird der Wirtschaftsstandort Niederösterreich noch attraktiver. Und wir wissen heute, dass technologisch orientierte Betriebe natürlich sich durch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit auszeichnen. Durch ein schnelleres Wachstum. Durch eine größere Exportfähigkeit. Und durch das Faktum, dass sie hochwertige, hochintelligente Arbeitsplätze schaffen. Und das sind, wie wir wissen, die sichersten Arbeitsplätze in diesem Land.

Ich glaube also, dass unsere Ausgangsposition für die Zukunft, meine Damen und Herren, eine ausgezeichnete ist. Nicht nur, dass wir geografisch günstig liegen. Wir haben auch unsere Konjunkturbelebungsprogramme mit ECO-PLUS, mit den regionalen Innovationszentren und mit dem neuen Technologiekonzept eingeleitet. Wir werden sie

umsetzen. Und Sie wissen, wir sind Europameister in der raschen Abwicklung der Betriebsanlagenverfahren. Und all diese Maßnahmen werden dazu beitragen, dass wir so rasch wie möglich unter die Top ten-Regionen kommen. Wir sind auf dem besten Weg dazu. Und wir werden diese Strategie, diese Offensive auch im Bereich der Technologie fortsetzen. Wir werden zusammen arbeiten und zusammen halten mit Wirtschaft, Wissenschaft und unseren Betrieben. Und wir werden mit diesen klaren Zielen des Technologiekonzeptes ganz einfach auch in Zukunft erfolgreich sein. Denn wir haben nicht nur Westkompetenz, wir haben auch Ostkompetenz. Und es ist unsere Aufgabe als Wirtschaftspolitiker, heute ganz einfach internationaler zu denken und in Richtung neue Technologien und Innovationen zu gehen.

Wir leben, meine Damen und Herren, in einer Zeit, die natürlich auch sehr stürmisch ist. Sehr vielen Betrieben bläst der raue Wind ins Gesicht. Aber da halte ich es mit den Chinesen, die da sagen: Wenn der raue Wind aufkommt, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder sich einzumauern oder diesen starken, rauen Wind, diesen Sturm zu nützen, um die Segel aufzuspannen. Und also ganz einfach eine Offensivstrategie einzuleiten, damit wir mit diesem Boot Wirtschaft auf einem guten Kurs bleiben. Und diese Variante 2 werden wir wählen für Niederösterreich. Bei uns ist Pessimismus und Resignation ein Fremdwort. Bei uns ist Aufbruchstimmung, ist Optimismus, ist Eigeninitiative der Firmen und Verantwortungsbewusstsein im Land gefragt. Und mit dieser Strategie werden wir in die Zukunft gehen. Ich bin überzeugt, dieses Bundesland Niederösterreich mit diesem Konjunkturbelebungsprogramm der Wirtschaft ist in unserem Konzert der österreichischen Bundesländer wirklich das Land mit den besten Chancen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Die ÖVP hat den Antrag gestellt, heute im Rahmen des Landtages eine Aktuelle Stunde „Technologieoffensive – Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze“ abzuhalten. Als ich das zum ersten Mal gehört habe, habe ich mir natürlich die Frage gestellt, was bewegt denn die ÖVP eigentlich, mit uns die Fragen der Technologie hier im Landtag zu diskutieren? Hat doch die ÖVP seit Jahrzehnten das Wirtschaftsressort in der Landesregierung, verfügt über

die Mehrheit in der Landesregierung. Wäre ja jederzeit in der Lage gewesen, eine Offensive zu starten. Da kommt natürlich sofort der Gedanke auf, haben die wirklich in den letzten Wochen und Monaten hart gearbeitet, um so ein Technologiekonzept für Niederösterreich auszuarbeiten? Und überraschen sie uns heute mit wirklich prägnanten Dingen in der Technologiefrage? Das würde natürlich eine Aktuelle Stunde jedenfalls rechtfertigen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Es gibt ja viele Bereiche, die anzupacken wirklich wichtig wäre, Herr Landesrat. Darüber gibt es gar keine Diskussion. Die Frage wäre natürlich in erster Linie, wo liegen unsere Visionen? Was haben wir für Strategien? Und wie können wir diese Strategien auch in der Wirtschaft umsetzen zum Wohle dieses Landes? Etwa zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zu dem Wohle, dass wir ein moderner Industriestaat werden, der Zukunftschancen in diesem Jahrhundert hat.

Es gäbe sicherlich genug darüber zu reden, wo denn die Felder in der Technologie sind. Ich habe aus Ihrer Presseaussendung drei Bereiche entnommen, die ich durchaus quittiere. Das sind sicherlich Bereiche, worin wir vieles machen könnten. Wir könnten also darüber reden, wie können wir unseren Wirtschaftsstandort hier für diese neue Zeit so herrichten, damit er attraktiv ist für Unternehmen, die hier in Österreich investieren wollen. Und es ist heute schon angesprochen worden, wir haben gerade im Bereich der Umwelttechnik so viele Möglichkeiten, selbst im eigenen Land diese Technologien anzuwenden. Und damit zu versuchen, dass diese Technologien auch Marktchancen bekommen. Und das wäre zum Beispiel ein Ansatz für ein Technologiekonzept, wie wir Mittel der EU hier in dieses Land bringen, um sie eben in den Zonen, die förderungswürdig sind, anzuwenden um einen Technologieschub in diesen Bereichen im Land Niederösterreich auszulösen.

Oder man könnte in so einem Technologiekonzept anführen, wie man gemeinsam mit der Bundesregierung diese Probleme anpackt. Und wenn ich jetzt das, was bisher gesagt worden ist – und es treten ja noch einige Redner heute ans Podium -, wenn ich das ansehe, Herr Landesrat, dann sind das Allgemeinplätze, die wahrscheinlich in jedem Bundesland gesagt werden. Und ich habe fast das Gefühl, dass man die Beauftragung von Herrn Viehböck als Technologiebeauftragten ausnutzt, um hier eine Propagandawelle zu reiten in der Frage der Technologie. (*Beifall bei der SPÖ. – LR Gabmann: Herr Kollege! Sie haben das nicht genau durchgesehen! Wir haben 600 Millionen Kofinanzierungsmittel nur für die Kompetenzzentren!*)

Ich komme schon noch darauf, wenn ich so lange reden darf.

Herr Landesrat! Ich glaube wirklich, dass wir uns dazu vielleicht im Land hinsetzen müssten. Und ich habe dieses Grünbuch, dieses Technologiekonzept sehr genau studiert. In Wirklichkeit ist das, was darin ausgesagt worden ist, ja heute schon wieder vielfach überholt. Ich könnte Ihnen da etliche Beispiele nennen. Da werden also Firmen angeführt, die für Niederösterreich wirklich Spitzenfirmen wären. Die sind längst verkauft. Und es wird in Oberösterreich produziert. (*LR Gabmann: Wer? ACT Kunststofftechnik Ternitz! (LR Gabmann: In welchem Kompetenzzentrum waren die?)*) Die haben für die Flugzeugindustrie gearbeitet. Ich habe gesagt, die angeführt sind. Firmen, die angeführt sind, die moderne Technologie entwickelt haben, sind bereits in Oberösterreich.

Bleibt also letztendes das, was an Allgemeinplätzen gesagt worden ist und in Presseaussendungen an uns herangetragen worden ist. Und da zitiere ich den Herrn Landeshauptmann: Ich weiß, dass Franz Viehböck diese Funktion aus Zuneigung zum Land Niederösterreich übernommen hat. Und ich danke ihm dafür. Das bleibt hiezu stehen. Und ich kenne zufällig den Franz Viehböck. Ich kann Ihnen nur gratulieren. Das ist wirklich ein ganz hervorragender Fachmann. Hat natürlich im Laufe seiner Ausbildung, seiner beruflichen Erkenntnisse, die er gewonnen hat, Zugang zu Firmen, die in der Hochtechnologie angesiedelt sind. Und ich traue ihm auch zu, dass er da einiges in nächster Zeit für Niederösterreich zustande bringt. Ich sage dazu, es wäre notwendig, dass wir noch eine Reihe von weiteren Persönlichkeiten wie einen Franz Viehböck hier in Niederösterreich finden, die für unsere Konzepte diesbezüglich werben.

Sie haben also hier Auskunft gegeben, wie diese 250 Millionen angewendet werden sollen. Ich nehme an, in den nächsten Jahren. Und ich hoffe, dass es hier wirklich zu Projekten kommt. Bezüglich der Technologieoffensive habe ich das Gefühl nach den beiden Wortmeldungen der ÖVP-Redner, dass diese Offensive noch nicht rollt. Sie ist noch, glaube ich, irgendwo im Planungsstadium. Und wir wären natürlich sehr dankbar dafür, wenn wir wirklich sehen würden, dass da Nägel mit Köpfen gemacht werden. (*LR Gabmann: Fragen Sie in den Universitäten nach! Die sagen Ihnen das!*) Ich komme schon drauf.

Es gibt zweifellos zwei sehr positive Bereiche. Das eine ist einmal die Frage der Fachhochschulen. Hier ist wirklich etwas gelungen. Und ich

möchte das Projekt Wr. Neustadt, Technologiezentrum, hier anschneiden, wo, glaube ich, wirklich etwas entstanden ist oder entstehen wird, was zukunftsweisend ist. Aber, Herr Kollege Mag. Schneeberger ist jetzt nicht da, aber da grüßt auch Einem, bei dem Zentrum. Weil ja der Bund da auch beteiligt ist und die Stadt Wr. Neustadt zu einem beträchtlichen Teil. Es kann nicht so sein, dass hier gesagt wird, das Land Niederösterreich war da der Motor. *(LR Gabmann: Ja! Aber mit absoluter Sicherheit! Ich war bei den Verhandlungen dabei!)* 37,5 Prozent! Okay, aber andere gibt es auch noch. *(Abg. Moser: Wenn man so gut verhandelt, dass auch andere mit finanzieren, ist das doch auch ein Erfolg für Niederösterreich!)*

Verhandlung ist noch lang nicht alles. Technologieinitiative oder -offensive ist zustande zu bringen, Herr Kollege!

Also ich teile auf alle Fälle die Meinung, dass hier die drei Bereiche im Raum stehen, nämlich Umwelttechnik, Informationstechnologie, Bioenergie, in denen Niederösterreich sicherlich eine Chance hat. Ich möchte nur einen Bereich herausstreichen, weil ja die Zeit nicht für alles reicht. Es ist die Frage der Informationstechnologie. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass wir längst in einer Informationsgesellschaft in Österreich leben und damit auch in Niederösterreich. Und wenn wir uns ansehen, welche Einflüsse hier auf die Wirtschaft, auf die Berufe, auf die Ausbildung, auf die Freizeit, auf die Familie gegeben sind, so müssen wir feststellen, dass hier auf der einen Seite Chancen vorherrschen, aber dass wir natürlich auch Risiken diesbezüglich eingehen. Und wenn man sich die Summen anschaut, die weltweit in diese Technologie investiert werden, das sind Billionenbeträge von Schillingen. Und da, glaube ich, ist es doch notwendig, dass wir in Niederösterreich auf der einen Seite versuchen, an diesen Investitionen mitzunaschen. Auf der anderen Seite müssen wir uns auch dessen bewusst sein – und du hast also den einen Punkt angeschnitten – dass natürlich diese Informationstechnologie für die gesamte Verwaltung eine große Chance bedeutet.

Es ist sicherlich nicht zeitgemäß, dass zum Beispiel das Land Niederösterreich und die Gemeinden über den Postweg sich gegenseitig informieren. Das muss also schneller gehen. Da muss also vom Landeshauptmann oder von der Dienststelle ein E-mail an die Gemeinde kommen. Und in zwei, drei Minuten erwartet man dann eine Antwort diesbezüglich zurück. Und daher glaube ich, dass gerade in der Frage der Informationstechnologie wir schnellstens schauen müssen, dass eben auf der Ausbildungsschiene jene Fachleute ausgebildet werden, die die Wirtschaft heute braucht. Und wir

haben ja gerade in den letzten Tagen im Fernsehen, wir haben in den Zeitungen erfahren, welcher Mangel an Fachleuten vor allen Dingen in der gesamten Software-Entwicklung hier gegeben ist. Und daher glaube ich, es ist notwendig, dass hier eine Ausbildungsinitiative entsteht. So wie in anderen Bundesländern. Es ist heute hier angeschnitten worden das Villacher Beispiel des Technologiecenters. Man kann also andere Beispiele wie Hagenberg, Tech Gate Vienna, Technologiezentrum Eisenstadt, Tech-Center Linz nennen, wo eine Atmosphäre geschaffen worden ist, wo eben höhere Schulen, Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft zusammen kommen und gemeinsam Projekte entwickeln.

Ich darf abschließend, weil „die rote Laterne“ schon längst leuchtet, eines sagen: Dass wir Sozialdemokraten auf alle Fälle bereit sein werden, in allen Fragen der Technologiepolitik uns einzubringen. Und dass es uns natürlich darum geht, dass wir diesen Wirtschaftsstandort Niederösterreich modernisieren. Das ist die einzige Möglichkeit, dass wir Arbeitsplätze in Zukunft neu schaffen für die neue, junge Generation, aber auch andere Arbeitsplätze in herkömmlichen Technologien absichern können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH *(FPÖ)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Im internationalen Vergleich hat sich die Situation des Wirtschaftsstandortes Österreich in den letzten Jahren zusehends verschlechtert. Und dazu muss ich sagen, Herr Kollege Mag. Motz, auf Grund der sozialistischen Wirtschaftspolitik. *(Abg. Sacher: Wer waren denn die Wirtschaftsminister? Ditz und Schüssel!)*

Insbesondere die klein- und mittelständischen Unternehmen sind durch die schlechten bzw. fehlenden Rahmenbedingungen in ihrer Existenz bedroht. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es begrüßenswert, dass wir heute in der Aktuellen Stunde das Thema Technologieoffensive behandeln. 1999, und das hat ja der Herr Kollege Mag. Motz auch schon erwähnt, wurden für Forschung und experimentielle Entwicklung 44 Milliarden Schilling ausgegeben. Diese Ausgaben wurden zu 43 Prozent von der öffentlichen Hand - Bund, Bundesländer, sonstige öffentliche Einrichtungen - und zu 52 Prozent von der Wirtschaft und 4 Prozent von sonstigen Quellen finanziert. Und da gebe ich dem

Kollegen Motz Recht, wir haben nur 1,63 Prozent österreichweit vom Bruttonationalinlandsprodukt verwendet. In Deutschland zum Beispiel betragen die Forschungsausgaben 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Und hier ist eines selbstverständlich: Wir müssen danach trachten, innerhalb kürzester Zeit auf diese 2,5 Prozent zu kommen.

Für mich stellt sich nun die Frage, was können wir dazu beitragen, um den Wirtschaftsstandort für unsere Unternehmen attraktiver zu gestalten? Ich meine, ein klares Bekenntnis zum Unternehmertum. Und zwar: Seit wir Freiheitlichen auf Bundesebene Verantwortung mit übernommen haben, ist wieder ein klares Bekenntnis zum Unternehmertum festzustellen. (*Abg. Mag. Leichtfried: Woran erkennt man das? – Abg. Kautz: Bei der Getränkesteuer-Abschaffung!*)

Aufpassen! Ich bringe es jetzt schon. Wenn ihr es schon wissen wollt, dann bitte aufpassen! Und zwar heißt es im Regierungsprogramm unter anderem: Die Bundesregierung will den leistungs- und wettbewerbsorientierten Wirtschaftsstandort Österreich fördern. Dieses Ziel, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird erreicht durch folgende Maßnahmen. Einige Beispiele möchte ich nun bringen, die im Regierungsprogramm vorhanden sind, wo Sie schon die freiheitliche Handschrift mit erkennen können. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Und zwar werden wir eine nachhaltige Senkung der Lohnnebenkosten von zirka 15 Milliarden Schilling in den nächsten drei Jahren fordern und auch einbringen. Das dient zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Wir werden mehr Risikokapital für unsere Klein- und Mittelbetriebe einbringen. Mehr Geld für die Forschung und Technologie. Österreich, das ist heute auch schon ein paar Mal erwähnt worden, fit für die Informationsgesellschaft machen. Hiezu ist erforderlich Digitalisierung der Verwaltung, Förderung der Internet-Nutzung von Klein- und Mittelbetrieben. Die Bürokratie- und Normenflut reduzieren. Einen leichteren Zugang zur Selbständigkeit durch eine umfassende Reform der Gewerbeordnung anbieten.

Und hier kann ich der Frau Kollegin Mag. Weininger auch schon einen Punkt anbieten, der auch im Regierungsprogramm vorhanden ist. Eine Modernisierung des Berufsausbildungsrechtes. Damit die neuen Berufe rasch gelehrt und auch ausgeübt werden können. An dieser Stelle darf ich auch schon einen Resolutionsantrag ankündigen, den wir im Laufe des heutigen Tages noch einbringen werden. Und zwar zur Schaffung einer verbesserten Vorbereitung der Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt. Darauf sind ja auch schon einige Debattenbeiträge heute eingegangen.

Meine Damen und Herren! Diese Beispiele zeigen, dass die Regierung auf Bundesebene bereit ist zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich das Ihrige beizutragen. Was können wir nun in Niederösterreich kurzfristig aber auch längerfristig, welche Maßnahmen können wir setzen, um in Zukunft sichere Arbeitsplätze zu schaffen? Ich meine, und das haben auch meine Vorredner schon angedeutet, wir sollten eine Hochtechnologie-Offensive starten. Erst vor zwei Tagen schrieb eine österreichische Tageszeitung: 55.000 freie Jobs, aber es fehlen die Fachleute. Wirtschaft sucht Programmierer, Web-Experten, Ingenieure gesucht. Das heißt, im Wettbewerb der Industrieländer zählt die Entwicklung neuer Technologien und neuer innovativer Produkte zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren. Speziell das Engagement in der Hochtechnologie eröffnet uns ungeahnte zukünftige Märkte. Besonders gilt dies für die Bereiche der Umwelttechnik, der Mikroelektronik und der Informationstechnologien.

Auf der weltweiten, größten Computermesse, der Ce-bit in Hannover, wurde erst vor zwei Wochen die Botschaft vermittelt, dass alleine für die Computerbranche zirka 50.000 Spezialisten fehlen. Und die Tendenz ist weiterhin steigend. Das heißt, die Aussichten für die Berufseinsteiger und die Interessierten in dieser Branche, darüber sind sich alle Fachleute einig, bleiben in den nächsten Jahren erstklassig.

Wir haben aber auch in Niederösterreich schon erstklassige Bildungseinrichtungen. Und zwar nenne ich für diese erstklassigen Bildungseinrichtungen als Beispiel, wenn Sie mir gestatten, die Donau-Universität, die sich ausschließlich mit dem Sektor der postgradualen Weiterbildung beschäftigt. Der Herr Kollege Dirnberger hat ja bereits über die Fachhochschulen gesprochen. Die Donau-Universität Krems wurde im September 1995 eröffnet und definiert sich als postgraduale Universität, an der die Weiterbildung auf den drei Säulen Lehre, Forschung und Dienstleistung beruht. Sie orientiert sich neben der Erfüllung des öffentlichen Auftrages an privatwirtschaftlichen Kriterien. Priorität haben die strategischen Ausrichtungen auf die Zukunft sowie die Vermittlung von verantwortungsbewusstem Denken und Handeln. Die Donau-Universität bietet eine Reihe von Universitätslehrgängen an, die sich genau genommen mit den Kernproblemen der heutigen Aktuellen Stunde auseinandersetzen. Einige Lehrgänge möchte ich auf Grund der Aktualität erwähnen. Da gibt es die Abteilung für Telekommunikation, Information und Medien. Und die bieten unter anderem an Internet im Bildungswesen, Telematikmanagement, Medienpädagogik, Qualitätsmanagement. Oder ich darf Ihnen die Ab-

teilung für Umwelt und medizinische Wissenschaften vorstellen. Hier ist besonders zu erwähnen, dass es auf Grund der Forschungsprojekte bereits Firmengründungen gegeben hat. Und hier wird zum Beispiel im Herbst 2000, also in einigen Monaten, im regionalen Innovationszentrum in Krems bereits eine Firma, die auf Grund dieser Forschungsprojekte sich entwickelt hat, die Produktion aufnehmen.

Da aber diese Lehrgänge in Krems nicht nur von Akademikern besucht werden, bieten sie auch eine hervorragende Ausbildungsstätte für alle interessierten Berufseinsteiger an.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Bitte zum Schluss kommen.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Ich werde zum Schluss kommen, Herr Präsident. So ist die Kombination vom Fachwissen und Grundkenntnis in der Informationstechnologie der Schlüssel für das 21. Jahrhundert, überhaupt, die Telekommunikation ist eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft, der globalen Weltwirtschaft. Multimedia, Technologien in Verbindung mit der neuen Hochleistungs-Kommunikationstechnik sind Stützen der Informationsgesellschaft. Ich werde das ziemlich zusammen kürzen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Es geht nicht mehr um das Kürzen.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Erlauben Sie mir noch einen Schlusssatz: Meine Damen und Herren! Wenn es uns gelingt, durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit, durch eine schlankere Verwaltung neben einer Technologieoffensive die Jugend auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten, sehe ich der Zukunft positiv entgegen. Wichtig wird in Zukunft die Bereitschaft sein, lebenslang zu lernen. Und wenn uns das gelingt, werden wir die Herausforderung des 21. Jahrhunderts souverän meistern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich nun Herr Klubobmann Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Man sieht, dass man mit einem gewissen Redetempo auch über die zehn Minuten kommt ohne viel gesagt zu haben.

Ich habe mir nämlich von dieser Aktuellen Stunde, so wie wahrscheinlich viele von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Hohen Landtages, aber auch viele der Zuhörer, vor allem der Jugend, die auf der Galerie gesessen sind,

eigentlich erwartet, dass zukunftsorientiert hier gesprochen wird. Was haben wir bisher erlebt? Erstens eine Wahlrede des Arbeiterkammer-Vizepräsidenten, der den Eindruck erweckt hat, er sei Wirtschaftskammervizepräsident. Der gar nicht so geredet hat wie ein Arbeitnehmer reden sollte. Und zum Zweiten sicherlich auch die Rede des zuständigen Landesrates. Der wirklich sehr viel Positives auch abzugewinnen war. Aber jedenfalls war auch ein gewisses Selbstlob, Herr Landesrat, auch nicht zu vermissen. Ich komme darauf noch zurück. Und zum Dritten haben wir jetzt auch die Rede meines Kollegen aus der Stadt Krems gehört, der hier zur Technologie gemeint hat, den Lehrplan der Donau-Universität vorlesen zu müssen. Wenn das das Technologiekonzept für das Land Niederösterreich ist, dann ist es etwas wenig. Denn Technologie ist mehr als nur der Lehrplan einer Abteilung unserer Donau-Uni.

Darf ich, sehr geehrte Damen und Herren, sagen, dass der Titel „Technologieoffensive – Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze“ ein ungeheuer wichtiger und vielversprechender Titel ist. Und daher sind wir auch sehr positiv in diese Aktuelle Stunde gegangen, wir Sozialdemokraten, weil wir dieses Thema wirklich für wichtig halten. Und ich hoffe, dass die Beiträge aus meiner Fraktion auch diesem anspruchsvollen Titel gerecht werden. Und ich bedanke mich auch dafür bei den Vorrednern, die das wirklich zum Ausdruck gebracht haben. Weil die Sozialdemokraten zu diesem Thema immer schon sehr viel zu sagen hatten, sehr geehrte Damen und Herren. Ich verweise nur in aller Kürze auf die Initiativen, auf den Beitrag meinerseits in der Budgetdebatte 1999, das war im Juni. Denn damals habe ich in einem Resolutionsantrag dann gemeinsam mit dem Herrn Abgeordneten Mag. Heuras, wofür ich immer noch dankbar bin, ja eine solche Stabsstelle für die Technologiepolitik, Herr Landesrat Gabmann, ja eingefordert. Und wenn du nun berichtet hast, Herr Landesrat, dass es diese Stabsstelle gibt, dann sind wir zufrieden damit. Aber es war eine Forderung der Sozialdemokraten bei der Budgetdebatte 1999. Und ich habe in diesem Resolutionsantrag damals auch verlangt, dass ein Forschungs- und Technologiekonzept dem Landtag vorgelegt werden soll. Leider vermissen wir dieses Konzept bis heute. Das war im Juni 1999, jetzt haben wir März 2000. Ich hoffe aber, dass wir es noch erhalten werden. Was mittlerweile vorliegt, ist ein sogenanntes „Grünbuch“ der Landesakademie unter dem Titel „Technologie und Forschungskonzept 2000“. Und es hat ja mein Kollege Feurer schon darauf hingewiesen, dass das zum Teil ja schon wieder überholt ist. So schnelllebig ist die Zeit, dass

also Firmen, die dort angeführt wurden, mittlerweile schon wieder ihren Standort in andere Bundesländer verlegt haben.

Der Grund, dass wir diese Studie eingefordert haben, sehr geehrte Damen und Herren, war ja damals eine Studie im Auftrag der ECO-PLUS, die von der Donau-Uni Krems durchgeführt wurde. Die in der Kernaussage zum Inhalt hatte, dass die niederösterreichischen Unternehmen bezüglich Technologie zu wenig Initiative, zu wenig Akzeptanz zeigen. Dass diese Herausforderung zu wenig angenommen worden ist. Daher erschien uns eine Intensivierung dieses Programmes als dringend notwendig. Nämlich die Anwendung neuer Technologien in der NÖ Wirtschaft. Sie ist bislang zu gering. Es muss daher, und das ist unbestritten, und das soll ein Ergebnis der heutigen Aktuellen Stunde auch sein, gemeinsam festgestellt werden, die Förderung muss intensiviert werden. Und ich werde dann noch mit einem konkreten Vorschlag diesbezüglich schließen. Es muss das Reden und Handeln zusammen stimmen, was leider nicht immer der Fall ist. Wir haben es ja immer wieder erlebt. Die Behandlung von Förderungsansuchen erfolgt zu wenig rasch. Die Informations- und Aufklärungsarbeit muss intensiviert werden. Wir haben festgestellt, dass bezüglich Aus- und Weiterbildung entsprechende Programme nicht vorhanden sind. Sie müssen optimal gefördert werden. Es müssen auch die administrativen Strukturen im Land entsprechend angepasst werden. Für Steuerung, Beratung, Konzeption und Förderung muss es zuständige Stellen geben. Und wenn das ein erster Schritt ist, dann haben wir ja bereits einen gemeinsamen Erfolg. Ich stelle ja fest, dass nicht nur für alles Gute immer die ÖVP verantwortlich ist, sondern dass wir als Partner, als Regierungspartner hier unseren Beitrag sehr wohl eingebracht haben.

Diese Stabsstelle ist das eine. Nun gibt es auch einen Technologiebeauftragten, eine prominente Persönlichkeit. Es wurde dazu schon viel gesagt. Ich will feststellen, hoffentlich bleibt es kein PR-Gag. Unser Herr Landeshauptmann ist ja dafür immer sehr gut und da ist er ja auch unschlagbar, was Public Relations betrifft. Mit Franz Viehböck ist ihm ein solcher Gag gelungen. Ich hoffe, es ist mehr. Ich hoffe, es ist ein Signal. Ich hoffe, es ist ein Zeichen. Ich hoffe, es ist ein wichtiger Schritt. Aber ich möchte doch anmerken, Viehböck ist ein Raumfahrer. Es soll doch um Himmels willen nicht vielleicht gar zum Ausdruck kommen, dass die Technologiepolitik in Niederösterreich ein Himmelfahrtskommando ist, sehr geehrte Damen und Herren, dass wir einen Raumfahrer dazu brauchen. Ich hoffe, es ist mehr Handfestes dabei.

Es reicht also, wenn das zum Heben des Bewusstseins führt. Dann ist es gut. Es reicht aber alleine natürlich nicht aus. Es ist eine gewisse Skepsis angesagt. Und ich möchte das natürlich, sehr geehrte Damen und Herren, unterstreichen, was als erster Redner meiner Fraktion Herr Mag. Motz gesagt hat: Skepsis unsererseits ist angesagt, wenn sie von Industrie-, von Technologieschub reden, sehr geehrte Damen und Herren. Denn wenn ich mir das Programm der neuen Bundesregierung ansehe, da kann ich nur wiederholen, und das kann man nicht oft genug deutlich wiederholen, dass da keine zukunftsorientierten Festlegungen im Regierungsprogramm drinnen sind was Technologie- und Industrieentwicklung betrifft. Es ist eine unbrauchbare Aufspaltung der Kompetenzen, was Forschung und Technologie betrifft. Ich habe gehört, drei oder gar vier Minister sind dafür zuständig. Es ist ein kleinkariertes Hin- und Herjonglieren von Kompetenzen und Beamten bis zur Lächerlichkeit. Jetzt hat sich der Bartenstein die Kompetenzen geholt, dann hat sich der Schmid darüber beklagt. Jetzt hat er dem Schmid die Kompetenzen gegeben und hat sich dafür die Beamten ohne Kompetenzen behalten. Also wenn das eine zukunftsorientierte Regierungspolitik ist, dann sind wir nicht gut beraten! Und es hat auch der Herr Klubobmann Kollege Mag. Schneeberger in einem Zwischenruf gesagt, Einem lässt grüßen. Sehr geehrte Damen und Herren! Das Gedächtnis scheint sehr kurz zu sein. Denn für die Technologie- und für die Wirtschaftspolitik waren seit eineinhalb Jahrzehnten ÖVP-Minister zuständig. Da war ein Ditz, ein Schüssel und Farnleitner - der ist sehr schnell vergessen - zuständig, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ. – LR Gabmann: Für Technologie war Minister Einem zuständig!)* Ich sage also, legen wir das ad acta, sehr geehrte Damen und Herren. Es kann ja nicht so sein, dass vielleicht der Einem etwas Gutes gemacht hätte. Das könnt ihr doch im Nachhinein nicht zugestehen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Abg. Kurzreiter: Da werden Sie sich selber schwer tun!)*

Dabei wären gerade bei den Kompetenzzentren, das hat ja unser Kollege Feurer soeben festhalten müssen, dass hier sehr, sehr massive Impulse vom Wissenschaftsministerium gekommen sind, obwohl eigentlich Wirtschaftspolitik Angelegenheit des Wirtschaftsministers gewesen ist. So verstehe halt ich oder habe ich die Welt verstanden.

Aber zurück zur Sache. Diese Privatisierungen auf Teufel komm' raus, die signalisieren etwas Falsches. Die geben nicht das richtige Signal. Zum Beispiel bei der Verscherbelung der ÖIAG, sehr

geehrte Damen und Herren, da werden ja auch die Forschungskompetenzen mit verscherbelt. Da wird ja auch das Know how mitverscherbelt. Wenn ich eine VOEST Alpine Stahl oder OMV oder Böhler Uddeholm oder die VOEST Alpine Technologie AG, die Telekom, auf den Markt werfe, dann werfe ich damit auch das Know how auf den Markt. Ich werfe unter Umständen Patente auf den Markt. Ich gebe österreichisches Wissen an ausländische Eigentümer ab. Ich verabschiede mich von jedweder politischer Ambition, in Zukunft noch hier gestaltend im Industrie- und Technologiebereich tätig zu sein. Diese Entwicklung, die werden wir ununterbrochen kritisieren und aufzeigen. Österreich darf sich nicht von dieser Modernisierung in der Industrie und in der technologischen Weiterentwicklung verabschieden!

All das widerspricht also den Intentionen dieser heutigen Aktuellen Stunde, sehr geehrte Damen und Herren. Und daher kommt in mir auch die Vermutung hoch, dass die Aktuelle Stunde nicht nur aus wahltaktischen Gründen, damit der Kollege Dirnberger vor der Arbeiterkammerwahl einen Auftritt bekommt, einberufen wurde. Sondern auch aus einem gewissen schlechten Gewissen heraus einberufen worden ist von der Österreichischen Volkspartei, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*) Um nämlich den Zuhörern und den Fernsehzuschauern zu zeigen, hier haben wir ein Thema, wo wir uns nicht ganz sicher sind, ob wir richtig liegen. Daher tun wir so und reden in einer Aktuellen Stunde darüber. Und das muss ich auch den Kollegen von der freiheitlichen Fraktion, vor allem dem Klubobmann Marchat sagen, weil er hier Villach erwähnt hat. Es ist hier wirklich ein hoher Grad an Unwissenheit oder an fehlender Bereitschaft, die Wahrheit wiederzugeben, vorhanden. Denn wahr ist viel mehr, dass Siemens in Villach nur deswegen eingestiegen ist und hier einen hoch modernen Betrieb aufgebaut hat, weil dafür Voraussetzung war, dass die Republik Österreich mit ihrem strategischen Anteil von 44 Prozent an Villach hier mit haftet und mittut. Das ist die Wahrheit gewesen!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Klubobmann! Es ist jetzt schon über der Zeit.

Abg. SACHER (*SPÖ*): Ich bin schon fertig. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache abschließend den Vorschlag: Wollen wir nicht in der Technologiepolitik sozusagen von der Realität ablenken. Machen wir einen gemeinsamen Schritt nach vorne. Ich meine, dass zum Beispiel die Einrichtung eines Technologiebeirates für Niederösterreich ein wichtiges Vorhaben wäre, in dem wir alle gemeinsam unsere Universitäten, Bildungseinrich-

tungen, Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen, alles Wissen bündeln, alle Kraft bündeln im Sinne einer zukunftsorientierten Entwicklung Niederösterreichs. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (*ÖVP*): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Frei nach dem Sprichwort, der Standort bestimmt auch den Standpunkt, sollte man vielleicht überlegen, aus welcher Position heraus wir diese Technologieoffensive, sprich die neuen Technologien diskutieren und auch ansetzen. Und ich habe mir erlaubt, um den Standort zu fixieren, das kann man nämlich, auch den Standort da, dieses Rednerpults, dass ich mir ein Navigationsgerät, ein Global Position System, das wir heute schon auf den Traktoren, Mähreschern verwenden können, überall, mitnehme. (*Zeigt Navigationsgerät. – Unruhe im Hohen Hause.*) Der Herr Kollege Ing. Gansch muss jetzt die Antenne aufheben, damit ich nämlich positionieren kann, wo er sitzt und wo er ist. Wir haben zuerst die Sitze alle eingegeben. Er sitzt auf dem Platz 60.

Nun, es geht um die Frage dieser Technologien: Wie nutzen wir sie heute, wie setzen wir sie um, was machen wir daraus? Wir haben diese Technologien auch bereits mehr als im Einsatz im wirtschaftlichen Bereich. Wir haben Unternehmer, die weit vor der Politik in Wahrheit diese Elemente nutzen, diese Elemente mit einfließen lassen und auf Grund ihrer Erfahrung auch Vorreiter sind und diesen Standort Niederösterreich durch den Einsatz ihrer Techniken auch entsprechend stärken. Diese Industrieunternehmen zu unterstützen, diese Unternehmer, diese Mitarbeiter in ihrer Ausbildung adäquat am Ball zu halten, ist die Aufgabe dieser Technologieoffensive. Denn gerade eine Position, die man verbessern will in diesem Reigen Europas, um hier als Standort wirklich Einfluss und Kompetenz ausstrahlen zu können, auch zu verkaufen ist wichtig.

Und es hat heute einer gesagt, ein Propagandaschmäh oder das als Propaganda abgetan. Die Frage der Propaganda, die Frage des Marketings, die Frage des Verkaufens, das weiß jeder Unternehmer, der davon leben muss, ist ein wesentlicher Punkt. Ohne dem geht er nämlich zu Grunde, da kann er noch so gut produzieren. Das heißt, es muss beides zusammen spielen. Und ich glaube, dass in diesem Zusammenspiel das Land Niederösterreich gerade mit dem Landeshauptmann und mit der Initiative, einen Beauftragten und dazu noch den Franz Viehböck zu gewinnen, sicherlich eine Chance und ein Quantensprung eigentlich gelungen ist in diese Richtung.

Ich glaube, dass wir auch bereits wesentliche Punkte umgesetzt haben in unserem Bereich. Und wenn ich zurückkomme auf den Bereich der landwirtschaftlichen Chancen und Nutzen in diesen Bereichen. Wir haben in der Frage der energetischen Nutzung, wo auch wieder ein Umweltthema mit hineinspielt, der CO₂-Haushalt, das Klimabündnis, wir haben gerade mit dem Kompetenzknoten in Wr. Neustadt, mit der Vereinbarung der EVN, dass wir hier gemeinsam mit dem Land Niederösterreich 20 Millionen in Bioenergie, in Erforschung von Bioenergie in Ausnutzung dieser Energiefaktoren gemeinsam investieren in den nächsten fünf Jahren, schon einen Schritt gesetzt in die richtige Richtung. Und gerade dieser Punkt der Einsatzfrage der energetischen Kraft der nachwachsenden Rohstoffe aus dem landwirtschaftlichen Bereich ist auch ein Thema, das, wenn man das umlegt und auslagert, einiges an Arbeitsplatzkapazitäten bringt. Bis zu 20.000 Arbeitsplätze könnten wir mit dieser Struktur hier absichern. Es ist die Frage, und wir haben jetzt ein Pilotprojekt, erst am Sonntag bei uns mit dem ersten Ofen stehen gehabt in Tulln, in der landwirtschaftlichen Fachschule, wo es darum geht, dass man Energiekorn, nichts anderes als, ob das heute Triticale, ob es Mais ist, den man hier ganz einfach zum Heizen verwendet in der adäquaten Situation, dass hier eben dieses Korn das nächste Jahr, wenn es wächst, genau diesen Ausgleich im CO₂-Haushalt hier erreicht. Und damit ich die Energieversorgung autonom genauso aus einer bäuerlichen Produktion umlenken kann. Das sind Dinge, die wesentlich sind. Wir wollen auf diesen Bereich aufsetzend mit dem System eines „Sterling-Motors“ auch die Chance nutzen, die eigentlich, ich sage, eine alte Technologie ist. Die heute nur dementsprechend angewendet wird, wie man sie am besten ausquetscht wie eine Zitrone. Wie bekomme ich das Beste und den letzten Tropfen noch heraus, das ist die Frage der neuen Techniken. Wenn man eben dieses Energiepotential, das zu rund 80 Prozent im Pflanzenhaushalt in Gasform vorhanden ist, nutzt. Früher hat man gesagt, ein „Holzgaser“. Unter dem Begriff werden das noch viele aus den Kriegszeiten vielleicht kennen. Wenn ich dieses Gas nehme, in die Verstromung schicke, und danach die letzten 20 Prozent in eine Heizung, dann habe ich eine optimale Ausnutzung, eine wirtschaftliche Ausnutzung. Und habe eigentlich einen Schritt in die Zukunft geschaffen. Und das sind die Ansätze. Das sind die Elemente, die bereits jetzt in Niederösterreich greifen, wo hier einiges im Umsetzungsbereich liegt. Wo das Land Niederösterreich sich jetzt schon Gedanken gemacht hat.

Das Land Niederösterreich hat aber auch im Zusammenhang, weil die Förderungen der Euro-

päischen Union mit angesprochen worden sind, wir haben einiges an Förderpotential bereits eruiert. Wenn ich an den Weinbaubereich denke, wo unsere Wetterstationen vor Ort mit entsprechenden Erhebungssystemen, die heute punktuell wiederum über die Technik heute des Global Systems möglich machen, dass ich in der Früh daheim am Bildschirm sehe, welche klimatischen Werte es im Weingarten hat, wieviel Wasserbelag auf dem Blatt vorhanden ist. Ist es überhaupt notwendig, ein Pflanzenschutzmittel anzuwenden oder nicht. Das geht so weit, dass man die Spritzungen bis auf ein Drittel reduzieren könnte, teilweise auf die Hälfte, je nach Wetterbedingungen. Das heißt, hier ist viel schon passiert. Und diese Systeme noch auszuweiten, diese Systeme umzusetzen ist wesentlich.

Und das sind Systeme, die auch in Österreich entwickelt wurden. Das heißt, hier gibt es den Kontext, dass wir nicht nur die Nutzung dieser Elemente haben, sondern wir haben auch die Systeme und die Dinge, die hier eingesetzt werden, mit Arbeitsplatzsicherung etc., mit Leuten, die bei uns in einer Ausbildung gestanden sind, entsprechend besetzt. Ich glaube daher, dass es sehr wesentlich ist, dass wir offen auf neue Technologien zugehen. Ich glaube, dass auch wichtig ist, dass wir uns ganz konsequent mit jeder neuen Technik in der Forschung auseinandersetzen. Und wenn das auch sehr bewusst und kritisch wie von der Frau Kollegin Mag. Weinzinger beleuchtet wird, auch mit Frage der Gentechnik. Ich glaube, dass wir in der Forschung eine Verpflichtung haben, uns auch mit diesem Element auseinander zu setzen. Denn wer sich damit nicht auseinandersetzt, liefert sich aus. Liefert sich aus den anderen, die dieses in ihrem Forschungsbereich nutzen. Und ich bin nicht davon überzeugt, dass heute ein Staat der Dritten Welt das unbedingt nur zum Positiven in dem Sinn nutzt, sondern auch das Gefahrenpotential hier mit einfließen lässt. Deshalb wird es wichtig sein, dass man auch in diesen Forschungsbereich investiert, um das Gefahrenpotential zu kennen. Um diese Gefahren noch abzuwehren. Und wir haben ein Gentechnikgesetz, das genau vorschreibt, wer die Haftungen hat, wo hier die Möglichkeiten der Einschränkung und Eingrenzung vorhanden sind.

Und noch einmal: Wir haben auch den Bereich der Gentechnik, den wir sehr bewusst nutzen. Sehr bewusst und wichtig nutzen für die Menschen. Und dieses Element: Jeder, der heute zuckerkrank ist, weiß, wo diese Frage auch liegt. Und ich glaube, dass man auch das aussprechen muss. Und nicht Leuten vor etwas Angst macht, statt dass man diese Chancen, die auch darin stecken könnten, noch nutzt. Ich glaube überhaupt, dass in dieser ganzen Entwicklung sehr oft mit Angst argumentiert

wird. Wir sollten keine Angst haben! Wir sollten sehr bewusst neue Dinge angehen, sie beleuchten und dann nach dem Bedarf und nach der Ausgewogenheit auch der umweltpolitischen Kompetenz prüfen und zur Anwendung gelangen lassen. Und genau das ist auch Aufgabe unserer Kompetenzknoten, unserer Cluster, die hier gemeinsam, wo Wissenschaft, wo Entwicklung, wo Firmen hier vernetzt arbeiten, dass dies gemeinsam genutzt wird. Ich glaube noch eines: Wie der Herr Landesrat Gabmann das richtig für mich gesagt hat, wir haben die Verpflichtung, die Zukunft zu gestalten und nicht die Gegenwart zu verwalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Technologieoffensive – Antwort auf die Herausforderung des 21. Jahrhunderts zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze“, Ltg. 424/A-8/14, für beendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten Marchat, Dkfm. Rambossek, Haberler, Hrubesch, Mayerhofer, Rosenkranz, Schimanek und Waldhäusl haben gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer weiteren Aktuellen Stunde mit dem Thema „Abgaben- und Gebührenproblematik in NÖ Gemeinden“, Ltg. 425/A-8/15, eingebracht. Gemäß § 35a Abs.4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen! Wir kommen daher zur Aktuellen Stunde gemäß § 35a der Geschäftsordnung. Und ich mache nochmals auf die Beschränkung der Redezeit aufmerksam. Es war im Großen und Ganzen jeder pünktlich. Da Herr Klubobmann Marchat mit Schreiben vom 10. März 2000 gemäß § 57 Abs.4 der Geschäftsordnung des Landtages von Niederösterreich sein Recht, als Erstgenannter Abgeordneter zu sprechen, an Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek abtritt, ersuche ich diesen, zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube, es bedarf wohl keiner besonderen Erklärung, warum wir Freiheitlichen die Abgaben- und Gebührenproblematik in Niederösterreichs Gemeinden zum Thema einer Aktuellen Stunde gewählt haben. Wir wollen mit dieser Aktuellen Stunde die Sorgen und Probleme jener vielen tau-

send klein verdienenden Mitbürgerinnen und Mitbürger thematisieren, die bei den Gebühren und Abgaben unter einer sozialen Unausgewogenheit zu leiden haben. Die Zahl der sozial nicht verträglichen Gebühren und Abgaben, mit denen die Bürgermeister die NÖ Bevölkerung belasten, um zum Teile ihre selbst verschuldeten Budgetlöcher zu stopfen, ist nicht unbedeutend. Die Reihe beginnt mit den Abgaben nach dem NÖ Kanalgesetz, setzt sich fort über die Müllgebühren nach dem NÖ Abfallwirtschaftsgesetz, umfasst weiters die Wassergebühren nach dem NÖ Gemeindewasserleitungsgesetz und endet bei der Problematik der Anzeigenabgabe nach dem NÖ Anzeigenabgabegesetz und der nach wie vor herrschenden Diskussion in der Bevölkerung über den Kostenbeitrag der Eltern nach dem NÖ Kindergartengesetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nun einmal ein Faktum, dass die niederösterreichischen Gemeinden bei den von ihnen selbst betriebenen Wasserversorgungsanlagen von 1996 bis 1998 einen jährlich steigenden Überschuss von insgesamt rund 200 Millionen Schilling erzielt haben. Es ist ein weiteres Faktum, dass die NÖ Gemeinden mit den von ihnen selbst betriebenen Einrichtungen zur Müllbeseitigung von 1996 bis 1998 der Bevölkerung einen jährlich steigenden Überschuss von insgesamt rund 136 Millionen Schilling aus dem Geldbörsel gezogen haben. Und es ist eine nicht widerlegbare Tatsache, dass die Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen mit den Kanalgebühren unsere niederösterreichischen Mitbürger und Mitbürgerinnen von 1996 bis 1998 mit einem jährlich steigenden Überschuss von insgesamt rund 665 Millionen Schilling belastet haben. Diese Gebührenüberschüsse, diese Zahlen, Hohes Haus, werfen nun einmal die Frage auf, sieht so soziale Gerechtigkeit aus? Sieht so soziale Ausgewogenheit aus? Wird so von den Bürgermeistern das Prinzip der Kostenwahrheit ausgelegt? Wird so dem vom Rechnungshof und von der Volksanwaltschaft stets geforderten Äquivalenzprinzip Rechnung getragen?

Wir Freiheitliche sagen Nein, so kann soziale Ausgewogenheit nicht aussehen! Und wenn ich mich daran erinnere, dass der Herr Landeshauptmann als Resümee seiner Viertelstage – und da hat er wahrscheinlich die gleichen Erlebnisse gehabt wie wir Abgeordnete insgesamt – seinerzeit gemeint hat, die Kanalgebühren müssen sozial verträglicher werden, dann muss ich heute feststellen, dass dieser Ankündigung bisher noch keine Taten gefolgt sind. Wir Freiheitlichen haben Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP und der SPÖ, zuletzt im Oktober 1998 unsere konkrete Vorstellung über eine flexiblere Mischgestal-

tung des Kanalbenützungsgebührensyste-
ms vorgelegt, mit der mehr soziale Gerech-
tigkeit hätte erzielt werden können. Nur
Sie, meine Damen und Herren der ÖVP
und SPÖ, haben darüber im Juni 1999
mittels eines § 29-Geschäftsordnungstricks
die Diskussion verweigert.

Hohes Haus! Nach einem Gutachten von
Universitätsprofessor Dr. Heinz Mayer
stellt sich auch die Frage, ob die Praxis
von gewaltigen Überschüssen durch
Jahre hindurch bei Müll- und Wasser-
gebühren und ob die Praxis der doppelten
Gebührenverrechnung bei der Kanalbenüt-
zung verfassungskonform ist. Denn Uni-
versitätsprofessor Dr. Mayer kommt zu
folgendem Schluss: Gebühren stellen
Entgelte für bestimmte Dienstleistungen
der Gemeinden dar und dürfen nicht zur
Deckung allgemeiner Budgetlöcher her-
angezogen werden. Das heißt für mich,
dass Gebühren für Dienstleistungen der
Gemeinden von den Bürgermeistern nur
in kostendeckender Höhe eingehoben
werden dürfen.

Zum Thema Müllgebühren gestatten Sie
mir die Anmerkung, dass durch den Ver-
kauf des 50-Prozent-Anteiles des Landes
Niederösterreich an der Abfallverwertung
Niederösterreich-Planung GesmbH an die
EVN, an die Energieversorgung Nieder-
österreich, im Zusammenhang mit der
Errichtung der Müllverbrennungsanlage
ein Müllmonopol in Niederösterreich ent-
stehen wird, welches die Müllpreise nach
Belieben diktieren wird können. Das
wird uns erst die Zukunft zeigen, ob das
Land Niederösterreich als 51-Prozent-
Eigentümer der EVN Einfluss nehmen wird,
dass die Müllgebühren für unsere Land-
esleute kostengünstiger gestaltet werden.
Oder ob versucht wird, über Erhöhung
der Müllgebühren auf Kosten der Haushalte
mehr Geld ins Landesbudget einfließen zu
lassen.

Ich habe eingangs, meine sehr geehrten
Damen und Herren, auch auf die Proble-
matik der Anzeigenabgabe nach dem NÖ
Anzeigenabgabengesetz hingewiesen.
Warum? Weil sich insbesondere in den
Wiener Umlandgemeinden in den letzten
Jahren ein Wettbewerb der Bürgermeis-
ter etabliert hat, durch hohe Steuerrück-
vergütungen bzw. durch Förderungen aus
dem Gemeindebudget Betriebsstandort-
verlegungen zu beeinflussen. Ziel dieses
Bürgermeisterwettbewerbes war es und
ist es, neue bzw. höhere Kommunalein-
nahmen zu erzielen, was aber für die
bisher ortsansässigen Haushalte Erhö-
hungen bei Kanal- und Wassergebühren
zur Folge hatte bzw. hat. Denn wir wis-
sen alle, dass in den meisten Fällen erst
die notwendige Infrastruktur für die
neuen Betriebe errichtet werden musste,
was zwangsläufig für das gesamte Ge-

meindegebiet, also für alle Haushalte,
für alle Familien zu Gebührenerhö-
hungen bei Wasser und Kanal geführt
hat. Ich meine daher, dass es Aufgabe
des Landes und der Landesgesetzgebung
ist, solche Strukturen zu schaffen und
Maßnahmen zu setzen, dass die Bürger-
meister der NÖ Gemeinden bei den Ge-
bühren und Abgaben das Prinzip der
Kostenwahrheit und das Äquivalenzprin-
zip nicht nur beachten, sondern auch
einhalten. Ich meine weiters, dass es
mehr Autonomie für unsere Gemein-
den geben muss, was die Festsetzung
der Abgaben und Gebühren in den Ver-
ordnungen betrifft. Und ich meine
schließlich, dass es einen Belastungs-
stopp für unsere NÖ Bürgerinnen und
Bürger geben muss. Denn die Politik
hat soziale Gerechtigkeit an die oberste
Stelle ihres Handelns zu setzen.
(Beifall bei der FPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort
gemeldet hat sich Herr Abgeordneter
Breiningner.

*(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den
Vorsitz.)*

Abg. BREININGER (ÖVP): Frau Präsi-
dentin! Hohes Haus! Ja, eine wichtige
und ernste Stunde für den Landtag,
einmal über Abgaben und Gebühren zu
sprechen und vielleicht einmal klarzu-
stellen, wer denn die Bürgermeister sind,
über die hier gesprochen wurde. Denn
wenn man die Rede meines geschätzten
Vorgängers gehört hat, glaubt man,
die Bürgermeister sind eine kleine Ge-
werkschaft von einer privaten Inter-
essensgruppe, die da wild quer durchs
Land einheben oder nicht einheben.
Auch die Bürgermeister sind bei jeder
Ausgabe je nach Gemeindehöhe ganz
strikt an Höhen gebunden, die sie auch
gegen nachträgliche Beschlüsse im
Gemeinderat nur ausgeben dürfen oder
nicht, widmen können oder nicht. Wir
können überhaupt, bitte, und hier spre-
che ich wirklich als gelernter Bürger-
meister, wenn ich auch erst 11 Jahre im
Amt bin, nicht verfügen über das Bud-
get, über Gebühren, Abgaben etc. wie
hier behauptet wurde. Oder sagen wir,
publikumswirksam dargestellt wurde.
Da ich aber meinen Vorgänger Dkfm.
Rambossek als Kaufmann kenne und er
sogar ein Diplomkaufmann ist, müsste
ich mir fast wünschen, was ich mir
politisch nicht wünschen will, aber ich
müsste es mir wünschen, dass vielleicht
doch so mancher FPÖ-Politiker einmal
die Sorgen und Nöte eines Bürgermeis-
ters aus der Praxis kennen lernt.
(Zwischenruf bei Abg. Marchat.)

Ja. Ich sage ja, rein theoretisch wün-
schen. Ich wette nämlich, dass ihr dann
anders reden würdet, wenn ihr die Sor-
gen eines Haushalts als Bürgermeister zu
verwalten hättet. Aber ich will das
durchaus im sachlichen Rahmen stehen
lassen.

Kurze Statements von mir, und nicht allzu lang. Zu den Behauptungen. Erste Klarstellung: Es ist gut, dass wir im Landtag einmal über Gebühren und Abgaben diskutieren und letztlich auch über den drohenden Entfall oder schon eingetretenen Fall der Getränkesteuer, zu der ich auch kommen werde, die hier nicht angezogen wurde, was mich wundert. Aber ich bin auch durchaus bereit, obwohl ich nur mit der Getränkesteuer gerechnet habe, auch über die Kanalgebühren und Müllgebühren, Wasserversorgung zu sprechen. Erste Behauptung von mir: Bürgermeister und Finanzreferenten, was nicht immer dasselbe ist - es muss nicht immer der Bürgermeister der Finanzreferent sein, es ist ja durchaus auch anders möglich - wirtschaften aufkommensneutral. Sie können und wollen und dürfen sich kein „Körbergeld“ bilden, wie hier gesagt wurde. Denn wenn es Überschüsse gibt, und die mag es schon geben manchmal, weil nicht jedes Haushaltsjahr genau aufkommensneutral abzurechnen ist, dann müssen diese sogenannten Überschüsse - ich kenne nicht viel, auch in meiner Stadt gibt es leider wenig Überschüsse auf dem Gebiet - müssen gebunden, zweckgebunden rückgelegt werden und einer gebundenen Rücklage zugeführt werden. Wenn ich meinen eigenen Haushalt aus der Nähe anschau - man kann ja am Besten über das Eigene sprechen, wo man Erfahrung hat - dann muss ich sagen, steht Baden zum Beispiel auch im Lichte der Maastricht-Kriterien gut da, was Rücklagen betrifft. Wenn ich mir die Rücklagen aber genauer anschau, sind zwei Drittel oder drei Viertel aller Rücklagen gebunden. Und die sogenannte allgemeine Rücklage, die ich wirklich, die wir frei verwenden können, ist äußerst knapp bemessen. Auch in der Relation. So wird es auch den anderen Gemeinden gehen. Das heißt, ich glaube, dass die Gemeinden sehr wohl aufkommensneutral wirtschaften, weil sie es auch müssen laut Gesetz. Es darf aus Kanal-, Müll- und Wassergebühren kein Gewinn für andere Ausgaben gezogen werden. Und wenn, dann muss diese Rücklage zweckgebunden in den Rücklagentopf wandern.

Zweite Behauptung: Ich würde bitten, vermeiden wir die Diktion, die Bürgermeister kassieren, die Bürgermeister „börseln ab“, ziehen aus der Börse. Noch einmal: Kein Bürgermeister kann allein auch nur eine Handlung setzen, die nicht vom Gemeinderat bewilligt wird! Das sollte man jetzt einmal wirklich ins richtige Licht rücken.

Ich wollte mich aber nicht nur bei den Kanalgebühren aufhalten. Es müssen ja auch Erneuerungsrücklagen unbedingt gebildet werden, sonst kann das Kanalnetz und können die anderen Infrastrukturen nicht bezahlt werden. Denn man weiß ja,

wie lange die Lebensdauer einer Kanalnetzes ist. Die Gebühren müssen ja ganz genau berechnet immer wieder zur Erneuerung herangezogen werden. Und da werden die Mittel sogar sehr knapp.

Dritte Behauptung: Maastricht-Kriterien sind uns allen klar. Seit ein paar Jahren gibt es auch für uns bindend in den Gemeinden die Maastricht-Kriterien, die es zu beachten gilt. Wir können nicht mehr wirtschaften, selbst wenn wir wollten, wie wir wollen, weil wir jetzt neben den vielen Auflagen und Gesetzen, Landeskontrolle, Rechnungshofkontrolle - zum Beispiel Baden hat alles, wir haben die kleine Kontrolle, die große Kontrolle, Kontrollausschuss usw. auch den Rechnungshof -, jetzt durch die Maastricht-Kriterien überhaupt wenig Spielraum haben. Und daher hat man uns von Maastricht her zugestanden die sogenannten marktbestimmten Betriebe, die dann anzuwenden sind, wenn eine Gemeinde nicht mehr wirtschaften kann. Die meisten sind „blattvoll“ und können sich nicht mehr rühren. Darum werde ich eine Philippika auch gleich reiten für die Abgaben, die die Gemeinden dringend brauchen. Darin sind wir uns, glaube ich, einig. Die kleinen brauchen das zum Leben. Diese Maastricht-Kriterien erlauben bestenfalls, gewisse Betriebe auszugliedern, zu marktbestimmten Betrieben zu machen. Da gibt es einige andere Termini technici auch noch. Das muss auch eine größere Stadt sogar tun, auch Baden, das als wohlhabend gilt. Sonst könnte sie schon überhaupt den Kriterien nicht mehr gerecht werden, wenn wir nicht manche ausgegliedert hätten zu marktbestimmten Betrieben, nämlich eben die kosten deckenden zu solchen erklärt hätten.

Also abschließend zu diesen Punkten: Wenn überhaupt Überschuss, dann gebundene Rücklagen, die durchaus nicht frei oder willkürlich verwendet werden können. Und ich brauche mich nicht noch einmal zu wiederholen. Eines stimmt natürlich schon: Dass das Ganze als Rücklage angesehen wird und als Aktivum sozusagen angesehen wird, das stimmt. Aber wenn wir das nicht hätten, wenn wir die Rücklagen nicht als Aktivum ansehen könnten bilanzmäßig, rechnerisch, dann wären die Gemeinden ja noch in einer sehr viel tristeren Lage.

Die Anzeigenabgabe und die Elternbeiträge will ich nicht berühren. (*Unruhe bei LR Mag. Stadler.*)

Ja, mag sein. Da kommt es auch sehr darauf an, ob eine Gemeinde eine gegliederte Verwaltung hat. Also das alles haben wir ja. Das ganze Instrumentarium wird man ja ohnehin nicht auslasten und hat daher ganz wenig Spielraum. (*LR Mag. Stadler: Sie schildern einen schönen Idealzustand!*)

Ich wollte eigentlich ein bisschen Zeit meinem Nachredner schenken. Vielleicht gelingt es mir noch, dass ich nicht alles ausschöpfe, aber ein letztes Wort: Ich habe nichts von der Getränkesteuer gehört und das kommt mir spanisch vor. Und es rührt mich - ohne Ironie - es rührt mich sehr, der F-Antrag, heute zu den Abgaben und Gebühren der Gemeinden zu sprechen. Ich wünsche mir dieselbe Obsorge auch in Zukunft. Wir werden uns sicherlich in verschiedenen Bereichen als Bürgermeister und als andere Partei hier annähern können. Ich würde mir diese Obsorge für die Gemeinden immer wünschen, die ich ja a priori sowieso pflegen muss, weil jeder auf seine Gemeinde schauen muss.

Und jetzt ein letztes Wort zur Getränkesteuer. Wir wollen heute nicht ins Detail gehen. Aber ich habe mir ab dem 50. Lebensjahr vorgenommen, ich sage nur mehr das, was ich mir denke, und meine persönliche Meinung. Und lass' den Hausverstand, den gesunden Hausverstand sprechen und beuge mich kaum irgendeiner Doktrin. Das muss man sich leisten ab einer gewissen Zeit.

Zur Getränkesteuer eines: Was immer jetzt geschieht, ich begrüße den gemeinsamen Willen dieses Hauses, die Finanzkraft der einzelnen Gemeinden nicht zu schwächen sondern zu erhalten. Darin müssen wir einig sein. Denn alles andere bringt nur Druck auf alle anderen Bereiche des Lebens. Die Finanzkraft der Gemeinden muss erhalten werden, darf nicht geschwächt werden. Und zur Getränkesteuer, die eine wesentliche Komponente ist - viele Gemeinden wie in meinem Fall, aber sicherlich auch Ihre, sehen die Getränkesteuer schon als dritte Position der gesamten Gemeindefinnahmen. Die stärkste Position, die wichtigste Steuereinnahme für die meisten ist die Kommunalsteuer, dann kommt schon die Grundsteuer - manchmal wird es anders sein - und dann die Getränkesteuer. In vielen Gemeinden Österreichs ist die Getränkesteuer überhaupt die allerwichtigste. Wenn man ihnen die nimmt, sind die Grundlagen zu Ende, die Grundlagen aufgebraucht! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Aber als Unternehmer, der ich auch bin, muss ich verstehen und will ich nicht auf eine Gruppe von Gewerbetreibenden oder auf die Wirtschaft das Problem allein schieben. Wir haben immer, auch von der Wirtschaft, ein Prinzip gehabt. Dass sie fällt, haben wir alle befürchtet, mehr oder weniger befürchtet. Wobei ich sehr kritisiere die unsaubere Formulierung des EuGH-Urteiles. Eine sehr unsaubere Formulierung, das mit den, wie heißt es, „Behelfen“. Da habe ich einen großen Zorn auf die Herren, wer immer dieses Urteil gemacht hat. Es

gibt keinen „Rechtsbehelf“. Den Ausdruck gibt es nicht in unserem Verwaltungsrecht, in der Jurisprudenz. Aber wenn schon, dann haben wir immer gesagt, dann muss ich auf den Stabilitätspakt zurückgreifen, in dem schwarz auf weiß steht, wenn diese Einnahme für die Gemeinden fällt, ist diese Abgabe zu refundieren. Wie das technisch geht, darüber sollen sich die Politiker oder auch die Juristen unterhalten. Das kann heute nicht geklärt werden. Dass die Gemeinden aber die Refundierung dieser wichtigen Einnahmen brauchen, ist klar. Ich freue mich für die Wirte, ich freue mich für den Handel, ich freue mich für die betroffenen Sektoren der Wirtschaft, dass sie jetzt glauben, von dieser Last befreit zu sein.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Abgeordneter! Ich bitte um Ihren Schlusssatz.

Abg. BREININGER (ÖVP): Ja! Aber fest steht, dass wie immer eine Refundierung ausschauen muss, der Stabilitätspakt eingehalten werden muss. Der nämlich den Bund verpflichtet, bindend verpflichtet, dieses Manko an Einnahmen zu refundieren. Standort bestimmt Standpunkt - leider. Es sollte eigentlich anders sein. Man sollte in vielen Lagen des Lebens immer den selben Standpunkt haben. Ich danke, Frau Präsidentin, und schliesse. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf ebenfalls Stellung nehmen zu der Gebührenproblematik, wofür die Aktuelle Stunde heute von der Freiheitlichen Partei verlangt worden ist.

Als auch einer der Bürgermeister des Hohen Hauses habe ich mich gefragt, Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek, was meinst du konkret bei dieser Aktuellen Stunde? Meinst du die Kanalgebühren, die Wassergebühren, die Müllgebühren, die Getränkesteuer, die Friedhofsgebühren? Ich habe dir genau zugehört. Und jetzt ist mir natürlich klar, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zuge der kommenden Gemeinderatswahl ist es sicherlich wieder ein bisschen populistisch, wenn man der Bevölkerung sagt, wir kümmern uns um die Gebühren, die alle viel zu hoch sind, die Gebühren. Ich darf dazu aber nur sagen: Es hat mein Vorredner, der Herr Bürgermeister Breininger schon darauf hingewiesen, es ist sicherlich so, dass ich mich jetzt zurück erinnere, was alles schon von deiner Partei verlangt worden ist und von deinem Parteivorsitzenden gefordert worden ist. Ich möchte jetzt nicht

ablenken auf die Bezügebegrenzung von 60.000,- Schilling. Ich glaube, das wäre nie verlangt worden, wenn man gewusst hätte, dass man auch einmal in die Situation kommt, in der Bundesregierung zu sein. Und 14 Tage später sagt ein Minister, mit diesem Gehalt bin ich nicht einverstanden, es muss mehr sein. Das hat 14 Tage die Diskussion beherrscht. Und ich möchte daraus schließen. Ihr stellt, ich sage für mich Gottseidank, keinen Bürgermeister in Niederösterreich. Aber wenn es der Fall wäre, würdest du sicherlich die Situation der Gebührenproblematik heute anders betrachten. Und ich gehe konkret jetzt auf die Kanalgebühren ein, wo du gemeint hast, sozial ausgewogene Kanalgebühren. Ich könnte dir jetzt viele, viele Beispiele von Niederösterreich sagen. Ich nenne sie aber nur von der nächsten Umgebung hier. Wenn eine Gemeinde einen Kanal errichtet, errichten muss auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, und dieser Kanal 31 Millionen Schilling kostet nach der Fertigstellung durch die Bestbieterfirma und dann 120 Anschlüsse kommen von den einzelnen Haushalten, dann kannst du hochrechnen: Bei einer durchschnittlichen Anschlussgebühr für ein Einfamilienhaus von zirka 40.000,- Schilling - damit liege ich sicher nicht hoch - kommen heraus 4,8 Millionen. Der Kanal kostet 31 Millionen und durch die Anschlussgebühren bekommt die Gemeinde 4,8 Millionen herein. Dazu kommt natürlich die Annuitätenzuschüsse-Rückzahlung. Wenn man da von einem Körpergeld für den Bürgermeister sprechen kann, dann weiß ich genau, dass alle Gemeindevertreter, die hier sitzen, dir sicherlich nicht folgen können. Weil das unmöglich ist!

Und wenn jemand in der glücklichen Situation ist von den Grundverhältnissen her, dass er zu den besten Voraussetzungen eine Kanalisation errichten kann, dann bekommt er auch kein Körpergeld. Im Gegenteil! Er muss schauen, dass er das genauestens finanzieren kann. Und jetzt möchte ich konkret eingehen auf deine Gebührenproblematik. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen heute einige Beispiele zu bringen und bin davon überzeugt, dass spätere Redner noch einige weitere Beispiele bringen werden. Ich möchte aber konkret jetzt die Getränkesteuer hernehmen. Die Getränkesteuer bewegt momentan die innenpolitische Situation, meine Damen und Herren. Durch die EU-Richtlinien mussten wir ja leider zur Kenntnis nehmen in den letzten 14 Tagen, dass den Gemeinden die Getränkesteuer für alkoholische Getränke gestrichen wird. Es ist aber zugleich immer wieder gesagt worden, ... *(Abg. Marchat: Das haben wir gewusst!)*

Meine Damen und Herren! Und vor allem Kolleginnen und Kollegen von der Freiheitlichen Partei. Ich gehöre jetzt 16 Jahre diesem Hohen Landtag an. Und ich kann mich erinnern, auch in der Bundespolitik und auch in der Landespolitik wurde von euch immer wieder die Forderung gestellt, es ist nicht zumutbar, den Gewerbetreibenden, den Wirten die Getränkesteuer aufzurechnen. Und die Getränkesteuer muss gestrichen werden. Wenn wir das auf Gemeindeebene bei den vielen Resolutionen mit euren Mandataren diskutiert haben, ist immer wieder die Frage gekommen, ja Herr Bürgermeister, ganz klar: Wenn die Getränkesteuer gestrichen wird, wir sind dafür. Aber wir müssen danach trachten, dass bei den Finanzausgleichsverhandlungen der gleiche Prozentsatz dann vom Bund vergütet wird. *(Abg. Marchat: War ein freiheitlicher Antrag!)*

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Freiheitlichen Partei habt ihr den Minister als Finanzminister. Und jetzt werden wir sehen, wie er handelt. Man hat in der letzten Woche bei den Verhandlungen gemerkt, Freitag, Montag dieser Woche, dass es eine Annäherung geben könnte, wobei die Gemeinden wieder über einen Finanzausgleich diese 10 Prozent bekommen. Und da war eben der Vorschlag, dass man eine zusätzliche, erhöhte Mehrwertsteuer einhebt vom Bund. Und diese 10 Prozent, was zuerst Getränkesteuer war, wird als erhöhte Mehrwertsteuer jetzt vom Bund eingehoben und den Gemeinden refundiert. Das wäre theoretisch ein möglicher Weg gewesen.

Wir haben aber gehört in der Zwischenzeit, was sich alles abgespielt hat in den letzten Tagen. Jetzt kommt auch diese Variante. Abgeordneter Breininger hat zu Recht gemeint, ich möchte mich gar nicht näher darauf einlassen, weil wir am Ende noch gar nicht wissen was herauskommt und welche Variante. Ich darf nur eines dazu sagen. Meine Damen und Herren! Wenn die Getränkesteuer ersatzlos für die Gemeinden gestrichen wird, dann ist es eine fürchterliche Situation. Das heißt, es gehen uns brutto 5,5 Milliarden Schilling verloren. Was das für alle österreichischen Gemeinden bedeutet, dass in diesem Ausmaß nicht mehr investiert werden kann, dass auch keine Arbeitsplätze abgesichert werden können und wie viele hunderttausend Arbeitsplätze das sind, das wissen wir. Weil wir auch zugleich wissen, meine Damen und Herren, dass die Gemeinden die größten Investoren in Österreich sind. Und wenn man ihnen dann diese 10 Prozent wegnimmt, dann kann eben um diese 10 Prozent weniger investiert werden. Dann müsst ihr

euch aber, weil ihr seid ja die Vorreiter gewesen für diese Forderung, dann hinstellen, wenn die Arbeitslosigkeit dann leider ansteigen wird, weil eben weniger produziert werden kann.

Also, unsere Ansicht, jene der Sozialdemokraten in diesem Haus, meine Damen und Herren: Die Getränkesteuer kann nicht ersatzlos für die Gemeinden gestrichen werden. Und man muss alles daran setzen von Seiten des Landes und des Bundes, dass hier ein Ausgleich geschaffen wird.

Ich darf zu der Entscheidung, meine Damen und Herren, über die Getränkesteuer nochmals anführen, dass es auch viele andere Steuern und Gebühren in der Gemeinde gibt. Man könnte auch auf der anderen Seite nachdenken, wenn man die Grundsteuer hernimmt. Wenn ich genau recherchiert habe, meine Damen und Herren, dann war es im Jahr 1983, dass die Einheitswertbescheide der Grundsteuer festgelegt worden sind. Und wenn man dann hernimmt die Grundsteuer A und die Grundsteuer B bei nicht verbauten Grundstücken im Grünland und bei bebauten Grundstücken, dann ist das sicherlich ein derart großer Unterschied, dass die Grundsteuer B das Zehnfache von der Grundsteuer ausmacht. Und dahin könnte man auch einmal eine Überlegung anstellen, ob man das nicht, meine Damen und Herren, in eine andere Situation bringen kann.

Ich darf zum Schluss kommen, meine Damen und Herren. Die Ankündigung der derzeitigen Bundesregierung, bestimmte Gebühren zu verändern hat uns in den letzten 14 Tagen sicherlich sehr geschockt. Ich brauch' jetzt gar nicht aufzuzählen, was alles damit gemeint ist. Und wenn man davon ausgeht, dass die Belastungen für den einzelnen Österreicher und die Österreicherin derartig groß werden, und wenn dann noch die Getränkesteuer für die Gemeindeebene gestrichen wird, dann müssten wir bei allen anderen Fragen, beim Wasserwirtschaftsfonds, über Kanalbau, über Wasserleitungsbau, meine Damen und Herren, ebenfalls mehr von Land und Bund bekommen, um einen bestimmten Ausgleich herzustellen.

Diese Aktuelle Stunde, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen von der Freiheitlichen Partei, glaube ich, wurde nur deswegen eingeleitet, weil wir eben am 2. April, ich sage das ganz offen, Gemeinderatswahlen haben. Und ihr wollt das sicherlich ausnützen zu einem bestimmten Prozentsatz, um den Wählerinnen und Wählern zu sagen, wir wären ja wieder die Guten, wenn wir Positionen in der Gemeinde verstärkt einnehmen könnten. Ich glaube, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Viele Beispiele habe ich dazu jetzt anführen können. Ich

hoffe nur eines, meine Damen und Herren: Dass die Getränkesteuer, von der geplant ist, dass sie den Gemeinden weggenommen wird, durch einen anderen Ausgleich wieder egalisiert wird. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Wilfing.

Abg. Mag. WILFING (ÖVP): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem das meine zweite Landtags-sitzung ist und ich hier zum ersten Mal das Wort ergreife, möchte ich mich gleich zu Beginn recht herzlich für die freundliche Aufnahme hier im Landtag bedanken und hoffe, dass auch bei sachlichen Konflikten diese Freundlichkeit trotzdem erhalten bleiben kann.

Ich habe mir natürlich, als ich eingeladen wurde, zur Abgaben- und Gebührenproblematik in den NÖ Gemeinden zu sprechen, gleich einmal das Thema genau angesehen und habe mir gedacht, an sich ist das sehr unjuristisch insofern formuliert - was mich wundert, weil der Herr Landesrat ein Jurist ist - weil ja laut Finanzverfassung und Finanzausgleichsgesetz die Gemeinden Gemeindeabgaben einheben können. Und diese Gemeindeabgaben teilen sich in Steuern und Gebühren. Daher hätte es richtig heißen müssen Abgabenproblematik alleine oder Steuern- und Gebührenproblematik in NÖ Gemeinden. Aber Sie nehmen es da wahrscheinlich nicht so genau. Wie der Herr Kollege Rupp schon gesagt hat, wir kennen das vom Bezügebegrenzungsgesetz, dass hier einiges dann nicht so genau genommen wird.

Dann habe ich mir zweitens gedacht, Abgaben- und Gebührenproblematik, anscheinend haben die Freiheitlichen hier den Stein der Weisen gefunden, wie all das, was die Bürger erwarten an frischem Wasser, an guter Luft, an gutem Boden, finanziert werden kann, ohne Abgaben, die sich in Steuern und Gebühren teilen, einzuheben. Und da habe ich mir gedacht, gut, wenn das so ist, wird es ja hoffentlich in den Gemeinden, wo Freiheitliche regieren, schon so sein, dass hier alles sehr billig angeboten wird. Und habe mir Maria Wörth und Pörtschach angesehen, wo FPÖ-Bürgermeister derzeit regieren. Und da muss ich jetzt eines feststellen: Während in meiner Heimatgemeinde die Freiheitliche Partei und hier sogar im „Freiheitlichen Gemeindekurier“ vom Februar 2000 mit Freude und mit Stolz vermelden kann, dass die Bürger Poysdorfs mit der Müllabfuhr, mit der Wasserversorgung, mit dem Kanal zu mehr als 70 Prozent mit der Wertung „sehr gut“ und „gut“ zufrieden sind und nur 7,4 Prozent nicht zufrieden sind und daher auch

aus der „NÖN“ dann verlautet über die Umfrage der FPÖ Poysdorf, „ein besonders großes Lob erhielt die Gemeinde Poysdorf jüngst bei der Bürgerbefragung der FPÖ Poysdorf“, so können das die Freiheitlichen in Pörschach und Maria Wörth, wo sie den Bürgermeister stellen, nicht behaupten. Weil dort die Gebühren bei weitem höher sind als in Poysdorf! Und so gesehen die Freiheitlichen mit viel Freude wahrscheinlich in Poysdorf leben werden.

Und das natürlich jetzt in einer Situation, wo bei uns von 29 Gemeinderäten eben zwei Freiheitliche im Gemeinderat mitarbeiten. Und eines weiß ich auch ganz genau, und Sie wissen das ja auch sehr wohl: Die Gemeinden als die Keimzelle der Demokratie sind jene Institution, wo am unmittelbarsten der Bürger direkt Einfluss nehmen kann darauf, was politisch dort geschieht oder nicht geschieht. Und von einem bin ich wirklich felsenfest überzeugt: Wären die Abgaben zu hoch in einer Gemeinde, dann würden sich das die Bürger nur sehr kurz gefallen lassen. Die Bürger werden sich sehr wohl die Frage stellen, ob eben ihr Wunsch nach frischem Wasser, nach guter Luft das, was die Gemeinde hierfür einhebt, ihnen auch wert ist. Und wäre das nicht der Fall, dann würden sie am 2. April spätestens klare Antworten geben. Und da bin ich auch felsenfest davon überzeugt, dass diese Antworten zugunsten der vielen ÖVP-Bürgermeister und der vielen ÖVP-Gemeinderäte ausfallen werden und nicht auf Grund der Freiheitlichen, die hier wieder versuchen, eine Welt darzustellen, die sie selbst nicht einhalten könnten.

Weil, und das ist auch ein Faktum, wir die Einnahmen in den Gemeinden brauchen. Weil, und das zeigen die verschiedenen Statistiken, wenn wir allein die Investitionen der öffentlichen Hand vergleichen, ist es so, dass die Gemeinden zu 53 Prozent jene Investitionen setzen, die von der öffentlichen Hand gesetzt werden. Und würden wir hier nicht die nötigen Einnahmen haben, müssten wir diese Investitionsbereitschaft heruntersetzen. Und da ist im Vorjahr eine sehr interessante Studie vom Institut für Finanzwirtschaft und Infrastrukturpolitik der Technischen Universität Wien veröffentlicht worden, wonach eine Million öffentliche Investition 1,45 Arbeitsplätze im Jahr sichert, während interessanterweise der private Konsum nur 1,24 Arbeitsplätze sichert. Rechnet man das jetzt hoch, so bedeutet das, dass allein in Österreich pro Jahr mehr als 66.000 Arbeitsplätze durch die Investitionen der Gemeinden gesichert werden. Rechnet man jetzt die zirka 100.000 Mitarbeiter dazu, die direkt bei Gemeinden beschäftigt sind, rechnet man dazu, dass diese Investitionen, die getätigt werden - ebenfalls von dieser Studie erhoben - zu 14 Pro-

zent Firmen in der Gemeinde und zu 72 Prozent Firmen im Umkreis von 50 km zugute kommen, dann wissen wir auch, dass gerade diese Gemeindegemeinnahmen dazu führen, dass Wirtschaftskraft erhalten bleibt und Arbeitsplätze bei uns in Niederösterreich gesichert werden.

Und ich glaube daher, wir müssen alles daran setzen, dass die Finanzkraft der Gemeinden nicht geschmälert wird. Dass gerechte Gebühren eingehoben werden. Und ich meine, das, was da der Herr Dkfm. Rambossek gemacht hat, war ja, aus dieser Auflistung die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs einfach zusammenzuzählen, wie sich hier Einnahmen, Ausgaben in den Jahren 1996 bis 1998 dargestellt haben. Und dazu muss ich ganz offen sagen, das ist eine Milchmädchenrechnung. Die kann ich leicht anstellen. Faktum ist halt, dass zum Beispiel allein bei der Abfallwirtschaftsgebühr eben die Rücklage für die Müllverbrennung gebildet wird. Und das weiß die Bevölkerung sehr wohl. Und sie steht dazu, dass diese Rücklage gebildet wird. Wir wissen ganz genau, dass zum Beispiel in der Frage der Kanalgebühren wir natürlich Rücklagen für die Klärschlammverwertung bilden müssen. Der Bürger weiß das sehr wohl und ist bereit, hier mitzuzahlen. Weil ihm auch wichtig ist, dass wenn wir nach fünf Jahren den Klärschlamm aufbringen, dementsprechend die Gelder dafür vorhanden sind. Und hierfür daher Rücklagen gebildet werden müssen.

Ich glaube daher, dass diese Aktuelle Stunde nur versucht, wie es schon gesagt worden ist, vor dem 2. April ein bisschen Stimmung zu machen. Die Bevölkerung weiß das. Sie versteht das auch. Es ist Wahlkampf - kein Problem. Es ist der Wettbewerb der Ideen. Jeder soll sich anstrengen. Wir wissen, dass wir hier sehr sehr gut regierte Gemeinden in Niederösterreich haben. Und ich gehe schon davon aus, dass am 2. April hoffentlich auch für unsere Partei noch mehr gut regierte Gemeinden in Zukunft herauschauen werden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Leichtfried.

Abg. Mag. LEICHTFRIED (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Meine Vorredner haben sich alle Gedanken gemacht, wieso die FPÖ diese Aktuelle Stunde einberufen hat. Ich habe natürlich auch meine Überlegungen dazu angestellt. Warum? Was möchte die FPÖ eigentlich damit? Möchte sie vielleicht Leistungen der Gemeinde, großartige Leis-

tungen der Gemeinden in Niederösterreich aufzeigen? Möchte sie eventuell aufzeigen, dass Gemeinden immer mehr gefordert sind und immer weniger Mittel dafür zur Verfügung bekommen? Oder möchte sie, wie das mein Vorredner gesagt hat, den Stein der Weisen präsentieren, wie es möglich ist, ohne Gebühren einzuhoben tatsächlich all diese Leistungen zu erbringen. Ich glaube, man kann das Gegenteil behaupten. Und Abgeordneter Dkfm. Rambossek hat das auch deutlich formuliert: Es ist das Ziel der FPÖ, die Gemeinde als Institution zu verunglimpfen. Die Gemeinde zu beschuldigen, dass sie einen ungerechtfertigten Griff in die Taschen der Bürger vornimmt. (Abg. Schimanek: *Da gibt's schon Beispiele! Schöne Beispiele!*)

Und ich habe genau zugehört, welche Gebühren auch hier immer wiederum angezogen wurden. Es ist hier in diesem Fall die Getränkesteuer vergessen worden. Das ist schon gesagt worden. Es ist aber noch eine Steuer vergessen worden, nämlich die Kommunalsteuer. Wenn ich mich erinnere an den vergangenen Nationalratswahlkampf, so hat damals der Spitzenkandidat der FPÖ, der Abgeordnete Prinzhorn, Präsident Prinzhorn, eine Abschaffung der Kommunalsteuer gefordert. Wenn man das alles betrachtet, so kann man vielleicht zum Schluss kommen, und ich erlaube mir in diesem Hohen Haus jetzt auch diesen saloppen Spruch, dass die FPÖ möchte, dass den Gemeinden die Hosen 'runter gezogen werden, weil dann das Gehen sehr, sehr schwierig wird. Und ich glaube, so ist das auch klarer. Sie, und das ist mehrmals heute schon gesagt worden, Sie haben in diesen Gemeinden keine Verantwortung zu tragen. Und ich bin überzeugt, dass Sie auch nach den Gemeinderatswahlen am 2. April die Verantwortung in einer NÖ Gemeinde nicht tragen werden müssen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die Aufgaben der Gemeinden werden immer größer, die Einnahmen immer weniger. Und wenn ich jetzt auf die Getränkesteuer ganz kurz zu sprechen komme, dann hat mit diesem Urteil, das vom EuGH gefällt wurde, und das uns in den Gemeinden nicht mehr ermöglicht, diese Getränkesteuer einzuhoben, man zwar eine gewisse Rechtssicherheit geschaffen. Eine Rechtssicherheit, die aber nur beschränkt ist. Eine Rechtssicherheit, die derzeit nicht ausgedehnt ist auf das, was kommt im Bereich der Rückzahlung. Im Bereich, wie der Abgeordnete Breininger gesagt hat, mit den sogenannten Rechtsbehelfen. Tatsache ist aber, dass mit dem Fallen dieser Getränkesteuer eine finanzielle Unsicherheit, eine finanzielle Schwierigkeit auf die einzelnen Gemeinden zukommt. Und dass der Frust der Gemeindeverantwortlichen enorm gewachsen ist.

Die Gemeinden, das wurde schon dargestellt, sind die größten Investoren. 53 Prozent aller öffentlichen Investitionen kommen von Österreichs Gemeinden. Investitionen im Bereich Bildung, im Bereich Gesundheit und in dem Bereich Umweltschutz. Und ich wage zu bezweifeln, ob diese Investitionen in derselben Höhe auch in Zukunft aufrecht erhalten werden können. Und ich bin mir sicher, dass die lokale Wirtschaft und die Wirtschaft allgemein durch dieses Urteil und durch den Wegfall der Getränkesteuer keinen Nutzen, sondern eher Schaden davon tragen wird. Viele Arbeitsplätze werden dabei noch verloren gehen. Wenn ich nur die Gemeinde Wieselburg hernehme, so hatten wir im Jahr 1999 ein Getränkesteueraufkommen von nahezu fünf Millionen Schilling. Davon entfielen 66 Prozent auf alkoholische Getränke, also annähernd drei Millionen. Wenn ich mir die Einsprüche anschau, bitte, 75 Firmen haben wir, die steuerpflichtig in Richtung Getränkesteuer gewesen sind, 20 Einsprüche. Die restlichen haben keinen Einspruch erhoben. Die restlichen haben auch ihr Recht verwirkt. Ist das gerecht? (LR Mag. Stadler: *Herr Kollege! Bei der EU ist so vieles nicht gerecht!*)

Von diesen 20, die Einsprüche gemacht haben bitte, sind das hauptsächlich die großen Konzerne. Da ist die Brauerei, Billa, Mondo, nicht die kleinen Wirte! Ist das gerecht? So wie der Gemeinde Wieselburg wird es vielen Gemeinden gehen. All das, bitte, wäre vermeidbar gewesen, hätte man im vergangenen Jahr eine Bundeslösung getroffen, die leider auf Grund der Einsprüche der Wirtschaft und der Landwirtschaft nicht zustande gekommen ist.

Es ist daher notwendig, schnellstens eine Ersatzlösung zu finden. Und es wird diese Ersatzlösung auch eine Nagelprobe für die neue Regierung und eine Nagelprobe für den neuen Finanzminister werden. Und es muss dabei die Finanzkraft der einzelnen Gemeinde gewahrt bleiben, sie darf nicht geschwächt werden. Und es muss das örtliche Aufkommen, das derzeitige örtliche Aufkommen als Grundlage dafür dienen. Meine Damen und Herren! Gemeinden dürfen keine Almosenempfänger sein! Wir dürfen es nicht zulassen, dass den Gemeinden die finanzielle Autonomie genommen wird.

Lassen Sie mich aber noch ganz kurz auch zu den Kanalbenützungsgebühren kommen. Meine Damen und Herren! Immer wieder wird ein neues Modell gefordert. Auch heute ist wiederum so ein Mischsystem gefordert worden. Ein sozial gerechteres Modell wird gefordert. Ich möchte nur erinnern, am 27. Juni 1996 wurde hier in diesem Landtag das neue Kanalgesetz debattiert und es wurde damals einstimmig beschlossen, auch mit den Stimmen der

FPÖ. In Österreich gibt es bitte verschiedenste Modelle. Es gibt verschiedenste Modelle. Es gibt dieses freie Modell in drei Bundesländern. Es gibt das Modell der Berechnung nach der Bemessung des Wasserverbrauches. Und es gibt ein kombiniertes Modell in Kärnten. Alle Modelle haben was für sich. Vieles spricht für sie, manches spricht gegen sie. Es ist sehr, sehr schwierig, ein tatsächlich gerechtes, eines, das maximale Gerechtigkeit bietet, zu finden. Ich glaube daher, dass es notwendig ist, sich mit diesen Fragen und darin stimme ich überein - sich mit diesen Fragen auch in Zukunft zu beschäftigen. Wie kann mehr Gerechtigkeit erzeugt werden oder erreicht werden? Wobei aber nicht nur Gerechtigkeit dabei verfolgt werden muss, sondern man muss sich das Ganze auch vom ökologischen Standpunkt ansehen. Und man muss sich vor allem auch natürlich die Frage stellen, bietet ein gerechteres Modell auch die Möglichkeit der Finanzierbarkeit oder kommt durch dieses gerechtere Modell noch mehr Belastung auf den Bürger zu? Viele Fragen, die zu erörtern sind. Und ich glaube, dass wir uns nicht scheuen sollten, alle, die hier im Landtag vertreten sind, dafür einzutreten und diese Diskussion von Neuem zu beginnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir drei Hauptgruppen in der Gebührengestaltung ein wenig näher angesehen und bin schon auf einige interessante Details gestoßen. Nämlich dann, wenn man sich den Deckungsgrad der Gebühren genauer ansieht. Also das heißt, in welchem Bundesland die Gebühren tatsächlich alles, was die Menschen zahlen, abdecken, was die Gemeinden dafür aufzuwenden haben.

Ich beginne bei den Abwasserkanalgebühren. Der Deckungsgrad in Niederösterreich beträgt 94 Prozent. Das ist durchaus kräftig über dem Bundesdurchschnitt von 84 Prozent. Niederösterreich liegt hier an dritter Stelle hinter Vorarlberg und Kärnten. Kanalanschlussgebühren: Der Deckungsgrad in Niederösterreich 84 Prozent, über dem Bundesdurchschnitt. Niederösterreich liegt an 4. Stelle, an 1. Stelle liegt Kärnten mit 90 Prozent. Das sind also zwei Beispiele diesbezüglich. Ich meine, wenn ich jetzt auf Niederösterreich genau eingehen kann, Niederösterreich hat einen Anschlussgrad von 70 Prozent, möchte einen Anschlussgrad von 95 Prozent erreichen. Und ich glaube, dass man hier sehr kritisch vorgehen muss, was die alternativen Entsorgungsmöglichkeiten betrifft. Wie man die besser fördern kann. Wie man

hier eine moderne, wir haben heute schon von Technologien gesprochen, wie man eine moderne Technologie hier besser ausnützen kann, in der Praxis besser unterstützen kann. Wie man organisatorische Hilfeleistungen geben kann. Und nicht nur durch die Theorie des Gesetzes dieser Technologie hier Genüge tut.

Wir Grüne hätten, weil der Kollege Leichtfried vorher davon gesprochen hat, dieses Kanalgesetz in Niederösterreich unter Garantie nicht mit beschlossen. Wir halten es in vielen Bereichen nicht mehr für zeitgemäß. Wir glauben, dass ein zu rigider Anschlusszwang besteht, keine Ausnahmeregelungen, keine definierten Entfernungen vom Hauptstrang. Wenn man es beispielsweise mit Oberösterreich vergleicht. Und das bringt eben dann die Probleme, dass überhaupt keine anderen Lösungen, auch wenn sie ökologisch genauso oder sogar sinnvoller wären, oder ökonomisch bei weitem sinnvoller wären, das bringt eben das dann mit sich, dass diese Lösungen alternativer Abwasserentsorgung keine Chance haben, insbesondere in Niederösterreich.

Was die Gebühren betrifft: Wir brauchen eine Ökologisierung. Die fehlt tatsächlich. Wir müssen das Verursacherprinzip stärken, wir müssten eine gewisse Abhängigkeit von der Menge des entsorgten Wassers auch einführen. Wir bräuchten eine soziale Härteklause, vielleicht in Form eines Mischsatzes aus Personen und Quadratmetern. Und wir bräuchten eine Beschaffenheitsfrage bezüglich Gewerbe und Industrie. Das wäre wesentlich.

Ich komme zu den Müllgebühren: Niederösterreich hat einen Deckungsgrad von 97 Prozent, liegt an dritter Stelle, was den Bundesschnitt, der 96 Prozent beträgt, betrifft, wenn man das vergleicht. An erster Stelle liegt Kärnten mit 103 Prozent. Das, was der Kollege Dkfm. Rambossek für Niederösterreich kritisiert hat, besteht bei den Wassergebühren, besteht bei den Müllgebühren offenbar in Kärnten. Und gerade bei den Müllgebühren ist auch eine gewisse Doppelbödigkeit bei den Freiheitlichen schon zu bemerken. Aber zunächst zu den Gebühren selbst. Ich glaube, auch hier ist eine Ökologisierung wichtig. Man kann durchaus mittels Müllgebühren Müllvermeidung auch belohnen. Man sollte das tatsächlich tun. Es gibt hier Möglichkeiten. Wir haben einen Technologiebeauftragten, der im Weltraum war und wir schaffen es nicht, unsere Müllgebühren ökologisch zu gestalten. Etwa nach geringerem Müllanfall auch geringere Gebühren einzuheben. Das wäre ganz, ganz wichtig im Sinne einer ökologischen Gebührengestaltung in Niederösterreich. Wenn man natürlich, wie die Freiheitli-

chen das massiv betreiben, aber natürlich auch die gesamte Landesregierung, den Weg der Müllverbrennung gehen will, wo manche Verbände eine Verdoppelung ihrer Müllgebühren befürchten, obwohl die Kapazitäten, die die Anlagen in Niederösterreich bieten, bei weitem gar nicht ausgeschöpft werden können, weil der Müll gar nicht da ist, dann kommt man natürlich in Probleme was den Gebührenhaushalt betrifft.

Wenn man das Gesamtmüllaufkommen in Niederösterreich von Rest- und Sperrmüll von 256.000 Tonnen hernimmt, wenn man wegrechnet die geplante MBA im Bereich Korneuburg, Klosterneuburg, Stockerau mit 75.000 Tonnen, dann bleiben grob geschätzt 180.000 Tonnen übrig. Wenn man dann die MBA St. Pölten wegnimmt und betrachtet, dass die AVN-Anlage 300.000 Tonnen verbrennen kann und gleichzeitig noch in Zistersdorf und in St. Pölten eine Verbrennungsanlage errichtet werden soll, dann frage ich mich, wo kommt der Müll her, der in Niederösterreich verbrannt werden könnte? Ich kann mir vorstellen, dass diese Frage nicht so einfach beantwortet werden kann. Einfach beantworten kann man die Frage, wer das zahlt, wer die Gebühren bezahlt. Nämlich die Bürgerinnen und Bürger! Aber unter Applaus der Freiheitlichen für die Müllverbrennung, wie wir seit Jahren wissen.

Ich komme zur Wassergebühr: Niederösterreich – das hat der Kollege Dkfm. Rambossek durchaus richtig gesagt – ist hier tatsächlich Spitze. Mit einem Deckungsgrad von 103 Prozent. Wobei ich schon meine, dass – wie der Kollege Breininger gesagt hat, man ja tatsächlich zweckgebunden wieder investieren muss. Das sollte man hier nicht unterschätzen. Niederösterreich ist an erster Stelle vor Kärnten. Anschlussgebühren für Wasserdeckungsgrad: In Niederösterreich genau der Bundesschnitt, nämlich 86 Prozent. Niederösterreich liegt an dritter Stelle hinter Vorarlberg und Kärnten.

Hoher Landtag! Ich habe schon das Gefühl, dass der Kärntner Landeshauptmann noch nicht ganz mitbekommen hat, dass in Niederösterreich die FPÖ bei den Gemeinderatswahlen einen Belastungsstopp plakatiert. Vielleicht um ein Signal an den freiheitlichen Finanzminister zu setzen, dass die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht allzu hoch sein sollten. *(Zwischenruf bei Abg. Marchat.)*

Ich habe nur versucht, eine Untersuchung des Städtebundes, Kollege Marchat, ein klein wenig darzustellen im Bereich dieser Aktuellen Stunde, die in dankenswerter Weise von Ihnen beantragt wurde.

Was ich zu den Wassergebühren in Niederösterreich aber noch sagen möchte, ist, dass es hier sehr sehr große regionale Unterschiede gibt. Bis zu 150 Prozent, was die Trinkwasserpreise betrifft. Und ich möchte schon darauf hinweisen, gerade was die Grünen ... *(Abg. Marchat: Wollen die Grünen keinen Belastungsstopp bei den Gemeinden?)* Ich werde das jetzt nicht mit dir ausdiskutieren. Wenn du willst hinterher, aber so lange ist meine Redezeit nicht. Wir wollen sehr wohl einen Belastungsstopp, aber insbesondere auch, was die Gemeinden selbst betrifft. Und da ist euer Finanzminister gefordert, gerade heute. Weil heute, vor nicht ganz zwei Stunden haben die Finanzausgleichsverhandlungen begonnen. Und ich bin sehr, sehr gespannt, was euer Finanzminister da zu Wege bringt. Aber dazu komme ich noch. *(Beifall bei Abg. Mag. Weinzingner und Abg. der SPÖ.)*

Niederösterreichs höchstes Gut ist sein Trinkwasser. Ein Drittel des Trinkwassers geht nur für die Toilettenspülung verloren. Die Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauches von 1960 bis 1990 ist vor sich gegangen von 90 auf 160 Liter. Und 75 Prozent wird in den Haushalten verbraucht. Wir brauchen also eine effizientere Nutzung speziell des Trinkwassers. Die Industrie hat gezeigt, dass hier, wenn entsprechende Rechnungen da sind, wenn es sich rechnet, wenn es sich rentiert, dass durchaus Qualität, oder dass eine effiziente Nutzung durchaus möglich ist.

Wir haben natürlich fast oder scheinbar, könnte man sagen, eine grenzenlose Verfügbarkeit von Trinkwasser. Aber wir sollten den Blick uns davon nicht verstellen lassen darauf, dass das keine Qualitätsnormen verhindern darf. Wir brauchen diese Qualitätsnormen! Denken wir an die Grundwasser-sanierungsgebiete in Niederösterreich, wo ich schon ein bisschen das Gefühl habe, bei den Sanierungsmaßnahmen ist der Landeshauptmann langsam. Bei den Ausnahmen, bei der Anwendung der Trinkwasserausnahmereverordnung, da ist er schnell. Wir haben 66.000 Menschen in Niederösterreich, die belastetes Trinkwasser konsumieren müssten. Oder sie müssen eben umsteigen auf Mineralwasser, was nicht billig ist, wie wir errechnet haben. Aber wir sind in den Top 3, in den Top three, nicht nur in den Top ten, wenn es darum geht, im Bundesländervergleich die Trinkwasserausnahmereverordnung anzuwenden, nämlich an zweiter Stelle hinter Oberösterreich. 45 mal ist die Pestizidverordnung bzw. sind die Grenzwerte der Pestizidverordnung schon hinauf gesetzt worden. Da ist Niederösterreich gut. Da ist man schnell. Wenn es darum geht, in Grundwasser-sanierungs-

gebieten endlich die Verordnungen umzusetzen, die schon seit zwei Jahren zwischen Ministerium und Landesregierung hin- und herschoben werden, dann ist Niederösterreich nicht so schnell.

Abschließend einige Bemerkungen zur Getränkesteuer. Es war schon ein klägliches Schauspiel, was SPÖ und ÖVP geboten haben vor der Nationalratswahl bei der Initiative zur parlamentarischen Absicherung der Getränkesteuer. Es war schon ein Jammertal! Und man muss dazu sagen, es war der grüne Bundessprecher Van der Bellen, der rechtzeitig, als die EuGH-Entscheidung absehbar war, einen Finanzantrag eingebracht hat im Parlament, dass also sozusagen die Investitionskraft der Gemeinden voll erhalten bleiben muss. – Ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin. – Dass ein volles Äquivalent für die Getränkesteuer im Finanzausgleich sichergestellt wird. Ob diese Mehrwertsteuerregelung tatsächlich jetzt zustande kommen kann oder wird, das ist noch sehr fraglich. Was in jedem Fall nicht sein darf, sind zwei Dinge. Erstens dass alkoholische Getränke von der Steuer befreit sind und antialkoholische nicht. Und zweitens, dass die Gemeinden einen Verlust ertragen müssten. So kann es nicht sein! Und wir brauchen eine vernünftige Lösung, die den Gemeinden ihre Möglichkeiten sichert. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schimanek.

Abg. SCHIMANEK (FPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Vorerst lassen Sie mich, Kollege Mag. Fasan, herzlichen Dank sagen, dass Sie einen Teil des freiheitlichen Programmes hier verlesen haben. Das ist sehr nett von Ihnen. Zum Kollegen Rupp auch noch eine kleine Bemerkung. Du hast die 60.000,- Schilling-Regelung angesprochen. Ich darf sagen, diese 60.000,- Schilling Selbstbeschränkung haben wir eingeführt, obwohl wir zahlreiche Regierungsmitglieder in Österreich bereits hatten und die finanziell in etwa gleich gestellt mit den Bundesministern waren. *(Abg. Kautz: Das sind Ausnahmen!)*

Aber ich darf euch eines sagen: Wir haben es valorisiert, das wisst ihr genau. Es ist legitim, wenn ein neuer Bundesminister sagt, er ist damit nicht einverstanden. Wir haben sie valorisiert auf 66.000,- Schilling. Aber kümmert euch bitte nicht um das, was wir freiwillig im Interesse der Ärmere in diesem Land machen. Kümmert euch um die arbeitslosen Einkommen eines Herrn Klima, eines Herrn Edlinger und Konsorten, die für Nichtstun, Sitzen, bekommen sie 151.000,- Schilling. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder eventuell euer Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger. Ein Jahr Fortzahlung, obwohl er nichts

tut. Die Votruba Traude. Ich vergönne es ihnen. Aber kümmert euch um das. Kümmert euch nicht um unsere Angelegenheiten! *(Beifall bei der FPÖ. – LR Knotzer: Bekommst du die ORF-Pension?)*

Nein, habe ich nicht. Aber ich werde sie vielleicht bekommen. Aber nicht arbeitslos. Nur dass du es weißt! Ich bin nicht frei gestellt. Keine Arbeitslose. Ich habe 35 Dienstjahre. Aber macht nichts. Du kennst dich halt nicht aus. Komm, ich sage es dir dann nachher.

So. Aber jetzt kommen wir zu einem Bekenntnis der Freiheitlichen. Dazu, dass wir den Gemeinden ganz einfach selbstverständlich zuerkennen, dass sie zur Leistung ihrer Probleme und Leistung ganz einfach für die Bevölkerung natürlich die notwendigen finanziellen Mittel zuerkannt bekommen müssen. Und auch über Gebühr einheben dürfen. Wir wollen nur keine ungerechten Gebühren und die gibt es natürlich. Nicht überall. Es gibt hervorragende Gemeinden. Heute haben wir schon einiges gehört. Es gibt aber natürlich auch schwarze Schafe. Nicht überall. Auch in Kärnten, überall. Es ist nicht alles Gold weil es jetzt Kärnten ist. Aber dort haben wir ja eine jahrzehntelange sozialistische Regierung gehabt. Alleinherrschaft. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Bleiben wir wieder sachlich, ganz kurz das Getränkesteuerproblem. Wir kommen jetzt zur Getränkesteuer. Da möchte ich ganz klar und deutlich sagen: Hätten wir das Beispiel Dänemarks befolgt und hätten wir nicht ohne Wenn und Aber Ja zu einem EU-Beitritt gesagt, wären wir jetzt schon längst in Europa. Aber das Problem Getränkesteuer hätten wir nicht. Weil die hätten wir nach wie vor. Das nur ganz klar zu all jenen, die gesagt haben, Hurra, ohne Wenn und Aber in die Europäische Union. Keine Probleme, darf ich sagen, hätte es damals ganz sicher gegeben, wenn wir uns das eine oder andere abkaufen hätte lassen. Auch den Transit. Das war ein Ausflug jetzt ganz kurz in die Europäische Union. Es ist eines aber klar: Die Bundesregierung und alle, die da drinnen gesessen sind, haben es mindestens vier bis fünf Jahre gewusst, dass diese Getränkesteuer fallen wird. Was ist geschehen? Nichts! Hier fehlt ein Alarmplan. Wir haben gewusst, die Europäer werden uns das abdrehen. Auf Knopfdruck hätte müssen der Alarmplan B in Kraft treten und wir hätten keine Sorgen. Nichts haben sie gemacht! Grob fahrlässig hat sich der Herr Finanzminister verhalten. Und ich muss sagen, ich gehe da mit Gerd Leitgeb, der gesagt hat, es wäre gescheiter gewesen, der Edlinger hätte nicht auf die Finanzen aufgepasst, sondern er hätte seinen Hund aufpassen lassen. So wie er es ja selber gesagt hat, nicht? Das nur so nebenbei.

Klar ist, das Geld bei uns Mangelware ist. Das bestreitet niemand. Fehlt nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern, bei den Gemeinden. *(LR Knotzer: Bei der FPÖ!)*

Bei uns auch. Besonders bei uns, ja. Aber vor allem fehlt es beim Bürger, das wissen wir ja auch. Beim Bürger fehlt das Geld ganz besonders. Und das wird - zugegeben - schwer werden für diese Bundesregierung und auch für den Finanzminister, dass er in relativ kurzer Zeit dieses Chaos einer 30-jährigen sozialistischen Vorherrschaft in Österreich und eines Finanzministers reparieren wird. Wir werden uns redlich bemühen. Aber es wird sehr schwer werden, das geben wir zu.

Wir Freiheitlichen haben eigentlich immer schon in den letzten Jahren den zusätzlichen Belastungen der Bürger entgegen gewirkt. Und da sage ich wieder Kärnten als Beispiel. Die Mietensenkung ist von Kärnten ausgegangen. Die Strompreissenkung ist von Kärnten ausgegangen. *(Abg. Feurer: Der Strompreis nicht!)*

Und ich freue mich, dass auch in Niederösterreich die Strompreissenkung mit 1. März in Kraft getreten ist. Ein Kraftakt des Herrn Landeshauptmannes war - ich weiß nicht, ich war nicht dabei bei den Gesprächen, aber ich nehme an, dass ein Kraftakt des Herrn Landeshauptmannes hier mit ausschlaggebend war, dass wir das bekommen haben. Ist durchaus möglich.

Eine Mietensenkung, im Programm der Bundesregierung verbindlich enthalten, wird sicherlich auch in Niederösterreich einiges bewirken. Positiv bewirken, dass die Gebührenfrage bei der Bevölkerung ein bisschen weniger zum Tragen kommt. Und ich sage da, der Ernest Windholz, unser Nationalrat, ist das beste Beispiel dafür. Er war zuständig in Bad Deutsch Altenburg für die Gemeindewohnungen. Er hat sich das genau angesehen, hat dort die Gemeindewohnungen renoviert für die Leute und noch günstigere Mieten errechnet. Jahrelang hat man die Leute dort zur Kasse gebeten - ungerechtfertigt. Das wird künftig nicht mehr passieren.

Auch bei Müll, Wasser, Abwasser gibt es natürlich Gemeinden, die wirklich überhöhte Gebühren einfordern. Und wenn ich mir nur vorstelle, so eine alte Frau lebt allein in einem Haus, hat den schwarzen Restmüllkübel. Wieviel Mist macht sie denn? Aber sie zahlt für den ganzen Kübel. Also, da muss man sich schon ein bisschen was auch seitens der Bürgermeister einfallen lassen. Und wenn wir einen Bürgermeister oder mehrere „machen“, werden wir uns bemühen, dass wir das zusammen bringen. Wir werden euch das Beispiel wirklich zeigen wie es geht.

Beim Abwasser: Wir haben beim Abwasser ganz klar und deutlich im Gesetz die Möglichkeit, dass der Bürgermeister bis zu 100 Prozent mehr verlangen kann bei der Benützungsgebühr als er tatsächlich braucht. Und dieses Geld auch anderweitig verwenden kann. Steht eindeutig und klar im Gesetz. Wir haben das Kanalgesetz mit beschlossen, einstimmig ist es beschlossen worden. Aber mit dem Zusatz, dass wir gerade bei der Berechnungsmethode uns erlauben werden, Anträge auf Änderung einzubringen. Und das haben wir auch gemacht, nur ist es abgelehnt worden natürlich von der Mehrheit in diesem Hohen Haus. Nehmen wir auch zur Kenntnis. Wir werden wieder kommen mit anderen. Aber dieser hundertprozentige Aufschlag, der jetzt schon zu 50, 60, 70 Prozent von Gemeinden in Anspruch genommen wird, ... Vielleicht brauchen sie es. Ich gebe schon zu, dass es möglich ist. Aber wenn man oft überlegt, dass Prestigeprojekte mit so etwas finanziert werden durch überhöhte Gebühren, dann kann das nicht richtig sein.

Es ist aber auch eines klar: Das Land belastet die Gemeinden immer mehr. Es wird die Verantwortung, die mit Kosten verbunden ist, natürlich vom Land immer mehr auf die Gemeinden abgewälzt. Und da ist vielleicht sogar der Zwang zum Schwindeln gegeben. Ich darf euch ein Beispiel sagen: Wenn heute ein Kanal gebaut wird und der Bürgermeister oder die Gemeinde berechnet die Haltbarkeit dieser Kanäle mit 40 Jahren, dann ist das ein Schwindel. Weil die Kanäle halten 60, 70, 80 Jahre. Dadurch werden die Benützungsgebühren höher und die Bürger werden ungerechtfertigt zur Kasse gebeten. Das kann auch nicht sein.

Aber es geht auch so. Man muss überlegen, wo man sich das Geld holt, berechtigt holt. Und ihr wisst, viele Gemeinden haben Abgabeneinhebungsverbände. Und das sage ich euch dann am Beispiel des Kremser Verbandes, was da passiert. Statt dass sie in einer Rechnungsperiode von 100 Prozent der Betriebe wenigstens jeden einmal prüfen, haben sie innerhalb der Verjährungsfrist 4,6 Prozent geprüft. Und was ist herausgekommen? Millionenschäden sind den Gemeinden entstanden! Da habe ich die „Presse“: Rechnungshof rügt zu lasche Steuereintreibung der Gemeinden. Oder: Schwere Missstände im Abgabeneinhebungsverband. Wenn die Gemeinden selber nicht Wert darauf legen, dass das ihnen zustehende Geld hereinkommt, dann tut mir das leid. Der Rechnungshofbericht beweist deutlich, wie viele Millionen Verlust für die Gemeinden dadurch entstanden sind. Und alleine bei mir in Langenlois zahlen wir sogar für diesen Verband 760.000,- Schilling im Jahr und bekommen nicht das, was uns zusteht. Es ist kein

Wunder, wenn die Gemeinden dann das Geld anderswo eintreiben und vielleicht beim Bürger.

Ich darf Ihnen sagen, dass wir Freiheitliche da sicher auch in Zukunft nicht mitmachen werden. Wir werden die Bürger weiterhin genau informieren, auch über ihre Rechte, über die Gebühren, über ungerechte Gebühren. Und wir werden die ÖVP-SPÖ-Koalition in dieser Landesregierung nicht „aus der Ziehung“ entlassen. Wir werden genau darauf drängen, dass hier in Niederösterreich der Trend zu gerechten Gebühren weiter anhält. Viele Gemeinden gibt es, die bemühen sich ja selber, weil die Bürgermeister ja Selbsterhaltungstrieb haben. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich darf mich eigentlich bedanken bei der FPÖ, dass sie diese Aktuelle Stunde beantragt hat. Denn nicht anders wäre es möglich gewesen, dieser Partei einmal die Maske vom Gesicht zu nehmen. Denn hier reden sie anders wie draußen und am Wirtshaustisch können wir sie gar nicht anhören. *(Zwischenruf bei Abg. Haberler.)*

Ja, ich komme noch drauf. Du brauchst mich nicht zu unterbrechen, ich komm' schon drauf. Ich denke nur daran, dass die Selbstbeschränkung der Freiheitlichen Partei eigentlich nur eine Täuschung des Wählers ist. Denn wenn ich weiß, dass der Herr Abgeordnete Schimanek damals als Landesrat eine Ausnahmegenehmigung hatte, dass die Frau Landesrat Sickl eine Ausnahmegenehmigung hatte, dann brauchen wir darüber nicht zu diskutieren, ob wir 60.000,- oder 66.000,- Schilling verdienen. Ihr dreht es euch so wie ihr es wollt. Und den Medien sagt ihr etwas anderes. So ist es, das ist Tatsache! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Noch dazu stelle ich die Frage an den Herrn Abgeordneten Schimanek, hat er schon die ORF-Pension, hat er schon das arbeitslose Einkommen oder hat er es noch nicht? *(Unruhe bei Abg. Schimanek.)*

Das Zweite: Die Getränkesteuer wurde vorher beim EU-Beitritt „abgeklopft“. Damals wurde die Auskunft gegeben, sie ist EU-konform. Jetzt ist sie es nicht. Man muss sie ändern. Wir hätten natürlich - auch die Freiheitliche Partei hätte natürlich im Juni vergangenen Jahres im Parlament die Möglichkeit gehabt, mitzustimmen. Aber nachdem die Freiheitliche Partei ja nur beim Bürger für die Gemeinde ist, in Wirklichkeit der größte Feind der Gemeinden ist, haben sie damals im Parlament natürlich nicht mitgestimmt und haben so auch verhindert, dass die

Getränkesteuer einer Reparatur unterzogen hätte werden können. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Marchat: Fünf Jahre habt ihr Zeit gehabt!)*

Herr Kollege! Das ist alles vergessen! Ich sage ein anderes Beispiel. Es wurde jetzt davon gesprochen, der Herr Abgeordnete Schimanek hat heute hier von diesem Rednerpult aus von einer Strompreissenkung gesprochen. Die EVUs, die Versorgungsbetriebe haben die Strompreissenkung durchgeführt. *(Abg. Haberler: Viel zu wenig!)*

Und wenn ich hier lese, dass der neue Finanzminister angekündigt hat, 10 Groschen pro Kilowattstunde, und jetzt sind es 20,6 Groschen, die er als Kleinigkeit eines Körbergeldes sich damit macht, rund 300 Millionen Schilling, so kann man wissen, was die Ankündigungspolitik der FPÖ wert ist. 300 Millionen Schilling Körbergeld durch erhöhte Steuern auf den Strompreis. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Schimanek: Das trifft nicht die Verbraucher!)*

Und damit bin ich schon beim Kollegen Dkfm. Rambossek. Herr Kollege Dkfm. Rambossek! Es tut mir leid, ich habe dich immer anders eingeschätzt. Aber wenn du hier ans Rednerpult gehst und die Bürgermeister beschuldigst, die eigentlich nur Gemeinderatsbeschlüsse exekutieren, so hätte ich mir das von dir nicht gedacht. Denn der Bürgermeister exekutiert Gemeinderatsbeschlüsse. Und nicht, der Bürgermeister ist der Buhmann, sondern der Gemeinderat hat beschlossen. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Das ist überall so.

Aber wenn die Freiheitliche Partei wirklich so bürgernahe sein will, so darf ich einige Vorschläge machen. Der Finanzminister kann natürlich die Gebühren sehr wesentlich beeinflussen. Er heißt jetzt Grassner. Er bräuchte eigentlich nur die Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds zinsfrei stellen und die Gebühren in den Gemeinden würden billiger werden. Er könnte das! *(Abg. Kurzreiter: Warum hat das der Edlinger nicht gemacht?)*

Wir haben ja nicht gesprochen davon, bitte schön. Wir sind ja für gerechte Gebühren. Und wenn die Freiheitlichen sagen, die Gebühren sind zu hoch, dann kann der Finanzminister, der freiheitliche, jetzt abhelfen. Er kann die Darlehen zinsfrei stellen. Er kann die Darlehen umwandeln in Zuschüsse. Und er könnte zum Beispiel ... *(Abg. Marchat: Woher, wenn ihr nach 30 Jahren so ein Schuldenloch hinterlassen habt mit euren Finanzministern! Ein Chaos habt ihr hinterlassen!)*

Euer Wunderkind wird es schon machen. Herr Klubobmann! Es ist eigentlich primitiv zu sagen, wie schlecht es in Österreich zu geht. *(Unruhe bei der FPÖ.)*

Herr Kollege, hören Sie mir einmal zu! Es gibt internationale Untersuchungen, in diesen steht Österreich europaweit an drittbesten Stelle und weltweit

an siebtbesten Stelle. Das ist das Chaos, das diese Regierung hinterlassen hat! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie könnten zum Beispiel die Altlastensteuer, die zur Zeit auf eine Tonne Altlast mit 400,- Schilling und nächstes Jahr mit 600,- Schilling verrechnet wird, nachlassen. Das würde sich auf die Müllgebühren positiv auswirken. Der Finanzminister kann das machen. Ich höre nur immer, er will mehr Steuern. Autobahnvignette erhöhen, Strompreis erhöhen, dort eine Steuer dazu, die Reisepässe werden um 100 Prozent erhöht, das ist das Wort des Finanzministers wie die FPÖ sagt. Und die Freiheitliche Partei in diesem Land will es anders haben.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich wenige Sätze noch zur Tatsache feststellen. Ein Kanal wird gebaut und kostet natürlich Geld. Das heißt, die Baukosten müssen bezahlt werden. Und die Betriebskosten. Und natürlich kann man jetzt feststellen, das ist alles zu hoch. Und es kann der Bürgermeister bei seinem Gemeinderat, wie zum Beispiel in Neunkirchen beantragen, dass Leute, die ungerecht große Häuser haben, weil die Berechnung nicht stimmt, die kann man natürlich subventionieren. Überhaupt keine Frage. Das kann man ja tun. Nur, die Gebühren müssen kostendeckend sein. Weil so steht es im Gesetz. Und wir können subventionieren. Daher verwehre ich mich dagegen, dass sich hier jemand herstellt und Bürgermeister verdächtigt als wären sie Hausräuber. Das ist ungerecht, meine Herrschaften. Das heißt, man muss einmal berechnen. Und jetzt das Zweite: Die Freiheitliche Partei ist immer so schnell da damit, man will einen Mischsatz haben zwischen Wasserverbrauch und Köpfen. *(Abg. Haberler: Haben wir in sieben Bundesländern!)*

Herr Kollege! Ich erzähle dir jetzt was. Hör ein bisschen zu. Vielleicht lernst du einmal was wenn du zuhörst. Ich sage dir jetzt was. Die Stadtgemeinde Neunkirchen hat 11.000 Einwohner. Wir haben monatlich 200 An- und Ummeldungen. Das heißt, wenn ich kombiniere Wasserverbrauch mit den Köpfen, so kann ich höchstens einen Zeitraum von einem Monat nehmen um neu zu berechnen. Das heißt, ich muss 5.200 Bescheide monatlich neu berechnen. Das kostet 24.200,- Schilling plus im Monat eineinhalb Arbeitskräfte. Der Bescheid allein, die Post-Zustellung, das sind Kosten. Und das muss die Verwaltung dann bezahlen. *(Zwischenruf bei Abg. Marchat.)*

Lieber Freund! Du verstehst das wirklich nicht. Ich muss das sagen. Denn wenn ich heute sage, ich rechne Wassergebühr oder Wasserverbrauch pro Kopf, so muss ich jeden Sterbefall neu berechnen, muss ich jedes Kind neu berechnen. *(Abg. Marchat: Da gibt's einen Stichtag!)* Stichtag ist der 1. Jänner.

Und jeder Erste eines jeden Monats muss ein Stichtag sein. *(Abg. Marchat: Wo steht das geschrieben?)*

Entschuldigung, aber dann ist es wieder genauso ungerecht wie vorher. Entweder muss ich einen monatlichen Stichtag nehmen, dann muss ich monatlich berechnen. Oder ich nehme einen Stichtag im Jahr, dann ist die Berechnung ungerecht. Jede Berechnung ist ungerecht! *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir heißen nicht umsonst Sozialdemokraten, weil wir sozial sind. *(Abg. Haberler: Schon lange nicht mehr!)*

Und dort, wo sozialistische Bürgermeister da sind, hat eben der wirtschaftlich Schwächere die Chance, Subventionen zu bekommen und Ermäßigungen zu bekommen. Das ist unsere Gemeindepolitik. Und daher haben wir auch keine Probleme mit den Gebühren und den Haushalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf schon zum Schluss kommen. Es wurden heute von Herrn Kollegen Dkfm. Rambossek auch diese Rücklagen angezogen. Es dürfte ihm aber entgangen sein, dass zum Beispiel bei Müll-Haushalten eine Deponieentsorgung- oder Rekultivierungsrücklage gebildet werden muss. Denn wenn ich heute eine Mülldeponie schließe, habe ich 20 bis 30 Jahre im Nachhinein Kosten zu tragen für die Rekultivierung. Und die Kosten kann ich vorher vom Verursacher, sprich von demjenigen, der den Müll abgibt, verlangen und muss Rücklagen bilden. Und diese Rücklagen sind zweckgebunden. Doch wenn Sie sich heute hier herstellen und sagen, die Rücklagen gehören aufgelöst, so ist das bitte fahrlässiges Handeln. Denn die Rücklagen gehören für die Zukunft, für die nächsten 20 Jahre. Denn sonst muss der bezahlen, der keinen Müll hingegeben hat. Damit ist das Verursacherprinzip dann nicht mehr gegeben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass ich hier einige Beispiele aufgezeigt habe, dass sicher keine Berechnungsart absolut gerecht ist. „Gerecht“ ist eine subjektive Meinung. Das Gerechteste wäre Wiegen und Messen. Wiegen und Messen wäre aber auch die teuerste Art von der Verwaltung her. Daher glaube ich, ist die soziale, unsere Art, wie wir sozialdemokratische Bürgermeister das durchführen, die gerechtere Art. Eine Berechnungsmethode, die für alle gleich ist, und der sozial Schwächere bekommt Unterstützung. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Klubobmann Marchat gemeldet. Herr Klubobmann, das Wesen der tatsächlichen Berichtigung bitte zu berücksichtigen.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Drei tatsächliche Berichtigungen zu den Ausführungen des Kollegen Kautz. Erstens: Die FPÖ ist nicht der Gegner und der Feind der Gemeinden. Ich stelle hier fest, dass die Freiheitliche Partei ... (*Unruhe bei der SPÖ.*) Nein, ich gestehe das allen demokratischen Parteien in diesem Haus zu. Ich kann das so nicht sitzen lassen. Man kann nicht sagen, eine Partei ist der Feind der Gemeinden. Das wollte ich einmal feststellen. Das ist die Freiheitliche Partei sicher nicht. (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Zweitens: Durch die 10 Groschen pro Kilowattstunde Stromleitungsabgabe wird es nicht zu einer Belastung der Bürger kommen, sondern durch parallele Totalliberalisierung am Strommarkt 2001 ... (*Nach wie vor heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Klubobmann Marchat ist am Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung!

Abg. MARCHAT (FPÖ): Ich möchte da einige Unklarheiten beseitigen. Durch eine frühzeitige Totalliberalisierung, nämlich mit Beginn 2001 wird die Kilowattstunde Strom um 50 Groschen billiger. Abzüglich der 10 Groschen Leistungsabgabe sind das 40 Groschen auch für den privaten Haushalt. Das ist die Wahrheit. Keine Belastung der Bürger, sondern Entlastung der Bürger, auch der kleinen Haushalte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dritter Punkt: Laut Maastricht hat Österreich bei der Verschuldung dank 30 Jahre sozialistischer Finanzminister die letzte Position eingenommen. Wir sind schlechter als Griechenland, Portugal und Spanien. Das ist die Wahrheit! (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Das Thema unserer heutigen Aktuellen Stunde ist Gemeindesteuern und Abgaben. Ich schicke einmal voraus, dass ich nicht so ein lautes Organ habe wie meine Vorredner. Aber ich werde versuchen, so zu sprechen dass Sie mich auch verstehen. Wenn schon das Thema Gemeindesteuern und Abgaben auf der Tagesordnung steht, dann bin ich etwas verwundert, dass immer wieder das Thema Politikergehälter diskutiert wird. Meinetswegen soll es diskutiert werden. Diejenigen, die glauben, dass sie überbezahlt sind, die sollen sich freiwillig Einschränkungen auferlegen. Ich bin aber der

Meinung, wer seine politische Arbeit ordentlich ausführt, der soll auch dementsprechend honoriert werden.

Meine Damen und Herren! Die Frage könnte man sich stellen, ist es überhaupt berechtigt, über Abgaben- und Gebührenproblematik zu diskutieren. Und ich meine, dass es sehr wohl richtig ist, dass man hier diskutiert. Man muss aber gleichzeitig auch grundsätzlich über die Einnahmen unserer Gemeinden – und das wurde des öfteren schon diskutiert – auch reden. Die Gemeinden sind auf Grund ihrer Aufgaben die größten Investoren überhaupt, und auch das wurde schon gesagt heute, mit mehr als 50 Prozent als Auftraggeber an die Wirtschaft, an die Bauwirtschaft. Und nicht nur das, sondern die NÖ Gemeinden beschäftigen mehr als 16.000 Dienstnehmer, das heißt, im Verwaltungsbereich und nicht nur im Verwaltungsbereich, sondern auch als Gemeindearbeiter. Und zur Schaffung unserer Infrastruktur sind natürlich diese Einnahmen notwendig. Und bei der Infrastruktur könnte man an sehr vieles denken. Von den gemeindeeigenen Gebäuden über die Infrastruktur Kanal, also Abwasser, die Versorgung oder natürlich die Infrastruktur im ländlichen Raum. Und dazu kommen noch bei den Gemeinden, wo auch Krankenhäuser sind, dass die Rechtsträger hier in Niederösterreich mehr als 11.600 Menschen beschäftigen. Auch das soll nicht hintanstellen.

Die letztjährlich beschlossene Steuerreform mit Wirksamkeit mit 1. Jänner 2000 brachte Niederösterreichs Gemeinden Mindereinnahmen - und das ist nicht unwesentlich - von 483 Millionen Schilling für das Jahr 2000. Für das Jahr 2001 sind es 538 Millionen Schilling und für die nächst folgenden Jahre je 560 Millionen Schilling. Um den Gemeinden ihre Stellung als größte öffentliche Auftraggeber und somit als Garant für die Arbeitsplätze, wie ich bereits erwähnt habe, zu erhalten, muss es uns gemeinsam ein Anliegen sein, auch die Finanzkraft unserer Gemeinden natürlich zu erhalten. Die Grundlagen dazu sind wieder den Gemeinden zufließende Erträge in Form von Steuern und Abgaben. Gerade in letzter Zeit wurde sehr viel diskutiert über die Gebührengerechtigkeit. Und ich denke in diesem Zusammenhang auch an die Abschaffung der Getränkesteuer, aber ich glaube, darüber brauche ich keine Worte mehr zu verlieren, aber auch an die geplante Senkung der Kommunalsteuer. Es wurde in der Vergangenheit die Meinung vertreten, die Kommunalsteuer, die den Gemeinden zusteht, um ein Drittel zu reduzieren - das würde bedeuten, von drei auf zwei Prozent - würde als geeignete Maßnahme zur Senkung der Lohn-Nebenkosten als Entlastung für unsere Wirtschaft zu sehen sein. Aber die neu gebildete Bundesregierung ist zur

Erkenntnis gekommen, dass das sicherlich nicht das Ei des Kolumbus ist, sondern dass es andere Maßnahmen geben muss zur Senkung der Lohn-Nebenkosten. Es wäre ein Einschnitt in die Finanzautonomie unserer Gemeinden gewesen.

Auch über Werbesteuern - für uns nicht unwesentlich - wurden ja im Regierungsübereinkommen Aussagen getätigt. Und auch über die Abschaffung der sogenannten Bagatelsteuern wurde diskutiert. Auch sie stellen für unsere Gemeinden eine wichtige Einnahme dar, auf die in der derzeitigen Finanzsituation sicher nicht verzichtet werden kann.

Es wurde auch des öfteren schon das Kanalgesetz diskutiert. Und der Ruf nach einer bereits erwähnten Gebührengerechtigkeit wird vor allem bei den Kanalgebühren laut. Hier wird die Einführung von abwasserbezogenen, personenbezogenen oder wasserverbrauchsbezogenen Berechnungsmethoden gefordert. Wobei jedoch übersehen wird, dass jede dieser Methode auch ihre Schwächen aufweist. Faktum dabei ist, dass erstens der Aufwand der Veränderung der Berechnung, dessen Höhe sicher nicht unerheblich ist, wiederum dem Gebührenzahler angerechnet werden muss. Und jede Änderung muss natürlich immer wieder kostendeckend ausgeführt werden. Dies würde zu Lasten gehen zum Ersten der ständigen Wohnbevölkerung, zweitens der kinderreichen Familien. Und drittens der in mehrstöckigen Wohnblöcken wohnenden Bevölkerung. Von der Freiheitlichen Partei wurde ja ein Modell präsentiert. Und zwar fordert die FPÖ eine Mischberechnung aus Fläche und Person zur Ermittlung der Kanalbenützungsgebühr. Dabei sollen Fixkosten der Kanalanlage, zirka 80 Prozent des Jahresaufwandes durch flächenbezogene Berechnung abgedeckt werden. Der benützungsunabhängige Teil soll über Personen berechnet werden. Ich glaube, die soziale Gerechtigkeit ist damit schwer zu erzielen. Denn wie werden Kinder, wie werden Schüler und Lehrlinge berechnet? Wie kann man vorübergehende Abwesenheit zu Ausbildungszwecken vielleicht berücksichtigen? Oder zahlt eine alleinstehende Person mit überdurchschnittlichem Einkommen in einer großen Wohnung weniger als eine Familie mit drei Kindern in einer gleich großen Wohnung? Ich glaube, dass dies ungerechtfertigt ist!

Zum Zweiten: Die Hauptwohnsitzer würden dadurch benachteiligt. Weil erstens dazu das Problem kommt, dass Zweitwohnsitzer, von denen in Niederösterreich der Anteil in einigen Gemeinden sehr hoch ist, sogar bis zu 50 Prozent, die würden sich natürlich abmelden. Wir haben diese Erfahrung bereits mit dem sogenannten „Parkpicker!“ in Wien

gemacht. Und weiters würde mit der Einführung der personenbezogenen Methode das Problem verschärft, indem Gemeinden nach der Volkszählung weniger Hauptwohnsitzer hätten und deshalb geringere Ertragsanteile im Finanzausgleich erhalten würden. Und letztlich müssten die gleichbleibenden Gesamtkosten für die Finanzierung der Kanalisation außerdem von weniger in den Gemeinden verbleibenden beitragspflichtigen Hauptwohnsitzern bezahlt werden. Das wäre sicherlich nicht die richtige Vorgangsweise.

Wir haben ja mit dem Kanalgesetz 1996, mit der Novelle, schon den Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, dass bei sozialen Härtefällen Ermäßigungen der Kanalbenützungsgebühren zu gewähren sind. Zum Beispiel ab 700 m² Berechnungsfläche. Und im Juni 1999 hat der Landtag von Niederösterreich sichergestellt, dass den Gemeinden durch die Gewährung von Zuschüssen aus sozialen Erwägungen keine Kürzungen bei der Vergabe von Bedarfszuweisungsmitteln entstehen. Ich meine, dass dies sicher der Richtigkeit entspricht, wenn die Gemeinden, die Bürgermeister sich dieser sozialen Klausel bedienen können.

Es wurden von der Freiheitlichen Partei in ihrer Pressekonferenz auch die Wassergebühren angesprochen. Die Wassergebühren sind ja unterschiedlich in den Gemeinden. Jene Gemeinden, die die Quelfassungen selbst haben und natürliche Wasserspender, haben sicherlich eine niedrigere Wasserbezugsgebühr als jene, die einem Verband angehören und wo weite Transportleitungen sicher erforderlich sind.

Und auch die Müllgebühr: Man kann sich dadurch bedienen oder sie günstig halten, wenn man sie privatisiert. Ich weiß es von unserer Gemeinde. Wir haben die Müllabfuhr einfach privatisiert. Ersparnis pro Jahr: Eine Million Schilling. Hier greifen wir sicher nicht in das Geldbörsel unserer Bürger. Sehr wohl sind bei Altlasten, das wurde schon betont, Rücklagen zu tätigen.

Meine Damen und Herren! Das Ziel der Kanaleinrichtung ist nicht die grenzenlose Belastung der Bürger, sondern dass sich diese durch verantwortungsvolles Handeln in Grenzen hält. Die Finanzierung ist hinlänglich bekannt: Durch die Einmündungsabgabe, Zuschuss Landeswasserwirtschaftsfonds und natürlich Bundeszuschuss. Daher werden unsere Bürger nicht endlos belastet.

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin, ich komme zum Schlusssatz. Wir alle wollen, dass unsere Gemeinden auch in Zukunft finanzkräftig bleiben. Und dass es ihnen ermöglicht wird, aus

ihren Einnahmen, aus Steuern, Ertragsanteilen und Bedarfszuweisungen auch die notwendigen Infrastrukturen, Straßen, Infrastrukturen im ländlichen Raum, öffentliche Einrichtungen, Bildungsstätten oder Krankenversorgung zu schaffen, um damit auch die bereits erwähnten Arbeitsplätze zu sichern. Aus diesem Grund darf man das System der Einnahmen aus Steuern und Abgaben nicht in Frage stellen. Denn unsere Gemeinden müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, im harten Wettbewerb der Regionen Bestand zu haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Ich erkläre somit die Aktuelle Stunde zum Thema „Abgaben- und Gebührenproblematik in NÖ Gemeinden“, Ltg. 425/A-2/15, für beendet.

Wir kommen somit zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche nun Frau Abgeordnete Hinterholzer, die Verhandlungen zum Geschäftsstück, **Ltg. 342/E-1/16** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HINTERHOLZER (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka, Rosenkranz, Lembacher, Weninger und Erber betreffend die Forderungen des Jugendkongresses vom 4. November 1999 an den Landtag von Niederösterreich.

Die Teilnehmer des ersten Jugendkongresses, welcher am 4. November 1999 im NÖ Landtag abgehalten wurde, haben sich in Arbeitskreisen mit den Problembereichen Jugendmitbestimmung, Drogen, Freizeit und Bildung befasst und nach entsprechender Beratung einen Forderungskatalog erstellt, welcher vom Präsidenten des Landtages dem Schul-, Kultur- und Sozial-Ausschuss zugewiesen wurde. Der Ausschuss hat hiezu Vertreter des Landesschulrates von Niederösterreich, der Gemeindevertreterverbände, des Jugendreferates der NÖ Landesregierung und des NÖ Drogenkoordinators gehört. Auf Grund dieser Anhörung und der Beratungen im Ausschuss stelle ich den Antrag des gemeinsamen Schul-, Sozial- und Kultur-Ausschusses *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Herr Präsident des NÖ Landtages wird ersucht, die Teilnehmer des Jugendkongresses über diesen Beschluss des Landtages und die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen in geeigneter Weise zu informieren.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) im eigenen Bereich dafür Sorge zu tragen, dass die beim 1. NÖ Jugendkongress des NÖ Landtages beschlossenen Forderungen beachtet und nach Maßgabe des oben Ausgeführten soweit wie möglich verwirklicht werden, und über die Ergebnisse dem Landtag zu berichten,
 - b) durch entsprechende Information anderer, für die Forderungen der Jugend zuständiger Institutionen für deren Kenntnis der Forderungen Sorge zu tragen und ebenfalls über allfällige Ergebnisse zu berichten.

Die Vorlage an den Landtag Ltg. 342/E-1/16 betreffend Forderungen des Jugendkongresses vom 4. November 1999 an den Landtag von NÖ wird durch diesen Antrag gemäß § 29 LGO erledigt.“

Ich ersuche Sie, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung herbeizuführen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke schön für die Berichterstattung. Ich eröffne somit die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Erber.

Abg. ERBER (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Am 4. November hat die Jugend gesprochen. Und heute sind wir im Landtag dazu aufgefordert, Stellung zu nehmen. Stellung zu nehmen zu den Anliegen der Jugendlichen. Und auch Stellung nehmen zu den Forderungen der Jugendlichen. Ich möchte vielleicht ganz kurz eines vorwegstellen: Wie ist dieser Jugendkongress zustande gekommen? Einige, oder vielleicht mehrere von Ihnen werden wissen, es hat den Versuch gegeben, einen Jugendlandtag zu zelebrieren. Das hat zweimal stattgefunden. Dieser Jugendkongress unterscheidet sich doch gewaltig von den bisherigen Versuchen. Zwar ist es dieses Mal das erste Mal, dass auch verbindlich im Landtag darüber zu diskutieren und zu debattieren ist. Und ich denke, damit ist es uns gelungen, die Qualität zu sichern und einen ersten, wichtigen Anfang zu machen.

Ich weiß schon, es ist nicht alles perfekt gelaufen. Ich weiß schon, da gibt es vieles noch zu verbessern. Aber ich denke, es war ein richtiger, ein guter, ein mutiger erster Schritt. Und wenn wir diesen Jugendkongress begangen haben, so möchte ich doch einigen danken. In erster Linie den Jugendlichen, die nicht wussten was auf sie zukommt. Die spontan bereit waren, hier mitzumachen. Auch für sie ist das Neuland. Sie haben noch

nicht so viele Kenntnisse über bestehende Gesetze. Sie haben noch nicht Kenntnis mit dem Umgang, mit der Materie hier in einem Landtag. Aber was sie haben, ist ein riesiges Herz, das sie da am 4. November eingebracht haben. Und ich denke, dieser Mut, den die Jugendlichen, die hier waren, an den Tag gelegt haben, der verdient unsere Achtung und Anerkennung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber auch den Fraktionen danken. Und zwar ausnahmslos. Wenn nicht alle Fraktionen bereit gewesen wären, zu sagen, jawohl, wir wollen diesen Jugendkongress, dann hätte es ihn in dieser Form nicht gegeben. Und dann hätten wir heute kein Ergebnis vorliegen von den Jugendlichen. Auch an die Fraktionen ein herzlicher Dank.

Ich möchte aber auch eines dazu sagen. Es hat einen gegeben, der sehr maßgeblich den Impuls für diesen Jugendkongress getragen hat. Einen, der bereits in seiner Antrittsrede die Wichtigkeit der Jugend hervorgestrichen hat. Er ist zwar nicht mehr der Jüngste, aber ich denke, von seinem Herzen her ist er einer, der noch immer bei der Jugend ist. Er ist ein Vorbild! Und ich denke, so ist es richtig, sich mit der Jugend zu beschäftigen. Ich möchte dir wirklich auch als einer, der einer Jugendorganisation vorsteht, meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Und zwar meine ich hier unseren Präsidenten Mag. Freibauer. Herzlichen Dank, dass du diese Impulse gesetzt hast! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ, Abg. Gratzler.)*

Ich möchte aber auch eine Gruppe nicht vergessen, die bei der Vorbereitung sehr wesentlich involviert war. Nämlich ist das die NÖ Jugendkommission, der NÖ Jugendrat, wo sämtliche verbandliche Jugendorganisationen Sitz- und Stimmrecht haben. Sie haben dies als Chance erkannt. Sie haben diese Chance ergriffen. Sie haben mitgestaltet, sie haben mitorganisiert. Auch hier einen herzlichen Dank an die Jugendkommission.

Und damit möchte ich aber auch schon zum Inhaltlichen kommen. Und ganz besonders möchte ich zwei von vier Bereichen ansprechen. Und zwar Freizeit und Drogen. Zum Jugendschutzgesetz, das immer während der Debatte oder während der Diskussion im Raum steht, wurde sehr klar bemerkt, dass sehr viele Jugendliche nicht unbedingt die Kenntnis haben, was steht denn da in diesem Jugendschutzgesetz drinnen. Man muss zugeben, es ist schon ziemlich alt. Und zwar ist es 1983 entstanden. Es war ein vorbildliches Jugendgesetz zu seiner Zeit. Es hat da lange Diskussionen gegeben. Und wenn heute im Raum steht, man muss sich Mühe geben, gemeinsam mit den anderen Bundesländern ein Jugendschutzgesetz zu finden, das

bundesweit Gültigkeit hat, so spricht mir das aus der Seele. Ich möchte sagen, Niederösterreich ist auch hier Vorreiter. Es gibt Gespräche mit Wien und Burgenland. Und es gibt auch Gespräche darüber hinaus. Weil eines ist natürlich nicht einzusehen: Warum darf in einem Bundesland ein Jugendlicher mit 15 rauchen, in einem anderen Bundesland mit 16? Oder die Weggezeiten. Warum sind diese unterschiedlich? Also das macht schon sehr viel Sinn, wenn man hier eine Initiative in Richtung Vereinheitlichung startet. Genauso die Bestimmungen bezüglich des Alkoholkonsums. Ein Jugendlicher interessiert sich nicht dafür, in welchem Bundesland er gerade ist, sondern er braucht eine Regelung, die im Bundesgebiet Gültigkeit hat. Und gerade dort, wenn jemand an einer Bundeslandgrenze wohnt, dann kann er nicht beurteilen, in welchem Bundesland bin ich gerade. Sondern da macht eine Vereinheitlichung sicher Sinn.

Ich möchte aber auch sagen, dieser Jugendkongress hat eines sehr klar gezeigt. Man braucht Informationen über Veranstaltungen, über Förderungen und persönliche Information. Wo krieg' ich was? Was steht mir zu? Und wenn jetzt die Jugend-Infostelle geschaffen wird, dann denke ich mir, ist das ein sehr notwendiger Schritt, ein sehr mutiger Schritt und ein sehr begrüßenswerter Schritt. Und da der oberste Dank sicher an unsere Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop. Gerade in Niederösterreich, das so ein großes Bundesland ist, ist es nicht so leicht, so etwas zu organisieren. Du hast es trotzdem geschafft – herzlichen Dank im Namen der Jugend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Freizeitbereich wurde auch das Problem Disco, Discobesuch angesprochen. Auch hier hat Niederösterreich sich bereits beteiligt an einem Modellprojekt, wo man einen Discobus seitens des Jugendreferates mitfinanziert. Wo man einmal schaut, wo liegen die Stärken von so einem Konzept. Oder gibt es vielleicht eine andere, bessere Möglichkeit, um die Jugendlichen zur Disco zu bringen? Vor allen Dingen, um sie dann nicht den Gefahren im Straßenverkehr auszusetzen. Ich denke, das ist ein sehr mutiger Schritt. Ebenso wie die Schaffung von erschwinglichen Unterkünften, die angesprochen worden ist. Ich glaube, da sind wir gerade seitens des Landes doch sehr gefordert, die Jugendlichen darauf hinzuweisen wo es Aktionen gibt, wo es Unterkünfte gibt, die leistbar sind und die ansprechend sind. Und unsere Jugendherbergen sind eine Alternative. Ich gebe schon zu, wir müssen uns vielleicht noch mehr Mühe geben, diese Jugendherbergen zu bewerben. Das sind tolle Einrichtungen. Das sind Einrichtungen, die gebraucht werden. Und gerade jetzt entsteht in

Tulln eine neue Jugendherberge. Man sieht, der Bedarf ist nach wie vor gegeben. Und wir bemühen uns auch, diesen Bedarf zu erfüllen.

Ich habe vorhin das Jugendreferat angesprochen. Auch hier große Bemühungen. Ich möchte nur zwei nennen: Die jugendfreundlichste Gemeinde, die bis jetzt gekürt worden ist. Sehr viele von Ihnen waren hiebei zugegen. Welch' tollen Projekte da zustande kommen! Und das zweite ist die Schülerzeitung, wo man ebenfalls sieht, dass sich Leistung auszahlt. Und dass es gut ist, wenn Schüler sich frei äußern und ein eigenes Medium herausgeben.

Ein weiterer Punkt, der angesprochen worden ist, ist die Versicherung. Insbesondere, wer sich noch erinnern kann, von Inlineskatern. Auch hier sollte es möglich sein, sie in die Sportunfallversicherung, die geplant ist, mit einzugliedern. Und ich glaube, das ist eine Antwort auf die Problematik Inlineskate-Versicherungsschutz.

Ebenso die Konflikte, und die sind sehr oft mitgeschwungen, auch bei der Schulproblematik. In der sich die Jugendlichen eine Stelle gewünscht haben, wo sie Konflikte austragen können. Ein Forum, wo man Konflikte austragen kann. Und auch hiezu wird eine Fachstelle geschaffen. Und zwar in der Fachstelle für Suchtvorbeugung des NÖ Gesundheitsforums. Das Projekt „Step by Step“, wo eben diese Konfliktbewältigung betrieben werden soll. Und ich glaube, hier ist es sicher möglich, erste Erkenntnisse dadurch zu gewinnen, ob man da auf dem richtigen Weg ist bzw. wo man noch verbessern kann.

Damit komme ich jetzt zum Punkt Drogen. Lassen Sie mich hiezu eines sagen. Ich bin sehr froh, dass wir uns im Unterausschuss haben finden können, dass die heutige Behandlung des Jugendkongresses nicht zu einer Drogendiskussion verkommt. Sie wissen, wir haben Drogendiskussionen in Niederösterreich im Landtag geführt. Ich glaube, es wäre sehr oberflächlich von uns, würden wir heute nur über Drogen sprechen. Soll man jetzt illegale Drogen, also „weiche Drogen“ freigeben oder nicht. Also ich bin Ihnen da wirklich dankbar, dass wir den Jugendkongress im Gesamten beurteilen und im Gesamten behandeln.

Ich möchte zum Drogenproblematikbereich noch sagen. Es ist ein Suchtplan zu erstellen. Der Auftrag ist ergangen. Und ich denke, unser Weg der Prävention wird nach wie vor betrieben. Und der Weg der Prävention ist sicher der richtige Weg. Und ich bin ganz bei Ihnen, wenn Sie sagen, man

muss sich auch mit legalen Suchtmitteln beschäftigen. Man muss schon sagen, Alkohol-, Medikamenten- und Nikotinmissbrauch ist genauso ein Problem wie der Gebrauch von illegalen Drogen. Ich glaube aber, dass man bei den illegalen Drogen, sprich auch den weichen Drogen, eines betrachten muss: Dass das Suchtmittelgesetz vom 1. Jänner 1998 noch gar nicht so alt ist. Ich glaube, das muss man sich jetzt einmal anschauen, welche Wirkung hat das in der Gesellschaft, welche Wirkung hat das in der Jugend. Diese Regelung ist doch eine, die auch mit Experten erarbeitet worden ist. Das ist ein Gesetz, in dem sehr viel Know how steckt. Und ich glaube, da muss man sich jetzt einmal anschauen, wie werden die Erfahrungen mit diesem Suchtmittelgesetz sein. Und ich glaube, das ist ein durchaus interessanter Ansatz. Nicht jeden, der vielleicht einmal verführt worden ist, sofort als Kriminellen zu behandeln und nicht sofort mit den schwersten Sanktionen zu bestrafen. Auf der anderen Seite, und das ist auch richtig, ist doch eine gewisse Schärfe drinnen. Und ich danke Ihnen noch einmal, dass wir uns verstanden haben, dass wir mit diesem Suchtmittelgesetz durchaus gut leben können, schon im Unterausschuss.

Zur Prävention möchte ich noch anführen, es ist für das Frühjahr 2000 ein Folder geplant, der an allen Schulen aufliegen soll. Der sich wertfrei mit dem Suchtverhalten auseinander setzen soll. Ich glaube, das ist der richtige Zugang. Nicht mit den großen Emotionen, sondern wirklich mit dem Sachproblem sich auseinander zu setzen.

Damit komme ich schon zum Letzten, und zwar ist das die Zukunft des Jugendkongresses. Ich habe angesprochen, dass man einiges verbessern wird müssen, einiges verbessern kann, aber dass es ein Quantensprung war beim Jugendkongress. Und ich glaube, jetzt liegt es an uns, jetzt liegt es auch an der Landtagsdirektion, den Jugendlichen unsere Stellungnahmen zukommen zu lassen. Jetzt liegt es an uns, schon nach vorne zu planen. Und jetzt liegt es an uns, die nächste Veranstaltung vorzubereiten. Da muss man noch genauer aufpassen, wie ist das Schuljahr gegliedert, wann passt es am Besten. Aber ich glaube, der gute Beginn ist gemacht. Und damit möchte ich jetzt auch schon zum Ende kommen.

Dieser Jugendkongress und auch die heutige Behandlung ist deswegen, glaube ich, eine sehr effiziente, weil Sie alle mitgeholfen haben, sich ernsthaft und nicht parteipopulistisch damit auseinander zu setzen. Und ich danke Ihnen dafür im Namen der Jugend Niederösterreichs. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir glauben, dass dieser Jugendkongress und die damit verbindliche Beschäftigung mit den Forderungen der Jugendlichen ganz ein zentraler Punkt ist und zu einer wichtigen Errungenschaft werden könnte. Ich glaube aber auch, dass es Verbesserungsmöglichkeiten gibt, die ja teilweise von den Jugendlichen selbst beim Jugendkongress angesprochen worden sind. Und dass es daher auch zulässig ist, Kritik daran zu üben, wie mit den Ergebnissen umgegangen worden ist bzw. Vorschläge zusätzlich einzubringen für die weitere Vorgangsweise.

Ich darf mit einer grünen Kritik vielleicht gleich an meinen Vorredner anschließen, der, also ich weiß nicht, ob er seine eigene Presseaussendung von gestern kennt, aber der heute ganz anders klang als gestern, sich heute dafür bedankt, dass man in unemotionaler, unaufgeregter Art auch bestimmte Dinge ansprechen kann. Und sich gestern noch über die Presseaussendung echauffiert, dass Grüne gefährliche Forderungen erhoben hätten im Bereich der Drogenarbeit. Die gefährlichen Forderungen, sie werden heute noch kommen, befassen sich alle mit dem Bereich der Aufklärung, Prävention und der Entkriminalisierung. Oder aber, und da erwarte ich mir, Herr Kollege Erber, auch noch einen Wahrheitsbeweis, der anzutreten wäre, uns gestern vorgeworfen hat, mir als Person vorgeworfen hat, ich wäre gut beraten, Jugendliche nicht zur Teilnahme an diversen Demonstrationen aufzurufen, sondern sie zu animieren, an den Jugendkongressen teilzunehmen. Also man möge mir bitte eine einzige Demonstration nennen, zu der ich aufgerufen habe. Jugendliche oder sonst jemanden. Das wäre noch einmal anzutreten, dieser Wahrheitsbeweis. Im übrigen haben wir kein Hehl daraus gemacht, dass wir den Jugendkongress unterstützt haben und die Information auch weiter gegeben.

Vielleicht auch zu dieser Jugendkongressanbindung und noch auch einmal zur Person meines Vorredners. Wir haben da ja eine etwas merkwürdige Konstellation. Es gab ja in Vorbereitung des Jugendkongresses zwei Arbeitstreffen, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, zwischen der Präsidiäle des Landtages und Jugendvertretern, was ich sehr begrüße, dass man das miteinander vorbereitet. Und damals saß mir der Herr Kollege Erber gegenüber als Jugendvertreter, als Jugenddelegation, und hat sozusagen mit uns als Vertreter der Land-

tages das Ding vorbereitet. Danach sitzt uns jetzt der Kollege Erber als Vertreter des Landtages gegenüber und teilt sozusagen sich selber als Vertreter der Jugendlichen mit, wie die Umsetzung der Forderungen jetzt ausgegangen ist. Also irgendwie spielt hier der Jugendvertreter Erber dem Landtagsabgeordneten Erber den Ball auf und zurück. Und so ein Ballspiel zwischen einer Person geht nur, wenn man entweder schneller rennt als der Ball - und bei allem Respekt vor allfälligen sportlichen Qualifikationen glaube ich doch nicht, dass das dem Kollegen Erber oder sonst jemanden von uns gelingen könnte - oder aber man bewegt sich nicht vom Fleck. Das wäre allerdings jugendpolitisch ein schlechtes Zeichen, wenn nichts weiter geht, weil man an der Stelle kleben bleibt. Also ich würde mir wünschen für eine Neuauflage des Jugendkongresses, dass es hier klar ist, in welcher Funktion der Kollege Erber teilnimmt. Ich persönlich halte das für unvereinbar, in der... (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Ja, auch wenn die Kritik in den Reihen der ÖVP nicht gerne gehört wird, ich halte es für unvereinbar, wenn man gleichzeitig Jugendlicher sein will und gleichzeitig Abgeordneter. (*Abg. Präs. Mag. Freibauer: Also, das ist jetzt ein Ausspruch, den wir uns merken müssen! – LHStV Prokop: Ich glaube, der Vergleich mit dem Ballspiel war schlecht gewählt!*)

In dieser Situation. Ich meine, das ist ja wohl klar, Herr Präsident, ja? Aber Forderungen an sich selber richten halte ich für jedwede politische Situation unglaubwürdig. Und ich kann, und das habe ich getan im Nationalratswahlkampf damals, ich halte es Politikern auf Bundesebene vor, dazumals der Ministerin Prammer, die plötzlich Forderungen im Konsumentenschutz erhoben hat, die sie selber als Ministerin hätte erfüllen müssen. Und genauso halte ich das auch dem Kollegen Erber vor, dass er als Jugendvertreter Forderungen erhebt und gleichzeitig als offensichtlich Jugendsprecher der ÖVP im Landtag sie sich selber beantwortet. Es wäre ja kein Problem, zu sagen, da gibt es das besondere offene Ohr, weil es ein jugendnaher Vertreter ist. Zum Jugendkongress selbst: (*Abg. Präs. Mag. Freibauer: Denken Sie über Ihre Funktionen nach, bevor Sie hier derartige Haarspaltereien betreiben!*)

Ja, Herr Präsident Freibauer. Würden Sie mir bitte erläutern über welche Funktionen ich nachdenken soll? Für jene, die es nicht gehört haben, die Anforderung war, ich möge über meine eigenen Funktionen nachdenken. Als gäbe es hier eine Unvereinbarkeit. Ich würde Sie ersuchen, mir das zu erläutern. (*Abg. Präs. Mag. Freibauer: Es gibt bei Ihnen vielleicht keine und aber auch bei Abg. Erber keine!*)

Ich habe eine hier konstatiert, die ich für ihn für un-

vereinbar halte. Und ich weise die Kritik zurück, dass es bei mir eine ähnlich gelagerte Situation gäbe. Meines Wissens nach bin ich nirgendwo als Jugendvertreterin oder sonstige Vertreterin mit mir selber als Abgeordnete im Gespräch. (*Abg. Präs. Mag. Freibauer: Sie vertreten nur sich selbst, das haben wir jetzt gemerkt!*)

Zum Jugendkongress und auf die sachpolitische Ebene: Es gab den Jugendkongress Anfang November. Es war in der Präsidiale zugesichert, und ich habe zur Not auch das Protokoll hier, dass man allerspätestens in der Februar-Sitzung des Landtages die Ergebnisse behandeln möchte. Der Herr Präsident Mag. Freibauer selbst hat gesagt, es ginge ihm weniger jetzt um das Tempo als um die Qualität. Ich muss daraus schließen, die Verschiebung um ein weiteres Monat müsste einen deutlichen Zuwachs an Qualität bei der Umsetzung der Ergebnisse gebracht haben. Ich kann sie allerdings nicht erkennen, was vielleicht an meinem Erkenntnisvermögen liegt. Aber: Tatsache war, dass es hier offensichtlich Wochen und Monate gedauert hat, bis man sich irgendwie aufgerafft hat, diese Ergebnisse des Jugendlandtages zu diskutieren in den Ausschüssen, in den Gremien, in den Fraktionen, wo auch immer, jedenfalls bis zu den Ausschusssitzungen im Februar wenig Erkennbares geschehen ist und man das innerhalb kürzester Zeit plötzlich abgesetzt hat. Einen Unterausschuss einsetzen musste. Das klingt so ein bisschen nach der Notbremse gezogen, und man braucht eine Erklärung, warum man es nicht schafft bis zum Februar. Unterausschuss hat auch noch den Vorteil, dass dort – oder, „Vorteil“ unter Anführungszeichen gesetzt bitte – dass dort niemand zuhören kann, auch die Grünen damit von einer Zuhörerschaft ausgeschlossen sind und man nicht mitverfolgen kann, wie die Diskussionen laufen und wie vorbereitet wird.

De facto liegt uns jetzt ein Antrag vor erst im März, bei dem weder Sozialarbeiter, Experten aus dem Bereich der Jugendarbeit oder sonstige erkennbarerweise einbezogen gewesen wären. Wo ausschließlich zwei, drei Vertreter von Ämtern der Landesregierung mit dabei waren. Und der eine eindeutige Sprache spricht. Wenn ich den Antrag kurz nur in einigen Passagen zitieren darf so ist das ein Antrag, der in der Begründung im Wesentlichen zwei Dinge feststellt. Entweder die Forderungen der Jugendlichen sind eigentlich schon längstens erfüllt. Man kann es ein bisschen 'rauslesen. Man weiß eigentlich gar nicht, warum die Jugendlichen das noch fordern. Es mag wohl an ihrer Uninformiertheit gelegen haben. Oder aber an einem Punkt wird sogar dezidiert zugestanden, dass eine Forderung – das muss man sich auf der Zunge

zergehen lassen, Seite 3 oben: Die formulierte Forderung ist berechtigt. Also erstens einmal sage ich, alle Forderungen der Jugendlichen sind berechtigt, weil sie aus ihrem Erleben und aus ihrem Empfinden heraus kommen und sehr wohl berechtigt sind. Diese Berechtigung hat man ihnen nicht erst von Amts wegen auszustellen. Aber in diesen Punkten, wo man nicht darauf verweisen kann, dass eh schon alles erledigt ist, ist der Verweis meistens der, dass es kurzfristig nicht lösbar ist bzw. die Kostenfrage kurzfristig nicht lösbar oder sowieso in Bundeskompetenz sei.

Nur ein paar Zitate aus der Antragsbegründung. Seite 1, der letzte Absatz: Die den Schulbereich betreffenden Forderungen etc. sind bundesgesetzlich bereits geregelt. Weiter unten auf Seite 2: Der Landesschulrat stellt bereits seit Jahren 300.000,- Schilling zur Verfügung. Oder: Die Forderungen sind konträr zueinander. Was im übrigen nicht stimmt und wir noch ausführen werden. Oder: In der angesprochenen Ausbildung für neue Berufe gab es in den letzten Jahren schon erhebliche Fortschritte. Oder: Im berufsbildenden Schulwesen werden laufend bestehende Ausbildungsgänge ergänzt. etc. etc. Ich könnte jetzt so weiter machen. Im Wesentlichen wird immer wieder gesagt, haben wir in den letzten Jahren sowieso schon alles gemacht. Ich halte das für eine nicht genügende Behandlung. Und ich glaube, dass man damit die Forderungen der Jugendlichen nicht wirklich ernst nimmt und nicht wirklich aufgreifen will. Dass man hier Verbesserungen sehr wohl erreichen kann.

Wir werden diese Kritik auch sehr eindeutig konstruktiv umformulieren und noch ein Resolutionspaket einbringen, ganz genau zu diesen Ergebnissen des Jugendkongresses, wie man auch mehr machen kann als den Jugendlichen nur per Antragsbegründung zu erklären, haben wir eigentlich eh schon alles erledigt und daher braucht der Antrag auch nur noch lauten: Der Herr Präsident des NÖ Landtages wird ersucht, die Teilnehmer etc. zu informieren. Das ist mir zu wenig. Das ist zu dürftig. Und wir werden daher weiter gehende Resolutionsanträge einbringen. Weil wir nämlich wollen, dass der Landtag tatsächlich über die Ergebnisse diskutiert, berät, sich den Kopf zerbricht, sich die Mühe macht, zu schauen, wie kann man das umsetzen, was die Jugendlichen hier erarbeitet haben. Das ist ja Sinn der Übung. Sinn der Übung ist ja nicht, dass man das festschreibt, es war eh immer schon alles bestens, wir brauchen nicht mehr sehr viel mehr tun. Ich glaube auch, und das ist ein Zeichen des Respekts gegenüber dem Landtag, den ich mir erwarte, dass man den Abgeordneten des Landtages auch die Möglichkeit gibt, sich den Kopf dar-

über zu zerbrechen. Einige von Ihnen haben das vielleicht im Unterausschuss gehabt, den Grünen stand diese Möglichkeit ja nicht offen. Daher müssen es wir jetzt direkt in der Sitzung einbringen. Aber es ist jedenfalls für eine selbstbewusste und verantwortliche Arbeit der Landtagsabgeordneten nicht ausreichend, nur festzustellen, dass die Landesregierung in den letzten Jahren das ohnehin schon alles erfüllt hätte und der Antrag damit als erledigt zu betrachten ist.

Ich darf daher einen Vorschlag jetzt einbringen und danach auch noch eine Resolution zur weiteren Vorgangsweise. Das, was ja auch von den Jugendlichen im Jugendkongress schon kritisiert worden war, ist, dass man dort praktisch in Abwesenheit der Politiker und Politikerinnen diskutiert hat, dass es keine Möglichkeit gab für einen tatsächlichen Dialog und für ein Miteinander Erarbeiten und Ausdiskutieren, wie denn hier Verbesserungen erreicht werden können. Das ist, zugegeben, organisatorisch manchmal schwierig. Ist zugegeben auch vielleicht schwierig, gleich am Anfang einzubauen. Aber es ist ja kein Hindernis, diesen Schritt nicht jetzt anzugehen. Und zu sagen, so, jetzt haben einmal die Jugendlichen für sich diskutiert, jetzt haben wir heute, durch die Geschäftsordnung gezwungen, hier eine Diskussion, dass wir als Abgeordnete miteinander reden. Allerdings nur über die Jugendlichen. Ich würde gern mit den Jugendlichen auch reden. Wir hatten auch den Vorschlag gemacht, dass sie ihre Ergebnisse selbst hier präsentieren, was durch die Geschäftsordnung nicht geht. Daher machen wir den Vorschlag, und ich habe eine Initiative auch brieflich dem Herrn Präsidenten heute übermittelt zur Beratung in der nächsten Präsidiale, eine Enquete zu organisieren. Man kann das auch gerne anders nennen. Am Namen hängen wir sicher nicht. Aber jedenfalls ein Gremium, wo man Jugendliche aus dem Jugendkongress, Politiker, die sich hier damit beschäftigen und jene Fachleute, die bislang auch nicht einbezogen waren, ich denke vor allem zum Beispiel an Sozialarbeiter, Streetworker oder so, hier zusammen bringt. Und sie einmal Zeit und Gelegenheit haben, miteinander zu diskutieren und miteinander die Beratung über die Umsetzung der Ergebnisse des Jugendkongresses zu vertiefen und vielleicht auch noch ein paar neue Ideen dabei zu entwickeln, die wir dann weiterleiten und weiterbringen können. Das wäre ein ganz ein konkreter Vorschlag, auch in Vorbereitung auf einen nächsten Jugendkongress, den wir sehr begrüßen würden, wenn es ihn wieder gibt.

Das, was mir darüber hinaus allerdings wichtig erscheint, und da gab es ja einiges Misstrauen anfänglich, was mir von Jugendlichen so berichtet

wurde, dass es nicht nur darum geht, das politische Engagement und die Mitbestimmung, die Mitsprache von Jugendlichen an einem Tag im Jahr zu ermöglichen, sondern generell zu vertiefen und zu verbreitern. Es gibt dazu einige Aussagen, direkt des Jugendkongresses im Bereich Schule und Mitbestimmung zum Beispiel. Wir als Grüne glauben allerdings auch, dass sich das darüber hinaus erstrecken könnte und dass eine Wahlaltersenkung auf 16 Jahre wünschenswert und notwendig ist. Jugendlichen mit 16 Jahren wird eine ganze Reihe an Entscheidungen für ihr weiteres Leben schon zugetraut und abverlangt. Sie sind vor Gericht verantwortlich, sie sind motorisiert verantwortlich. Also eine ganze Menge an Verantwortung und Entscheidungen traut man ihnen zu. Ich glaube, dass sie in gleicher Weise auch befähigt sind, politische Entscheidungen zu treffen. In gleicher Weise wie andere Bevölkerungsgruppen. Und es gibt in jeder Gruppe, wie wir wissen, solche, die sich politisch mehr oder weniger informieren oder engagieren. Und ich denke, es ist ein gutes Recht und eine gute Möglichkeit, hier tatsächliche Mitbestimmung für Jugendliche zu verbessern und darf daher folgenden Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 342/E-1/16, ‚Forderungen des Jugendkongresses‘ betreffend Wahlaltersenkung auf 16 Jahre.

Das Wahlrecht ist ein zentrales Mitbestimmungsrecht. Politik von heute bestimmt die Gesellschaft von morgen. Die heutige Jugend ist jene Generation, die mit der zukünftigen Gesellschaft fertig werden muss. Daher sollen auch Jugendliche die Möglichkeit haben, in politische Entscheidungsprozesse einzugreifen und – wenn sie das wünschen – an Wahlen teilzunehmen.

Vor allem mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts in einigen deutschen Ländern wurden positive Erfahrungen gemacht. Die Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen war dort höher als bei den 20- bis 30-Jährigen, was durchaus als Indiz für das Interesse der Jugend auch an Kommunalpolitik gewertet werden kann.

Mittlerweile haben sich alle im Landtag vertretenen Parteien positiv zu einer Wahlaltersenkung geäußert. Eine Reform der NÖ Gemeinderats- bzw. Landtagswahlordnung ist daher ebenso logischer nächster Schritt wie die gesetzliche Verankerung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren auf letztendlich allen Ebenen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. § 17 Abs.1 der NÖ Gemeinderatswahlordnung ist dahingehend zu ändern, dass jeder österreichische Staatsbürger und jeder Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, der vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet hat, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist und in der Gemeinde seinen ordentlichen Wohnsitz hat, wahlberechtigt ist.
2. Gleichzeitig ist auch eine Änderung der Landtagswahlordnung in eben diesem Sinn vorzubereiten.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine Gesetzesänderung des Wahlrechtes in Form einer Wahlaltersenkung auf 16 Jahre einzusetzen.“

Ich würde Sie einladen, dieser Resolution ihre Zustimmung zu erteilen. Wie auch in der Begründung angeführt, haben sich ja zu unterschiedlichen Zeitpunkten, wenn ich den Überblick richtig behalten habe, alle Fraktionen schon bei der einen oder anderen Gelegenheit für eine Wahlaltersenkung ausgesprochen. Das heißt, es kann ja eigentlich vom Konsens ausgegangen werden. Und ich denke, wir können daher sehr wohl diese Resolution gemeinsam beschließen. Insbesondere auch als wir sie erst zu einem späten Zeitpunkt vor einer anstehenden Wahl eingebracht haben, damit uns ja nicht der Vorwurf gemacht werden kann, das sei jetzt ein wahltaktisches Manöver. Das heißt, das wäre ja sowieso erst mit entsprechender Zeitverzögerung dann wirksam. Ich glaube, dass insbesondere die SPÖ-Abgeordneten hier ja selbst schon mehrfach von eigenen, ihnen nahe stehenden Gruppierungen in die selbe Richtung aufgefordert worden sind. Ich habe hier eine Resolution der Bundesjugendkonferenz der „Naturfreunde“, die in eine ähnliche Richtung geht. Sicher andere auch noch. Also ich lade alle ein, dieser Resolution ihre Zustimmung zu erteilen. Und ich glaube, dass das wesentlich auch ausdrückt, welches Bild wir von den Jugendlichen denn haben. Ob das ein Bild ist, wo wir herablassend ihnen gelegentlich das eine oder andere an Gesprächsmöglichkeit oder an Auftrittsmöglichkeit gewähren. Dabei glauben, man muss ihnen die Welt erst erklären und befürchten, politisch kennen sie sich nicht aus. Und dann überrascht sind, wie das ja auch festgestellt wurde von manchen Moderatoren der Arbeitskreise, wie engagiert und politisch versiert die Jugendlichen da diskutiert haben. Oder ob wir ein Bild haben einer politisch engagierten, aufgeschlossenen, weltoffenen Jugend, die wichtigen Input geben kann für die

Entwicklung der Gesellschaft in Niederösterreich. Der man eine Mitgestaltungsmöglichkeit bei ihrer eigenen Zukunft einräumen möchte. Und die daher zum Beispiel das Wahlrecht bekommt, aber auch andere Verbesserungen, auf die mein Kollege im Nachhinein noch eingehen wird.

Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Reform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich darf eingangs feststellen, wir halten diesen Jugendkongress für eine sehr gelungene Veranstaltung. Es haben sich auch alle, die daran beteiligt waren, ohne Zweifel sehr bemüht. Und wer den Text, den die Jugendlichen übermittelt haben, liest, sieht, dass er mit großer Ernsthaftigkeit verfasst ist.

Genauso aber, möchte ich betonen, haben sich auch jene, die diesen Text dann als den einen Teil eines Gesprächs gelesen haben und die aufgefordert waren, eine Antwort zu geben, die heute mit diesem Antrag der gemeinsamen Ausschüsse hier ergeht, bemüht, ernsthaft auf diesen Text einzugehen. Und ich möchte doch auch einmal festhalten, es ist ja nicht so, dass hier Forderungen erhoben worden sind, die nur dann ernst genommen werden, wenn sie umgesetzt werden. Die Jugendlichen haben an uns bestimmte Anliegen gerichtet, nicht nur Meinungen, Einschätzungen, und wir als Landtag nehmen das zur Kenntnis, beraten darüber und geben eine Antwort.

Und da vielleicht etwas Grundsätzliches zur Jugend. Jugend ist ja nicht immer in der Geschichte ein eigener Lebensabschnitt gewesen. Das ist ein relativ junges, dass man es sich überhaupt leisten kann, zwischen der Kindheit und sozusagen dem harten Erwachsenenalter so eine lange Phase der Reifung einzubringen. Anfang voriges Jahrhundert - Jugendbewegungen usw. Jugend ist seither, und das ist sicher sehr gut so, ein eigener Zeitraum. Und das heißt aber auch, dass man sich als Erwachsener nicht anbiedernd hinein drängen soll. Das möchte ich schon einmal ganz stark betonen. Ich glaube, es ist gut für die Jugend, und es ist gut für die Selbstachtung auch der Erwachsenen, die Sache so zu halten. Einerseits Verständnis und Toleranz, andererseits aber auch eine aus dem Respekt und der Achtung vor der Jugend bedingte Distanz. Es gibt ja wirklich nichts Ärgerlicheres - ich erinnere mich eigentlich noch ganz gut an meine eigene Jugend - als Erwachsene vorzufinden, die

glauben, sich ein bisschen Jugend leihen zu müssen indem sie sich bei den Jugendlichen anbieten und alles und jedes für gut befinden was Jugendliche sagen.

Ich erfahre das auch bei meinen eigenen Kindern. Wir sind natürlich nicht immer einer Meinung. Ich versuche, in kleinen Dingen keine Prinzipien durchzusetzen, aber bei gewissen Sachen scheue ich mich nicht, ganz klar zu sagen, dass ich diese Meinung, die mir hier entgegengebracht worden ist, überhaupt nicht teile. Und trotzdem ist das Verhältnis ein gutes. Und so sehe ich hier auch den Dialog mit dem Jugendlandtag. Dass er erfolgreich war, sehe ich auch darin bestätigt, dass die Jugendlichen an einer Fortsetzung dieses Kongresses interessiert sind. Dass sie Verbesserungsvorschläge eingebracht haben, ist überaus positiv. Ich meine, es ist ja für uns geradezu sehr erfreulich, dass sie wünschen, mit Politikern schon in der Phase der Beratungen untereinander zu diskutieren. Das ist etwas, was uns ja schon angesichts des ständigen Geredes über Politikverdrossenheit ehren kann. Ich denke, das sollten wir unbedingt aufnehmen.

Und das Zweite, was mir ein Anliegen ist und was dort auch geäußert worden ist: Dass Jugend ja nicht nur auf Schüler beschränkt ist. Und dass wir Möglichkeiten finden müssen, die Lehrlinge – das wird also nicht ganz einfach sein von der Zeit her – einzubinden.

Wir geben heute hiermit die Antwort auf vier gegliederte Gebiete. Das erste war die Schule. Und dazu auch noch ein Wort: Es war bei Gott nicht so, dass wir Abgeordnete beisammen gesessen sind und da irgendwie ein bisschen flapsig uns nur eine Antwort haben einfallen lassen. Sondern es sind sehr wohl auch Experten zu Rate gezogen worden. Und auch zum Punkt Schule: Ich finde diese Antwort, die da aus dem Landesschulrat gekommen ist, sehr gut. Denn, was sich dabei herausgestellt hat, und das ist ja das Interessante daran, ist, dass die gesetzlichen Regelungen zum Beispiel der Schulpartnerschaft ja da sind. Aber dass die Jugendlichen vermutlich mit vollem Recht beklagen, dass diese gesetzlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung und des demokratischen Miteinanders in der Schule nicht mit Leben erfüllt werden. Der Landesschulratspräsident hat es sehr gut aufgezeigt, dass das so ist. Die Möglichkeiten wären da, Unzufriedenheit besteht ohne jeden Zweifel. Aber es wird also hier nur möglich sein, darauf hinzuweisen, einerseits jene aus dem Bereich der Schüler, die hier zur Vertretung aufgerufen und gewählt sind und andererseits natürlich ein Appell an die Lehrer und auch an die Eltern, wirklich diese

Schulgemeinschaftsausschüsse mit Leben zu erfüllen.

Das zweite Thema, das gewählt worden ist, waren Drogen. Herr Kollege Erber hat gesagt, dass er froh ist, dass hier keine ausschließliche Drogen-debatte entsteht. Er hat dann doch ein bisschen darüber gesprochen. Also darf ich auch ein Wort dazu verlieren. Ich bin meinerseits sehr froh, dass sich der Landtag bzw. jene Fraktionen, die diesen Antrag einbringen, dazu verstanden haben, dass es nicht zu einer Entkriminalisierung der weichen Drogen – es ist das selbstverständlich der erste Schritt der Legalisierung – kommen wird. Und ich darf nur ganz kurz aus der „Presse“ von gestern zitieren. Es gibt eine Studie über die Erfahrungen der Drogenpolitik in den Niederlanden. Und da steht ganz eindeutig drinnen, erstens einmal, dass die Niederlande nach den USA das Land sind mit dem größten Drogenproblem. Und zweitens, dass, obwohl man unter dem Argument der Trennung der Märkte immer für eine Legalisierung weicher Drogen spricht, das dort eben überhaupt nicht eingetroffen ist. Die Niederlande haben nicht weniger Konsumenten harter Drogen als andere Länder auch. Und dieser florierende Markt und die Möglichkeit für Dealer harter Drogen, große Gewinne in kürzester Zeit zu machen, hat in den Niederlanden, so steht es hier, und das ist zitiert aus dieser Studie, die organisierte Kriminalität erst herbeigerufen. Und insofern freue ich mich, dass wir hier einen Kompromiss gefunden haben, zu dem sich alle in diesem Ausschuss vertretenen Parteien verstehen konnten.

Freizeit: Was hier besonders erfreulich ist, dass die Jugendlichen Freizeit vor allem auf Freizeit in ihrer Gemeinde bezogen haben. Das ist ein sehr vertrauenserweckendes, beruhigendes Signal. Die Jugendlichen fühlen sich offenbar ihrem Elternhaus, ihrer Gemeinde, dem Freundeskreis verbunden und wollen jugendgerechte Einrichtungen, wollen Verbesserungen dort. Haben offenbar nicht vor, ihre Gemeinde so schnell zu verlassen.

Kollege Erber hat vorher den Discobus angesprochen. Und ich habe eben auch aus der Antwort, die wir gegeben haben und die wir vom Jugendreferat übernommen haben, entnommen, dass das Jugendreferat hier ein Projekt plant. Ich selber habe mir gedacht, das Projekt muss ich für meine Gemeinde gleich benützen. Und nachdem gestern Gemeinderatssitzung war, habe ich dort anrufen lassen und gebeten, mir das zu übermitteln. Und leider, es gibt das Projekt noch nicht. Das ist schlecht! Wir haben in unserer Gemeinde dann doch zu einer Lösung gefunden. Wir haben nämlich

auch einstimmig im Gemeinderat beschlossen, dass der Bürgermeister bei der Bewilligung solcher Veranstaltungen darauf drängt, dass der Veranstalter, der ja bei Gott einen nicht zu kleinen Gewinn in der Regel macht, eine Fahrtmöglichkeit zur Verfügung stellt. Und – nachdem es unser Interesse ist, unsere Jugendlichen wieder nach Haus zu kriegen, mehr noch, als die anderen, wieder wegzufahren, mit den Bürgermeistern im Bezirk in Verhandlungen tritt, dass hier ein abgestimmtes Vorgehen eingehalten wird. Bei dieser Debatte und auch bei der Berichterstattung rundherum habe ich dann bemerkt, es ist wirklich ein großes Problem und es wäre sicher sehr gut, wenn das Jugendreferat ehebaldigst hier zu einem Projekt kommt, das man dann wirklich auch bekommen kann.

Der letzte Punkt ist Bildung. Auch hier erfreulich: Nichts zu merken von Leistungsverweigerung. Sondern die Jugendlichen richten ihre Forderungen vor allem in diese Richtung, dass das Bildungsangebot so gut wie möglich sein muss. Ganz klar wird hier ein Zusammenhang erkannt zwischen guter Bildung und weiteren Lebenschancen. Und dazu, meine ich, sollten wir auch noch ein Weiteres beitragen. Und ich darf hier einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

(*Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz, Erber und Cerwenka zum Antrag des gemeinsamen Schul-, Sozial- und Kultur-Ausschusses zu Ltg. 342/E-1/16, Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka, Rosenkranz u.a. gem. § 29 LGO zu den Forderungen des Jugendkongresses vom 4.11.1999 an den Landtag von Niederösterreich betreffend verbesserte Vorbereitung der Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt.

In der achten Schulstufe müssen sich die Jugendlichen entscheiden, welchen Ausbildungsweg sie einschlagen. Viele von ihnen wenden sich an Berufsberatungsstellen oder besuchen entsprechende Informationsveranstaltungen. Auf die raschen Veränderungen in der Wirtschaft wird seitens mancher Berufsberatungseinrichtungen offensichtlich ungenügend reagiert. Eine Koordination der verschiedenen Berufsberatungseinrichtungen sowie ein besseres Eingehen auf die zu erwartende Arbeitsmarktlage erscheint erforderlich. Dies soll verhindern helfen, dass in manchen traditionellen Berufen ein Mangel an Lehrstellen/Arbeitsplätzen besteht, während z.B. im EDV- und IT-Bereich tausende Stellen nicht besetzt werden können, weil zu

wenig junge Leute entsprechend ausgebildet werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, mit den zuständigen Stellen Verhandlungen aufzunehmen um

- die Berufsinformation für Jugendliche auf allen Ebenen stärker und schneller auf die Erfordernisse des Marktes abzustimmen
- die Schulen bei der Schaffung von Internetzugängen ideell und materiell vermehrt zu unterstützen
- verstärkt in Schultypen zu investieren, die zukünftige Fachkräfte für den IT-Bereich ausbilden
- weiterhin mehr Ausbildungsplätze an Schultypen zu schaffen, die Jugendliche für Wachstumsbranchen vorbereiten.“

Es ist dies ein Antrag, der auch die aktuelle Debatte trifft. Dass nämlich, und das ist eigentlich eine sehr seltsame Geschichte, 5.500 Computer-Experten in Österreich fehlen. Das dürfte nicht sein! Denn Berufsberatung und die Beobachtung der Entwicklung auf dem Technologiesektor müssten eigentlich so weit vorausschauend sein, dass so etwas einfach nicht passieren kann. Denn jeder von uns wird relativ oft vermutlich mit Bitten um die Vermittlung mit einer Lehrstelle konfrontiert sein. Während anderswo Jugendliche Lehrstellen suchen, fehlen hier die Jugendlichen. Das sollte abgestellt werden.

Noch zum Resolutionsantrag der Grünen auf Absenkung des Wahlalters. Gerade wenn man eben sieht, wie ich vorhin besprochen habe, dass die Jugendlichen ihren Gemeinden besonders verbunden sind und wenn man betrachtet, und wir haben das auch oft schon dargelegt, dass Jugendliche eben sehr wohl in diesem Alter bereits Entscheidungen treffen müssen, die schwerwiegend sind, ist es absolut verständlich, dass sie die Herabsetzung des Wahlalters wünschen. Dass wir sie tatsächlich an unseren demokratischen Prozessen beteiligen. Wir haben das sehr oft schon dargelegt, dass das auch in unserem Sinne ist. Und es wird ohne Zweifel vernünftig sein, wenn sich der Landtag zu einer diesbezüglichen Gesetzesänderung entschließt.

Hoher Landtag! Sehr verehrte Frau Präsidentin! Wenn wir unsere Jugend gut behandeln, dann ist es um unser Land gut bestellt. Und ich meine, dass dieser Jugendkongress, wenn er in einer ver-

besserten und optimierten Form fortgesetzt wird, ein guter Weg ist, um mit unseren Jugendlichen in bestem Kontakt und Einvernehmen zu bleiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. WENINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Jugendkongress und die Initiative, die das Landtagspräsidium setzte, hat dazu geführt, dass wir einen Tag lang die Gelegenheit gehabt haben, niederösterreichischen Jugendlichen bei der Diskussion und der Formulierung ihrer Wünsche zuhören zu können. Diesbezüglich gilt vorerst einmal der Dank an die Jugendlichen, die an diesem Kongress teilgenommen haben. Und auch der Dank an die Jugendlichen, die heute unsere Landtagsdebatte darüber beobachten. Herzlichen Dank!

Es wurden sehr viele Ideen und Anregungen eingebracht. Und es hat auch Kritik sowohl von den Jugendlichen selbst, als auch dann in der Debatte im Ausschuss und im Unterausschuss gegeben. Verbesserungsvorschläge. Tatsache ist, dass derartige Veranstaltungen sicherlich niemals wirklich repräsentativ sein können, dass sie aber trotzdem eine wertvolle Ergänzung darstellen zu dem, was wir in Niederösterreich an verbandlicher Jugendarbeit haben, die ja im NÖ Jugendrat sehr gut organisiert ist bzw. was wir an Expertenwissen in die Landespolitik einfließen lassen. Und es bedarf nicht unbedingt der Anregung der Frau Kollegin Mag. Weininger, einmal eine Enquete durchzuführen. Sondern seit ich jugendpolitisch in diesem Land tätig bin, und das ist doch schon einige Jahre der Fall, gibt es immer wieder Enqueten, Diskussionsforen zu den unterschiedlichsten, die Jugend betreffenden Themen. Aber du wirst uns das dann ganz genau erklären, wie das tatsächlich stattfinden soll. Doch auch als Ergänzung zu den jugendpolitischen Positionen der einzelnen Landtagsparteien war diese Debatte im Jugendkongress sicherlich sehr wertvoll.

Es hat Kritik gegeben, das wurde formuliert, über den Ablauf, über den Zeitpunkt, über die Zusammenstellung der Eingeladenen. All diese Anregungen können wir bei der nächsten derartigen Veranstaltung, die ich sehr begrüßen würde, sicherlich berücksichtigen. Was das Klagen der Frau Kollegin Mag. Weininger zur Behandlung betrifft, möchte ich nicht alles zurückweisen. Feststellen jedoch, dass die Initiative der Sozialdemokratie, das Thema in einem Unterausschuss zu behandeln, uns deshalb so wichtig war, weil wir diese Debatte nicht reduzieren können auf eine einma-

lige, kurze Debatte in einer Ausschusssitzung. Wir wollten und unser Anliegen war es, unter dem Vorsitz des Herrn Abgeordneten Cerwenka im Unterausschuss die Möglichkeit zu nutzen, Experten beizuziehen. Unser Vorschlag, der leider nicht die Mehrheit gefunden hat im Ausschuss, war auch, Repräsentantensprecher des Jugendkongresses mit einzubinden, damit wir diese Debatte sehr ausführlich, sehr tiefgehend führen können. Doch ich glaube, dass die Form der Diskussion und Debatte im Unterausschuss eine war, die dazu geführt hat, dass sich das Resultat auch qualitativ sehen lassen kann.

Frei nach Bert Brecht muss man sich allerdings, und da bin ich bei der Kollegin Rosenkranz, die Frage stellen, wer aber ist die Jugend? Gibt es überhaupt die Jugend als allgemeinen Überbegriff? Und da gibt es in Wirklichkeit zwei Zugänge. Die einen, die eher in Sonntagsreden von der Jugend als unserer Zukunft, als unsere Hoffnungsträger sprechen. Es gibt aber auch andere politische Aussagen, und ich möchte den Burgenländischen Landeshauptmannstellvertreter Jellasitz zitieren, der scheinbar Angst vor der Jugend hat. Der in einer Presseaussendung wörtlich zitiert: Hier wächst eine Generation heran, der keine Grenzen gesetzt werden. Jellasitz befürchtet, dass ein großer Teil der Jugend bereits ausgestiegen und „nicht mehr abholbar“ ist. Ich glaube, in diesem Spannungsfeld zwischen dieser Jellasitz-Äußerung, die sich ja einreihet in ähnliche Äußerungen, die wir von dem Landeshauptmannstellvertreter kennen, und der Tatsache, dass die Jugend Hoffnungsträger der Zukunft ist, wird wohl auch in diesem Bereich die Wahrheit liegen. Tatsache ist, dass die Jugend sehr unterschiedlich, sehr individuell unterschiedlich sozial geprägt ist. Tatsache ist aber auch, dass unsere Jugend sehr kreativ, leistungswillig, sozial bewusst, immer weltoffener und auch gesellschaftspolitisch engagiert ist.

Auch zum Vorwurf der Politikverdrossenheit möchte ich kurz Stellung nehmen, weil man gerade bei den Teilnehmern des Jugendkongresses gemerkt hat, dass hier keine Politikverdrossenheit herrscht, sondern dass sie sich durchaus der Themen annehmen können und auch fähig sind, ihre Themen zu artikulieren und einzubringen. Wenn es eine Art von Politikverdrossenheit unter jungen Menschen gibt, dann ist es eher eine Verdrossenheit gegenüber veralteten Strukturen, gegenüber wenig transparenten Entscheidungsmechanismen. Aber überall dort, wo Jugendlichen die Möglichkeit geboten wird, sich wirklich einzubringen, tatsächlich mitwirken und mitentscheiden zu können, kann ich von dieser oft in Anspruch genommenen Politikverdrossenheit nichts merken.

Im Sinne dieser Mitbestimmungsdiskussion, die auch den Jugendkongress sehr beschäftigt hat, möchte ich zum Antrag der Frau Kollegin Mag. Weinzinger feststellen, dass der grüne Antrag grundsätzlich unsere Unterstützung finden würde, wenn er vollständig ausformuliert wäre und den Inhalt vollständig treffen würde. Mir geht es zu wenig weit, die Wahlaltersenkung ausschließlich auf das Testgebiet der kommunalen Entscheidung zu reduzieren und erst daran anschließend die Landtags- und Nationalratswahlen in Anspruch zu nehmen. Überhaupt vergessen wurden die Wahlen zum Europäischen Parlament. Und ganz vergessen wurden die Instrumentarien der direkten Demokratie, der Volksbefragung und der Volksabstimmung. Deshalb können wir diesem Antrag unsere Zustimmung nicht geben. Ich erlaube mir aber, einen Resolutionsantrag einzubringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Weninger zum Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. gemäß § 29 LGO zu den Forderungen des Jugendkongresses vom 4.11.1999 an den Landtag von NÖ betreffend Senkung des Wahlalters.

Jugendlichen wird in verschiedenen Lebens- und Rechtsbereichen zunehmend mehr Partizipation und Entscheidungsmöglichkeit über ihre Interessen zugestanden. Beispielhaft erwähnt sei die Möglichkeit der Einbindung der Schülervereine in die Schulautonomie, der Abschluss von Lehrverträgen oder die Absenkung der Altersgrenze für den Erwerb des Führerscheins. Von der Beteiligung an den vielfältigen Formen der direkten Demokratie sind Jugendliche derzeit allerdings ausgeschlossen. Aufgrund der Dauer von Funktionsperioden kann dies im ungünstigsten Fall dazu führen, dass ein junger Mensch erstmals mit 21, im Kommunalbereich sogar erst mit 22 Jahren aktiv an Wahlen mitwirken darf.

Sozial- und humanwissenschaftliche Untersuchungen über die Denk- und Entscheidungsfähigkeit von Jugendlichen bekräftigen die Zweckmäßigkeit und Sinnhaftigkeit der Einbindung von Jugendlichen in direktdemokratische Instrumente. Da gerade jene Themen und Politikbereiche, in denen Jugendliche besondere Sensibilität entwickeln, wie Umweltschutz, Friedenssicherung etc., und die Entscheidungskompetenzen für diese Sachbereiche auf Bundes- oder EU-Ebene angesiedelt sind, sollte bei einer Absenkung des Wahlalters keine Einschränkung auf kommunale Ebene vorgenommen werden, sondern diese für alle Entscheidungsbereiche gelten. Jugendliche können durch ihre aktive Teilnahme am politischen Geschehen

zweifelloos manche neue Aspekte einbringen, da sie nicht auf vorhandene Strukturen und Ablaufschemata fixiert und diesen auch nicht verhaftet sind.

Es sollten daher auf Bundesebene die verfassungs- und einfachgesetzlichen Regelungen geschaffen werden, die eine Einbindung von Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr sowohl in das Wahlrecht zu allen Wahlkörpern als auch in die direktdemokratischen Maßnahmen, wie Volksbegehren, Volksabstimmung und Volksbefragung, ermöglichen. Obwohl Meinungsumfragen bestätigen, dass heute zunehmend mehr junge Menschen an Politik interessiert sind als in der Vergangenheit, sollte dennoch die politische Bildung in den verschiedenen Ausbildungsbereichen von jungen Menschen qualitativ und quantitativ verstärkt werden, um so auch den Jugendlichen die notwendigen Grundlagen für ihre politischen Entscheidungsmöglichkeiten zu geben.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass im Sinne der Antragsbegründung es zu der Schaffung von rechtlichen Möglichkeiten zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre kommt und im Gleichklang damit dem NÖ Landtag die entsprechenden Regierungsvorlagen zu übermitteln, die eine Absenkung des Wahlalters auf Landes- und Gemeindeebene zum Inhalt haben.“

Ich glaube, dass wir diesen Resolutionsantrag in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten ausführlichst debattieren sollten, quer durch alle Parteien. Ich erkenne die Zustimmung und die Ablehnung nicht unbedingt als ideologisches Instrument, sondern die Debatte – und das gestehe ich auch ein – wurde in den letzten Jahren auch innerhalb meiner eigenen Partei teilweise sehr kontroversiell geführt. Wir haben uns allerdings an einem unserer letzten großen Kongresse zu dieser Position durchgerungen und würden die auch gerne umsetzen.

Ein paar Worte vielleicht noch zu den im Antrag formulierten Schwerpunkten. Die Frage des Jugendschutzes muss neu geregelt werden. Ansätze der Harmonisierung über Ländergrenzen hinweg scheinen mir zwar ein richtiger erster Schritt, allerdings ein zu geringer Schritt. Ich brauch' das nicht aufzählen, wir werden es vielleicht auch in der Debatte heute noch hören. Da geht es nicht ausschließlich darum, ob ein Jugendlicher in Wien mit 16 Jahren rauchen darf und in Niederösterreich bereits mit 15 und um ähnliche

Regelungen. Die Vereinheitlichung ist deshalb notwendig, weil Jugendliche in diesen gesetzlichen Regelungen, die sie das erste Mal direkt betreffen, in diesem Wirrwarr an unterschiedlichen Bestimmungen natürlich auch das Vertrauen in gesetzliche Regelungen verlieren. Deshalb wäre eine bundeseinheitliche Regelung oder eine Art. 15a-Regelung sinnvoll. Weil man ja auch nicht zulassen kann, dass Jugendliche in einem Bundesland anders bewertet werden wie in einem anderen.

Darüber hinaus bedarf der Jugendschutz auch noch einer besonderen Ausprägung im Bereich des Schutzes für Kinder und Jugendliche als Opfer von Gewalt und sexueller Ausbeutung. Hier hat die NÖ Jugendanwaltschaft sicher schon einige hervorragende Vorarbeit geleistet. Es ist auch wichtig, gerade in allen Bezirksstädten derartige Einrichtungen zu initiieren, Notrufnummern zu installieren, wo Kinder und Jugendliche, die Opfer von Gewalt oder sexuellem Missbrauch sind, wirklich anonym und unbürokratisch rund um die Uhr psychologische und rechtliche Unterstützung bekommen können.

Die Formulierungen, die sich an die Gemeinden richten seien insofern erwähnt als viele niederösterreichische Gemeinden wirklich hervorragende Jugendprojekte initiieren und die Aktion Jugendfreundliche Gemeinde hier immer wieder die Plattform bildet, diese Möglichkeiten der Öffentlichkeit zu präsentieren. Als Grundvoraussetzung, damit die Gemeinden diesen Aufgaben auch in Zukunft nachkommen können, ist natürlich die finanzielle Ausstattung der Gemeinden wichtig. Und sollte das, was heute hier bereits debattiert wurde, eintreten, habe ich die große Befürchtung, dass vielleicht der eine oder andere Bürgermeister, der nicht dieses jugendpolitische Bewusstsein hat, gerade in diesen Bereichen als erstes den Sparstift ansetzen könnte. Davor möchte ich warnen.

Auch gegenüber dem Land gibt es einige Forderungen, die wir in der Zukunft verstärkt diskutieren sollten. Was die Förderung der sehr lebendigen, kreativen Kulturszene in Niederösterreich betrifft, eine moderne Jugendkulturpolitik sollte projektorientiert gefördert werden. Und eine Preisverleihung, als Anregung, Frau Landeshauptmannstellvertreter, im Zuge der Aktion Jugendfreundliche Gemeinde sollte vielleicht mehr in Richtung Projektorientierung abzielen. Das hieße, die Preise wieder an konkrete Jugendprojekte, die in die Zukunft wirken, zu binden. Dies ist eine Anregung, die auch von Jugendlichen in den Gemeinden immer wieder kommt.

Die Formulierung des Antrages, der uns heute vorliegt, kann keine schlussendliche Behandlung

der jugendpolitischen Anliegen sein. Sondern ich habe das so verstanden, dass wir zu den formulierten Wünschen, Sorgen und Kritikpunkten aus unserem heutigen Wissensstand Antworten geben, Zwischenantworten geben, und die relativ rasch gegeben haben. Es geht daher nicht um die schriftlich fixierte Antwort, sondern um das Bewusstsein, ob sich der Landtag von Niederösterreich zukünftig jugendpolitischen Maßnahmen stärker widmen will als das in der Vergangenheit vielleicht der Fall war. Und es geht darum, dass wir die Öffentlichkeit aufrütteln. Dass wir Betroffenheit schaffen. Dass wir Diskussion provozieren. Dass sich jeder überall dort, wo er politisch verantwortlich ist, auch für Kinder und Jugendliche verantwortlich fühlt.

Abschließend würde ich anregen, Jugendpolitik so wie manch' andere Politikbereiche zunehmend als Querschnittspolitik zu verstehen, als integraler Bestandteil aller Maßnahmen. Und bei jeder gesetzlichen Regelung sollten wir uns überlegen, welche Auswirkungen diese Maßnahme auf Kinder und Jugendliche hat. Und somit könnten wir mit einer Art selbst auferlegter geistiger Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfung an jede Gesetzesmaterie herangehen und diese über die Auswirkungen positiver oder negativer Natur auf unsere Kinder und Jugendlichen beurteilen und sie nicht ausschließlich, wie das so oft der Fall ist, auf rein finanzielle Auswirkungen zu überprüfen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Mag. Heuras das Wort.

Abg. Mag. HEURAS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Jugendpolitik Niederösterreichs ist dank einer sehr, sehr engagierten Jugendreferentin in der Gestalt und Person unserer Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop sicherlich eine der vorbildlichsten in Österreich. Die Aktion Jugendfreundliche Gemeinde, und sie wurde heute schon mehrmals zitiert und angeführt, hat jene Rahmenbedingungen geschaffen, die es ermöglichen, die Jugend entsprechend einzubinden, sie mitzubeteiligen und bei der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft mittun zu lassen. Und das, was nun passiert ist mit dem Jugendkongress ist ein weiterer Meilenstein in dieser jugendfreundlichen Politik dieses Landes. Dank eines besonderen Engagements unseres Präsidenten Mag. Freibauer wurde dieser Kongress ermöglicht und in die Tat umgesetzt. Ich halte ihn für einen wichtigen, unverzichtbaren demokratiepolitischen Schritt, weil davon beide Gruppen enorm profitieren. Zum einen die Jugend, weil sie Demokratie erfährt und lernt. Weil sie die Prinzipien der Demokratie erleben darf. Weil sie Konsens- und Kompromissbereitschaft erlernt.

Und weil sie auch andere Werte dabei erleben und erlernen darf, wie zum Beispiel Toleranz und Verantwortungsgefühl.

Aber auch wir, die andere Gruppe, profitieren enorm. Die Jugendlichen geben uns ein Spiegelbild. Ein Korrektiv, das uns hin und wieder auch aufzeigen soll, welche Bahnen und welche Schienen wir beschritten haben. Und es zeigt uns auch sehr deutlich, wie die Jugend denkt und welche Werte sie als ihr Ziel ansieht und welchen Werten sie anhängt. Und nicht zuletzt vermittelt sie uns Trends. Sie sagt uns, was da kommen wird. Daher achte ich diesen Jugendkongress als eine fruchtbare Symbiose, und alleine schon deswegen als unverzichtbaren Bestandteil unserer Landtagsarbeit.

Ich bin nur ein wenig verblüfft. Die Aussagen der Frau Mag. Weinzinger haben mich schon des öfteren enttäuscht. Heute bin ich maßlos verblüfft von ihren Aussagen und ihren Ausführungen. Und ich muss mich schon ein bisschen wundern. Zum Ersten: Die Unvereinbarkeit eines Toni Erber im Landtag. Also ausgerechnet bei diesem Tagesordnungspunkt uns vorzuwerfen, dass man Jugendvertreter im Landtag sitzen hat, also das halte ich ja geradezu für grotesk. *(Abg. Mag. Fasan: Das war nicht der Vorwurf! Das war nicht der Vorwurf!)* Wir sind froh, dass wir Vertreter der Jugendorganisationen und hohe Vertreter der Jugendorganisationen hier herinnen als Sprachrohr der Jugend sitzen haben. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Fasan: Dagegen ist nichts zu sagen, aber er kann nur eine Funktion einnehmen! Das ist wie Abgeordneter und Regierungsmitglied!)*

Herr Kollege Mag. Fasan! Hier eine Unvereinbarkeit zu finden, das ist genauso schlecht wie der Vergleich mit dem Ballspiel. Ich kann sehr wohl Ball spielen ohne den Platz zu verlassen. Das ist das Einfachste. Ich brauch ihn ja nur in die Höhe zu werfen und ihn wieder zu fangen. Der Vergleich war also genauso schlecht wie das Beispiel von der Unvereinbarkeit. Noch einmal! Ich halte fest: Wir sind sehr froh und stolz darauf, dass wir in den Reihen der ÖVP ranghohe Jugendvertreter in diesem Landtag sitzen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Zweiten noch etwas an die Adresse der Grünen und die Frau Kollegin Mag. Weinzinger. Sie sagt hier, die Antworten sind zu wenig. Jetzt muss ich eigentlich schon sagen, wir haben Antworten gegeben. Ich habe aus den Ausführungen der Kollegin Mag. Weinzinger nicht eine einzige Antwort vernommen. Ich habe auf keine einzige Frage eine Antwort gehört. Wir haben zumindest versucht, Antworten zu geben. Aber das ist mir bei ihr massiv

abgegangen. Und zum Dritten, und das war für mich der Gipfelpunkt: Ich muss ganz ehrlich sagen, die Frage des Wahlalters ist eine interessante. Ich halte es allerdings für eine Entmündigung der Jugend, ich halte es für eine Entmündigung, ausgerechnet hier und heute Fragen zu stellen, die die Jugend nicht gestellt hat. Wir sollten heute die Fragen der Jugend beantworten und nicht jene der Frau Mag. Weinzinger. Sie nimmt sich hier ein wenig zu ernst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht ausschließlich um Fragen der Jugend. Und die Jugend hat ein Recht darauf, dass wir auf ihre Fragen Antworten geben. Die Frage des Wahlalters hat sie nicht gestellt. Und wenn wir die Jugend ernst nehmen, und das tu ich sehr wohl, dann haben wir uns um die Fragen zu kümmern, die uns die Jugend hier gestellt hat. Und ich kümmere mich nicht um die Fragen, die die Frau Mag. Weinzinger uns stellt. Und daher halte ich das für besonders bedenklich. Weil man ganz einfach an den Problemen der Jugendlichen vorbeigeht und die eigenen Probleme zu jenen der Jugendlichen macht. Diese haben sie nicht.

Zu den weiteren Ausführungen darf ich vielleicht zu einigen Punkten etwas konkreter werden als es vielleicht einige meiner Vorredner gewesen sind. Ich darf vorausschicken, dass ich zum Ersten Bürgermeister einer jugendfreundlichen Gemeinde bin und wir in den letzten Jahren zweimal, nämlich 1997 und 1999, für besondere Jugendbeteiligungsmodelle besondere Auszeichnungen erhalten haben. Und zum Zweiten war ich 19 Jahre an einer HTL als Lehrer tätig und in den letzten Jahren als Bildungsberater und kenne die Probleme der Schüler, die sie in den Schulen haben und im Schulgemeinschafts-Ausschuss haben, bestens. Ich beschränke mich daher auf diese beiden Themen, weil ich glaube, hier aus eigener Erfahrung sprechen zu können.

Zuerst zur Schule: Wenn die Jugendlichen fragen, kann man die Schulpartnerschaft nicht erweitern, kann man die Rechte der Schüler nicht stärken, so möchte ich dazu vielleicht nur folgende Antwort geben, auch wenn sie der Jugend vielleicht nicht ganz zufriedenstellend erscheint. Die Schulpartnerschaft ist eine relativ junge Einrichtung und hat sich in den meisten Schulen hervorragend eingespielt. Wenn es da und dort nicht so funktionieren sollte, so meine ich, liegt es zum Teil vielleicht auch am Fingerspitzengefühl des einen oder anderen Vertreters. Wenn es dort und da nicht so funktioniert, so liegt es vielleicht am menschlichen Umgang miteinander. Den menschlichen Umgang kann man nicht per Gesetz verordnen. Menschlichen Umgang kann man nicht erzwingen. Menschlichen Umgang muss man leben. Und das ist

vielleicht der Punkt, der da und dort noch zu wenig ausgeprägt ist. Aber ich glaube, wir sind auf einem Weg, auch in der Schulpartnerschaft, wo die Partnerschaft weitgehend in Niederösterreich immer besser funktioniert. Ich glaube auch zum Wohle der Schüler.

Zu den Projekten: Ich bin sehr froh darüber, dass die Jugend sagt, wir wollen mehr Projekte. Wir wollen mehr lernen in Form von Kommunikationstechnik, in Form von Projektmanagement, in Form von Konfliktmanagement, Lernen lernen, in Form vom Umgang miteinander und in Form der sozialen Begegnung. Diese Forderungen der Jugend geben mir Hoffnung. Das sind Forderungen, die wir nur unterstützen können. Und die man auch in den Schulen unterstützt durch vermehrte Projektaktivität. Wobei ich wieder einschränke und sage, in der einen Schule gibt es mehr Projekte, in der anderen weniger. Das ist eine Frage des pädagogischen Stils und eine Frage wiederum des Umgangs miteinander. Aber ich glaube, dass sich die einzelnen handelnden Personen bemühen. Aber es ist wieder eine Frage des Fingerspitzengefühls beim Umgang mit der Jugend.

Was die Information betrifft, darf ich schon darauf verweisen, dass jährlich 300.000,- Schilling ausgegeben werden für ein Büro des Schülervertreters, was vorbildhaft in ganz Österreich ist. Wodurch schon den Schülervertretern die Möglichkeit geboten wird, vermehrt Information zu sammeln, eine entsprechende Organisation aufzubauen und eine gedeihliche Arbeit zu ermöglichen.

Ein paar Punkte noch ganz kurz: Die politische Bildung. Ich habe selber jahrelang politische Bildung unterrichtet und weiß, dass dieser Wunsch und das Interesse an politischer Bildung enorm ist. Das Interesse an der Politik ist größer als wir glauben. Ich halte daher den Wunsch, auch an der AHS in der 7. und 8. Klasse verbindlich politische Bildung einzuführen, für einen legitimen, einen unterstützungswerten. Nur bedarf es dazu eines entsprechenden Beschlusses im Nationalrat, was wiederum der Zweidrittelmehrheit bedarf. Und das ist eine Frage der Durchsetzbarkeit und der Umsetzbarkeit.

Zur Kritik an den mangelnden Medien. Auch hier gibt es wiederum Schulen, die bestens ausgestattet sind und es gibt Schulen, die weniger gut ausgestattet sind. Ich darf aber auch vielleicht auf einige Besonderheiten hinweisen. Ich konnte selber in meiner Gemeinde vorige Woche eine Besonderheit miterleben, was das Thema neue Medien betrifft. Zwei Schulen Niederösterreichs wurden mit neuem Material ausgestattet. Ein Gymnasium in

St. Pölten. Und ich bin stolz darauf, dass auch die Polytechnische Schule St. Peter/Au dabei war und mit einem neuen Medium, nämlich einem elektronischen Schulbuch ausgestattet wurde. Das bedeutet, dass Schulen in Niederösterreich bestens ausgestattet sind, manche bereits der Zeit ein wenig voraus sind, und andere, das gebe ich zu, weniger gut ausgestattet sind. Aber im Großen und Ganzen hat man sich sehr bemüht, hier möglichst auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Schülerhöchstzahl als letztes, was den Schulbereich betrifft. Das habe ich mir immer gewünscht, ist keine Frage. Reduktion der Schülerhöchstzahl fordern die Schüler, fordern die Lehrervertreter, ist wesentlich sinnvoller, pädagogisch einfacher, ist überhaupt keine Diskussion. Aber auch hier bedarf es großartiger Mechanismen. Hier ist der Nationalrat, hier ist der Bund gefordert und das Instrument des Konsultationsmechanismus. Weil Länder, Bund und Gemeinden als Zahler miteinander diesen Mechanismus auslösen müssten. Das ist sicher ein Thema, das eine Frage der Kosten und der Finanzierbarkeit betrifft. Aber die Forderung ist allemal sinnvoll.

Ich darf vielleicht ganz kurz noch zur Jugendmitbestimmung kommen. Der Jugend geht es nicht um die Senkung des Wahlalters, der Jugend geht es um die Mitbestimmung. Der Jugend geht es um die Beteiligung an Projekten. Der Jugend geht es darum, dass sie mitreden darf, dass sie mitgestalten darf. Und dass sie ihre eigenen Projekte realisiert. Das ist Demokratie. Und ich würde es nicht aufhängen am Senken des Wahlalters, weil das nie gefordert wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf auch wieder ein Beispiel aus der eigenen Gemeinde erzählen. Allerdings handelt es jetzt von Kindern. Gestaltung eines Spielplatzes im größeren Stil. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, hätten wir, die Gemeinde, diesen Spielplatz so gebaut, wie wir vor hatten, ihn zu bauen, wir hätten einen großen Fehler begangen. Die Kinder und die Jugendlichen sehen ihre Einrichtungen mit vollkommen anderen Augen. Ich habe dafür eigens einen Kinder-Gemeinderat installiert, die in gemeinsamer Arbeit mit einer Psychologin einen Spielplatz entworfen haben, der echt kindgerecht ist. Und ein kindgerechter Spielplatz schaut nicht so aus wie ein Spielplatz, wie sich ihn die Erwachsenen wünschen. Das ist der Unterschied. Wir müssen versuchen, die Kinder und die Jugendlichen bei ihrem Projekt entscheidend mittun zu lassen, sie mitgestalten zu lassen. Und wir müssen ihnen vor allem Verantwortung geben. Sie wachsen dann über sich hinaus. Und das hat gewaltige Vorteile insofern als die Akzeptanz steigt. Es steigt das Verantwortungs-

gefühl, die Identifikation mit der Einrichtung, mit der Gemeinde. Es steigt die Zufriedenheit und damit die Lebensqualität. Und wenn die Lebensqualität steigt, dann ist die Gefahr, in kriminelle Szenen abzugleiten oder in die Drogenszene hineinzuwachsen eine wesentlich geringere. Das ist wahre Suchtvorbeugung. Das ist wahre Jugendpolitik und echte Prävention: Die Jugend hier massiv in ihre Gestaltung mit einzubeziehen.

Ich darf vielleicht noch etwas sagen, was zuweilen Unruhe auslöst. Eines ist für mich schon klar: Die Jugend ist die einzige Gruppe, die revolutionäre Ideen haben darf. Der muss man es zugestehen. Die Jugend ist die einzige Gruppe, die weit übers Ziel schießen darf. Und ich darf Ihnen dazu ein Zitat vorlesen aus der Studie des Dr. Brunmayr. Er schreibt da: „Jugend ist jenes Bevölkerungssegment, das als erstes neue Ideen, Denk- und Handlungsfiguren aufgreift und in ihr Leben integriert.“ „Wer nicht dabei ist, wenn ein neuer Trend im Leiden und Hoffen junger Leute geboren wird, ist auch nicht dabei, wenn dieser Trend zur Basisbewegung wird. Ja mehr noch: Wenn dieser Trend die ‚Symbol- und Zeichenmacht‘ in den Medien erlangt und damit gesellschaftlich bestimmend wird, hört man auf, gesellschaftlich relevante Gruppe zu sein.“ Und ein zweites kürzeres Zitat, weil ich es für sehr wesentlich halte: „Dramatisch stark fällt auf, dass in den Gemeinden, in denen die Jugendfreundlichkeit besonders schlecht eingestuft wurde, der Anteil der Problemjugendlichen extrem überhöht ist.“ Daher halte ich für eines der besten Rezepte Jugendbeteiligung, Jugendverantwortung, Beschäftigung mit der Jugend.

Und abschließend: Ich kann den Schülern und den Jugendlichen, die hier bei diesem Kongress gesessen sind, nur aufrichtig danken. Sie sind für uns ein gutes Korrektiv. Und ich kann nur hoffen, dass dieser Jugendkongress auch zu einer gewissen Regelmäßigkeit führt und auch in der Zukunft vermehrt abgehalten und durchgeführt wird im Sinne unserer eigenen Zukunft. Was ich allerdings nicht verstehen kann, ist wiederum folgendes: Wenn die Aktion Kritischer Schüler - ich gebe zu, eine kleine Gruppe der Jugendlichen - wiederum an den Forderungen der Jugend vollkommen vorbei geht und derzeit die Schulen mit Plakaten überschwemmt, die mit den Forderungen des Jugendkongresses schon gar nichts zu tun haben, dann frage ich mich, womit beschäftigen sich eigentlich derartige Jugendorganisationen, wenn sie an den Wünschen ihrer eigenen Klientel vollkommen vorbei gehen? Und in Anspielung an diese Plakate kann ich den Jugendlichen nur zurufen und den Maturanten: Lasst euch von diesen Gruppen nicht aufs Kreuz legen! Ich kann abschließend zu diesem

Dank, den ich vorher angebracht habe, was die Jugend betrifft, nur eines noch festhalten. Wir von der ÖVP werden auch in Zukunft in verstärktem Maße die Zusammenarbeit mit der Jugend suchen und vor allem den Dialog mit der Jugend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner Herrn Abgeordneten Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es stimmt, dass ich heute viel Papier habe. Nachdem die Landesregierung in ihren Kopierern Recyclingpapier verwendet, sehe ich darin keine ökologische Gefährdung.

Der Herr Kollege Mag. Heuras hat Antworten gefordert von den Grünen auf die Fragen der Jugendlichen. Und ich bin gerne bereit, diese Antworten zu geben. Der Antrag, der uns hier vorliegt zum Jugendkongress ist natürlich eine Antwort. Aber es ist eine Antwort, die uns nicht weit genug geht. Es ist eine Antwort, mit der wir uns nicht identifizieren können. Es ist eine Antwort, die zustande gekommen ist in einer großteils wortwörtlichen Abschreibübung von drei Vertretern der Landesregierung. Nämlich des Landesschulratspräsidenten, den ich überaus schätze, des Jugendreferates, das ich auch überaus schätze, und des Drogenberaters, den ich auch überaus schätze. Aber die Antworten auf den Jugendkongress sollte der Landtag geben unter Mitwirkung der Experten, unter Mitwirkung von viel viel mehr Experten als einbezogen wurden. Unter Mitwirkung des Jugendanwaltes, der nicht eingeschaltet war. Unter Mitwirkung von Sozialämtern und Jugendämtern, die nicht eingeschaltet waren. Unter Mitwirkung von Vertretern von Jugendzentren, die nicht eingeschaltet waren. Und Lehrerinitiativen waren nicht eingeschaltet, Elterninitiativen waren nicht eingeschaltet. Viele Experten hätten mitdiskutieren können. Man hat sie nicht gehört. Man hat sie nicht gefragt, sondern man hat wörtlich die Stellungnahmen von drei Referenten der Landesregierung abgeschrieben, wortwörtlich. Wahrscheinlich sogar zusammen kopiert. Und das soll die Antwort des Landtages von uns Abgeordneten auf den Jugendkongress sein? Meine Antwort ist das nicht! Obwohl ich mich mit vielem, was da drinnen steht, durchaus auch identifizieren kann. Mir geht es schlichtweg nicht weit genug. Und wir Grüne werden diesen Antrag nicht unterstützen. Wir werden hier nicht mitstimmen. Weil das nicht die zeitgemäßen, die gerechtfertigten Antworten sind, die man auf diesem Jugendkongress geben sollte. So viel zu den Antworten.

Zur Vorgangsweise: Man hat im November, zu Beginn des November, diesen äußerst begrüßenswerten Jugendkongress einberufen und abgehalten. Und wir haben hier gerne mitgearbeitet und ich bin gerne hier gesessen und habe mir das angehört. Und ich hätte auch natürlich gerne in den Ausschüssen mit diesen jungen Menschen diskutiert. Und ich würde es sehr begrüßen, wenn das das nächste Mal machbar wäre, dass man eben auch eine Konfrontation und Diskussion zwischen Politikern und Jugendlichen sucht, fördert und ermöglicht. Dass man aber dann die Sache auf Eis gelegt hat und im Februar zu diskutieren begonnen hat in einem Unterausschuss, in dem eben nicht alle Landtagsfraktionen teilnehmen können auf Grund der Geschäftsordnung, das war nicht die Vorgangsweise, die wir uns vorgestellt hätten. Sondern wir hätten uns zum Beispiel vorgestellt, durchaus in Anlehnung an den Kollegen Weninger, ja, man kann zum Beispiel jedes Monat einen Unterausschuss machen, wo alle Fraktionen drinnen sind. Es wären vier Monate gewesen - vier Themen. Und man nimmt sich ein Thema vor und diskutiert tatsächlich darüber. Und formuliert dann einen Antrag, der nicht eine Abschreibübung ist, sondern der tatsächlich die Meinung der Abgeordneten wiedergibt. Da muss es natürlich Kompromisse geben, da muss natürlich jeder auf den anderen eingehen. Aber dann ist das eine Antwort auf die Jugendlichen und auf diesen Jugendkongress auf Grund einer sinnvollen, ernst genommenen und ernst zu nehmenden Debatte über diese Anliegen der Jugend. So müssen die Jugendlichen das Gefühl haben, es wurde ihnen etwas vorgesetzt, was in Wahrheit überhaupt nicht vom Landtag stammt.

Zu den inhaltlichen Bereichen. Zunächst Schule, Bildung, Kultur. Etwas vorher noch, bevor ich zu den inhaltlichen Bereichen komme. Natürlich, Kollegin Rosenkranz, kann man nicht alles umsetzen. Das soll man auch gar nicht können, das wäre widersinnig. Natürlich sollen wir uns an die Jugend nicht anbietern, weil das die Jugend gar nicht will, weil sie das als widersinnig und wahrscheinlich als lächerlich und peinlich empfinden würde. Aber was wir machen sollten wäre, uns auseinanderzusetzen damit. Und diese Auseinandersetzung fehlt mir bis auf den heutigen Tag. Sie wurde jetzt in der Diskussion durchaus von einigen Rednern auch eingebracht. Aber das ist uns eben zu wenig. Weil wir beschließen ja nicht die Diskussion, sondern wir beschließen Stellungnahmen von Regierungsreferenten. Unsere Auseinandersetzung wäre oder die Auseinandersetzung mit den Forderungen des Jugendlandtages, die wäre notwendig gewesen.

Und nun zu den einzelnen Bereichen. Es ist äußerst löblich, wenn der Landesschulrat den Jugendlichen oder der Schülervertretung Büroräumlichkeiten zur Verfügung stellt. Keine Frage. Aber wenn wir uns die Forderungen des Jugendkongresses genauer ansehen und die Forderungen in diesem Spannungsfeld zwischen Schülern und Lehrern, dann kommen wir drauf, dass nicht alles die Schulpartnerschaft betrifft. Einiges wohl, einiges durchaus. Und die Schulpartnerschaft ist eine vernünftige Einrichtung. Und hier gibt es auch sehr, sehr vieles zu verbessern. Und ich werde dann eine Resolution einbringen mit einem ganz konkreten Vorschlag, was man in Bezug auch auf die Schulpartnerschaft verbessern könnte. Nämlich dass einfach in den Konferenzen, in den pädagogischen Konferenzen dieses Programm des Jugendkongresses diskutiert wird. Dass man die Direktoren ersucht, das zu diskutieren in den Konferenzen.

Aber es betrifft nicht nur die Schulpartnerschaft, sondern es betrifft auch, wie der Herr Kollege Mag. Heuras gesagt hat, den menschlichen Umgang. Den man leben muss, den man aber auch lernen muss. Und er wird in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung für AHS und BHS, insbesondere AHS, in Wirklichkeit nicht gelehrt. Es wird im sozial-kommunikativen, im methodischen, im unterrichtspraktischen Bereich in Wahrheit nicht gelehrt auf den Universitäten. Das Studium der Leibeserziehung ist das einzige, in dem es regelmäßige längerfristige methodische Übungen gibt. Wo man tatsächlich unter Aufsicht, Frau Landeshauptmannstellvertreterin weiß das natürlich, wo man unter Aufsicht unterrichtet in den methodischen Übungen. Das gibt es sonst nicht.

Wenn heute Unterrichtspraktikanten in die Schule kommen, haben sie in Wahrheit vom Unterricht keine Ahnung. Das heißt, sie müssen sich vielfach auf zum Teil inhaltliche, auf zum Teil autoritäre Standpunkte begeben und können gar nicht auf die Reflexionen der Schülerinnen und Schüler eingehen. Weil sie es nicht gelernt haben. Und das ist ein Problem. Und das ist ein Problem, das die Jugendlichen formuliert haben in ihren Forderungen. Und das ist ein Problem, auf das wir eingehen sollten.

Was ich auch nicht richtig finde, die Stellungnahme in diesem Antrag, dass die Forderung III/4 und IV/1 einander widersprechen. Also die Forderung auf der einen Seite nach mehr Freizeit und auf der anderen Seite nach mehr Bildung wenn ich zusammen fasse. Wenn wir uns die Forderungen genau ansehen, dann sehen wir auch, dass eigent-

lich der Sukkus dieser Forderungen ist ein neuer Lehrplan. Nun gibt es ja die Diskussion, die ja sehr intensiv schon fortgeschritten ist, um den neuen Lehrplan, er ist ja für die Unterstufe der AHS praktisch fertig. Die Frage wird sein, wie wird der Oberstufenlehrplan aussehen? Kann man mit diesem Oberstufenlehrplan, wenn er sich anlehnt an den nahezu schon im September in Kraft tretenden Unterstufenlehrplan, kann man da etwas herausholen, was diesen Forderungen entspricht, wo es hier Synergien gibt?

Ein Bereich, in dem das möglich wäre, ist etwa, was sich jetzt schon ankündigt, die Unterteilung in einen Kernbereich und in einen Erweiterungsbereich. Das gibt gewisse Freiräume, wo man möglicherweise im gesamten Fächer- und Stoffkanon Gewichtungen vornehmen kann und Freiräume bekommt. Und man sollte sich auch nicht scheuen, sich einmal die Stundentafeln tatsächlich genauer anzusehen. Wie ist das beispielsweise mit der politischen Bildung? ich will jetzt keine konkreten Vorschläge machen, weil mir das auch gar nicht zusteht. Ich will aber die Anregung geben, dass man sich darüber Gedanken machen sollte, insbesondere auch in einer Reform etwa eines Schulorganisationsgesetzes. Man hat ja die Stundentafeln verändert. Überlegen wir uns die Forderungen des Jugendkongresses. Hier wird eigentlich gefordert, mehr Möglichkeiten im musischen/sportlichen Bereich und mehr im Bereich der politischen Bildung. Was hat man denn getan bei der letzten Änderung der Stundentafel? Man hat zugunsten des Informatikzweiges Musikstunden weggenommen und Leibeserziehungsstunden weggenommen. Und man hat sich in diesen Fächern von den Fachgruppen dieser Fächer zu Recht dagegen aufgelehnt und zur Wehr gesetzt. Nur hat es nichts genützt. Das heißt, es ist kein Tabu, über Stundentafeln zu sprechen. Und im übertragenen Sinne tun die Jugendlichen das. Und dann kann man durchaus sich fragen, wie könnte man Lehrpläne entrümpeln und Freiräume für andere Fächer schaffen.

Was die Mitbestimmung betrifft, glaube ich, sind das die zwei zentralen Punkte. Und daher darf ich Ihnen meine erste Resolution von insgesamt sieben zur Kenntnis bringen. Und zwar betrifft sie die verstärkte Mitbestimmung von Jugendlichen an Niederösterreichs Schulen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 342/E-1/16 ‚Forderungen des Jugendkongresses‘ betreffend verstärkte Mitbestimmung von Jugendlichen an Niederösterreichs Schulen.

Fasst man die Forderungen des NÖ Jugendkongresses für die Bereiche Bildung und Mitbestimmung hinsichtlich des Schulwesens zusammen, so lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. Die Ausbildung des Lehrpersonals vor allem im Bereich der AHS und BHS in methodischer und unterrichtspraktischer Hinsicht ist immer noch äußerst mangelhaft. Die länger dauernde praktische Unterrichtstätigkeit unter fachlicher Aufsicht wird überhaupt nur in der LeibeserzieherInnen-Ausbildung geübt. Durch mangelnde pädagogische Kompetenz können Kommunikationsprobleme zwischen Lehrern/innen und Schülern/innen sowie Mängel in der Mitsprachemöglichkeit von Schülern/innen entstehen.
2. Die Vorbereitungen für einen neuen Oberstufenlehrplan sollten eine Änderung der Stundentafeln nicht ausschließen und außerdem die Lerninhalte auf nicht mehr adäquate und über andere Informationsquellen als die Schule anzueignende Bereiche überprüfen. Dadurch können Freiräume etwa für musische, sportliche, künstlerische oder politisch bildende Bereiche entstehen, die als Bildungsinhalte für eine moderne Gesellschaft zukünftig immer wichtiger werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Forderungen des Jugendkongresses an das Unterrichtsministerium weiterzuleiten und im Sinne der Antragsbegründung eine sinnvolle Lehrplanreform sowie eine Verbesserung der Universitätsausbildung für Lehramtskandidaten/innen vor allem bezüglich der Vorbereitung auf das praktische Unterrichtsgeschehen anzuregen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Direktionen der NÖ AHS, BHS und BS zu ersuchen, die Forderungen des Jugendlandtages in den pädagogischen Konferenzen zu diskutieren.“

Ich lege Wert auf den Begriff „ersuchen“. Wir sollen nicht verordnen, wir sollen ersuchen.

Zweiter Bereich, der Drogenbereich. Ich bin auch der Ansicht, dass man keine Drogendiskussion, sondern Jugendsdiskussion machen soll. Ich bin aber auch der Ansicht, dass bei einer Jugendsdiskussion, die sich mit Drogen beschäftigt hat, die

Drogen nicht ausgespart bleiben sollen. Ich glaube, der Jugendkongress hat sich durchaus mit einer gewissen Verantwortung diesem Thema genähert. Er hat erstens nicht von Freigabe gesprochen und er hat zweitens auch erkannt, dass legale Drogen eine Gefahr sind, auch für Jugendliche. Und die Jugendlichen in diesem Kongress haben auch erkannt, dass sie selber von dem Konsum betroffen sind. Dass sie selber damit Probleme haben könnten. Dass sie aber trotzdem Schutz brauchen, etwa gesetzlichen Schutz. Das war an sich eine sehr vernünftige Zugangsweise. Und wenn in dem vorliegenden Antrag von einer Harmonisierung der Jugendschutzgesetze gesprochen wird, ist das für uns selbstverständlich begrüßenswert.

Wenn wir zu der Forderung kommen nach Entkriminalisierung oder sagen wir Überdenken der Gesetzeslage bezüglich der Cannabis-Produkte, so möchte ich eines vorausschicken. Und zwar eine Studie des Institutes für Sozial- und Gesundheitspsychologie, die der Herr Landeshauptmannstellvertreter in Auftrag gegeben hat. Die aussagt, dass eigentlich, nämlich es rückt so die Zahlen zurecht und es rückt zurecht, vor welchem Hintergrund wir uns befinden. Weit über 90 Prozent des illegalen Drogenkonsums betrifft Cannabis, also Hanfprodukte. Und 13½ Prozent etwa der in Niederösterreich befragten Schülerinnen von 13 bis 18 Jahren hatten schon Cannabis-Kontakt. Aber nur 5½ Prozent der Hanfkonsumenten könnte man als im weitesten Sinne regelmäßige Hanfkonsumenten bezeichnen, etwa häufiger als einmal in der Woche. Das heißt also, man muss die Kirche schon im Dorf lassen. Die Gefahr geht in Wirklichkeit nicht von den Cannabis-Produkten aus, sondern erstens von den harten Drogen und insbesondere zum Zweiten ... *(Unruhe bei Abg. Rosenkranz.)*

Nein. Ich rede jetzt nicht von Freigabe, Frau Kollegin Rosenkranz. Ich werde mich da noch sehr, sehr deutlich von dem abgrenzen, was uns der Kollege Erber vorgeworfen hat. Völlig zu Unrecht vorgeworfen hat. Ich rede davon, dass die Jugendlichen offensichtlich erkannt haben, und das deckt sich mit der Studie dieses Institutes, wo die tatsächlichen Gefahren liegen. Sie liegen im Alkoholbereich und im Bereich der harten Drogen. Jetzt könnten wir uns natürlich das Suchtmittelgesetz ansehen und können sagen, was bietet dieses Gesetz. Und da gibt es durchaus Möglichkeiten. Ich würde einmal formulieren unaufgeregten Umgang mit weichen Drogen. Die Frau Landeshauptmannstellvertreterin hat das in der letzten Aktuellen Stunde über Drogenpolitik so formuliert, dass in Wahrheit vermutlich ein Viertel des NÖ Landtages schon Cannabis-Kontakte gehabt haben muss, wenn man sozusagen umlegt, was in den offiziellen Umfragen herauskommt. Nämlich dass rund 25 Prozent der

Bevölkerung Cannabis-Konsum, zumindest Cannabis-Kontakte gehabt haben muss. Nachdem wir, wie ich hoffe, ein Spiegel der Gesellschaft sind, meine ich, wäre das durchaus eine Möglichkeit. Aber darum geht es nicht. Es geht darum, welche Möglichkeiten können wir im Rahmen des Suchtmittelgesetzes anwenden, um den Umgang mit Gelegenheitskonsumenten von Cannabis-Produkten von Jugendlichen zu entkrampfen. Und da meine ich schon, zu entkriminalisieren. Und ich bin nicht der Ansicht, dass Entkriminalisierung zur Legalisierung führt. Ich glaube auch den Umkehrschluss nicht, obwohl man das so steuern kann. Man kann natürlich jemanden kriminalisieren, wenn man ewig so „hinpeckt“ auf jemanden, dann kann man ihn mit der Zeit kriminalisieren. Das ist schon richtig. Aber ich würde den Umkehrschluss auch nicht zulassen. Und ich würde meinen, es gäbe eine Reihe von Möglichkeiten, wie man im Rahmen des bestehenden Suchtmittelgesetzes versuchen kann, die Leute – ich nenne es einmal nicht entkriminalisieren, sondern ich nenne es einmal, ihnen dieses negative Etikett zu nehmen, das ihnen vielleicht einmal im späteren Leben Chancen und Möglichkeiten nimmt.

Und ich nenne einige Beispiele: Eine spezielle Ausbildung für Sicherheitsbeamte für einen vernünftigen Umgang mit Gelegenheitskonsumenten. Das gibt es in Wien. Das hat die Wiener Landesregierung. Da gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbeamten und Sozialarbeitern, die sich hier als sehr fruchtbringend erwiesen hat. Das könnte man in Niederösterreich auch machen. Dazu braucht man keine Freigabe und keine Gesetzesänderung. Oder man könnte, wie es in Wien auch gibt, einen kriminalpolizeilichen Beratungsdienst einführen, der sich mit Suchtprävention beschäftigt. *(Abg. Mayerhofer: Herr Kollege, den gibt's!)*

So etwas ähnliches haben wir. Aber einen Dienst, der sich etwa auch mit Eltern beschäftigt. Also mit den Problemen, die Eltern haben, auch mit der Stigmatisierung von Jugendlichen. Gut, wenn es das schon gibt. Was man weiters machen könnte, wäre, die Krisenintervention zu verstärken. *(LHStv. Prokop: Haben wir ja!)*

Na, ganz so ist es nicht! Etwa wenn solche Probleme an Schulen auftauchen, damit nicht gleich der Schulverweis notwendig ist, wenn er nicht notwendig ist. Und was wesentlich ist, das ist die NÖ Drogenkoordination. Ich halte es hier schon für wünschenswert, dass man das intensiviert. Ich vergleiche wieder mit Wien, wo sechs Mitarbeiter beim Drogenkoordinator arbeiten. Und der NÖ Drogenkoordinator ist in Wahrheit Patientenanwalt und macht das nebenbei. Das wird sich ändern, wie ich höre. Aber trotzdem gibt es eigentlich in Wien

ein Drogenkoordinationsbüro. Und davon ist man in Niederösterreich weit entfernt.

Ich darf Ihnen daher die zweite Resolution betreffend Verbesserung der Drogenpolitik in Niederösterreich zur Kenntnis bringen. Und bevor ich das tu, einen Satz zum Kollegen Erber. Er hat uns entweder aus Uninformiertheit oder aus Böswilligkeit unterstellt, wir wären für Freigabe von Drogen. Obwohl er unsere Presseaussendung entweder gelesen haben muss, oder gehört haben muss, was wir im Radio gesagt haben. Also ich würde meinen, dass es der Anstand gebietet, hier herauszukommen und zu sagen, das war entweder falsch aus Uninformiertheit oder es war böswillig und ich nehme das zurück. Aber das ist ein Bereich, Kollege Erber, das ist ein Bereich, in dem derartig stark mit Vorurteilen gearbeitet wird. Und das weißt du ganz genau. Und wenn jemand solche Vorurteile schürt, dann sollte er auch die Stirn haben, irgendwie das dann zurückzunehmen um nicht den Patzen auf anderen drauf „picken“ zu lassen. Erlauben Sie mir, dass ich das so formuliere. (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 342/E-1/16 ‚Forderungen des Jugendkongresses‘ betreffend Verbesserung der Drogenpolitik in Niederösterreich.

Der NÖ Jugendkongress fordert in seinem Kapitel II-Drogen u.a. sachliche und wertfreie Informationen über die Wirkung von legalen und illegalen Drogen sowie eine Neudiskussion der Gesetzeslage betreffend Cannabisprodukte. Das Suchtmittelgesetz 1998 hat in vielen Bereichen Möglichkeiten der Entkriminalisierung von Gelegenheitskonsumenten von Cannabisprodukten gebracht. Dennoch hat Niederösterreich bezüglich des praktischen Umgangs von Behörden mit Cannabiskonsumenten etwa gegenüber dem Bundesland Wien einen gewissen Aufholbedarf. Dazu gehört:

- eine spezielle Ausbildung der Sicherheitsbeamten für unaufgeregt und nicht stigmatisierenden Umgang mit Cannabiskonsumenten,
- die Einrichtung eines kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes – Suchtprävention für Eltern,
- Angebote professioneller Krisenintervention in Schulen bei Auftreten von Cannabiskonsum
- anonyme und niederschwellige Jugend- und Elternberatung bezüglich Suchtprävention
- Vernetzung schulischer und außerschulischer Institutionen
- eine bessere Ausstattung der NÖ Drogenkoordination. Während der Wiener Drogenkoordi-

nator über 6 MitarbeiterInnen verfügt, ist der NÖ Drogenkoordinator Dr. Bachinger eigentlich Patientenanwalt und muss die Drogenkoordination ‚nebenbei‘ bewerkstelligen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung tätig zu werden, um in Niederösterreich eine verstärkte Suchtprävention zu garantieren und eine negative gesellschaftliche Etikettierung von Gelegenheitskonsumenten von Cannabisprodukten zu unterbinden.“

Wir sind im Bereich Freizeit und Jugendmitbestimmung. Und ich erlaube mir das zusammenzufassen. Und ich glaube, hier ist es am einfachsten etwas zu tun und etwas umzusetzen, oder zumindest einmal nachzusehen, was kann man hier alles versuchen zu machen.

Und damit bin ich bei den Jugendinformationsstellen. Und hier, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, gestatten Sie mir schon die Bemerkung, dass wir hier schon einen gewissen Aufholbedarf haben. Wir sind hier in Niederösterreich nur deswegen unter den Top ten, weil es nur neun Bundesländer gibt. Und wir müssten uns hier wirklich beeilen. Wir müssten hier nachholen. In anderen Bundesländern gibt es bereits Überlegungen, wie man die Jugendinformationsstellen schon auf die Bezirkshauptstädte ausdehnen kann. Und in Niederösterreich diskutieren wir darüber, wann das erste Jugend-Info kommen soll. Jetzt gebe ich schon zu, Niederösterreich ist groß, Niederösterreich ist weit, aber Niederösterreich hat hier einen Aufholbedarf. Und ich darf einen weiteren Resolutionsantrag bezüglich der Schaffung von unabhängigen Jugend-Informationsstellen in Niederösterreich einbringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 342/E-1/16 ‚Forderungen des Jugendkongresses‘ betreffend Schaffung von unabhängigen Jugend-Informationsstellen in Niederösterreich.

Niederösterreich ist Schlusslicht in Österreich betreffend Jugendinformation. Während es in anderen Bundesländern neben den Landeshauptstädten auch in einigen Bezirksstädten seit Jahren regionale Jugendinfostellen gibt, ist in Niederösterreich die Einrichtung einer einzigen landesweiten Jugend-Informationsstelle erst in Vorbereitung. Be-

stehende Institutionen wie z.B. ‚Auftrieb‘ in Wr. Neustadt leisten zwar dieselbe Arbeit, werden aber vom Land Niederösterreich nicht ausreichend gefördert.

Jugendinformationsstellen sind Beratungseinrichtungen für die verschiedensten Lebensbereiche von Jugendlichen. Sie bieten Reiseangebote, Bildungsberatung, Know How für Freizeitgestaltung, regelmäßige Veranstaltungen und Veranstaltungskalender u.v.m.. Sozialpädagogisch ausgebildetes Personal reagiert sensibel auf Wünsche und baut Kommunikation auf. Einige Forderungen des NÖ Jugendkongresses gehen genau in diese Richtung. Es erscheint daher sinnvoll, nicht nur eine zentrale sondern einige dezentral angeordnete Jugend-Informationsstellen einzurichten. Dabei kann auf bestehende Institutionen zurückgegriffen werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die in Vorbereitung befindliche Jugend-Informationsstelle unverzüglich einzurichten, im Sinne der Antragsbegründung weitere Jugend-Informationsstellen ins Leben zu rufen und derartige bestehende Einrichtungen entsprechend zu fördern.“

Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung und denke mir, das ist eigentlich durchaus im Sinne aller, die das ernst nehmen.

Nun zu den Forderungen was die kommunale Verkehrspolitik betrifft, wo es auch einige ganz, ganz interessante Vorschläge von den Jugendlichen gegeben hat, bei denen man so richtig merkt, wie sie den Menschen aus dem Leben sprechen, die hier diskutiert haben. Es gab eine Reihe von Forderungen des Jugendkongresses. Beispielsweise Busse, Sammeltaxis, Discobusse. Und es gibt hier eine ganze Reihe auch von Initiativen, die tatsächlich schon gestartet worden sind in anderen Bundesländern und wir sollten uns hier ein Beispiel nehmen. Und ich möchte auch zitieren aus dem Fachmagazin des Gemeindebundes einen Aufruf an alle Gemeinden, erstellt von einem Zivilingenieurbüro, das vom Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds beauftragt wurde, ein Projekt für derartige kommunale Einrichtungen zu starten, zu machen, in die Wege zu leiten. Und mit neuen Angeboten im öffentlichen Verkehr, Zubringerverkehr, Citytaxi, Rufbus, Nachtverkehrsangebote, zum Beispiel Discoververkehr und so weiter, ein

Projekt ins Leben zu rufen. Und einen Überblick zu geben, welche Typen von solchen Systemen in Österreich es geben könnte, es gibt, und wie sie funktionieren. Ich halte das für sehr, sehr wesentlich. Denn das ist eine echte Lücke und die haben die Jugendlichen auch erkannt. Und ich glaube, wir sollten die Gemeinden zumindest aufrufen, diese Lücke zu schließen. Ich darf Ihnen daher den Resolutionsantrag bezüglich Verbesserung des öffentlichen Verkehrs für Jugendliche in Niederösterreichs Gemeinden zur Kenntnis bringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 342/E-1/16 ‚Forderungen des Jugendkongresses‘ betreffend Verbesserung des öffentlichen Verkehrs für Jugendliche in Niederösterreichs Gemeinden.

Die Forderungen des Jugendkongresses vom 4. November 1999 an den Landtag von Niederösterreich beinhalten in Punkt III ‚Freizeit‘ einige Vorschläge, welche die Organisation des öffentlichen Verkehrs in den Gemeinden betreffen. Dabei wird vor allem das Problem deutlich, dass manche Freizeitangebote in den Gemeinden, insbesondere am Abend und am Wochenende, von vielen Jugendlichen nur dann wahrgenommen werden können, wenn sie selbst motorisiert sind oder aber Mitfahrmöglichkeiten vorfinden. Dadurch steigt einerseits der motorisierte Individualverkehr, andererseits sind viele Jugendliche von anderen motorisierten Personen abhängig oder bereits selbst motorisiert. Mindestens ebenso diskutiert gehört aber auch das erhöhte Sicherheitsrisiko für Jugendliche: Vor allem im Zusammenhang mit Discobesuchen und möglichem Alkoholkonsum steigt die Gefahr von schweren Verkehrsunfällen auf dem Nachhauseweg.

Es wäre daher wünschenswert, wenn sich das Land Niederösterreich gemeinsam mit den Gemeinden Schritte überlegt, um den Forderungen des Jugendkongresses nachzukommen. Die Forderungen umfassen insbesondere die Einrichtung von Bussen, Nachttaxis und Sammeltaxis, mit entsprechender Koordination der Gemeinden untereinander. Beispielhaft sind dabei Aktivitäten anderer Bundesländer, bei denen Jugendliche auch in die Planungsprozesse solcher Aktivitäten eingebunden sind (z.B. bei der Errichtung der ‚Saturday-Nightline‘ in Liezen/Steiermark). Darüber hinaus wären in vielen Gemeinden sichere Radverbindungen zwischen den verschiedenen jugendrelevanten öffentlichen Institutionen (Schulen, Bäder, Sportplätze etc.) wünschenswert.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den NÖ Gemeinden die obengenannten Forderungen mitzuteilen und die Gemeinden bzw. Gemeindevertreterverbände zu ersuchen, Konzepte zur Umsetzung dieser Forderungen zu entwickeln. Dabei hat die Landesregierung fachliche, organisatorische und finanzielle Hilfe in ausreichender Form anzubieten.“

Und weil wir im Bereich Freizeit sind, möchte ich noch einige Vorschläge der Jugendlichen aufgreifen. Und zwar ist das die Öffnung und Benützung von Sportanlagen. Ich selber kann aus meiner Heimatgemeinde ein Beispiel erzählen, wo die Kids zu einem verschlossenen Trainingsplatz kommen um den vor einigen Jahren ein Zaun errichtet wurde. Und niemand kann mehr hinein. Und man muss irgendwo in irgend einem Büro sich einen Schlüssel holen. Und weiß nicht, ob der dortige Portier hier ist. Und dann muss man aufsperrn, den wieder zurückbringen, und der Nachmittag ist vorbei. Das machen Kinder nicht. Das ist nicht niederschwellig. Das ist kein Angebot. Ich darf Ihnen daher folgenden Resolutionsantrag bezüglich Verbesserung des Freizeitangebotes für Jugendliche in Niederösterreichs Gemeinden zur Kenntnis bringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 342/E-1/16 ‚Forderungen des Jugendkongresses‘ betreffend Verbesserung des Freizeitangebotes für Jugendliche in Niederösterreichs Gemeinden.

Die Forderungen des Jugendkongresses vom 4. November 1999 an den Landtag von Niederösterreich beinhalten in Punkt III ‚Freizeit‘ einige Vorschläge, die das Freizeitangebot in den Gemeinden betreffen.

Die Forderungen umfassen vor allem die Erleichterung der Zugänglichkeit von bestehenden Sport- und Freizeitanlagen, die Einbeziehung von Jugendlichen in die Planung von Freizeitstätten (z.B. Rollerskate-Anlagen), bessere Information über Termine und Veranstaltungen sowie bessere Zusammenarbeit der Gemeinde-JugendreferentInnen mit Schulen und Jugendlichen selbst. Es gibt also offensichtlich ein Bedürfnis, innerhalb der Jugend Niederösterreichs, ein gut organisiertes, sinnvolles Freizeitangebot entsprechend wahrzunehmen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den NÖ Gemeinden die Forderungen des Jugendkongresses mitzuteilen und die Gemeinden zu ersuchen, im Sinne dieser Forderungen tätig zu werden, Probleme zu erheben und einer Lösung zuzuführen. Die Landesregierung hat den Gemeinden fachliche, organisatorische und finanzielle Hilfe in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen.“

Auch das, glaube ich, ist etwas, wo niemand über seinen Schatten springen muss wenn er dem zustimmt.

Nunmehr bezüglich der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel. Auch hier haben die jungen Menschen einiges formuliert, das überlegenswert, aufgreifenswert ist und das diskussionswürdig ist. Es betrifft die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel und Möglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel auch mit entsprechend reduzierten Tarifen zu benützen. Denn wir müssen uns ja vor Augen halten, dass junge Menschen ein gewisses Mobilitätsverhalten gewohnt werden, sich aneignen. Und das geht derzeit sehr sehr stark in Richtung Motorisierung. Wenn wir versuchen, den jungen Menschen auch andere Alternativen im öffentlichen Verkehr anzubieten, so müssten wir einerseits die Tarife so gestalten, dass sie es sich leisten können. Und andererseits dürfen wir nicht gerade dann die reduzierten Tarife absetzen, wenn die jungen Menschen Zeit haben, also in den Ferien. Und darauf will meine nächste Resolution hinaus. Verbilligung öffentlicher Verkehrsmittel für Jugendliche (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 342/E-1/16 ‚Forderungen des Jugendkongresses‘ betreffend Verbilligung öffentlicher Verkehrsmittel für Jugendliche.

Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren legen 25 % ihrer Wege im motorisierten Individualverkehr (per Moped oder im Auto mitfahrend) zurück. Drei Viertel ihrer Wege absolvieren sie zu Fuß, per Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Im Alter zwischen 15 und 25 Jahren entscheidet sich aber auch das zukünftige Mobilitätsverhalten eines Menschen, etwa dahingehend, ob er seine täglichen Wege ausschließlich mit dem Privatauto oder mit einer Kombination verschiedener Verkehrsmittel bewältigt.

Der NÖ Jugendkongress fordert eine wesentliche Verbilligung der Fahrpreise öffentlicher Verkehrsmittel bis zum Ende der Berufsausbildung sowie die Fortführung der Jugendermäßigungen auch in den Schulferien. Eine attraktive Preisgestaltung öffentlicher Verkehrsmittel kann sich in späterer Zeit positiv auf die künftige Verkehrsmittelwahl auswirken.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sowohl mit der Bundesregierung als auch mit sämtlichen Trägern öffentlicher Verkehrsmittel in Verhandlungen zu treten, um die Fahrpreise für Jugendliche spürbar zu reduzieren und diese Reduktion auch über etwaige Schulferien aufrecht zu erhalten.“

Ich halte das für ganz wesentlich. Denn ausgerechnet dann, wenn die jungen Menschen Zeit haben, sollten sie doppelt so viel zahlen für die öffentlichen Verkehrsmittel. Das an sich hat ja schon einen gewissen Widerspruch in sich.

Ich komme zum Abschluss und das ist die Veranstaltung und die Organisation der Veranstaltung des Jugendlandtages. Auch hier glaube ich, dass der vorliegende Antrag sich ein wenig herumdrückt um die Frage, wie soll das sein. Er schiebt das an die Präsidiale weiter und stellt sich dieser Beantwortung nicht. Und der Kollege Heuras wollte ja Antworten, also müssen wir sie ihm daher auch geben. Wir sollten die Vorschläge, die die Jugendlichen hier gemacht haben, durchaus kritisch prüfen. Und wir sollten uns überlegen, was ist sinnvoll und was ist nicht sinnvoll. Und ich glaube, sehr vieles von dem, was die jungen Menschen vorgeschlagen haben, ist durchaus sinnvoll und wir sollten dem daher näher treten und wir sollten es auch als Landtag beschließen. Wir sollten uns nicht vor der Verantwortung drücken und das etwa an die Präsidiale weiter geben, sondern wir sollten das selber machen. Wir sollten daher auch den Herrn Präsidenten bitten, das umzusetzen. Und daher darf ich Ihnen einen Resolutionsantrag zur Verbesserung der Organisation des Jugendkongresses zur Kenntnis bringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 342/E-1/16 ‚Forderungen des Jugendkongresses‘ betreffend Verbesserung der Organisation des Jugendkongresses.

Der 1. NÖ Jugendkongress war zweifellos eine erfolgreiche Veranstaltung. Dennoch wurde von den Teilnehmern/innen eine Reihe von Vorschlägen gemacht um diese Veranstaltung zu verbessern. Diese Vorschläge betreffen u.a.

- eine Verbesserung der Information über die Abhaltung des Jugendkongresses (etwa auch an Lehrlinge, in Gemeindezeitungen etc.)
- eine bessere Terminauswahl im Hinblick auf die Schulsprecherwahlen“ -

Weil nämlich ungefähr dann, wenn das eingereicht wird und eingeladen wird, die Schulsprecherwahlen stattfinden und ein Wechsel bei den Schulsprechern stattfindet. Und dadurch erschwert sich die Organisation.

- „- Einbindung von Politikern/innen in die Arbeitskreise
- Verlängerung der Diskussionszeit
- Institutionalisierung des Jugendkongresses“ . -

Das heißt eine gewisse Regelmäßigkeit. -

„Der NÖ Landtag sollte diese Forderungen annehmen und für die Organisation des nächsten Jugendkongresses berücksichtigen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die obengenannten Forderungen zur Verbesserung des NÖ Jugendkongresses werden vom NÖ Landtag ausdrücklich unterstützt und sollen bei der Organisation des nächsten Jugendkongresses berücksichtigt werden. Die Präsidialkonferenz des Landtages wird mit der Umsetzung dieser Vorschläge und mit der Organisation des nächsten Jugendlandtages unter Mithilfe der einschlägigen Abteilungen der Landesregierung beauftragt.“

Ich bitte Sie also auch hier um Zustimmung. Und komme schon zum Abschluss. Natürlich war jetzt meine Wortmeldung etwas länger. Der Kollege Dr. Michalitsch freut sich darüber, dass ich jetzt zum Abschluss komme. Es ist nur eines. Wir konnten das ja noch nie diskutieren. Ich bitte da schon für unsere Fraktion um Verständnis. Es war uns nicht möglich, in irgendwelchen Ausschüssen diese Anliegen zu diskutieren. Wo also, wenn nicht hier sollen wir sie diskutieren und unsere Vorschläge einbringen. Ich bitte Sie daher durchaus dafür um Verständnis. Wir sollten in Wirklichkeit mehrfach über diese Jugendforderungen diskutieren, denn wir haben es hier nur gestreift, wir haben nur einiges angerissen. Ich ersuche Sie um Zu-

stimmung zu unseren Resolutionen und hoffe, dass die Jugendarbeit in Niederösterreich besser wird. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner Herrn Abgeordneten Mayerhofer das Wort.

Abg. MAYERHOFER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich werde mich erheblich kürzer halten.

Die Jugendlichen haben sich organisiert und haben sich hier im Plenum eingefunden. Und haben engagiert diskutiert und die Vorschläge erarbeitet, die dann in den Arbeitskreisen näher erörtert wurden, welche nunmehr, in vier Punkten untergliedert, heute zur Debatte stehen.

Ich möchte heute mich mit dem Punkt II Unterteilung 6 und 7 ein bisschen näher befassen. Weil ich meine, dass dies in der Vergangenheit zu wenig passiert ist und gerade in diesem Punkt eine klare Festlegung, quasi eine Festlegung einer Generallinie in Niederösterreich dringend nötig erscheint.

Die Jugendlichen sind Irritationen ausgesetzt, weil auf die Gefährlichkeit der Drogen nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit hingewiesen wird. Da geht zum Beispiel die junge SPÖ her - ich habe das auch hier schon einmal angesprochen und muss leider wieder darauf hinweisen, dass es nicht günstig sein kann, wenn die jungen Sozialdemokraten sich vor den Schulen hinstellen und „lieber Rauschgriff als Lauschgriff“ fordern. Gleichzeitig Gelder für die Drogenbekämpfung fordern. Die Verharmlosung hat negative Auswirkungen auf die Jugend. Und zu dieser liberalen Drogenpolitik, die immer wieder von der linken Seite gefordert wird, möchte ich hier aus der „Presse“ zitieren vom 14. Ist ganz interessant, glaube ich, wird auch den Herrn Abgeordneten Mag. Fasan und Frau Mag. Weininger interessieren. „Heute zeigen Studien, dass die liberale niederländische Drogenpolitik kläglich gescheitert ist. Sie hat das Gegenteil dessen erreicht, was sie anstrebte. Laut Studie konsumiert mindestens 1 Prozent der niederländischen Jugendlichen Heroin. 4 Prozent der niederländischen Schüler nehmen Kokain zu sich. 8 Prozent der niederländischen Schuljugend schlucken regelmäßig Amphetamine und Ecstasy-Pillen.“ Geschätzte Damen und Herren! Das spricht eine klare Sprache.

Eine weitere Verunsicherung stellen aber auch Passagen im Suchtmittelgesetz dar, was in Bezug zu jenen Delikten steht, welche im Zuge der Dro-

genbeschaffung begangen werden. Weithin unbekannt ist da, dass der Staatsanwalt die Möglichkeit hat, bei Delikten mit einer Strafandrohung bis zu fünf Jahren die Strafanzeige ganz einfach zurückzulegen. Der betrunkene „Maurerlehrebub“, der vielleicht eine Weinkellertür aufbricht, weil er Durst hat, hat diese Chance nicht. Das sind alles Ungereimtheiten und Irritationen, woraus die Jugendlichen ableiten, es sei alles ohnehin nicht so schrecklich und nicht so schlimm. Die einen erlauben es, die anderen erlauben es nicht.

Klare Linien sind aber auch hinsichtlich einer Vereinheitlichung der Jugendschutzgesetze von Niederösterreich und Wien zu fordern, wie einige Vorredner auch bereits ausführten. Da ist zum Beispiel der Lehrling, in der Pfeilgasse untergebracht in einem Studentenheim oder in einem Kolpingheim, der während der Woche geschwind nach Vösendorf hinausfährt und am Wochenende wieder nach Hause nach Oberösterreich, nach Perg, mit drei Jugendschutzgesetzen konfrontiert. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig, dass man das endlich vereinheitlichen soll.

Jugendliche brauchen, um sie zu selbständigen Menschen reifen zu lassen, denen möglichst viel Freiraum und Entscheidungsfreiheit gegeben werden soll, um die gefährlichen Klippen, die nun einmal in der Jugend zu umschiffen sind, unsere Unterstützung in Form von Aufklärung, aber auch Warnungen und ehrliche Aufklärung. Ich bin selbst ein Betroffener auf Grund meiner beruflichen Tätigkeit. Wenn es dann passiert ist, ist alles zu spät und irreparabel. Ich glaube, um eine glückliche Jugend vorfinden zu können, ist es sehr notwendig, dass man hergeht und wirklich auch in den Schulen bereits, wo meines Erachtens zu wenig passiert, die Jugend entsprechend warnt und vorsichtig macht. Stimmt es, Herr Kollege? Da ist es meines Erachtens auch nicht sonderlich hilfreich, wenn ständig der Vergleich zwischen dem Maurerlehrebuben, am Abend nach einem heißen Arbeitstag am Gerüst, und dem kiffenden Schüler hinter der Brücke, gezogen wird. Da muss man in diesem Zusammenhang auch hinweisen, dass das statistische Material nicht die ganze Wahrheit und Dramatik zu Tage fördert. Etwa die Problematik Drogen im Straßenverkehr. Die große Problematik ist darin zu erblicken, dass die Exekutive gar nicht im Stande ist, das zu kontrollieren und somit, wo nicht kontrolliert wird, auch keine wahren Zahlen vorhanden sind, die dann die ganze Dramatik entsprechend zu Tage fördern würden. Dort, wo kontrolliert wird, zum Beispiel unter der Anleitung des Chefarztes der Wiener Bundespolizei, wurden hundert drogenbeeinträchtigte Lenker zur Anzeige gebracht im Jahr 1996; und drei Jahre später am gleichen Kon-

trollpunkt bereits 256. Auch viele Jugendliche waren davon betroffen. Die Tatsache, dass es allein in den vergangenen Jahren mehr Drogentote als Verkehrstote in dieser Stadt gegeben hat, spricht auch mit einer gewissen Deutlichkeit aus, dass die Problematik ganz einfach vorhanden ist, aber vielerorts nicht erkannt wird.

Insgesamt eine Problematik, welche unsere Jugendlichen stark betrifft. Man muss sie eindringlich auf die Gefahren hinweisen. Die Prävention kann in diesem Bereich nur greifen, wenn erkannt wird, dass dies auch kontrolliert und natürlich aufgeklärt wird. Man erspart den Jugendlichen somit viele böse Überraschungen. Ich glaube, dass wir das den Jugendlichen schuldig sind und ganz einfach dazu verpflichtet sind. Meiner Wahrnehmung nach wird in Bezug auf Drogenmissbrauch am Steuer zu wenig kontrolliert. Wir sind doch alle sehr viel unterwegs. Und ich frage Sie, ob Sie einmal kontrolliert worden und gefragt worden sind, lieber Toni, ob du Drogen genommen hast. Ich nicht. Ich bin höchstens gefragt worden, haben sie Alkohol? Also die Exekutive kontrolliert da zu wenig. Und da ist ein ganz ein großer ... *(Abg. Mag. Fasan: Alkohol ist auch eine Droge! Nur dass das klargestellt ist!)*

Richtig! Wird viel mehr kontrolliert. Stimmt. Ich kann dabei aus meinem beruflichen Alltag berichten. Aber du nicht.

Wir dürfen nicht müde werden, den Jugendlichen gut zuzuhören. Und ständig zu warnen. Und nicht zu verharmlosen. Dazu lade ich hier und heute alle recht herzlich ein, auch die Junge SPÖ, damit die Jugend diese gefährlichen Zeiten – es sind gefährliche Zeiten, die Eltern bange Tag und Nacht – gut hinter sich bringt und später auf eine glückliche Jugend zurückblicken kann. Ich glaube, dazu sind wir ganz einfach verpflichtet.

Insgesamt darf ich aber hier heute danken für die hervorragende Jugendarbeit, speziell im ländlichen Raum, ländliches Fortbildungswerk, ganz besonders die Jugendfeuerwehren, die ausgezeichnete Arbeit hier leisten. In Anbetracht der Eindrücke, die ich bei dem Jugendkongress, so wie wir es bezeichnet haben, gewonnen habe, engagierte junge Menschen, die im Leben noch etwas vor haben, ist mir um die Zukunft Niederösterreichs eigentlich wirklich nicht bange. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Jugend muss ihre Zukunft in eigene Hände nehmen. Und darum ist es auch erfreulich, dass bei diesem Jugendkongress derartiges Engagement der Teilnehmer zu bemerken war. Denn Jugend bedeutet für mich in Frage stellen. Was will die Jugend? Lebensqualität, Chancen und Konkretes. Und darum ist es uns eigentlich auch gegangen bei der Behandlung der Ergebnisse des Jugendkongresses. Und ich glaube, es ist unbestritten, dass es eine SPÖ-Initiative war, dass nicht ein „0815-Antrag“ in den Landtag gelangt, sondern es war meine Forderung - und es ist auch gelungen - sich intensiv in zwei Unterausschüssen mit dieser wichtigen Thematik auseinander zu setzen und die Ernsthaftigkeit des Landtages auch damit zu dokumentieren.

Eines ist für mich bezeichnend: Die Jugend will mit der Politik oder mit den Politikern, aber manche Politiker wollen nicht mit der Jugend. Darum verstehe ich es bis heute nicht, dass neben den Experten nicht mindestens die Bereichssprecher zu diesen Unterausschüssen dazu eingeladen wurden. Weil eben die anderen beiden Fraktionen keine Zustimmung zu dieser Maßnahme gegeben haben. Und ich glaube, das hätte auch der heutigen Zuschauerkulisse besser getan, wenn man die Jugend schon vorher eingebunden hätte. Wir sind immer bereit für einen Dialog. Und mein persönlicher Zugang ist ein bisschen im Gegensatz zu einer Forderung des Jugendkongresses. Ich glaube, es ist nicht notwendig, für die Jugend zu organisieren oder statt der Jugend zu organisieren. Sondern ich glaube, es ist viel wichtiger, die Ideen der Jugend zu unterstützen. Das bedeutet, dass von uns gefordert wird, die entsprechenden Rahmenbedingungen vorzugeben und nicht die Jugend zu bevormunden oder zu lenken.

Was bewegt die Jugend? Ich nehme nur punktuell einige Maßnahmen heraus. Informationsmangel. Information über Rechte. Natürlich muss man in diesem Zusammenhang auch die Gegenseite ansprechen. Es wäre auch eine Information über Pflichten notwendig. Es hat bereits Auswirkungen gezeigt, nachdem der Landesschulrat einen Darstellungsauftrag bezüglich der Schulpartnerschaft an die Schulen weitergegeben hat. Trotzdem wird es notwendig sein, im täglichen Vollzug mehr auf die Anliegen der Schülervertreter einzugehen.

Teilweise wurde auch der kommunale Bereich schon angesprochen, die Gemeinden, die Situation, Jugendgemeinderäte. Das steht und fällt mit den handelnden Personen. Es gibt ganz tolle Beispiele und es gibt Gemeinden, wo dieser Bereich eher im Argen liegt. Ein Problem, das die Jugendlichen wirklich sehr getroffen haben, das gibt es auch auf anderen Ebenen. Nämlich die regionale Koordination zwischen den Gemeinden. Dieses „Kasterlendenken“ auszuschalten. Über die Gemeindegrenze hinaus gemeinsam Aktivitäten zu setzen, was manchmal einiges an Ressourcen freimachen würde. Ich glaube, hier ist noch eine Achillesferse in der Politik vorhanden. Jugendermäßigungen in vielen Bereichen. Aber sind nicht wir aufgefordert, selbst tätig zu werden? Man muss und kann nicht alles verordnen. Und ich denke an ein Beispiel: In meiner Feuerwehr gibt es jedes Jahr ein Riesenfest. Und es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ich mich jedes Jahr eingesetzt habe, dass wir ein spezielles preisgünstiges Jugendgetränk anbieten. Und das funktioniert auch. Und das trinken nicht nur die Jugendlichen, sondern auch Ältere. Aber wir sind froh, wenn auch die gesund vom Heurigen nach Hause kommen.

Die Jugendseite in der Gemeindezeitung, das kann nicht der Bürgermeister machen. Da sind viele Gemeinderäte überfordert. Sondern hier hat sich die Jugend selbst einzubringen und muss selbst gestalten. Und ich glaube, die Chancen sind durchaus gegeben. Genauso wie die Chancen für Jugendkandidaten. Die bevorstehende Gemeinderatswahl am 2. April bietet ja die besten Voraussetzungen. Meine Fraktion hat in meiner Gemeinde eine 20-jährige Kandidatin an wählbarer Stelle. Und ich glaube, so soll es auch sein. Weil sie die Anliegen der Jugend besser vertreten kann. Und weil es wichtig ist, Jugend zuzulassen.

Ich möchte ein bisschen zum Bildungsbereich überleiten, der teilweise vernachlässigt worden ist. Die Jungen kritisieren zu wenig Freizeit durch schulische Belastungen. Und das trifft in einigen Bildungszweigen durchwegs zu. Da haben sie eindeutig Recht. Aber die Jugend erkennt auch auf der anderen Seite die Anforderungen der Wirtschaft, der Gesellschaft und fordert deshalb auch keine Stundenreduktion. Das muss nicht immer ein Widerspruch sein. Aber wichtig ist, dass wir die Jugend anleiten, Lernen zu lernen. Wir sind in der Informations- und Mediengesellschaft und daher ist es notwendig, hier im pädagogischen Umgang nicht alles auf die reine Wissensvermittlung zu beschränken. Denn seien wir ehrlich, wenn ich heute etwa frage, wie die Hauptstadt von Venezuela heißt, wird mir das nicht jeder eindeutig beantwor-

ten können. Aber wichtig ist, dass er weiß, wo er es findet. Das war jetzt bitte keine Prüfung für die Kollegen. Entscheidend ist, den Zugang zu erlangen. Und wenn es auch um geforderte Schwerpunkte gegangen ist und da Kritik gekommen ist. Es gibt doch geforderte Schwerpunkte. In meiner Bezirksstadt haben wir einen musischen Schwerpunkt, wir haben einen sportlichen Schwerpunkt. Es gibt andere Schulen mit ökologischem Schwerpunkt. Also es ist eine ganze Menge in diesem Bereich bereits vorhanden.

Die politische Bildung schaut ein bisschen anders aus. Hier ist der Ist-Zustand wirklich nicht optimal, speziell im Bereich der AHS. Nicht ideal, weder von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, noch – und das ist viel schlimmer – von der geübten Praxis. Ich habe persönlich einige sehr positive Erlebnisse hinter mir, aus Diskussionen in Schulen, an denen ich teilgenommen habe, gemeinsam mit Vertretern anderer Parteien, wodurch sich die Schüler wirklich ein Bild von der Einstellung der politischen Parteien machen konnten. Ich habe schon mehrere Einladungen in Schulen angenommen, um über demokratiepolitische Grundsätze, über demokratiepolitische Einrichtungen mit den Schülern zu diskutieren. Und das wird hervorragend angenommen. Das Wissen der Jugend ist besser, als viele von uns meinen oder glauben. Das Interesse ist relativ hoch. Nicht nur durch die Repolitisierung der letzten Wochen oder Monate, sondern auch schon in den vergangenen Jahren. Und ich glaube, hier sollten wir die Scheu ablegen und Politik in den Schulen – ich sage Politik, nicht Parteipolitik – sondern Politik in den Schulen zulassen. Oder der Jugend die Chance geben, sich damit auseinander setzen zu können. Und wer wäre prädestinierter als die, die das beruflich machen, nämlich die Politiker?

Was mir heute überhaupt noch abgegangen ist bei den vielen Wortmeldungen vor mir war die Frage der Klassenschülerhöchstzahlen. Was durchaus eine pädagogisch berechtigte Forderung darstellt. Die „Aktion kritischer Schüler und Schülerinnen“ startet derzeit ein Schüler- und Schülerinnenbegehren „from the future“ zu diesem Thema. Leider wissen wir, dass zwei Dinge dagegen sprechen. Auf der einen Seite der Staatshaushalt, wo es um das Personal und um die Stunden geht, und auf der anderen Seite die Gemeindehaushalte, wo ja der Schulerhalter finanziell sehr gefordert wäre. Aber auch diese Frage werden wir auf Dauer nicht wegschieben können. Wir müssen einmal klar feststellen, können wir uns das leisten oder wollen wir uns eine bessere Ausbildung für unsere Jugend unter besseren Bedingungen leisten.

Die Frage der Lehrer: Die Jugend möchte gern ein anonymes Lehrerfeedback. Es sind bereits Versuche erfolgt. Es gibt Impulsunterlagen dazu. Und ich stehe dem grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Spricht eigentlich nichts dagegen. Aber es ist dafür auch die entsprechende Akzeptanz nötig. Und diese Akzeptanz kann nur in der Schulgemeinschaft selbst gefunden werden. Gute Pädagogen und Pädagoginnen werden diesen Vergleich nicht zu scheuen brauchen und andere wissen ohnehin, wo sie stehen. Die Frage der Lehrerausbildung ganz einfach beantwortet: Gültiges Recht. Es gibt den Beschluss über das Akademiestudiengesetz und es ist vorgesehen, die Ausbildung der Pflichtschullehrer auf universitäres Niveau anzuheben. Und nachdem die gültige Rechtslage vorhanden ist, dürfte das kein Thema sein, sondern müsste auf dieser Ebene dann behandelt werden, um dort mehr Pädagogik, mehr Praxis für die Zukunft einzufordern. Aber da besteht ja die Chance in der nächsten Zeit in der Umsetzungsphase das einzubringen. Die Lehrerfortbildung, ich glaube, da kann sich Niederösterreich vorbildlich vor den Vorhang stellen. Denn wenn man es durchrechnet, kommt jede Kollegin oder jeder Kollege von den NÖ Lehrern im Schnitt auf zirka zweieinhalb Fortbildungsveranstaltungen pro Jahr.

Was mich freut ist, dass die Jugend auch die Notwendigkeit moderner Arbeit erkennt. Förderung von Kommunikationstechnik, Rhetorik, Öffentlichkeitsarbeit, Projekte. Und da habe ich sehr viele positive persönliche Erlebnisse, wie viele von ihnen genauso, wenn man in die Schulen kommt. Das vernetzte Denken, die übergreifenden Inhalte zwischen den einzelnen Gegenständen werden in diesen Projekten hervorragend behandelt.

Man muss allerdings dazu sagen, dass das Land großteils die vorgelagerte Instanz ist und viele Dinge bundespolitische Zuständigkeit aufweisen. Das bietet Gelegenheit, die Zukunft der Bildung und damit auch das Regierungsübereinkommen zwischen ÖVP und Freiheitlichen zu beleuchten. Ich habe so den Eindruck seit einiger Zeit, dass die Frau Bundesminister Gehrler als Ressortverantwortliche eine Linie fährt, die dahin geht, Rücknahme des Staates aus Bereichen der Bildung. Und das deutlichste Signal ist die geplante Vollrechtsfähigkeit unserer Universitäten. Was über kurz oder lang gleichbedeutend ist mit der Einführung von Studiengebühren. Obwohl auf der anderen Seite die Schülerbeihilfen und die Stipendien für die nächsten vier Jahre eingefroren werden. Das bedeutet weiters, dass der freie Zugang zur Bildung in Zukunft nicht mehr vollends gegeben sein wird, denn auch ein Ausgleich durch Stipendien wird nie sozial gerecht sein, wenn wir nicht

vorher die Frage der Einheitswertbescheide oder die Frage der Bilanzen von zwei Berufsgruppen diskutieren, um gleiche Voraussetzungen für alle zu schaffen.

Unser Schul- und Bildungssystem ist an sich sehr gut. Dennoch muss es permanent verändert werden. Das Nachhilfewesen explodiert - enorme Kosten für die Eltern. Zum Beispiel würde ein automatisches Aufsteigen mit einem Nicht Genügend in etwa vier Milliarden an budgetären Einsparungen bedeuten. Die geplante Förderung von Spitzenleistungen verhindert eine Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen und stellt eine einseitige Maßnahme dar, die Entwicklungsphasen, Reifegrad, nicht berücksichtigt. Die gemeinsame Schule der Zehn- bis Fünfzehnjährigen würde ebenfalls im optimalsten Fall vier Milliarden Schilling einsparen. Und würde auch Sinn machen. Auch denkt man derzeit nicht an eine Veränderung des derzeitigen Beurteilungssystemes. Wir müssen hinkommen zu einem Modularsystem in unserem Bildungssystem um die Durchlässigkeit zu erhöhen. Um Anrechenbarkeiten zu geben und die Drop out-Rate damit zu senken.

Und ganz schwierig ist es im berufsbildenden Bereich. Hier kommt es in Zukunft zu massiven Schlechterstellungen. Einerseits erhalten die Unternehmer drei Milliarden, die für sie reserviert sind, zur Bezahlung der Berufsschulzeit. Auf der anderen Seite läuft das Jugendausbildungs-Sicherungs-gesetz mit dem Jahre 2000 aus. Die Sistierung des Repetierverbotes läuft 2001 aus. Die ursprünglich vorgesehene Milliarde für den Berufsausbildungsfonds fehlt vollkommen, ist nicht mehr vorgesehen. Das Lehrstellenangebot ist sinkend. All das kann im Herbst dieses Jahres 8.000 bis 10.000 Jugendliche negativ betreffen durch Arbeitslosigkeit. Und genau das wollen wir nicht! Niederösterreich hat hier hervorragende Arbeit geleistet. Gerade im Berufsschulbereich hat Landeshauptmannstellvertreter Höger ein 800-Millionen-Paket geschnürt, das hier gute Voraussetzungen für die jungen Menschen in der Berufsausbildung gewährleistet.

Zur Form des Jugendkongresses selber: Es ist jetzt die Präsidiale am Zug. Wesentlich wird sein, den Dialog aufrecht zu erhalten. Das Feedback, die Rückmeldung erreichter Verbesserungen wird laufend notwendig sein, auch an die Jugend. Und ich möchte noch auf einige meiner Vorredner eingehen. Der Herr Kollege Erber hat sich bei den Fraktionen bedankt, dass nicht parteipolitisch, sondern sachpolitisch vorgegangen worden ist im Ausschuss und in den Unterausschüssen. Das Sachpolitische hat nur von ihm in der Rede ein bisschen gefehlt. Es war eine Dankes- und Lobrede für Politi-

ker seiner Fraktion und Referate. Man darf nicht vergessen, dass die Zuständigkeit im Jugendbereich zweigeteilt ist. Dass die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer Zuständigkeitsbereiche aufweisen. Und ich erinnere nur an den Bereich der Jugendwohlfahrt, wo gerade in letzter Zeit - und als Vorsitzender einer Organisation im Jugendwohlfahrtsbereich kann ich das beruhigt feststellen - enorme Weichenstellungen vorgenommen wurden und viel für die Zukunft in Angriff genommen wird.

Die Kollegin Mag. Weinzinger hat den Zeitfaktor angesprochen. Wir haben trotz der Unterausschüsse nicht verzögert. Wir haben den März geschafft, obwohl es schon Befürchtungen gab, dass das bis April dauern könnte. Aber Qualität geht mir vor Zeitspanne! Und der Unterausschuss war nicht die Notbremse, sondern in Wirklichkeit die Bewertung, die Wertigkeit. Und ich habe so ein bisschen den Eindruck, Sie wollen demokratiepolitische Usancen manchmal nicht zur Kenntnis nehmen und haben sich damit auf administrative und Formulierungsfragen in erster Linie gelegt. Sie behaupten, alles ist laut Antragsformulierung erledigt. Das stimmt absolut nicht! Ich lade Sie ein, diesen Antrag gemäß § 29 durchzulesen. Es sind noch sehr viele Bereiche offen. Natürlich sind wir stolz, dass es in der kurzen Zeit, seit das virulent geworden ist, bereits einige Aktivitäten gegeben hat. Und das ist ja schlussendlich auch der Sinn.

Der Herr Kollege Mag. Heuras konnte sich einen Seitenhieb auf die AKS nicht verkneifen und hat die ÖVP anscheinend als alleinigen Jugendvertreter hingestellt. Da muss ich aber sagen, gerade mit seiner Rede hat der Kollege Erber heute bewiesen, dass er sich von einer Jugendpolitik, von einer fordernden Jugendpolitik verabschiedet hat und sich in die Reihe der Etablierten gestellt hat. Und ich glaube, dass die Jugendlichen das auch so sehen werden.

Zu den Anträgen, die der Kollege Mag. Fasan eingebracht hat: Die Lehramtsausbildung ist mit dem Akademiestudiengesetz beantwortet. Das Ersuchen an die Direktionen, zu informieren, wurde mit der Forderung des Landesschulrates und mit der Weiterleitung der Forderungen des Jugendkongresses erfüllt. Und so viel traue ich jedem Direktor zu, dass er sich auch in einer Konferenz mit dieser Thematik auseinandersetzt. Das scheint mir nur eine Fleißaufgabe zu sein. Zum Resolutionsantrag Nummer fünf, da muss ich Ihnen eines sagen: Die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop hat gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer den NÖ Suchtplan in Auf-

trag gegeben. Hat den Auftrag gegeben, einen Folder für die Schulen zu erstellen. Und der Antrag ist auch durch das Suchtmittelgesetz und wie ich vorher angeführt habe eigentlich erledigt. Wichtig ist im Bereich der Drogenprävention Beratung, Behandlung, Therapie und Information. Zu den Anträgen 6 bis 9 kann ich nur sagen, das sind punktuelle Herausnahmen aus dem Gesamtantrag. Die sind in der Gesamtkonzeption enthalten. Und daher ist das nur eine zusätzliche Aufgabe, um mit Anträgen im Jugendbereich punkten zu können. Und eine doppelte Absicherung, ein doppeltes Netz brauchen wir in dieser Angelegenheit nicht. Daher sehe ich auch keine Veranlassung, diese Anträge von Seiten meiner Fraktion zu unterstützen.

Den gemeinsamen Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz, Erber und meiner Person, den tragen wir natürlich gerne mit. Denn dieser Antrag soll die derzeitige Regierung durch Verhandlungen dazu bringen, Verbesserungen im Bildungsbereich vorzunehmen, aber auch Verbesserungen logischerweise damit zum Regierungsüberkommen. Ich darf dann abschließend sagen, dass meine Fraktion die Jugendarbeit auch in Zukunft ernst nehmen wird, die treibende Kraft sein wird. Wir bleiben dran. Und wir werden die Interessen der Jugendlichen auch in Zukunft unterstützen und sie nicht bevormunden. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Präs. Mag. Freibauer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. WENINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zu den von mir während meines Debattenbeitrages eingebrachten Resolutionsantrag nochmal Stellung nehmen und eine Abänderung bekannt geben.

Resolutionsantrag der Abgeordneten Weninger, Erber und Rosenkranz zum Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. gemäß § 29 LGO zu den Forderungen des Jugendkongresses vom 4.11.1999 an den Landtag von NÖ betreffend Senkung des Wahlalters. Die Begründung auf Seite 1 bleibt unverändert. Auf der Seite 2 wurden Änderungen vorgenommen, die ich dem Hohen Landtag hiermit zur Kenntnis bringe *(liest)*:

„Es sollten daher auf Bundesebene die gesetzlichen Regelungen geschaffen werden, die eine Einbindung von Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr in das Wahlrecht zu allen Wahlkörpern (direkt-demokratische Maßnahmen) ermöglichen. Obwohl Meinungsumfragen bestätigen, dass heute zunehmend mehr junge Menschen an Politik interessiert sind als in der Vergangenheit, sollte dennoch die

politische Bildung in den verschiedenen Ausbildungsbereichen von jungen Menschen qualitativ und quantitativ verstärkt werden, um so auch den Jugendlichen die notwendigen Grundlagen für ihre politischen Entscheidungsmöglichkeiten zu geben.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden,

1. dass es im Sinne der Antragsbegründung zu der Schaffung von rechtlichen Möglichkeiten zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre kommt und
2. dass die politische Bildung als Unterrichtsfach in allen Schulformen eingeführt wird.“

Ich ersuche um Ihre Zustimmung. Danke.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer das Wort.

LHStv. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte nur ein paar Bemerkungen dazu machen, weil ich auch hier diesen Jugendkongress als eine wertvolle Bereicherung unserer Arbeit ansehe und weil ich vor allem in wiederholten Hinweisen auf die gemeinsame Jugendpolitik, die wir zu leisten haben, angesprochen wurde. Und ich möchte hier sagen, dass wir, unabhängig von unmittelbaren Zuständigkeiten, die Jugendpolitik als Ganzes sehen. Und möchte mich auch bei der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop bedanken, dass das in einer wirklichen Einhelligkeit betrieben wird und nicht in einer strengen Aufteilung der Zuständigkeiten gesehen wird.

Wir haben erst heute eine gemeinsame Pressekonzferenz abgehalten zu einem Bereich der Jugendarbeit, nämlich „JUPRO“. Das kann man deuten als „Jugend-Projekt“, man kann es auch umdrehen: „Pro Jugend für Niederösterreich“. Wir haben dafür unsere Vorstellungen entwickelt und das ist auch ein Teil. Und ich glaube, dass Jugendpolitik und Jugendhilfe insgesamt sehr wohl ein Gesamtanliegen bleiben muss. Und ich möchte das unterstreichen.

Weil immer wieder auch hingewiesen wurde auf die Frage der Drogen und anderer Suchtmittel. Ich habe eine Studie vorgestellt und da sind schon Zusammenhänge zwischen dem Verhalten, der familiären Situation, des schulischen Bereiches und dem damit zusammenhängenden Konsum zu erkennen. Das ist eindeutig. Ich glaube, dass die

Risikogruppen doch klar definiert werden können und daher auch Gegensteuerungsmaßnahmen entsprechend eingesetzt werden können. Jedenfalls war einer der eindrucksvollsten Zahlen aus dieser Studie für mich zumindest, dass 50 Prozent der Jugendlichen, von denen man nicht weiß, wann sie nach Hause kommen oder wie sie ihre Freizeit verbringen also bei der Risikogruppe anzutreffen sind, während zum Beispiel nur sechs Prozent der gleichen Altersgruppe anzutreffen sind bei Jugendlichen, die in Verhältnissen leben, wo das nicht unkontrolliert ist. Also hier gibt es schon Zusammenhänge zwischen dem Dialog in der Familie, der Einbindung und dem Verhalten nach außen oder dem, was man Risikogruppe nennt.

Ich glaube zum Zweiten, es wird immer gefordert und es gab auch eine Veranstaltung von Seiten der Freiheitlichen Partei. Wir haben beide daran teilgenommen, weil ich glaube, dass das selbstverständlich ist, dass man hier auch seine Bereitschaft sozusagen zeigt, dass hier die Diskussion auf allen Ebenen gegeben sein soll. Und auch dort wurde sehr deutlich gezeigt und aufgerissen die Problematik letztlich des Drogenkonsums oder der Gefährdung wenn man nicht entsprechende andere unterstützende Maßnahmen setzt. Das heißt, niemand kann – und das möchte ich herausstreichen – niemand kann nur eine Drogenpolitik wollen, die darin mündet sozusagen vielleicht in ein höheres Strafausmaß. Das ist alles sinnlos, denn man muss das als Ganzes sehen, dann ist es erfolgreich. Und wir betrachten das auch als Ganzes. Nämlich wir betrachten die gesamte Frage der Suchtgifte als eine Aufgabe der Prävention, der Beratung und der Therapie. Und die sind ineinander eben verwunden. Und wir haben hier, wenn auch nicht vielleicht mit gleichen Titeln wie andere Bundesländer, doch ein sehr abgestuftes System der Unterstützung. Und das beginnt eben im Bereich der Beratung genauso wie im Bereich der Therapie. Und wenn man über die Einrichtungen spricht, dann soll man das nicht immer gleichsetzen mit dem Namen, sondern mit dem, was an Zielsetzung gegeben ist. Und da, glaube ich, ist Niederösterreich ganz hervorragend vertreten mit seinen abgestuften Einrichtungen.

Zum Letzten möchte ich sagen, was mich besonders freut ist eigentlich, dass wir heute so als Ausfluss dieses Jugendkongresses einen Resolutionsantrag haben, der sich mit der Absenkung des Wahlalters beschäftigt. Und der nun verabschiedet wird. Ich glaube, dass man hier einen Resolutionsantrag zur Abstimmung bringt, der eigentlich eine Sensation darstellt. Das möchte ich schon einmal feststellen. Denn vor kürzerer Zeit hat man noch diskutiert, in welcher Abstufung diese Berechtigung bei Wahlen sein soll. Und es war immer unser

Standpunkt, dass, wenn man berechtigt ist, an einer Wahl teilzunehmen, dann muss das auf allen Gebietskörperschaften gelten. Ich glaube, dass das wirklich ein großartiger Resolutionsantrag ist. Weil ich wirklich überzeugt bin, dass die Jugendarbeit auch dadurch zum Ausdruck kommt, dass man die Anliegen der Jugend vor allem durch die direkte Mitsprache unterstützt. Und die direkte Mitsprache ist eben Ausdruck der Wahlberechtigung. Und in dem Sinne freue ich mich wirklich darüber, dass das heute zustande kommt. Dieser Jugendkongress hat damit eigentlich etwas bewirkt, von dem ich meine, dass ohne diesen Kongress, ohne diese Beschäftigung vielleicht das nicht so einhellig, politisch einhellig heute beschlossen werden könnte.

In dem Sinne möchte ich das wirklich als eine Bereicherung ansehen. Wertvolle Impulse, wertvolle Beschlüsse. Und ich möchte noch einmal versichern, dass ich Jugendpolitik so verstehe, dass wir dort zu helfen haben, wo der niedrigste Ansatz hinsichtlich der Beeinflussung gegeben ist, wir uns immer so zu verhalten haben, dass wir die bestmögliche Unterstützung geben, um letztlich das zu erreichen, was hier vorbereitet werden soll. Nämlich die Bewältigung und die Verantwortung des eigenen Lebens. Und in dem Sinne verstehe ich auch Jugendarbeit. Und in dem Sinne verstehe ich auch alle Maßnahmen, auch in den anderen Bereichen der Prävention und in den Bereichen der Information. Ich möchte mich wirklich herzlich bedanken, dass hier Jugendarbeit und Jugendhilfe so über die politischen Grenzen hinaus gemeinsam betrieben werden kann. Danke! (*Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop.

LHStv. PROKOP (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zum Schluss jetzt auch noch zu diesem ersten Jugendkongress dieser Art wirklich ein herzliches Danke sagen, dass er in dieser Form abgeführt werden konnte. Ich habe auch schon eine Nachbereitung mit einigen, die hier teilgenommen haben, erlebt. Und das Schöne war, dass die Jugendlichen selbst sehr begeistert waren. Sehr angetan waren von der Arbeit. Und daher ist es unsere Pflicht, sehr intensiv uns damit zu befassen.

Ich muss nur ein Beispiel auch noch anführen und ein bisschen erläutern, nämlich den Vergleich mit Kollegen Erber und seiner Position als Jugendvertreter einer Organisation und als Abgeordneter

dieses Hauses. Dass das unvereinbar sei, so unmöglich wie dass man schneller als der Ball sein muss wenn man alleine das weiter bringen muss. Frau Kollegin! Das ist absolut falsch! Dann lägen Sie sicher falsch, wenn Sie schneller als der Ball wären. Weil dann erwischen Sie den Ball nicht mehr. Der Ball ist hinter Ihnen. Das hängt von der Technik ab. Dribbeln oder Peppeln muss man können. Und je besser man es kann, desto schneller ist man mit dem Ball und kann auch alleine mit dem Ball sehr viel machen. Daher halte ich es auch für richtig, dass Vertreter verschiedenster Gruppierungen in unserem Land sehr wohl im Landtag sitzen, in den Gremien sitzen und auch hier Stellung nehmen. Andernfalls hieße das ja, dass ein Lehrvertreter nicht mehr hier zur Bildungspolitik sprechen dürfte. Ist heute auch schon geschehen. Es dürfte nicht sein, dass ein Bauer, ein Landwirt, hier zur Agrarpolitik spricht etc., etc. Es bleibt Ihnen natürlich unbenommen, eine Meinung zu haben, was unvereinbar ist. Ich halte es einfach in dieser Form auch für sehr gut, dass wir im Landtag Jugendvertreter haben. Es ist einfach großartig. Und ich freue mich darüber, dass diese Möglichkeit gegeben ist.

Es hat auch Abgeordneter Weninger gesagt, dass es quer durch die Parteien differenzierte Meinung zu der Absenkung des Wahlalters gibt. Es hat in allen Parteien Pro und Kontra gegeben. Für mich war interessant, ich habe in Schuldiskussionen des öfteren dann so in der Runde gefragt, seid ihr dafür, dass man das Wahlalter auf 16 senkt oder nicht. Und für mich war es überraschend, dass die Jugendlichen zu einer hohen, überwiegenden Mehrheit Nein gesagt haben. Die Jugendlichen sind selbst interessiert daran. Ich habe gestern bei der Landesjugendreferentenkonferenz in Innsbruck eine noch nicht veröffentlichte Studie aus Deutschland, Schweiz und Österreich präsentiert bekommen, in der auch das abgefragt wurde. Denn in Deutschland ist das in manchen Bundesländern gesenkt worden. Und man hat schlechte Erfahrungen damit gemacht. Und auch dort ist ein ganz geringer Prozentsatz der Jugendlichen dafür. Interessant ist vor allem, dass mit steigendem Alter, es sind 14- bis 18-Jährige gefragt worden, mit steigendem Alter das Interesse, jünger zu wählen, sinkend ist. Auch das muss man wissen wenn man sich mit diesem Thema befasst.

Es ist von Abgeordneten Weninger auch die „Jugendfreundliche Gemeinde“ angesprochen worden. Wir haben – und das auch zu dem Wunsch nach einer Enquete, die hier abzuführen ist - wir haben heuer schon eine Enquete zu diesem Thema abgeführt: „Jugendarbeit im Jahr 2000“. Und hier ist insbesondere der Teil der Jugendfreundlichen Ge-

meinde abgehandelt worden, weil wir hier in vielen Jahren sehr viel gemacht haben. Wir sind jetzt auf einem Niveau, auf dem wir überlegen müssen, wie können wir das weiter führen. Und hier ist der Vorschlag - daran wird jetzt gearbeitet - Qualitätssicherung zu betreiben und die Form der Jugendfreundlichen Gemeinde in einer anderen Form weiter zu führen. Wobei man dann den Gemeinden an die Hand gehen muss, diese Jugendfreundlichkeit zu erhalten, auszubauen und sicherlich auch mit Projekten in einer anderen Form zu füllen.

Dass hier ein Teil von Kollegen Cerwenka als bildungspolitische Diskussion und Kritik am Regierungsprogramm vorgetragen wurde, ist an und für sich kein Teil dieses Jugendkongresses gewesen. Und vieles davon scheint ein bisschen eine Kaffeesudleserei. Denn dass es Studiengebühren geben wird, lese ich in keinem Teil des Programmes. Und ich habe auch Sorge, dass man jetzt nur mit dem Bereiche der Lehrerausbildung - und das ist der einzige Punkt, da kann ich mich mit Kollegen Mag. Fasan treffen - dass die Anhebung der Lehrerausbildung auf Hochschulniveau noch lange nicht das, was hier gemeint war, an methodischem Können auch tatsächlich beinhalten wird. Dass es dort dann hinein gehört. Aber es gehörte grundsätzlich, egal wie und wo es läuft, einmal verstärkt eingebunden. Denn das methodische Können - nicht bei den Pflichtschulen, bei den AHS und bei den höheren Schulen - ist eines jener Probleme, die von den Jugendlichen hier angesprochen wurden.

Ich freue mich, dass diese Arbeit fortgesetzt werden soll. Ich danke der Präsidiale, dass sie schon die Gespräche aufgenommen hat. Ich glaube auch, dass die Erfahrung dieses ersten Kongresses in den zweiten Kongress eingebaut werden wird müssen. Ein Teil betrifft auch die Teilnehmer, die Gruppierung der Teilnehmer. Denn es wurde hier auch zu Recht kritisiert, dass relativ wenig Lehrlinge und Berufsschüler da waren, wobei ja 50 Prozent der Jugendlichen in diese Kategorie gehören. Es ist auch sicherlich beim zweiten Kongress der Bericht aus dem ersten neuerlich zu geben, damit die jungen Leute wissen - denn es wird ein großer Teil anderer Teilnehmer sein - was schon debattiert wurde und was schon abgehandelt wurde.

Und von den 46 Forderungen, die hier gestellt wurden, die wir sehr genau bearbeitet und sehr genau uns angeschaut haben, sind eben tatsächlich einige, die an den Bund zu richten sind. Und das ist kein Abschieben. Auch das müssen wir den jungen Menschen sagen, wo die Kompetenzzugehörigkeiten sind. Es hat keinen Sinn, an jemanden eine Forderung zu stellen, die er nicht erfüllen

kann. Man kann jetzt auch nicht innerhalb der Familie sagen, Vater, du musst mir alles machen, wenn der Vater das Geld nicht dafür hat oder die Möglichkeiten nicht hat, das umzusetzen. Das ist auch ein gewisser Informationsfluss, der notwendig ist. Aber wir können hier Mittler sein. Wir können zum Bund, wie es auch hier in den Anträgen gefordert ist, Mittler sein, dass wir den Wunsch der politischen Bildung, der ausdrücklich gefordert wurde, den Wunsch nach politischer Bildung weiter geben. Denn das ist etwas, was Gottseidank von den jungen Leuten immer wieder als eine ausdrückliche Forderung gebracht wird.

Für uns alle wäre es schön, wenn wir die Klassenschülerhöchstzahlen senken könnten. Aber es ist ein Problem, das natürlich mit Kosten verbunden ist und zumindest kurzzeitig nicht erfüllbar ist. Und es gibt natürlich Forderungen, die an uns direkt zu richten waren und zu richten sind. Und wenn jetzt in dem Bericht zum Teil schon steht, ist erfüllt, ist erfüllt, ist erfüllt, wenn das kritisiert wird, ja, dann kann ich das nur zur Kenntnis nehmen. Nur, Tatsache ist, wir haben es in der Zeit erfüllt, seit dieser Kongress stattgefunden hat. Ich glaube, man soll nicht kritisieren, wenn etwas schnell gemacht wird. Also manche der Wünsche sind, weil sie schon in Arbeit waren, etwas schneller erledigt worden. Und man kann es dann Gottseidank abhaken und den Mitgliedern dieses Kongresses mitteilen, dass ihre Wünsche schon erfüllt sind.

Dieses Forderungspaket ist in vielen Punkten auch schon in die Jugendarbeit 2000 aufgenommen worden. Einen Bereich hat Herr Kollege Dr. Bauer schon angesprochen. Die Frage der Drogen, der Maßnahmen und der Arbeit im Bereiche der Drogen. Hier ist eben der wirksame Schutz zu finden im Bereich eines Suchtplanes, der im Mai vorliegen wird. Und wir werden - nur ein Bereich daraus - in der sekundären Suchtprävention ganz konkret auf die gefährdeten Jugendlichen zugehen. Und wir werden noch im ersten Halbjahr mobile Jugendarbeit mit Streetworkern einführen. Streetworker werden hier in regionalen Teams arbeiten, Jugendliche bei Veranstaltungen, Raves, Clubbings, aber auch in Jugendzentren, in Parks, in Treffs, wo die jungen Leute zusammen kommen, betreuen. Dort dabei sein, Ansprechpartner sein. Ich weiß, dass das Neuland vor allem am flachen Land, in einem Land von der Struktur Niederösterreichs ist. Wir müssen das Projekt sehr, sehr sorgfältig aufbereiten. Wir werden aber bis zum Sommer in zwei Regionen starten. Und hier ist zum Beispiel „Auftrieb“ einer jener Partner, die wir hier eingebunden haben, weil wir vorhandene Strukturen mit aufgreifen. Ein zweites Projekt, das an und für sich auch hier angesprochen war, ist das Projekt

X-point-Schul-Sozialarbeit. Auch das ist bereits laufend. Und wir wollen dieses, weil es so gut läuft, als Institutionalisierung bringen und damit stärkere und regional gestreute Ansprechmöglichkeiten für junge Menschen mit Problemen. Nicht nur mit Drogenproblemen. Es gibt viele andere Probleme. Wenn ich nur diesen schrecklichen Internet-Selbstmord hernehme, den man nicht erkannt hat. Dort sind Sozialarbeiter regelmäßig in der Schule, den Schülern bekannt, und können, weil dadurch die Hemmschwelle genommen wird, auch als Ansprechpartner gelten.

Die Jugendschutzbestimmungen: Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtages! Es ist fast ein Leidensweg! Wir haben vor fünf Jahren in der Jugendreferentenkonferenz beschlossen, sie bundesweit zu harmonisieren. Es hat eine Arbeitsgruppe sehr, sehr lange getagt. Und im Herbst hat es sich abgezeichnet, dass dort nichts rauskommt. Darauf habe ich dann hier in Niederösterreich einmal die Initiative ergriffen und habe gesagt, wenn es die anderen nicht können, wir wollen mit Wien sprechen. Und ich habe die Kollegin Laska gebeten, dass wir gemeinsam versuchen, das zu machen. Wir haben dann auch noch Burgenland eingebunden. Und wir sind jetzt, gestern, beauftragt worden, das voranzutreiben. Und Oberösterreich, Tirol ist ebenfalls bereit, hier mit einzusteigen. Und ich bin überzeugt, dass auf Sicht die anderen auch hier mittun. Es ist nicht verständlich, und da gebe ich Ihnen völlig Recht, dass in jedem Bundesland der junge Mensch eine andere Regel hat. Und je weniger er die Regeln kennt, desto schwieriger ist es, sie auch einzuhalten. Wir wollen dabei das Gesetz nicht nur auf diese Abstimmungen und Harmonisierungen hin prüfen, sondern wir wollen dabei mehr. Und das gehört dazu. Das hat die Frau Kollegin Laska ausgesprochen. Wir werden bis zum Sommer einen Entwurf fertig haben, den wir dann in unseren Regionen diskutieren, mit den Betroffenen diskutieren, und dann gemeinsam in den beiden Bundesländern noch einmal diskutieren, um ihn im Herbst in den Landtag zu bringen zu einer Beschlussfassung. Das Gesetz soll auch vereinfacht werden. Denn es muss lesbar sein. Der junge Mensch darf nicht über komplizierte Formulierungen stolpern. Und wir wollen vor allem auch die neuen Problematiken hineinbringen wie zum Beispiel die Telekommunikation etc. Welche Probleme hier mit den neuen Techniken jetzt gegeben sind.

Die Jugend-Infostelle, die hier angesprochen wurde: Wir haben hier sehr intensiv geplant. Wir hatten schon verschiedene Standorte. Wir wären schon früher dran gewesen, wenn manches mit Partnern leichter gegangen wäre. Wir haben eine

Außenstelle. Wir wollen einerseits hier in St. Pölten etwas zentral errichten. Und wir werden sie dann mit anderen Partnern, und hier ist „Auftrieb“ wieder ein Partner, gemeinsam machen. Nur brauchen wir zuerst einmal das Basisnetzwerk. Denn da soll ja nicht nur persönliche Information gegeben werden, sondern es muss die moderne Telekommunikation möglich sein. Dass man aus jeder Stelle über Internet all diese Informationen auch abrufen kann. Das bauen wir hier in St. Pölten auf. Und wenn das vorhanden ist, wird das mit anderen Partnern ebenfalls weiter gegeben. Wir werden relativ schnell dann in Niederösterreich, weil wir diesen Weg so gehen, in allen Landesvierteln diese Angebote haben.

Damit möchte ich zum Schluss einfach sagen, dass ich froh bin, wenn ein Jugendkongress in dieser Form stattfindet. Zum Zweiten, wenn Forderungen gestellt werden, die sich mit unserer Arbeit eigentlich weitgehend decken. Weil es hilft auch, dass manches schneller zustande kommt. Dass man da oder dort einmal Unterstützung auch als Politiker hat, die man sonst nicht hätte, wenn es von einer breiten betroffenen Gruppe auch gefordert wird. Und daher freue ich mich, dass vieles davon auch schon erledigt wurde. Weil man manchmal auch andere Prioritäten setzen kann. Ich freue mich, dass dieser Kongress weiter geführt werden soll. Denn ich glaube, es ist eine Möglichkeit des Dialoges mit den jungen Menschen in einer sehr interessanten politischen Art und Weise. Und ich glaube, dass wir da miteinander auch unser schönes Niederösterreich noch ein bisschen jugendfreundlicher machen können. Und damit den jungen Menschen eine Möglichkeit geben, hier nicht nur mitzudenken, sondern auch mitzugestalten und sich damit auch wohl zu fühlen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger das Wort.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ein Missverständnis oder sonst irrtümliche Einschätzung ist aufgetreten, die ich nicht so im Raum stehen lassen möchte. Daher eine tatsächliche Berichtigung zu den Ausführungen der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop. Es ist sehr in meinem Willen, dass ein Jugendvertreter, ein Bauer, eine Bäuerin, verschiedenste Bevölkerungsgruppen, sich als Abgeordnete wieder finden. Allerdings habe ich Einspruch eingelegt von meiner Einschätzung her, dass in Personalunion man zwei Funktionen in einem wahrnimmt, wie das beim Kollegen Erber meiner Ansicht nach der Fall war.

Nämlich einerseits Delegationsleiter der Jugendlichen zu sein und gleichzeitig sein Hauptansprechpartner im Landtag als solches. Ich habe sicher nichts dagegen, dass der Kollege Erber als Jugendvertreter hier Abgeordneter ist – ganz im Gegenteil. Ich glaube allerdings, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, hier eine Delegationsführung der Jugendlichen zustande zu bekommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Mag. Heuras das Wort.

Abg. Mag. HEURAS (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte nur ganz kurz zu den Resolutionsanträgen der grünen Fraktion Stellung nehmen.

Im Antrag des Schul-, Sozial- und Kultur-Ausschusses hat es geheißen, die Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Bereich dafür Sorge zu tragen, dass die beim ersten NÖ Jugendkongress des NÖ Landtages beschlossenen Forderungen beachtet und nach Maßgabe des oben ausgeführten so weit wie möglich verwirklicht werden und über die Ergebnisse dem Landtag zu berichten sei. Ich halte diese Formulierung für eine sehr umfassende, alle Punkte beinhaltende. Und halte es daher für nicht zweckmäßig und zielführend, dass wir jetzt einzelne Punkte herausgreifen und dazu einzelne Resolutionsanträge unterstützen sollen. Weil es einer Verzerrung der einzelnen Punkte der Jugend gleichkommen würde, und, wie ich glaube, die Gewichtung dann nicht mehr ganz stimmen würde. Im übrigen habe ich den Eindruck, dass hier versucht wird, auf Kosten der Jugend auch ein wenig politisches Kapital zu schlagen. Und daher werden wir diese Resolutionsanträge, weil sie umfassend ja im Text enthalten sind, ablehnen.

Auch was die Vorbereitung des nächsten Jugendkongresses betrifft, darf ich festhalten, dass, so wie beim letzten Mal der Herr Präsident in Zusammenarbeit mit der Jugendkommission und mit dem Jugendreferat auch den nächsten Jugendkongress vorbereiten wird. Und vielleicht zum Kollegen Cerwenka noch einen Satz. Es hat mich ein bisschen irritiert, dass du so klar die Nähe und Unterstützung der „Aktion Kritischer Schüler“ hier demonstrierst. Ich würde euch nur bitten, schaut euch einmal die Plakate der „Aktion Kritischer Schüler“ an. *(Abg. Cerwenka: Macht das nicht Sinn, wenn die AKS für eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl eintritt?)*

Nein. Das schon. Grundsätzlich - die Unterstützung der „Aktion Kritischer Schüler“, was diese Plakatserie jetzt betrifft. Dazu muss ich ganz ehrlich sagen, das halte ich schon für sehr geschmacklos. Ich

halte es sogar für eine Gefahr für die Jugend, was da passiert. *(Abg. Weninger: Aber politisch korrekt!)* Ich würde daher sagen, dass man diese Aktion nicht unterstützen sollte, sondern die Schüler eher davor schützen sollte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Hoher Landtag! Die Rednerliste ist erschöpft. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. HINTERHOLZER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden gemeinsamen Antrag des Schul-, Sozial- und Kultur-Ausschusses, Ltg. 342/E-1/16:)* Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die eingebrachten Resolutionsanträge. Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Wahlaltersenkung auf 16 Jahre abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle fest, das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Ich lasse nunmehr über den Antrag der Abgeordneten Rosenkranz, Erber und Cerwenka betreffend verbesserte Vorbereitung der Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Der Antrag ist angenommen!

Ich lasse nunmehr über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Weninger, Erber und Rosenkranz betreffend Senkung des Wahlalters abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Der Antrag ist angenommen!

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend verstärkte Mitbestimmung von Jugendlichen an Niederösterreichs Schulen abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Der Antrag ist abgelehnt worden! Das ist die Stimmenminderheit. *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Verbesserung der Drogenpolitik in Niederösterreich abstimmen. *(Nach Abstimmung über*

diesen Resolutionsantrag:) Der Antrag ist mit Stimmenminderheit abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Schaffung von unabhängigen Jugend-Informationsstellen in Niederösterreich steht zur Abstimmung an. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Verbesserung des öffentlichen Verkehrs für Jugendliche in Niederösterreichs Gemeinden steht zur Abstimmung an. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Verbesserung des Freizeitangebotes für Jugendliche in Niederösterreichs Gemeinden. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Verbilligung öffentlicher Verkehrsmittel für Jugendliche abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Verbesserung der Organisation des Jugendkongresses abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Kautz, die Verhandlungen zu **Ltg. 430/H-11/10** einzuleiten.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf zum Antrag Ltg. 430/H-11/10, a.ö. Krankenhaus Wr. Neustadt, Erweiterung der Kinderabteilung mit baubegleitenden Maßnah-

men (HNO und Interne), Baulos 17, Freigabe der Gesamtkosten berichten.

Von Seiten des Kommunalgipfels wurde am 16. November 1993 das Bauvorhaben a.ö. Krankenhaus Wiener Neustadt – Erweiterung der Kinderabteilung mit baubegleitenden Maßnahmen, Baulos 17, zur Planung freigegeben. Der Landtag von NÖ hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1994 die projektsvorbereitende Planung für das Vorhaben mit Planungskosten in der Höhe von insgesamt S 4.500.000,- exklusive Umsatzsteuer (Preisbasis Jänner 1993) grundsätzlich genehmigt. Der Landtag von NÖ hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1994 die projektsvorbereitenden Planungskosten in der besagten Höhe grundsätzlich genehmigt. Weiters wurde das Projekt beim KRAZAF in dessen 42. Sitzung der Fondsversammlung am 21. Juni 1995 in der eingereichten Form beschlossen. Die Zusicherung des 60-prozentigen Landesbeitrages für die Planungskosten erfolgte mit Beschluss der Landesregierung vom 13. Juli 1995. Eine Abänderung, d.h. Erhöhung der Planungskosten auf S 6.000.000,- exklusive Umsatzsteuer (Preisbasis Jänner 1998), der einleitend angeführten Zusicherung erfolgte mit Zustimmung der NÖ Landesregierung vom 9. März 1999. Die Beschlussfassung betreffend der Freigabe der Gesamtherstellungskosten in Höhe von S 78.950.000,- exklusive Umsatzsteuer auf Preisbasis 1. Oktober 1999 ist in der 21. Sitzung des Ständigen Ausschusses des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds vom 6. März 2000 vorgesehen gewesen. Ich darf daher den Antrag stellen namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend a.ö. Krankenhaus Wiener Neustadt, Erweiterung der Kinderabteilung mit baubegleitenden Maßnahmen (HNO und Interne), Baulos 17, Freigabe der Gesamtkosten *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtinvestitionskosten für das Investitionsvorhaben ‚Erweiterung der Kinderabteilung mit baubegleitenden Maßnahmen (HNO und Interne), Baulos 17‘ im a.ö. Krankenhaus Wiener Neustadt in der Höhe von S 78.950.000,- (€ 5,737.520,26) exklusive Ust auf Preisbasis 1. Oktober 1999 werden genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60-prozentigen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 NÖ KAG, LGBl.9440-13.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich auf der Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen bei Fertigstellung des Projektes durch die Kreditfinanzierung eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landes im Ausmaß von ca. 4,94 % der Gesamtinvestitionskosten. Diese errechneten Zahlungsleistungen können nicht als fix angesehen werden, da die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen noch abhängig sind von erfolgten Valorisierungen, tatsächlichen Leistungen des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der Zinsentwicklung.“

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze nur ein Statement zu dem Projekt. Wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung geben. Wir glauben, dass hier etwas sehr Sinnvolles gemacht wird. Wenn ich nur herausgreife die Säuglingszimmer, die Mutter-Kind-Zimmer insgesamt, die Spielzimmer, die Ambulanzen. Das ist eine Fortsetzung des Weges dieses Krankenhauses und dieser Abteilung, die durchaus auch im Lichte und im Zeichen der Tätigkeit des dort tätigen Primars steht. Ich glaube, das wird jeder bestätigen und das werden meine Nachredner dann aus Wiener Neustadt noch viel besser und viel präziser darstellen können.

Das einzige, was mich in diesem Zusammenhang ein wenig stört: Dass man ja bereits begonnen hat mit dem Bau. Und dass man die Baugrube so ausgehoben hat, dass man in diesem Spitalspark einen ziemlichen Kahlschlag unter den dort befindlichen Platanen durchgeführt hat, was nicht notwendig gewesen wäre in dieser Form. Es war sicher nicht möglich, dort alles an Bäumen und Baumbestand zu erhalten. Aber man hätte durchaus mit einigem guten Willen um einige Meter hier reduzieren können und hätte einige wesentliche Bäume dort erhalten können. Man hat natürlich versucht, so ein bisschen das gegeneinander auszuspielen, Kinder oder Bäume. Aber auf der anderen Seite muss man sagen, in Wirklichkeit brauchen Krankenhäuser – gerade Krankenhäuser – auch ein entsprechendes Kleinklima, damit man

sozusagen de facto auch etwas vom Gesundwerden hat. Und das sollte man nicht unterschätzen, was das für eine Rolle spielt wenn man aus dem Fenster sieht oder wenn ein Kind aus dem Fenster sieht. Vielleicht ist es in Zukunft möglich, hier ein wenig schonender vorzugehen. Natürlich kann man nicht alles so lassen wenn man einen Zubau machen will. Aber wenn es gelingt, zukünftig ein wenig vorsichtiger zu planen, vorzugehen, dann ist vielleicht auch im Bereich des ganz konkret Menschlichen in Bezug auf solche Krankenhausneubauten einiges geleistet. (*Beifall bei den Grünen.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (*FPÖ*): Hoher Landtag! Auch ich kann mich sehr kurz fassen. Es ist ein erfreulicher Tagesordnungspunkt. Die Kinderabteilung wird, wie mein Vorredner schon erwähnt hat, etliche Zimmer mehr bekommen. Das ist eine positive Erweiterung. Ein moderner Spielplatz, überdacht und damit zeitgemäß in jeder Beziehung, wird ebenfalls eingerichtet in dieser neuen Abteilung. Es gibt mehr Platz, hoffentlich auch mehr Platz, die Kollegen aus Wr. Neustadt wissen auch, wenn es notwendig ist, dass Eltern bei kleinen Kindern auch übernachten können in Zukunft. Kurzum, ab 2001 wird dieser Neubau die Kinderabteilung in Wr. Neustadt auf einen ganz neuen Stand bringen. Und es darf uns auch gerade in Bezug auf unsere Kleinsten, auf unsere Kinder und damit auf die Zukunft unserer Stadt und der Region Wr. Neustadt dieses Geld auf keinen Fall zu schade sein. Wir Freiheitliche stimmen auch gerne diesem Antrag zu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Pietsch.

Abg. PIETSCH (*SPÖ*): Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren! Auch für mich ist dieser Punkt ein sehr erfreulicher. Geht es doch um die Erweiterung der Kinderabteilung im Krankenhaus Wr. Neustadt.

Die Neuordnung der Rahmenbedingungen im NÖ Gesundheitswesen brachte für Wr. Neustadt eine Vielzahl neuer Aufgabenstellungen. Sowohl in medizinischer als auch in organisatorischer Hinsicht. Und mittelfristig soll nach der Sanierung und der Erweiterung der Kinderabteilung, der Fertigstellung des Neubaus der Pathologie auch eine fachübergreifende Zielplanung für das gesamte Krankenhaus erstellt werden. Durch die Schaffung von neuen Abteilungen sowie die Kooperation mit umliegenden Krankenanstalten übernimmt das

Krankenhaus Wr. Neustadt eine Landes-Schwerpunktfunktion. Das Krankenhaus Wr. Neustadt ist als Schwerpunktkrankenhaus für die Versorgung des südlichen Niederösterreich auch von Teilen des Burgenlandes konzipiert und eingerichtet. Mit seinen derzeit 870 Betten ist das Krankenhaus das zweitgrößte in Niederösterreich nach St. Pölten. Das Krankenhaus verfügt mit Ausnahme der Psychiatrie über alle erforderlichen Einrichtungen, die gemäß Krankenanstaltengesetz der Schwerpunktfunktion zugeordnet sind.

Als Grundlage des mit dem Land Niederösterreich akkordierten ÖKAP 2005 ist die zukünftige Abteilungsstruktur des Krankenhauses festgelegt worden. Mit der bereits beschlossenen Integration einer neurochirurgischen und einer dermatologischen Abteilung, der Etablierung der Nuklearmedizin wird ein weiterer qualitativer Ausbau des Krankenhauses ein dementsprechendes Leistungsangebot aufzuweisen haben. Außerdem besteht mit dem Land Burgenland ein Vertrag hinsichtlich Errichtung und Finanzierung der Radio-Onkologie, die bereits 1998 in Betrieb gegangen ist. Wir besitzen derzeit im Krankenhaus Wr. Neustadt 13 Abteilungen und 3 Institute, die für die medizinische Versorgung des Südens Niederösterreichs vorhanden sind.

In Entsprechung zu den Leitlinien für NÖ Krankenanstalten wird ein Verbundmodell mit den regional benachbarten Krankenanstalten Grimmenstein und Neunkirchen insbesondere durch Zusammenarbeit mit diesen Anstalten die Effizienz des Krankenhauses erhöhen. Aus wirtschaftlicher Sicht wurde bereits begonnen, die Kooperation mit den umliegenden Krankenhäusern auf verschiedenen Gebieten durch Leistungsaustausch zu optimieren. Es ergeben sich daher Synergien auf allen diesen Gebieten.

Ich darf nun zurückkommen zur erweiterten Kinderabteilung. Die derzeitige Kinderabteilung hat Defizite oder Flächendefizite im Bereich der Ambulanz, im Bereich der Wartezone und im Bereich der Bettenabteilung. Bei nur 51 Betten wurden 1999 immerhin 18.092 Patienten stationär aufgenommen. Außerdem ist die Abteilung die einzige in ganz Niederösterreich mit einer Intensivstation für Neugeborene und Kleinkinder. Die Realisierung dieses Bauvorhabens im Krankenhaus Wr. Neustadt wird nicht nur die Bettenanzahl dieser Abteilung um 30 erhöhen, sondern auch modernste medizinische und technische Einrichtungen für die Versorgung der jüngsten Patienten in der Kinderabteilung bringen, sodass das Krankenhaus Wr. Neustadt seinen Auftrag als Schwerpunktkrankenhaus auch in diesem Bereich erfüllen kann. Meine

Fraktion wird diesem Tagesordnungspunkt gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich schließe mich meinen Vorrednern an. Das ist ein Freudentag für Wr. Neustadt und die kleinen Patienten! In diesem Sinn sind wir froh. *(Beifall bei der ÖVP, Abg. der SPÖ und Abg. Haberler.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. KAUTZ (SPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 430/H-11/10:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen!

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 431/H-11/11 und Ltg. 432/H-11/12 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Dann ersuche ich Herrn Abgeordneten Kautz, zuerst zu **Ltg. 431/H-11/11** und danach zu **Ltg. 432/H-11/12** zu berichten.

Berichterstatter Abg. KAUTZ (SPÖ): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sehr geschätzter Herr Präsident! Ich berichte über den Gemeindeverband a.ö. Krankenhaus Mistelbach, Neubau – Bauteil E mit baubegleitenden Maßnahmen, Freigabe der Gesamtbaukosten.

Von Seiten des Kommunalgipfels wurde in der Sitzung am 9. Juli 1991 das Bauvorhaben „Gemeindeverband a.ö. Krankenhaus Mistelbach – Bauetappe E, Abteilung für Orthopädie und Nuklearmedizin“ zur Planung freigegeben. Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 12. März 1992 die projektvorbereitende Planung für das Vorhaben mit Planungskosten in der Höhe von S 12.000.000,- (Preisbasis 1. Jänner 1991) grundsätzlich genehmigt. Unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Erhöhungen gemäß Baukostenindex, ergaben sich nunmehr für die

Planung des Projektes Kosten auf Preisbasis 1. Jänner 1994 von S 13,700.000,-. Das Projekt wurde weiters beim KRAZAF in der eingereichten Form am 23. Juni 1993 beschlossen. Im Rahmen dieses Bauvorhabens wurden die seinerzeit genehmigten Planungskosten um S 16,100.000,- auf insgesamt S 29,800.000,- erhöht. Diese Aufstockung resultiert einerseits aus der Kostenvorveranschlagung in der Höhe von S 1,070.000,- und andererseits aus den weiteren Planungstätigkeiten in der Höhe von S 15,000.000,-. Der Landtag von Niederösterreich hat am 18. Dezember 1997 dieses Projekt zum Beschluss erhoben und seitens der NÖ Landesregierung wurde in der Sitzung am 17. März 1998 der 80-prozentige Landesbeitrag für dieses Bauvorhaben zugesichert.

Nunmehr haben sich in dem dortigen Vorhaben die seinerzeit genehmigten und bereits einmal aufgestockten Planungskosten um S 9,500.000,- auf insgesamt nunmehr S 39,300.000,- erhöht. Die projektierten Gesamtherstellungskosten des Projektes belaufen sich auf S 516,725.000,- exklusive Umsatzsteuer auf Preisbasis 1. Oktober 1999. Die Beschlussfassung betreffend der Freigabe der Gesamtkosten in der Höhe von S 516,725.000,- exklusive Umsatzsteuer auf Preisbasis 1. Oktober 1999 ist für die 21. Sitzung des Ständigen Ausschusses des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds am 6. März 2000 vorgesehen gewesen und wurde der Beschluss auch gefasst. Auf Grundlage der Gesamtkosten errechnet sich durch die Kreditfinanzierung nach Fertigstellung des Projektes eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landesbudgets in Höhe von S 33,400.000,-. Da die errechneten Zahlungen auf einem gemittelten Schätzpreis basieren, sind sie im Hinblick auf die tatsächlichen Zahlungsleistungen als nicht fix anzusehen. Die endgültige Rate kann erst nach Vorliegen der Endabrechnungssumme ermittelt werden, ist demzufolge auch abhängig von erfolgten Valorierungen, Leistungen des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und Zinsentwicklungen bis Baufertigstellung. Weiters sind in dieser Berechnung die Bauzinsen nicht enthalten. Die genaue Projektbeschreibung des Investitionsvorhabens sowie die Angabe der Folgekosten und die derzeit abschätzbare Belastung des Landesbudgets exklusive Bauzinsen, ausgehend vom derzeitigen Finanzierungssystem, sind aus der Beilage A des Geschäftsstückes ersichtlich. Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses den Antrag stellen (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtinvestitionskosten für das Investitionsvorhaben ‚Neubau – Bauteil E mit baubegleitenden Maßnahmen im Gemeindeverband

a.ö. Krankenhaus Mistelbach‘ in der Höhe von S 516,725.000,- (€ 37,551.870,24) exklusive Ust (Preisbasis 1. Oktober 1999) werden grundsätzlich genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 80-prozentigen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 NÖ KAG, LGBl.9440-13. Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich auf Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen bei Fertigstellung des Projektes durch die Kreditfinanzierung eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landes im Ausmaß von ca. 6,46 % der Gesamtinvestitionskosten. Diese errechneten Zahlungsleistungen können nicht als fix angesehen werden, da die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen noch abhängig sind von erfolgten Valorierungen, tatsächlichen Leistungen des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der Zinsentwicklung.“

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen. Hoher Landtag! Ich berichte auch über den Neubau „Medizinisches Zentrum Gänserndorf“, Freigabe der Gesamtherstellungskosten.

Von Seiten des NÖGUS wurde in der 4. Sitzung des Ständigen Ausschusses vom 12. Juni 1997 das Projekt „Neubau Medizinisches Zentrum Gänserndorf“ grundsätzlich zur Planung freigegeben; in der 7. Sitzung des Ständigen Ausschusses des NÖGUS vom 29. Oktober 1997 wurden diesbezüglich erforderliche Planungsmittel genehmigt. Der Gemeindeverband a.ö. Krankenhaus Mistelbach betreibt das MZG in der Funktion des Rechtsträgers für das Land und den NÖKAS. Laut § 72a Abs.1 NÖ KAG 1974 und nach dem von der NÖ Landesregierung genehmigten Kooperationsvertrag ist jedoch die Stadtgemeinde Gänserndorf verpflichtet, den 20-prozentigen Ausbauanteil als Standortgemeinde zu tragen. Der Gemeindeverband a.ö. Krankenhaus Mistelbach muss als Gemeindeverband im Sinne des § 70 Abs. 4 NÖ KAG 1974 für das gegenständliche Investitionsvorhaben selbst keinen Ausbaubeitrag leisten.

Die projektvorbereitenden Kosten in der Höhe von S 9,100.000,- wurden von der Landesregierung am 30. Juni 1998 genehmigt. Da die Gesamtkosten nunmehr nach durchgeführter Planung zu 74 % durch Ausschreibung gesichert sind und 26 % auf

Erfahrungswerten beruhen, wurde das Bauvorhaben in weiterer Folge in der 22. Sitzung des Ständigen Ausschusses des NÖGUS am 6. März 2000 zum Beschluss erhoben. Die Gesamtherstellungskosten des Projektes belaufen sich auf S 137,850.000,- ohne Umsatzsteuer auf Preisbasis 1. Oktober 1999. Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses den Antrag stellen (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtinvestitionskosten für das Investitionsvorhaben ‚Neubau Medizinisches Zentrum Gänserndorf (MZG)‘ in der Höhe von S 137,850.000,- (€ 10,017.950,19) exklusive Ust auf Preisbasis 1. Oktober 1999 werden genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60-prozentigen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 NÖ KAG, LGBl.9440-13. Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich auf der Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen eine jährliche Belastung des Landes im Falle einer Leasingfinanzierung im Ausmaß von 5,18 % der Gesamtinvestitionskosten für die ersten 7 Jahre und 3,10 % für die restlichen 18 Jahre.
Die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung erwachsenden Belastungen werden erst nach erfolgter Planung abschätzbar sein.“

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich eröffne die Debatte zu diesen beiden Geschäftsstücken. Zum Wort gelangt Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer.

LHStv. Dr. BAUER (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich entschuldigen dafür, dass ich am Anfang der Debatte die Dankesworte spreche. Aber ich sollte an sich schon länger an der Donau-Universität einer Veranstaltung beiwohnen. Ich bitte um Verständnis, aber ich möchte es nicht verabsäumen, ein Dankeschön zu sagen für die Beschlüsse. Für den Beschluss für Wr. Neustadt, der für mich sehr, sehr eindrucksvoll die positive Entwicklung des Krankenhauses weiter unterstützen

wird. Und wo man über die Kinderabteilung und den baulichen Maßnahmen in der HNO- und Internen Abteilung dem gerecht wird, was wir wollen: Ein modernstes Krankenhaus mit bester Qualität für die Versorgungssicherheit Niederösterreichs.

Was Mistelbach betrifft mit einem ganz großen Vorhaben des Bauteiles E mit rund 517 Millionen Schilling: Das bedeutet, dass dieses Krankenhaus als drittgrößtes Krankenhaus Niederösterreichs seine Stellung im Weinviertel als Schwerpunktkrankenhaus unterstrichen wird. Und dass hier auch eine wesentliche Fächerausweitung durchgeführt wird. Und wir in diesem Krankenhaus für den Bereich Weinviertel wirklich eine hervorragende medizinische Versorgungsqualität anbieten können.

Und gleichzeitig wird ja, von Mistelbach aus betrieben, auch das Medizinische Zentrum Gänserndorf heute beschlossen werden mit einer Größenordnung von 137,8 Millionen Schilling. Und dazu möchte ich ganz besonders deshalb mich zu Wort melden, weil dieses Vorhaben eines ist, das ja über Jahrzehnte verfolgt wurde, als Unterschriften gesammelt wurden für diesen Versorgungsbereich Gänserndorf. (*Abg. Muzik: Das war ein Jahrhundertprojekt!*)

Und wo immer wieder nicht leicht nachvollziehbare Verschiebungen eingetreten sind. Ich habe mich klar dafür ausgesprochen, dass hier diese Entscheidung zu treffen ist. Und die vielen Bemühungen der Abgeordneten, aber auch, und ich sage das auch, des jetzigen Präsidenten mit mir vielleicht dazu beigetragen haben, dass wir dieses Medizinische Zentrum geschaffen haben, was zur Versorgungsverbesserung dieser Region bei gleichzeitigen Strukturen, die über diesen Versorgungsanspruch hinausgehen, eben im Bezirk Gänserndorf nun dient.

Ich bin wirklich froh darüber! Und diese drei Beschlüsse zeigen, dass wir im Krankenanstaltenbereich eine Entwicklung haben, auf die wir wirklich sehr, sehr stolz sein können. Sei es durch die Schaffung der Zusammenarbeit, die hier in Niederösterreich nun ganz massiv angegangen wird, durch die Verbände oder Verbünde, durch andere Kooperationsformen. Auch durch die Einführung von telemedizinischen Arbeiten, die hier immer stärker in den Vordergrund treten, meine ich, dass wir tatsächlich spitzenmedizinische Leistungen in diesem Land anbieten können. Und zwar zu Bedingungen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die als im Vergleich durchaus kostengünstig anzusehen sind, weil wir eine sehr hohe Wirtschaftlichkeit in unseren Spitälern haben. Und ich möchte eines einmal hier bei dieser Gelegenheit anmerken. Sehr geschätzte Damen und Herren! Ich höre im-

mer von der Nicht-Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens. Ich glaube, dass da Panikmache betrieben wird. Weil wenn man die Zahlen wirklich nüchtern betrachtet, so bin ich überzeugt, dass es auch in Zukunft leistbar ist, wenn wir allen Anstrengungen, Einsparungspotentiale zu nutzen, gerecht werden. Aber wir sollten immer wissen, dass der medizinische Fortschritt auch mit zusätzlichen Kosten verbunden ist. Aber ich glaube, niemand kann es verantworten, wenn er den medizinischen Fortschritt nicht in vollem Umfang an alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher weiter gibt.

Und ich sage nur eine Vergleichszahl um zu zeigen, dass da gut gearbeitet wird. Nicht, um mich da herauszustreichen - das ist die Arbeit aller im Gesundheitsbereich Tätigen und auch die des NÖGUS. Aber wenn man in einer Gesamtsumme von rund 13 Milliarden Schilling Abrechnung hält und dann eine Jahresabweichung im Jahre 1999 von rund 100 Millionen Schilling hat, sehr geschätzte Damen und Herren, so stelle ich fest, in kaum einem anderen Bereich gibt es so eine Planungsgenauigkeit! Wenn ich also vergleiche, es sind zwar die Aufwände zum Beispiel etwas mehr gestiegen, aber auch die Einnahmen, so muss man in der Differenzbetrachtung einmal überlegen, bei einer Abrechnungssumme von 13 Milliarden Schilling wird es im Jahr 1999 eine Abweichung von etwa 100, maximal 180 Millionen Schilling geben. Aber diese 100 sind die eher wahrscheinliche Variante dieses notwendigen Fehlbetrages. Und wenn hier der Hohe Landtag die Zwischenfinanzierung beschlossen hat, so meine ich, dass hier auch durch die Zwischenfinanzierung der Rahmen von den 500 Millionen für das Jahr 1999 nicht in dem Ausmaß zu beanspruchen sein wird.

Ich glaube, dass hier wirklich auch ein Dankeschön an alle, die hier mitwirken, notwendig ist. Und dass man das einmal in aller Öffentlichkeit ausspricht. Und ich möchte mich bedanken bei jedem Einzelnen derer, die diese Beschlüsse nun fassen werden und für Wr. Neustadt schon gefasst haben. Und ich kann euch nur sagen, dass ich sehr konsequent diese betriebswirtschaftlichen Aspekte, aber vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der humanistischen Sichtweise die Gesundheitspolitik in Niederösterreich fortsetzen werde. Danke! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Nach nunmehr zehnjähriger Vorlaufzeit können wir mit heutigem Datum und mit den heutigen Beschlüssen die Baufreigabe für den Bauteil E am allgemeinen öffentlichen Krankenhaus in Mistelbach realisieren. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer hat in sehr lobenden Worten schon darauf hingewiesen, dass hier ein großes Kooperationspotential quer durch die Parteien und die Region gegeben ist. Und daher ist es sehr erfreulich, dass wir heute endgültig hier einen wichtigen Punkt setzen können.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle beteuern immer wieder, die Gesundheit sei unser höchstes Gut. Und hier gilt es, vieles dem nachzustellen. Wenn wir ehrlich sind, denken und bekennen wir uns die längste Zeit des Lebens nicht zu diesen Grundsätzen bzw. werden wir erst dann sensibel, wenn ein gesundheitlicher Schaden oder Einschränkungen selbst vermerkbar sind. Wir werden für das Weinviertel heute zwei wichtige Projekte hier beschließen, die zweifelsohne auch einiges an Geld, an Kapital mobilisieren, wo viele Außenstehende auch fragen - das ist ihr Recht - braucht man das, ist das in der heutigen Zeit alles notwendig? Sollte man nicht nach Rationalisierungspotentialen suchen, damit die Kapitalknappheit allgemeiner Natur besser bewältigt werden kann? Nun, im Gesundheitswesen geht die Entwicklung genauso weiter wie in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft. Und so müssen wir einfach trachten seitens der Politik, auch die entsprechenden Finanzquellen und Finanzierungssysteme herauszuarbeiten um den Fortschritt nicht hintanzustellen, sondern im Dienste der Bevölkerung hier entsprechendes Kapital aufzubringen. Global umschrieben könnte man sagen, bezüglich der Finanzierung stehen heute drei Forderungen im Raum, und die lauten überspitzt formuliert: Erstens Geld, zweitens mehr Geld, drittens noch mehr Geld. Es geht hier um hohe Summen, die für die Investitionen notwendig sind. Es geht um hohe Summen, nicht nur für das Bauvolumen, sondern letztendlich auch für die hochtechnischen Einrichtungen und für speziell geschultes Personal.

Die NÖ Gesundheitspolitik versteht es seit jeher, mit diesem Problemfeld gut umzugehen. Und vor allem die Zusammenarbeit, die seit Jahrzehnten, möchte ich sagen, bestens funktioniert zwi-

schen dem Land, den Spitalerhaltern und nunmehr mit dem NÖGUS zeigten einen hohen Standard an Kooperation im Dienste unserer Bevölkerung. Der es ermöglicht, dass auch modernste Behandlungs- und Anwendungsmethoden im Dienste dieser Bevölkerung machbar sind.

Gerade auch am Schwerpunktkrankenhaus Mistelbach ist diese Veränderung, diese positive Entwicklung zielstrebig voranzutreiben. Das Krankenhaus selbst hat in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten eine sehr starke Bedeutung vor allem in der Form gewonnen, dass nach einer Neuorganisation als Gemeindeverbandsspital nunmehr die Widmung eines Schwerpunktkrankenhauses auf diesem Standort gegeben ist. Diese vergangenen zwei Jahrzehnte waren mit einer großen Herausforderung verbunden. Nämlich, für eine umfassende qualitative Versorgung der Bevölkerung im Weinviertel zu sorgen. Die damals Verantwortlichen haben ihre Aufgabe sicherlich im Dienste der Bevölkerung wahrgenommen und haben nicht nur getrachtet, diese Leistungsfähigkeit auszubauen, sondern auch, die nötige Modernität hier zu erreichen. Und gerade mit den Abteilungen, welche im Bauteil E untergebracht sein werden, wie Orthopädie einerseits, ein Feld im Bereich der Medizin, wo laufend zusätzliches Potential an Behandlungen anfällt und bewältigt werden muss, und zum anderen Nuklearmedizin, tun sich Bereiche auf, die eine moderne Ausrichtung an diesem Standort gewährleisten werden.

Die derzeitige Situation ist alles andere als zufriedenstellend in einigen Bereichen. Das größte Problem am Krankenhaus Mistelbach ist derzeit der Bettenengpass, der in manchen Phasen und Abschnitten des Jahres, vor allem wenn Grippeepidemien anstehen und höhere Frequenzen im Krankenhaus anfallen, es letztendlich bewirkte, dass bis zu 50 Gangbetten aufgestellt werden müssen. Und das ist in der heutigen Zeit zweifellos keine Situation mehr, die hinzunehmen ist. Daher ist dieser Bauteil E auch mit dem Schwerpunkt eines zusätzlichen Bettentraktes ausgerichtet. Dazu kommt, dass mit dem zusätzlichen Volumen die Organisation selbst insgesamt ausgetauscht wird. Es werden die Ambulanzen neu organisiert, die Interne und vieles andere mehr. Und auch die Schwerpunkte, die neuen Schwerpunkte, die seit einigen Jahren am Krankenhaus angeboten werden, wie die Neurologie und Endoskopie werden damit auch eine gewisse Komplettierung dieses Standortes Mistelbach ermöglichen. Wenngleich man am Spitalssektor nie von einem endgültigen, abschließenden Ausbaustandard sprechen kann und sprechen soll. Denn von Jahr zu Jahr gibt es neue Erkenntnisse, welche zusätzliche oder ergänzende Angebote für

die Gesundheit und für die Behandlung der Bevölkerung insgesamt ermöglichen.

Das Krankenhaus Mistelbach ist nicht nur seitens der medizinischen Behandlungen eine ganz wichtige Einrichtung im Weinviertel, es hat auch eine enorme Beschäftigungswirkung. An die 1.200 Beschäftigte haben dort Arbeit und Einkommen gefunden. Es ist somit mit Abstand der größte Dienstleistungsbetrieb oder überhaupt Betrieb im Weinviertel und bringt für die Region enormes Potential an Einkommen und diesbezüglich auch an Kaufkraft. Die Kosten betragen für diesen Ausbauteil des Abschnittes E 516 Millionen Schilling ohne Mehrwertsteuer und Zinsen. Das ist zweifellos eine schöne Stange Geld, die zu 80 Prozent wie üblich vom Land Niederösterreich in 25 Jahresraten bezahlt wird. Und 20 Prozent wird der NÖKAS hiezu beisteuern.

Ich darf daher nunmehr zusammenfassend und abschließend recht herzlich danken, dass es möglich war seitens des Landes, den Standort Mistelbach einerseits in dem Ausbauplan der Spitäler, der Krankenhäuser Österreichs in entsprechender Form unterzubringen. Ich glaube, dass es sehr wohl gerechtfertigt ist, hier für die große Region Weinviertel einen solchen Standard zu haben. Es geht aber nicht nur, sehr geehrte Damen und Herren, um eine alleinige Betrachtungsweise des Angebotes des Krankenhauses Mistelbach. Sondern wir können insgesamt feststellen, dass die Region in den letzten Jahren eine wesentliche Verbesserung im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Nachsorge hier erreicht hat. Neben dem Krankenhaus wurden verschiedenste Pflege- und Pensionistenheime auf den neuesten Stand gebracht bzw. errichtet. Mit dem Reha-Zentrum in Bad Pirawarth und zukünftig mit der Therme Laa a.d. Thaya wird ein umfassendes Angebot im Weinviertel zur Verfügung stehen. Diese Dienstleistungen sind sehr wichtig und sind zweifellos auch eine vorweggenommene Antwort darauf, dass eines Tages die Osterweiterung in verschiedenen Bereichen der Beschäftigung, der Dienstleistung gewisse Konkurrenzfelder auf tun wird. Und wenn wir heute schon vorsorgen mit unserer Gesundheitspolitik in Verknüpfung mit dem Aufbau eines Tourismus, so wird zweifellos hier eine Verantwortung für die Zukunft bereits wahrgenommen bzw. vorweggenommen. Ich darf mich daher seitens der NÖ Volkspartei sehr herzlich bedanken für die Zustimmung auch der anderen Parteien. Bis auf die Grünen, die das letzte Mal bereits ihre Abneigung gegen diesen Ausbau hier kundgetan haben, gibt es einen größtmöglichen Konsens. Im Speziellen darf ich mich vor allem bedanken beim Herrn Präsidenten Mag. Freibauer. Er ist seit 25 Jahren ein Begleiter dieses

Aufbaues und Ausbaues und der Modernisierung des Schwerpunktkrankenhauses Mistelbach für das Weinviertel.

Es kann die Gesundheitspolitik ja nicht in kurzen Zeitszenarien gesehen werden. Sondern gerade in einem solchen komplexen Feld wie der Medizin in dieser Dimension und in dieser Qualität ist es notwendig, einfach entsprechend mittel- und langfristig die Planungen zu treffen. Mit dem Dank an den Herrn Präsidenten darf ich natürlich alle anderen auch mit einschließen, die sich erfolgreich und nachhaltig für das Angebot, für ein qualitatives Angebot aus der Medizin im Weinviertel im Dienste der Bevölkerung hier eingebracht haben. Ein herzliches Dankeschön! Die Menschen in dieser Region wissen das zu schätzen. Und so darf ich hoffen, dass mit dem Bauteil E, der 2003 in Betrieb gehen wird, dann schlussendlich auch im Weinviertel ein Standard und eine Qualität gegeben sein wird, die ihresgleichen in Österreich nicht zu scheuen braucht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller gebotenen Kürze einige Anmerkungen zu diesen beiden doch ein klein wenig unterschiedlichen Projekten. Zunächst einmal zu dem Gänserndorfer medizinischen Zentrum.

Abgesehen davon, dass durchaus schon auffällt, dass ein ganz schöner beachtlicher Aufwand auch für die Gemeinde Gänserndorf da drinnen ist. Von diesen 137 Millionen 20 Prozent ist für eine Gemeinde in der Größe durchaus kein Pappenstiel. Aber auf der anderen Seite glaube ich doch, dass das ein durchaus auch zukunftsweisendes Projekt ist, dieses medizinische Zentrum mit ambulanten und auch teilstationären Bereichen. Man versucht hier, neue Wege zu gehen. Man versucht, eine durchgängige, einen 24-Stunden-Rhythmus gehende Unfallambulanz zu haben und dazu andere, teilstationäre Leistungen anzubieten. Man hat ein physiotherapeutisches Institut, man hat verschiedene Beratungs- und Seminarzentren und vieles mehr. Das ist eine Zugangsweise in der Gesundheitspolitik, die wir an und für sich durchaus begrüßen. Und daher werden wir dem Antrag auch unsere Zustimmung erteilen.

Wir werden, damit sich der Kollege Hiller auch bei uns bedanken, das heißt nicht deshalb, sondern mit einer ganz speziellen Begründung, die aber völlig logisch ist, auch dem Antrag auf die Freigabe der Gesamtkosten bezüglich des Krankenhauses

Mistelbach zustimmen. Da möchte ich aber schon ein klein wenig zurückgreifen, wie das denn entstanden ist. Und der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat es ja eigentlich auch schon ein klein wenig angeschnitten, als er sagte, das Ganze ist eine *never ending story*. Der Kollege Muzik hat sogar den Zwischenruf getätigt, eine hundertjährige Angelegenheit. Und ich meine das auch. Wenn man sich den letzten Antrag von damals noch einmal hernimmt, dann sieht man auch, rein aus dem Antrag heraus, schon, warum wir damals dagegen gestimmt haben. Wir wollten damals ein Zeichen setzen und zwar in der Abstimmung, und das muss man schon auch sehen, Kollege Hiller, über die zweite Aufstockung der Planungskosten.

Man hat nämlich dort fast schon acht Jahre nur an den Planungskosten „herumgedoktert“. Man hat also begonnen im Jahr 1991 mit der Sitzung dieses Kommunalgipfels. Man hat dann im März 1992 erstmals Planungskosten beschlossen, die sind dann auf Grund des Baukostenindex angehoben worden. Dann hat man neuerlich die Planungskosten erhöht im Jahr 1997 inklusive einer Valorisierung auf 29 Millionen. Und dann hat man neuerlich erhöht noch einmal um neuneinhalb Millionen auf beinahe 40 Millionen - 39,300.000,- Schilling - bei diesem ohnedies schon 517 Millionen teuren Spaß, der hier ansteht. Und wir haben uns dagegen gewendet. Wir haben uns genau gegen das Gegenteil gewendet. Dass man nämlich 10 Jahre lang fast überhaupt nichts getan hat, dass nichts weiter gegangen ist. Über Jahre hinweg nichts weiter gegangen ist. Und natürlich mittlerweile offenbar die Planungen veraltet waren und man Nachplanungen tätigen musste und Präzisierungen durchführen musste.

Wenn nun die Gesamtbaukosten freigegeben werden, wenn dieses Projekt nun schlussendlich doch in die Realisierungsphase kommt, so ist uns das durchaus Recht. Wir hoffen, dass das nun rasch vonstatten geht. Wir hoffen, dass die Planungen bei all ihren Aufstockungen jetzt wenigstens richtig sind und entsprechend präzise sind. Und dass man keinen Schilling mehr als jetzt in dieses Projekt hineinstecken muss. Und dass es rasch durchgezogen wird. Und in diesem Sinne werden wir diesen beiden vorliegenden Anträgen unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ *(FPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Zum Krankenhaus Mistelbach: Wir haben schon wiederholt festgestellt, dass wir das Konzept Zentralkrankenhäuser, Schwerpunktkran-

kenhäuser, Grundversorgungsanstalten befürworten. Es war ja ein offenes Geheimnis und es ist keine Frage, dass Mistelbach, so wie es jetzt ist, den Anforderungen eines Schwerpunktkrankenhauses nicht ganz gerecht werden konnte. Die Investition ist notwendig. Wir werden daher zustimmen. Ich möchte doch aber auch hier nur anmerken, dass ein noch so gut ausgestattetes, räumlich ausgestattetes Spital seine Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn man gleichzeitig auch daran denkt, dass das Personal an diese größere Einheit angepasst werden muss. Und da werden auf uns jedenfalls auch im Betrieb größere Kosten zukommen. Und ich bitte doch sehr, in künftigen Budgets darauf Bedacht zu nehmen und es nicht darauf ankommen zu lassen, dass wir dann außerbudgetär finanzieren müssen.

Zum Zweiten: Medizinisches Zentrum Gänserndorf: Wie mein Vorredner gesagt hat, es ist sehr erfreulich zu sehen, dass hier ein neuer Weg beschritten worden ist. Es war wahrscheinlich für die Region nicht ganz einfach zu verstehen, dass der einzige Bezirk, der ohne Spital bleibt, auch weiterhin keines haben wird. Auf der anderen Seite kann man eben nur gratulieren. Denn hätte man hier ein Spital gebaut, wäre über kurz oder lang eine Debatte darüber losgegangen, ob zwischen SMZ Ost und Mistelbach sich ein Spital überhaupt rechnet. Und dieses Spital wäre ewig von Kürzungen und eigentlich davon bedroht gewesen, in Frage gestellt zu werden. So ist diese moderne medizinische Versorgung sicher zu guter Letzt der beste Weg gewesen. Wir werden auch hier zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Krammer.

Abg. KRAMMER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Mit dem Neubau des Bauteiles E des Krankenhauses Mistelbach und dem Neubau des Medizinischen Zentrums Gänserndorf werden gesundheitspolitische Weichenstellungen für das Weinviertel erfolgen. Das Krankenhaus Mistelbach wird durch die von Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer durchgesetzte Neuordnung ein Schwerpunktkrankenhaus sein. Dies wurde bereits erwähnt. Und es wird dieser Krankenhausausbau auf dem vorhandenen Grundstück in Bauabschnitten erfolgen und wird zirka vier Jahre dauern. Es wird also der laufende Betrieb nicht beeinträchtigt. Es wird nach Fertigstellung 525 systemisierte Betten haben, derzeit sind es 475 Betten. Und es wurde schon erwähnt, dass die Stationen Orthopädie und

Nuklearmedizin eingerichtet werden. Dass das Krankenhaus Mistelbach dann das drittgrößte Schwerpunktkrankenhaus in Niederösterreich sein wird, erfreut uns ganz besonders, dass das auch im Weinviertel passiert. Und dass viele Menschen in dieser Region durch das Krankenhaus Arbeitsplätze finden, wurde auch bereits erwähnt.

Ich erhoffe mir aber auch durch den Zubau bzw. durch den Neubau und die Umsiedlung diverser Abteilungen innerhalb des Krankenhauses, dass dann der auch schon von Herrn Abgeordneten Hiller angesprochene Platzmangel in den Stationen verbessert wird. Ich selbst konnte es erleben im vergangenen Jahr, als ich sechs Wochen hindurch tagtäglich meinen kranken Vater, der im Spital lag, besuchen kam, dass tagtäglich auf der Zweiten Medizinischen Abteilung mindestens zwei Betten, wenn nicht sogar acht und zehn Betten am Gang mit Patienten belegt waren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine der endlosen Geschichten, wie das von Herrn Landeshauptmannstellvertreter bereits angesprochen wurde, ist das Tagesmedizinische Zentrum in Gänserndorf. Nicht das Krankenhaus Mistelbach, sondern eben das Tagesmedizinische Zentrum in Gänserndorf. Es ist hinreichend bekannt, und das wurde auch von der Frau Abgeordneten Rosenkranz bereits gesagt, dass Gänserndorf als einziger Bezirk in Niederösterreich kein eigenes Krankenhaus hat. Es sind immerhin 82.000 Einwohner in diesem Bezirk und es wäre doch nicht vermessen, wenn wir ein Krankenhaus fordern. Es ist nämlich die spitalsmäßige Grundversorgung im Nahbereich nicht vorhanden. Uns fehlt hier für etwa 50.000 Einwohner, speziell für die zentralen Bereiche, nämlich die Gerichtsbezirke Gänserndorf und Groß Enzersdorf, eine Sicherstellung. Dadurch, dass Fremdpatienten nicht in Wiener Krankenhäusern und damit auch nicht im SMZ Ost aufgenommen werden, passiert es sehr oft, dass Patienten aus der Region am Spital vorbei gefahren und viele Kilometer weit in ein entferntes Krankenhaus eingeliefert werden. Sie werden in Spitälern der Nachbarbezirke in Niederösterreich wie Hainburg, Korneuburg und Mistelbach gebracht. Lange Anfahrtszeiten sind dadurch für Patienten und Besucher erforderlich. Ich fordere daher die Landesregierung und die zuständigen Regierungsmitglieder auf, mit dem Bundesland Wien Verhandlungen zu führen, dass auch die Patienten, die ihren ordentlichen Wohnsitz nicht in Wien haben, in allgemeine öffentliche Krankenanstalten in der allgemeinen Gebührenklasse, ohne dass sie eine Kostenanahmeerklärung von Niederösterreich vorlegen, aufgenommen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Vor mehr als zehn Jahren, das wurde auch schon angesprochen, gab es im Bezirk Gänserndorf eine groß angelegte Unterschriftenaktion. Die Forderung war die bessere medizinische Versorgung und der Bau eines Krankenhauses. Rund 100.000 Unterschriften wurden damals an die NÖ Landesregierung übermittelt. Auch in den vergangenen Jahren, wie ich in Landtagssitzungsprotokollen nachlesen konnte, wurde immer wieder die Forderung nach einer besseren medizinischen Versorgung im Bezirk Gänserndorf von uns Sozialdemokraten auch in Form von Resolutionsanträgen gestellt. Und es geschah viele Jahre nichts. Die Bevölkerung unseres Bezirkes musste mit Recht befürchten, dass der Bezirk Gänserndorf in dieser Hinsicht total vernachlässigt wird. Es kam doch nicht so ganz schlimm wie man fürchtete. Endlich wurde am 30. November 1993 in der Sitzung der NÖ Landesregierung der Grundsatzbeschluss zum Bau einer Tagesklinik in Gänserndorf gefasst. Und wie ich ebenfalls einem Protokoll entnehmen konnte, sollte dieses Gesundheitszentrum, wie vorsichtig formuliert, voraussichtlich im Jahre 1996 errichtet sein. Am 30. März 2000, also sieben Jahre nach dem Grundsatzbeschluss, also in 14 Tagen, erfolgt nun endlich der Spatenstich des Medizinischen Zentrums in Gänserndorf. Und der Bau soll begonnen werden, die Fertigstellung ist für 2001 geplant.

Wie gesagt, mit diesem Bau wird sicher eine wichtige gesundheitspolitische Versorgungseinrichtung für die Bevölkerung des Bezirkes Gänserndorf geschaffen. Das MZG, das vom Krankenhaus Mistelbach mitgeführt wird, soll eine sinnvolle Ergänzung zu bereits bestehenden medizinischen Leistungen vor Ort darstellen. Wie bereits gesagt wird eine Unfallambulanz mit 24-Stunden Betrieb, eine Nachsorgeambulanz am Vormittag und die Tagesklinik mit semistationär durchführbaren Leistungen aus verschiedenen medizinischen Fachrichtungen im Tagesbetrieb eingerichtet. Das MZG wird den Charakter einer Tagesklinik haben. Das heißt, dass die maximale Aufenthaltsdauer je Patient nicht länger als 36 Stunden sein kann. Es wurden bei den Planungen Erweiterungsoptionen für ein physiotherapeutisches Institut, ein Beratungs- und Seminarzentrum, für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialsprengels bereits berücksichtigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da es meist nie so kommt wie man hofft, bleibt die Tatsache bestehen, dass Menschen aus dem Bezirk Gänserndorf, die ambulant oder stationär in einem Krankenhaus behandelt werden müssen oder medizinische Betreuung, wie zum Beispiel Chemotherapie, Dialyse und dergleichen brauchen, weiterhin auf Spi-

täler der angrenzenden Bezirke angewiesen sind. Und auf Grund der schlechten öffentlichen Verkehrsverbindungen in unserer Region müssen lange und beschwerliche Anfahrtszeiten in Kauf genommen werden. Ich möchte aber trotzdem festhalten, dass mit diesen umfangreichen Investitionen im Gesundheitswesen im Weinviertel doch ein entscheidender Schritt gesetzt wurde. Es wird damit das Ziel des Gesundheitsreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer, erreicht, die Menschen primär in ihrer eigenen Heimatregion medizinisch zu versorgen. Mit den Reformen im Rahmen der Neuordnung der Versorgungsregionen und dem beschlossenen Ausbaupaket werden zwei zentrale Schwerpunkte verwirklicht. Außerdem wird mit den Investitionen in die Spitzenmedizin der hohe medizinische Qualitätsstandard der Versorgung garantiert. Wir Sozialdemokraten werden selbstverständlich der Freigabe der Gesamtherstellungskosten für beide Bauvorhaben zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Medizinisches Zentrum Gänserndorf – wahrlich eine unendliche Geschichte. Und endlich kommt sie zu einem guten Ende. Und ich möchte mich hier kurz fassen. Ich möchte nicht alle Wege und Irrwege in diesem Bereich zusammen fassen. Es war nämlich so, und da ist überhaupt keiner heute mehr in dem Saal herinnen, der sich an das erinnern könnte, nur mehr, so weit ich informiert bin, Landesrat Blochberger und Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop. Die waren damals als junge Abgeordnete dabei, als die SPÖ dem Herrn Landeshauptmann Maurer wäschekörbeweise Unterschriften nach einer Aktion für das Spital Gänserndorf gebracht hat. Und Gottseidank ist es, das muss ich aus heutiger Sicht sagen, zu diesem 100-Betten-Spital nicht in der Form gekommen, wie es die SPÖ damals immer wiederum in Aussicht gestellt hat bzw. gefordert hat. Aus einem einfachen Grund: Denn dieses Spital wäre heute in derselben Diskussion gestanden wie zum Beispiel Stockerau, wie zum Beispiel Korneuburg. Wobei man hier sehr lange gebraucht hat, einen Zusammenschluss zu machen. Ich fürchte, dieses Spital wäre heute bereits geschlossen.

Und hätte es, und hier kommen immer wiederum die Vorwürfe an die ÖVP, hätte es damals nicht einen Gänserndorfer - er ist im Bezirk geboren, unser Präsident Mag. Freibauer - hätte es nicht diesen Bezirk-Gänserndorfer gegeben, nämlich

Landesrat Mag. Freibauer, es wäre eigentlich auch nie zu dieser Tagesklinik gekommen. Denn wir wissen alle ganz genau, dass es damals eine Studie gegeben hat. Und diese Studie hat gesagt, dieser Einzugsbereich ist zu klein für ein Spital. Aber zu einer modernen Form der medizinischen Betreuung in unserem Bezirk wird es jetzt kommen mit diesem Beschluss.

Wenn ich kurz auf das Fremdpatientenproblem eingehe. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soweit ich informiert bin, ist also das Gesundheitsressort nicht in ÖVP-Händen. Da würde ich sagen, sollen die beiden einmal miteinander verhandeln, die dafür verantwortlich sind. Das ist Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer und im Wiener Bereich eben sein Pendant. Damit hier, sollte es Probleme geben - es gibt manchmal Probleme, ich gebe das auch zu - damit es hier in diesem Zusammenhang auch zu Lösungen kommt.

Abschließend möchte ich, bevor ich natürlich diesen Beschluss begrüße, schon eines sagen: Auf der einen Seite immer wieder die Forderungen nach einem hundert- bis zweihundert-Betten-Spital im Bezirk Gänserndorf. Und wenn ich unseren geschätzten Herrn Abgeordneten Muzik hier sehe bzw. seine Presseaussendung lese, freut es mich, dass er seine Meinung geändert hat. Gerade im Bereich der Politik kann man immer wieder sagen, man darf sich noch ein bisschen verändern. Denn er sagt jetzt, und das ist erfreulich, da sich für den Bezirk hinsichtlich der Bedarfssituation ein Krankenhaus nicht rechnen würde, wurde ein Konzept entwickelt usw. in der Form eines medizinischen Zentrums. Mich freut es, dass wir hier einen gemeinsamen Beschluss zustande bringen. Und daher ist es sicher ein Meilenstein für die Region unseres Bezirkes im Bereich der medizinischen Versorgung. Ich danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. KAUTZ (SPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 431/H-11/11:.)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 432/H-11/12:.) Danke. Ebenfalls einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Erber, die Verhandlungen zu **Ltg. 422/V-17/1** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. ERBER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich berichte über Ltg. 422/V-17/1. Und zwar betrifft das die Novelle zum NÖ Vergabegesetz. Durch Richtlinienveränderungen auf europäischer Ebene ist diese Änderung notwendig geworden. Ich stelle daher den Antrag des Verfassungs-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend der Änderung des NÖ Vergabegesetzes *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Vergabegesetzes wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident! Ich bitte um Debatte und Beschlussfassung.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Debatte. Es liegt aber keine Wortmeldung vor. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 422/V-17/1:.)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Friewald, die Verhandlungen zu **Ltg. 429/A-1/23** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. FRIEWALD (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte über den Antrag Ltg. 429/A-1/23 betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes. Dieser Antrag beinhaltet die Anpassung an die Bundesvorgaben. Ich darf daher im Namen des Verfassungs-Ausschusses folgenden Antrag stellen *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997 wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Debatte. Es liegt wiederum keine Wortmeldung vor.

Damit kommen wir sofort zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungsausschusses, Ltg. 429/A-1/23:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 20.11 Uhr.)*